

70000
40

1914-16

11./III. - 31./I.

Handel u. Gew.

Gast u. Gabelg.

Die Wiener Hoteliers und der Krieg.

Die gestern nachmittag im Gremialhaus in der Singerstraße abgehaltene statutenmäßige Vollversammlung des Gremiums der Hoteliers und Pensionsinhaber, welcher in Vertretung der Gewerbebehörde Magistratssekretär Dr. Schwarz beizwohnte, stand vollständig unter dem mächtigen Eindruck der gleichzeitig bekannt gewordenen allgemeinen Mobilisierungsbefehle.

Gremialvorsteher Ferdinand Hess (Hotel Deutscher Hof) führte nach einem tiefempfundenen Nachruf für den aus dem Leben geschiedenen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Gemahlin Herzogin von Sachsen-Coburg und Gotha folgendes aus: „Wir vereinigen uns angesichts der schweren Schicksalsstunden, welche unserm Friedenskaiser und seinen Völkern auferlegt sind, vom tiefsten Schmerze bewegt, in dem Wunsch, daß der Allmächtige unsern edlen Kaiser erhalten, seine Taten und Ratschlüsse segnen und unserm Vaterland bald wieder den Frieden schenken möge.“

Die Versammlung, welche diese Rede stehend angehört hatte, brachte am Schluß derselben begeisterte Hochrufe auf den Kaiser und das Vaterland aus.

Im Anschlusse an diese Ansprache legte die Gremialvorsteherung einen aus der Initiative des Vorsteherstellvertreters Ignaz Dugl hervorgegangenen Antrag vor, aus Gremialmitteln je 1000 R. zugunsten der Angehörigen eingezogener Reservisten und für die Zwecke des Roten Kreuzes zu bewilligen.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der finanzielle Gehaltsbericht und der Voranschlag wurden nach Erstattung des Revisionsberichtes durch Hotelier Schmidt unter Botierung des Dankes an die Vorsteherung ohne Debatte genehmigt und weiter einstimmig ein Antrag des Vorstandsmitgliedes Wolfbauer angenommen, welcher die Vorsteherung ermächtigt, allen durch die allgemeine ungünstige Geschäftssituation hart in Mitleidenschaft gezogenen Hotelbetrieben die Gremialumlagen entweder ganz abzuschreiben oder nach Möglichkeit zu erleichtern.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Agenden brachte Ausschussmitglied Wolfbauer die seit dem Jahre 1913 andauernde Stagnation in der Hotelindustrie zur Sprache. Es sei derzeit nicht ein Zehntel der Zimmer in den Hotels und Pensionen besetzt, und nachdem sämtliche Kongresse abgesagt wurden, jeder Besuch von reisenden Kaufleuten und sonstiger Fremdenverkehr vollständig ausbleiben wird, müsse mit der Tatsache einer vollständigen Passivität des Geschäftes gerechnet werden. Trotzdem seien die Hoteliers gezwungen, ihre Betriebsregien unvermindert zu tragen und ihr Personal zu behalten. Es sei daher die Vorsteherung zu beauftragen, auf Bewilligung von dem geschäftlichen Ausfall entsprechenden Steuernachlässen hinzuwirken, ferner Betriebsreduktionen vornehmen zu lassen und bei der Steuerbehörde die offenbar entbehrlichen Fremdenzimmer als leerstehend anzumelden. Dieser Antrag wurde gleichfalls einstimmig angenommen.

21./8. 1914.

[Unrichtige Meldungen über den Wiener Fremdenverkehr.] Das Gremium der Hoteliers und Pensionsinhaber in Wien ersucht, entgegen verbreiteten unwahren Behauptungen über die Schwierigkeiten der Beherbergung von Fremden in Wiener Hotels und Pensionen folgendes festzustellen: In sämtlichen Wiener Hotels und Pensionen ist für die Beherbergung von Fremden auch während der Dauer der Kriegsergebnisse bestens vorgesorgt, um ankommenden Fremden den befriedigendsten Aufenthalt zu bieten. Auch die Approvisionierungsverhältnisse sind in Wien durchaus normale, so daß in den Hotels allen Wünschen der Gäste in umfassendster Weise Rechnung getragen werden kann. Insbesondere ist eine in Galizien verbreitete Nachricht, daß in Wiener Hotels und Pensionen nur Unterkunft auf drei Tage geboten werden kann, ganz unrichtig. Im Gegenteile können Arrangements für jede beliebige Aufenthaltsdauer getroffen werden. Die Vorsteherung des Gremiums der Hoteliers und Pensionsinhaber, Wien, 1. Bezirk, Singerstraße 30, steht mit Auskünften gern zu Diensten.

27./9. 1914.

* (Die österreichischen Hoteliers und der Krieg.) Eine Abordnung des Reichsverbandes österreichischer Hoteliers, bestehend aus dem Präsidenten S u d f ü l l und Schriftführer W o l f b a u e r, welchen sich der Vorsteher der Wiener Gastwirtegenossenschaft Gemeinderat B e n z und die Herren G r ü s s e r, Obmann der Hoteliervereinigung in Abbazia, und M a r s c h a l l (Lovrana) angeschlossen hatten, sprachen vorgestern in Angelegenheit wichtiger Interessen der österreichischen Hotelindustrie beim Leiter des Finanzministeriums Dr. v. E n g e l, bei welchem die Abordnung durch den Reichsrats-Abgeordneten F r i e d m a n n eingeführt wurde, beim Justizminister Dr. Ritter v. H o c h e n b u r g e r und bei der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer vor. Die Abordnung legte dar, daß durch die kriegerischen Verwicklungen der Fremdenverkehr, die Haupteinnahmequelle der österreichischen Hoteliers, eine vollständige Unterbindung erfahren habe. Insbesondere haben die Kur- und Badeorte und die zahlreichen Saisonbetriebe durch den anfangs August erfolgten Kriegsausbruch die ganze Sommeraison verloren. Dadurch sei zweifellos bei einer ganzen Anzahl von Betrieben ein durch den Krieg verursachter Notstand hervorgerufen worden, welcher, wenn nicht geeignete Maßnahmen zur Abhilfe rechtzeitig durchgeführt werden, zu schweren Krisen in der österreichischen Hotelindustrie führen könnten. Die Deputation brachte den Ministern bezüglich der Verhütung einer solchen Krise eine Reihe von Maßnahmen zum Schutze der österreichischen Hotelindustrie in Vorschlag. Sowohl seitens des Leiters des Finanzministeriums Dr. v. E n g e l, als auch des Justizministers Dr. Ritter v. H o c h e n b u r g e r wurde der Abordnung das größte Entgegenkommen betätigt. Die Minister anerkannten die Notwendigkeit des tatkräftigsten Eingreifens zum Schutze der Hotelindustrie und stellten zweckentsprechende Maßnahmen bereits für die nächste Zeit in Aussicht.

30./9. 1914.

4

* (Die Hoteliers und der Krieg.) Eine Abordnung des Reichsverbandes österreichischer Hoteliers, bestehend aus dem Präsidenten Suckfüll und Schriftführer Wolfbauer, denen sich der Vorsteher der Wiener Gastwirtegenossenschaft Gemeinderat Benz und die Herren Grüber, Obmann der Hoteliervereinigung in Abbazia und Marshall (Lovrana) angeschlossen hatten, sprachen vorgestern unter Führung des Abgeordneten Friedmann in Angelegenheit wichtiger Interessen der österreichischen Hotelindustrie beim Leiter des Finanzministeriums Dr. v. Engel, beim Justizminister Dr. Ritter v. Hohenburger und bei der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer vor. Die Abordnung legte dar, daß durch die kriegerischen Verwicklungen der Fremdenverkehr, die Haupteinnahmequelle der österreichischen Hoteliers, eine vollständige Unterbindung erfahren habe. Insbesondere haben die Kur- und Badeorte und die zahlreichen Saisonbetriebe durch den Anfang August erfolgten Kriegsausbruch die ganze Sommersaison verloren. Dadurch sei zweifellos bei einer ganzen Anzahl von Betrieben ein durch den Krieg verursachter Notstand hervorgerufen worden, der, wenn nicht geeignete Maßnahmen zur Abhilfe rechtzeitig durchgeführt werden, zu schweren Krisen in der österreichischen Hotelindustrie führen könnte. Die Deputation brachte den Ministern bezüglich der Verhütung einer solchen Krise eine Reihe von Maßnahmen zum Schutze der österreichischen Hotelindustrie in Vorschlag. Sowohl seitens des Leiters des Finanzministeriums Dr. v. Engel als auch des Justizministers Dr. Ritter v. Hohenburger wurde der Abordnung das größte Entgegenkommen betätigt. Die Minister anerkannten die Notwendigkeit des tatkräftigsten Eingreifens zum Schutze der Hotelindustrie und stellten die Erlassung zweckentsprechender Maßnahmen bereits für die nächste Zeit in Aussicht.

Die künftige Gestaltung unseres Fremdenverkehrs.

I.

Nicht nur der militärische Krieg bedarf großer Rüstungen, sondern auch der Kampf auf wirtschaftlichen Gebieten; und so wie der gegenwärtige europäische Krieg eigentlich die wirksamste Vorbereitung zu dauerndem Frieden bildet und dem Wettbewerb des Handels und Verkehrs, der Industrie und Landwirtschaft das Terrain ebnet, sollen gleichzeitig die Truppen für den friedlichen volkswirtschaftlichen Kampf die unfreiwillige Pause nicht unbemüht verstreichen lassen, um den kommenden Ereignissen gewappnet gegenüber zu stehen. Daß der fürchterliche Krieg nicht bloß in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung kolossale Umwälzungen zur Folge haben wird, ist ganz zweifellos, und da es uns sicher gelingen wird, den Feinden jenen Frieden aufzuzwingen, der unserem Willen und unseren Interessen entspricht, so wird unsere Monarchie und damit auch deren wirtschaftliches Leben zu weit größerer machtvoller Entfaltung gelangen.

Auch der Fremdenverkehr und dessen verwandte Gewerbe werden von diesen großen Verschiebungen nicht unberührt bleiben und ohne Zweifel große Vorteile daraus ziehen, nur wird es geboten sein, hier mit wesentlich verschiedenen Faktoren zu rechnen, die vorbereitenden Schritte heiziten zu treffen und dieselben von einer anderen Basis als der bisherigen zu unternehmen.

An dem Standpunkte, möglichst viel Geld vom Ausland nach Oesterreich zu bringen, soll natürlich aus naheliegenden Gründen weiterhin festgehalten werden, doch wird sich hierbei aus dem Grunde eine große Verschiebung einstellen, weil wir in nächster Zeit nach Friedensschluß mit Besuchern aus Feindesland entweder gar nicht oder nur in ganz beschränktem Maße werden rechnen können.

Die Anwerbung für unsere Fremdenverkehrsgebiete, welche hauptsächlich durch die Propaganda erfolgt, muß somit für die uns jetzt feindlichen Staaten vorderhand ausgeschaltet, dagegen um so ausgiebiger in den neutralen Ländern und insbesondere in dem uns so treu verbündeten Deutschen Reich entfaltet werden.

Unsere Bundesgenossen aus Deutschland besuchen seit jeher mit Vorliebe unsere herrlichen Alpengebiete, die Städte, ebenso die großartigen Weltbäder Böhmens und in letzter Zeit auch schon die schöne Adria und werden in Zukunft um so lieber kommen, als sie des allerherzlichsten Empfanges sicher sein können. Aber auch in Amerika, den Balkanländern, wie z. B. in der Türkei, in Rumänien und Bulgarien, ebenso in Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland muß in rationellster Weise auf die vielen lebenswerten Städte, die zahllosen Naturschönheiten und auf die heilkräftigen Bade- und Luftkurorte unseres Heimatlandes hingewiesen werden. Keinesfalls aber wäre zu verabsäumen, in geeigneter Weise wieder einmal auch an unsere Landsleute einen dringenden Aufruf ergehen zu lassen, ihr in der Heimat erworbenes Geld nicht bloß einer Luxe oder Einbildung wegen ins Ausland zu tragen, von dem wir nach dieser Richtung hin am allerwenigsten abhängig sind. Es ist unter allen Umständen ein nichtiger Vorwand, wenn man behauptet, nur auf der Insel Wight oder in Jermisse die Seebäder gebrauchen zu können, daß man zum Aufenthalt im Süden bloß Nizza oder Monte Carlo wählen kann, oder daß am Ende Wien heilkräftiger und „interessanter“ sei als Karlsbad usw., und wenn man den nationalökonomischen Standpunkt dabei im Auge behält, ist es durchaus überflüssig, die Schweiz unserem schönen Tirol und dem lieblichen Kärnten oder dem Salzkammergut vorzuziehen und zum Rodeln oder Skifahren lieber nach St. Moritz, Davos oder Arosa reist, als nach Ritzbüchel, Nussee oder am Cen-

wurde von dem Vertreter der Finanzlandesdirektion das weitgehende, im Rahmen der geltenden Gesetze mögliche Entgegenkommen zugesichert.

Die künftige Gestaltung unseres Fremdenverkehrs.

II.

Obwohl unser Fremdenverkehr gegenwärtig kein sehr lebhafter ist, in manchen Gegenden sogar stockt und selbst in nächster Zeit keine erheblichen Fortschritte zu erwarten hat, darf man darum nicht die Finte ins Korn werfen und müßig bleiben, denn bei entsprechender Vorkehrung sind in gewissen Gebieten immerhin Erfolge zu erreichen.

Unsere Winterkurorte Meran, Gries, Arco und Abbazia gingen hierin mit gutem Beispiel voran, indem sie trotz erschwelter Verhältnisse den Betrieb in vollem Umfange bei sozusagen ermäßigten Preisen eröffneten und bis nun verhältnismäßig befriedigende Resultate erzielten. Der Besuch dieser Orte ist natürlich kein so starker wie sonst, doch beinträchtigt dies in keiner Weise das Gebotene und ist hoffentlich eine entsprechende Steigerung des Verkehrs aus dem Grunde zu erwarten, weil die sonst empfindliche Konkurrenz der Riviera dormalen entfällt.

Außer diesen Orten sollten auch unsere schönen Wintersportplätze ihre Vorbereitungen treffen. Wenngleich die Reihen unserer männlichen Wintersportler durch die Einberufungen zum Militärdienst stark gelichtet, ebenso die Damen durch die Verwundeten- und Krankenpflege in den Lazaretten sehr in Anspruch genommen sind, wird es noch immer viele Leute geben, die sich dem kräftigenden und belebenden Wintersport wenigstens im beschränkten Zeitmaß widmen können. Dadurch werden viele Wintersportplätze, namentlich die von Hauptstädten leicht erreichbaren auf ziemlich guten Besuch rechnen können. Auch die engere und weitere Umgebung Wiens und der Provinzhauptstädte wird selbst während der Kriegszeit entsprechende Frequenzierung durch Ausflügler und Erholungsbedürftige erfahren, so daß ein großer Teil von Hotels und Gastwirtschaften nicht geschäftslos bleibt. Das Bedürfnis nach Ruhe und frischer Luft und nach zeitweiser Loslösung vom alltäglichen nervenanspannenden Getriebe ist kein Luxus, sondern eine gewisse Notwendigkeit und kann selbst in so ernster Zeit nicht als überflüssig betrachtet werden.

Sind also die zunächst zu erwartenden Ergebnisse des Fremdenverkehrs nicht sehr ausgiebig, so kann man doch bescheidene Erfolge erhoffen und sich dabei heute schon auf den nach dem Kriege eintretenden, lebensfalls sehr bedeutenden Aufschwung freuen. Besonders günstige Aussichten eröffnen sich für die nächste Saison unseren Badeorten, namentlich solchen, die über Thermalquellen, seien sie radioaktiv, jod- oder schwefelhaltig, verfügen. Ihnen wird die dankbare Aufgabe zufallen, die vom Kriege heimgebrachten Wunden und Gebreche unserer tapferen Soldaten endgiltig zu heilen sowie den durch Strapazen und Entbehrungen gerüttelten Organismus wieder zu kräftigen. Aber auch unsere vielen schönen Luftkurorte und Sommerfrischen, ebenso die stärkenden Seebäder werden ihre Schulbigkeit tun und den Legionen, deren Nerven direkt oder indirekt durch die Ereignisse so erschüttert wurden, wohlthuende Erholung bringen. Rechnet man noch die enorme Steigerung des geschäftlichen Reiseverkehrs hinzu, welcher während der Kriegsbauer stark unterbunden war, so darf man dem Fremdenverkehr im allgemeinen ein rapides Anwachsen und Ausblühen vorhersehen.

Die vielfachen Umgestaltungen im künftigen Fremdenverkehr, auf welche wir in unserem ersten Artikel hinwiesen, verursachen auch entsprechende Veränderungen in der Propaganda, die während der stillen Zeit gründlich erwogen und vorbereitet werden können. Bei diesen Vorarbeiten wäre wieder einmal Gelegenheit, so manche Mängel und Missetzungen zu beseitigen, die sich bis nun im Reklamewesen behaupten. Schwere Geld wird für Propagandazwecke verausgabt, ohne vorherige

*) Siehe den Artikel in unserer „Reise-Zeitung“ vom 25. Oktober.

*Die künftige Gestaltung unserer
Fremdenverkehr.*

Erwägung, ob es auch richtig angewendet wurde. In Hunderttausenden von Exemplaren flattern die verschiedenen teils verschwenderisch, teils einfacher ausgestatteten Werbeschriften in die Welt, preisen in allen Sprachen und oft überschwänglich die Vorzüge (in Prospekten gibt es immer nur Vorzüge) einzelner Orte und Betriebe, entfernen sich in vielen Fällen bildlich und textlich stark von der Wahrheit und überbieten sich gegenseitig in kleinlich-eifersüchtiger Weise in der Anpreisung ihrer Darbietungen. Diese Sendungen, welche ihre Wanderung meist in Filopaketten antreten, landen dann in irgend einem Lesesaal, Hotelbureau und dergleichen und verstauben unbeachtet in den Winkeln. Ohne den Wert eines wirklich guten Prospekts zu verkennen, der in rationeller Weise, insbesondere durch die berufenen Auskunftstellen direkt an die Parteien zur Ausgabe gelangt, sei bloß vor einem ziellosen, kostspieligen Massenvertrieb, vor übertriebenem Luxus in der Ausstattung und vor Täuschung des Publikums durch phantastische Bilder und Beschreibungen eindringlichst gewarnt. Letztere werden die auf solche Art angepriesenen Gegenden oder Etablissements eher schädigen und viel Mißtrauen gegen andere Werbeschriften hervorrufen.

Mit besonderer Vorliebe bedienen sich auch viele Interessenten der Reklame in fremdsprachigen ausländischen Broschüren, die angeblich in Amerika, England, Rußland usw. erscheinen und verteilt werden. Tatsächlich sind dies zumeist Erzeugnisse obskurer, aber schlauer Privatunternehmer, welche diese Bücher wohl hübsch ausstatten, aber auf reaktionellen Inhalt, Auflage und entsprechende zweckmäßige Verbreitung im Auslande den geringsten Wert legen und eben dadurch ein hübsches Geschäft machen, da sie in richtiger Voraussicht mit der „Auslands-sucht“ ihrer Ausstragegeber rechnen. Der größte Mißbrauch wurde hier stets mit den russischen Broschüren getrieben, denn es ist den wenigsten Leuten bekannt, daß Rußland für derartige Druckwerke sehr hohen Eingangszoll einhebt und somit die Verbreitung derselben sehr erschwert oder ganz unmöglich macht. Fast alle diese Drucksorten gelangen also nicht an ihren eigentlichen Bestimmungsort und auch mit der „garantierten Verteilung“ im übrigen Ausland ist es nicht weit her, so daß das Geld für solche Reklamen unnütz ausgegeben wird.

Viel zu wenig wird in den zahllosen Werbeschriften dem Mittelstand Rechnung getragen, der nicht immer in der Lage ist, die vornehmen und kostspieligen Kurorte zu besuchen und sich am liebsten der einfachen, kleinen Sommerfrische zuwendet. Da schlummern noch sehr viele, reizende Orte im Verborgenen, die bei entsprechender Einfügung in die Propagandawerke zu raschem Ausblühen gelangen könnten. Die bescheidene und billige Sommerfrische, wosfern sie dem Gaste an Unterkunft, Verpflegung und einiger Bequemlichkeit etwas zu bieten vermag, auch im Auslande bekannt zu machen, ist eine Aufgabe, die nur ein Nachschlagewerk größeren Stiles lösen kann, welches sämtliche heimischen Fremdenverkehrsgebiete bespricht. Ein solches Werk, das von sachkundiger Seite verfaßt, in möglichst knapper Form und ohne Rücksichtnahme auf die Bedeutung der Orte all das in objektiver Weise anführt, was dem großen Publikum wissenstwert erscheint und vielfach noch unbekannt ist, in allem ausklärend wirkt, was bei der Wahl eines Erholungs-aufenthaltes bestimmend ist, nicht das eine Gebiet auf Kosten eines anderen in den Vordergrund stellt, keine Zerplitterung der Werbekraft verursacht und dem oft Unkundigen als verlässlicher Führer zur Verfügung steht, ist unter allen Umständen den zahlreichen, zumeist hochangepriesenen Büchern vorzuziehen, die so viel versprechen und so wenig halten.

Gerade jetzt, da unser Fremdenverkehr vor so großen, günstigen Umgestaltungen steht, soll auch eine solche Reform in der Propaganda erwogen und durchgeführt werden. Diese Reform ist schon längst dringlich geworden und kann nun unter den besten Bedingungen erfolgen; sie wird gute Früchte tragen.

Die Flüchtlinge und die Hotels.

Belebung des Geschäftes.

Die Wiener Geschäftswelt hat gegenwärtig weniger Grund zur Klage als jemals. In Wien leben heute bedeutend mehr Menschen als in normalen Zeiten. Die Zahl der galizischen Flüchtlinge (es sind sehr viele Wohlhabende unter ihnen) ist bedeutend, und auch die Zahl der Zivil- und Militärpersonen, die der Krieg in die Hauptstadt führt, ist nicht klein. Der Bevölkerungszuwachs muß für die Geschäftswelt seine Wirkung haben. Wenn der Staat für die armen galizischen Flüchtlinge Ausgaben machen muß, so zieht wieder der Wiener Kaufmann von den wohlhabenden Galizianern Nutzen. Ein nicht unbedeutender Teil des Umsatzes vieler Detailgeschäfte der Innern Stadt resultiert aus der Kauflust des Publikums, das der Krieg zu uns brachte.

Ganz besonders spüren das die Wiener Hoteliers. Es gibt unter ihnen manche, die ohne die galizischen Flüchtlinge im Kriegsjahr dem geschäftlichen Untergang verfallen wären. Die Flüchtlinge haben sie gerettet. Ganz deutlich kommt diese Tatsache in einem Gespräch zum Ausdruck, das einer unser Mitarbeiter mit dem Präsidenten des Hoteliergremiums Herrn Heß führte. Herr Heß gibt folgendes Bild von der jetzigen Lage der Wiener Hoteliers.

„Die Wiener Hotels standen bis Ende September nahezu ganz leer. Eine Fremdensaison gab es heuer begreiflicherweise nicht, und da im September auch das Geschäftsleben nahezu vollständig stockte, blieben auch die vielen Kaufleute aus der Provinz aus, die sonst im Herbst in Massen nach Wien kommen, um hier mit den Grossisten ihrer Branche in Verkehr zu treten. Gegen Ende September waren aber die galizischen Flüchtlinge schon in größerer Anzahl in Wien eingetroffen. Sie belebten die Hotels und Pensionen. Auch wenn sie ursprünglich nur geringere als die normalen Preise bewilligten, so waren sie doch hochwillkommen. Denn vor ihrer Ankunft hatten einzelne Hoteliers, um nicht ganz sperren zu müssen, ihre Zimmer, soweit sich Abnehmer fanden, um ein Drittel des alten Preises vermietet. Heute sind manche Wiener Hotels zur Hälfte mit galizischen Flüchtlingen besetzt. Da seit etwa vierzehn Tagen auch das Geschäftsleben wieder flott zu werden beginnt und geschäftlich Reisende nach Wien kommen, geht es den Hotels ziemlich gut, auch wenn sie nahezu alle hinter dem Umsatz normaler Zeiten zurückbleiben. Ohne die galizischen Flüchtlinge hätte aber das Geschäftsjahr für viele Hotels sehr schlimm werden können. Es wäre den Wiener Hoteliers dann fast ebenso gegangen wie ihren Berliner Kollegen, die schlimmer daran sind als die Wiener, weil sie auf einen großen Fremdenverkehr eingerichtet sind, der jetzt fehlt. Ich entnehme diese Feststellung reichsdeutschen Fachblättern.“

Die neue Sperrvorschrift für die Kaffeesieder.

Die Kaffeesieder Wiens haben eine Aktion in der Angelegenheit der neuen Sperrstundenvorschrift eingeleitet. Vorsteher Franz Eggher der Genossenschaft sprach zweimal beim Polizeipräsidenten vor. Auch beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner wurde interveniert und ihm ein Gesuch überreicht, in dem der Bürgermeister um Unterstützung bezüglich einer Modifizierung der neuen Vorschrift gebeten wird. Vorsteher Eggher teilte kürzlich einer Delegiertenversammlung der Genossenschaft der Kaffeesieder mit, daß er eine Eingabe an den Magistrat veranlaßt habe, wonach eine Zeitspanne in der Sperrstunde der Gasthäuser und der Kaffeehäuser bewilligt werden möge. In Deutschland erfolgte die Einschränkung schon kurz nach Kriegsausbruch, und sogar in Rußland werden um 10 Uhr die Lokale gesperrt. Die Kaffeesieder halten die Zeitspanne zwischen der Schließung der Gasthäuser und der Kaffeehäuser für sehr wichtig.

[Generalversammlung des Vereines Reisender Kaufleute.] Der Verein Reisender Kaufleute Oesterreich-Ungarns hielt dieser Tage im Festsaale des Hotels Continental seine diesjährige Generalversammlung, die außerordentlich zahlreich besucht war, ab. Präsident kaiserlicher Rat Artur Lemberger kennzeichnete in seiner Eröffnungsrede die wirtschaftlichen Ereignisse des zur Neige gehenden Jahres. Unter dem ersten Eindrucke der ungeheueren kriegsrischen Verwicklungen trat wohl eine Deroutierung der ökonomischen Verhältnisse ein, bald aber fand sich Oesterreichs Industrie und Kaufmannschaft in die Situation, unsere Volkswirtschaft hat sich ihr anzupassen gewußt. Der Krieg hat vielen Zweigen der Industrie und des Handels Beschäftigung gebracht, insbesondere der Bekleidungs-, Approvisionierungs- und Schuhungsbranche sowie den Waffen- und Munitionsfabriken. Aber auch die anderen Industrien haben sich den neuen Bedürfnissen entsprechend einzurichten gewußt. Trotz aller Anpassungsfähigkeit sind doch manche Unternehmungen hart betroffen und deren Vertreter und Angestellte in Mitleidenschaft gezogen. Dieser Kategorie von Angestellten ist die besondere Fürsorge des Vereines gewidmet. Der Verein Reisender Kaufleute hat gleich nach Ausbruch des Krieges Beratungen kaufmännischer Korporationen einberufen, um gegen die im Stande der Handelsangestellten durch erfolgte Kündigungen eingetretene Not anzukämpfen. Aus diesen Bestrebungen entwickelte sich die öffentliche Fürsorgekommission für Angestellte, welche der Verein mit 10.000 K. dotierte. Der Verein hat an fast allen während der Kriegszeit zustande gekommenen wirtschaftlichen Gesetzen entweder initiativ oder beratend mitgewirkt. Ferner hat er in sehr eindringlicher Weise mit Erfolg für die Schadloshaltung der Besitzer der Zeitarten auf den Eisenbahnen gewirkt. Viele Maßnahmen im Verkehrswesen wurden auf Antrag des Vereines getroffen; auch das Permanenzkomitee für Industrie, Handel und Gewerbe ist auf seine Anregung hervorgegangen. Materiell hat sich der Verein für die verschiedenen Kriegsfürsorgezwecke und für Subskriptionen auf die Kriegsanleihe und Kriegskredubant, in welcher letzterer der Vereinspräsident tätig ist, mit einem Betrage von 220.000 K. beteiligt. Nach eingehender Erörterung aller aktuellen Wirtschaftsangelegenheiten betonte Redner, daß der Verein sehr nachdrücklich gegen die Herabsetzung der Gehalte und Remunerationen der Angestellten sowie gegen unbegründete Entlassungen von Angestellten und für die Wiederaufnahme der geschäftlichen Reisetätigkeit eingeschritten sei. Die Zahl der Mitglieder des Vereines beträgt 5352. Für seine philanthropischen Zwecke waren 150.000 K. erforderlich. Mit besonderer Wärme wird im Berichte des Kaiser Franz Josefs-Jubiläums-Waisenhaus gedacht. Zum Schlusse seiner Ausführungen bemerkte Redner, daß, so viele unsagbare Greuel der Krieg auch zur Folge hat, er andererseits sittlich hochstehende Empfindungen auslöst. Die tragfähigen Mitglieder der Gesellschaft spenden nicht Wohlthaten, sie begreifen vielmehr ihre ethische Verpflichtung, sich um die durch den Krieg verursachten Sorgen der Schwächeren zu kümmern. Nach dem Kriege werden die Völker sich wieder finden und erstaunt sein über die „Rebarbarisation“, in die sie verfallen waren. Der Friedensidee Dienste zu leisten und durch seine internationalen Verbindungen an dem „Abbau des Hasses“ zu arbeiten, soll eine der wichtigsten Aufgaben des Vereines Reisender Kaufleute bilden. (Lebhafter Beifall.) Sehr ergreifend gestaltete sich der Nachruf für die auf dem Schlachtfelde gefallenen Mitglieder des Vereines. Es wurde ferner der anderen verstorbenen Mitglieder gedacht, darunter des Herrenhausmitgliedes Handelskammerpräsidenten Alois Neumann und Stadtrates Heinzer. Zum Schlusse wurde jenen Mitgliedern, die im heurigen Jahre ihre 25jährige Angehörigkeit zum Vereine verzeichnen, anstatt der bisher verteilten goldenen Ringe eiserne Ehrenringe überreicht. Die Ergänzungswahlen in den Vorstand ergaben die Wahl folgender Herren: D. S. Eisler, Alfred Epstein, Wilhelm Gutmann, Herrnhaiser, Knobloch, Lasko, Alfred Lemberger, kaiserlicher Rat Artur Lemberger, kaiserlicher Rat Mislav, Kaudnitz, Dr. Schwarzmann, Sobotta. Bei der konstituierenden Sitzung des Vorstandes wurden zum Vereinspräsidenten kaiserlicher Rat Artur Lemberger, zu Vizepräsidenten die Herren Alfred Epstein, Friedrich Ariner und Franz Knobloch, zu Kassieren die Herren Karl Lemberger, Emmerich Bondi und kaiserlicher Rat Mislav wiedergewählt.

20. I. 1915

M

Die Preiserhöhung in den Kaffeehäusern.

Die Kaffeehausbesitzer in der Innern Stadt, die heuer im Sommer bessere Geschäfte als jemals gemacht haben, behaupten, daß sie infolge der Preissteigerungen und der niedrigeren Zahl der Gäste so wenig verdienen, daß sie die Preise steigern müssen. In den meisten Kaffeehäusern der Innern Stadt sind auch die Getränke teurer geworden. Nun fordern auch die Kaffeehausangestellten begreiflicherweise eine Lohnerhöhung, was ihr Gehilfenausschuß in einem Rundschreiben in folgender einleuchtender Weise begründet: „Die Gehilfen leiden ebenso wie die

Gewerbsinhaber sehr schwer unter der gegenwärtigen Teuerung. Nun ist es eine bekannte Tatsache, daß mit jeder Preiserhöhung in den Kaffeehäusern die Gehilfen, die mit den Trinkgeldern rechnen müssen, in ihrem Einkommen um ein bedeutendes gekürzt wurden. Da die Löhne schon seit Jahren nicht gestiegen sind, sich die Trinkgelder hingegen verringern, namentlich mit jeder Preiserhöhung, richtet der Gehilfenausschuß an die Gewerbsinhaber die Bitte, sich bei dieser Preiserhöhung ihrer Angestellten zu erinnern und ihre Löhne wenigstens in der Weise zu erhöhen, daß ihr bescheidenes Einkommen nicht noch mehr herabgedrückt wird.“

Adriakonferenz.**Zur Hebung des Fremdenverkehrs.**

Klagenfurt, 6. Februar. (Korr.-Bur.) Auf Anregung des Reichsratsabgeordneten Döbernick fand heute in Klagenfurt eine Sitzung des Präsidialausschusses der Adriakonferenz statt, zu welcher Vertreter der Landesorganisationen für Fremdenverkehr von Niederösterreich sowie sämtlicher andern Länder südlich der Donau geladen waren.

Der Vorsitzende Hofrat Albert Frankfurter begrüßte den in Vertretung des Statthalters von Triest Baron Fries-Stene erschienenen Hofrat Lohmeyer, wobei er hervorhob, es sei in dem Umstande, daß der soeben scheidende Landeschef, welcher den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes sowie dem ganzen Süden ein großes Interesse entgegengebracht hat, nunmehr berufen ist, die Reichsregierung an der Adria zu vertreten, ein günstiges Zeichen für unsre Arbeit und ein äußeres Kennzeichen des engen Zusammenhanges des Adriagebietes mit den Hinterländern zu erblicken.

Hofrat Lohmeyer begrüßte die Versammlung namens des Statthalters Freiherrn v. Fries in gedankenreicher, längerer Rede und schloß mit dem Wunsche, daß die Bemühungen des Kreises, welcher in dieser schweren Kriegszeit schon die Vorarbeiten für eine größere Entwicklung des Fremdenverkehrs an der Adria und in den Alpen im künftigen Frieden aufgenommen hat, von dem besten Erfolg begleitet sein mögen.

Kaiserlicher Rat Neumann (Triest) erstattete hierauf den Bericht über die Fragen, welche Maßnahmen zur Hebung des Fremdenverkehrs nach dem Kriege zu ergreifen wären.

An den Bericht knüpfte sich eine lebhafte Erörterung der einzelnen Punkte. Alle Redner wiesen auf die sehr ernste Lage der Fremdenindustrie hin und regten eine Reihe von Maßnahmen an, welche der Regierung zur Durchführung empfohlen werden sollen.

Es wurde ein Aktionsausschuß, bestehend aus dem Reichsratsabgeordneten Döbernick und Regierungsrat Dr. Köfler, ferner Generalsekretär Gerényi, kaiserlichen Rat Neumann und Direktor Stadner sowie Vertretern der Staatsbahnen und der Südbahn, eingesetzt, welchem die Aufgabe zufällt, die neu vorgebrachten Anregungen weiter zu verfolgen und mit der Regierung wegen der Durchführung der notwendigen Maßnahmen in Verbindung zu treten.

17. II. 1915

Verbot der Fünf-Uhr-Tees!

Auf Anordnung des Oberkommandos in den Marken wird im Landespolizeibezirk Berlin die Veranstaltung sogenannter Fünf-Uhr-Tees mit Gesangs- und sonstigen Vorträgen in den Kabarets, Cafés und Restaurants an den Nachmittagen verboten.

Die Reviere werden angewiesen, hiervon die Wirte sofort in Kenntnis zu setzen und die Durchführung der Anordnung zu kontrollieren, insbesondere auch dahin, daß letztere nicht durch Darbietung von Vorträgen einzelner Künstler umgangen wird.

Berlin, den 15. Februar 1915.

Der Polizeipräsident.
v. J a g o w.

Die 1-Uhr-Polizeistunde eine vorübergehende Maßnahme.

Der Interessen-Verband des Gastwirtzgewerbes und verwandter Betriebe sowie der diesen u. a. angeschlossene Verein der Kaffeehausbesitzer von Berlin und Umgegend hatten beim Oberbefehlshaber in den Marken um eine Rücksprache für ihre Vertreter betreffs der Verkürzung der Polizeistunde auf 1 Uhr nachgesucht. In liebenswürdigster Weise hat Excellenz v. Kessel den Vorsitzenden des Vereins der Kaffeehausbesitzer Nehab sowie den Generalsekretär des Vereins des Interessen-Verbandes Dr. Kopisch gestern empfangen.

Die genannten Herren wiesen darauf hin, daß eine große Anzahl von Betrieben, im besonderen die großen Kaffeehäuser, durch die Herabsetzung der Polizeistunde auf 1 Uhr im Landespolizeibezirk Berlin wirtschaftlich bedeutend geschädigt würden. Die günstige Lage in den Verkehrsgegenden Groß-Berlins, wo Grund und Boden besonders wertvoll sei, müsse durch hohe Mieten und sonstige andere Spesen teuer bezahlt werden. Bei Beibehaltung der 1-Uhr-Polizeistunde werde es vielen Betrieben nicht allein unmöglich sein, die erforderlichen Mieten aufzubringen, sondern ihr Fortbestehen werde auch in vielen Fällen in Frage gestellt. Wegen der außerordentlichen Schädigung der Inhaber, der Hauseigentümer und vor allem auch der in den Betrieben beschäftigten Angestellten wurde gebeten, die Polizeistunde, wenn irgend möglich auf 2 Uhr auszu dehnen, auf alle Fälle aber die Verkürzung der Polizeistunde als eine vorübergehende Maßnahme anzusehen.

Exzellenz v. Kessel sprach sich demgegenüber dahin aus, daß er die schwierige wirtschaftliche Lage der Gastwirte, im besonderen aber die der Kaffeehausbesitzer und der Saalbesitzer durchaus übersehe, daß er aber zurzeit von seiner Anordnung nicht absehen könne, weil der Krieg und die dadurch hervorgerufenen Verhältnisse ihn zu den erfolgten Maßnahmen gezwungen habe. Excellenz v. Kessel gab aber gleichzeitig zu erkennen, daß, wenn die Entwicklung des Krieges weiter fortgeschritten sei und wieder günstigere Verhältnisse eingetreten seien, er bereit sein würde, in eine erneute Prüfung der Frage der Verlängerung der Polizeistunde einzutreten.

Preistreiberei.

Von Regierungsrat Prof. Dr. Josef Grünhel.

In der Nummer der „Zeit“ vom 17. d. verlangt ein Jurist ein Eingreifen der Staatsgewalt gegen die Vertenerung des Schweinefleisches, und darin findet er sicher allseitige Zustimmung; er meint aber, wohl auch in dieser Hinsicht vielfach in Uebereinstimmung mit der Volksmeinung, daß hierzu eine juristische Handhabe vorliegt, nämlich die kaiserliche Verordnung vom 1. August 1914, die in § 7 jeden mit Strafe bedroht, wer in Ausnützung der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse für unentbehrliche Bedarfsgegenstände offenbare übermäßige Preise fordert. Er wirft unseren Gerichten vor, daß sie nur die kleinen Diebe hängen und die großen laufen lassen. Bei der Ueberprüfung der Sachlage vom wissenschaftlichen Standpunkt muß man jedoch zu dem Schluß kommen, daß den Gerichten nur kleine Mittel geboten sind und geboten werden können, und muß sogar anerkennen, daß in dem österreichischen Behördenapparat die Gerichte in dieser kritischen Zeit vielleicht noch am besten ihre Aufgabe gelöst haben; denn wenn auch die Begründung ihrer Urteile nicht immer richtig war, so gelangten sie doch mehr gefühlsmäßig zu einem richtigen Resultat.

Was ist Preistreiberei? Um diese Frage dreht sich der Streit zwischen Juristen und Kaufleuten. Die kaiserliche Verordnung sagt: „Wer offenbar übermäßige Preise fordert.“ Ein Uebermaß kann ich aber nur feststellen, wenn ich das Maß habe. Ich kann einen Vergleich nur ziehen, wenn ich von einer Vergleichsbasis ausgehe. Wo finde ich nun diese Vergleichsbasis?

Der Konsument sucht sie begreiflicherweise in den bisherigen Marktpreisen. Für jede plötzliche und starke Erhöhung sucht er einen Faktor zur Verantwortung zu ziehen. Dabei verfällt er zunächst auf die Produzenten und Händler. Wenn aber Mangel an Ware oder außerordentlich starker Bedarf eingetreten ist, so ist die Preiserhöhung wirtschaftlich gerechtfertigt und juristisch einwandfrei, denn die Ware hat einen höheren Wert bekommen, ebenso wie sie durch entgegengesetzte Verhältnisse hätte an Wert verlieren können. Die Zufuhr wird von selbst vergrößert werden, soweit die Preise einen Anreiz dazu bieten. Sind aber, wie in diesen kriegerischen Zeiten, Hindernisse vorhanden, die die privatwirtschaftliche Tätigkeit nicht überwinden kann, dann muß die Gemeinwirtschaft auf den Plan treten. Nicht die Gerichte können also heute die Schweine billiger machen, weil sie nur das privatwirtschaftliche Verhalten österreichischer Staatsbürger beeinflussen können, sondern nur die staatlichen und kommunalen Organe, eventuell auch die Konsumenten selbst, wenn sie nach dem dankenswerten Vorschlag der Hausfrauenorganisation durch Boykott den Bedarf gewaltjam verringern.

Wenn die Gerichte wegen Preistreibereien ein Urteil fällen, gingen sie gewöhnlich von den Selbstkosten, dem Erzeugungspreis beim Produzenten und dem Einkaufspreis beim Händler aus, wogegen sich ganz mit Recht die Opposition der Kaufmannschaft erhob. Unsere Richter sind nämlich in einer unhaltbaren Werttheorie aufgewachsen, denn sie halten sich, da die an unseren Universitäten gelehrte Grenznutzentheorie ganz unfruchtbar ist, an die Kostentheorie der alten Klassiker. Der Wert ist aber, wie die tägliche Erfahrung lehrt, ganz unabhängig von den aufgewendeten Kosten: manche Ware verliert an Wert infolge Modewechsels trotz gleichgebliebener Kosten, manche wertlose Ware bekommt plötzlich Wert, wie zum Beispiel Leer. Die Kosten bilden nur ein Element des Angebotes, bestimmen die Möglichkeiten der Zufuhr. Der Wert ist daher mit der Ware nicht verwachsen, kommt ihr nur von außen zu, ist ein Resultat des Marktes, auf dem Angebot und Nachfrage als Resultanten sehr komplexer

Verhältnisse gegeneinander wirken. Wer also den Preis beeinflussen will, muß die Marktlage auf der einen oder anderen Seite zu ändern suchen. Wären die Kosten die Vergleichsbasis bei der Beurteilung der Preistreiberei, so käme man auch zu der sonderbaren Folgerung, daß jeder Kaufmann je nach seiner zeitlichen und örtlichen Einkaufsgelegenheit einen besonderen Preis machen müßte. Der Produzent und Händler berechnet allerdings die Kosten unter Zuschlag eines Gewinnes, aber nur zum Zweck seiner Kalkulation, nur um zu wissen, wie er sich an dem Angebot beteiligen kann.

Als richtige Vergleichsbasis bleibt also nur die Marktlage. Ist dann aber nicht jeder Preis gerechtfertigt und dem Eingreifen der Gerichte jeder Boden entzogen? Ich sage nein. Bei Angebot und Nachfrage handelt es sich nicht bloß um die Menge der Ware, die zugeführt oder erwartet wird, welche jetzt und in nächster Zukunft gebracht wird, nicht bloß um die Geld- und Einkommensverhältnisse, kurzum nicht bloß um sachliche Momente, sondern auch um das persönliche Verhalten der Verkäufer und Käufer. Aengstliche Stimmung auf der einen oder anderen Seite läßt sich ausnützen. Der Krieg bringt es nun mit sich, daß sich die normale Marktlage plötzlich verschiebt und der Verkäufer zum stärkeren Teil wird. Ein Detaillist kann nun einem Verbraucher, der über die schwankende Marktlage nicht orientiert ist und andere Händler nicht so leicht auffinden kann, einen Preis aufrechnen, der von den in gleicher Lage befindlichen Warenbesitzern bei freier Konkurrenz nicht verlangt wird.

Eine Preistreiberei liegt also dann vor, wenn ein Preis durch das subjektive Verhalten des Verkäufers über das durch die sachlichen Mo-

mente von Angebot und Nachfrage geschaffene Preisniveau hinausgeht. Wenn also ein Greisler oder Fleischhauer Ware zu einem Preise verkauft, die bei den anderen Detaillisten in gleicher Lage billiger zu haben ist, so wird er mit Recht gestraft. Wenn sich aber die Marktlage selbst zum Nachteil des Verbrauchers ändert, dann kann kein Gericht nützen, sondern nur die Regierung und — Selbsthilfe!

Maßnahmen gegen den Alkoholismus.

Wien, 26. Februar.

Das Ministerium des Innern hat an alle politischen Landesstellen unter dem 6. d. einen Erlaß gerichtet, der die Behörden anweist, sowohl aus Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung als auch in hygienischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht ihre besondere Aufmerksamkeit dem Alkoholismus zuzuwenden, der in manchen Gegenden auch in dieser ersten Zeit unablässig grassiert. Als wirksamster Schutz gegen den Alkoholismus bezeichnet der Erlaß Maßnahmen, welche in der unmittelbaren Bekämpfung des Genusses von gebrannten geistigen Getränken und eine Beschränkung der Trinkgelegenheiten bezwecken. Für Maßnahmen dieser Art muß bis zur Erlassung eines Trunkenheitsgesetzes mit den bestehenden gesetzlichen Normen das Auslangen gefunden werden.

Unter Hinweis auf den Erlaß des Handelsministeriums vom 14. September 1914 über die Regelung der Sperrstunde für Branntweinschenken, die Verfügungen der Gewerbeordnung und die gleichen Verfügungen der Polizeibehörden wird die Wahl der auf dieser Rechtsbasis zu ergreifenden Maßregeln dem Ermessen der Landesbehörden überlassen. Sie haben im Einvernehmen mit dem Handelsminister neben der Festsetzung einer frühzeitigen Sperrstunde erforderlichenfalls die Schließung der Branntweinschenken zu bestimmten Tagesstunden, zum Beispiel mittags, anzuordnen sowie das Polizeiverbot zu verfügen, einzelnen Kunden, insbesondere Jugendlichen, ferner Individuen, die dem Trunke ergeben, den Eintritt in die Branntweinschänker zu gestatten. Des weitern kann verboten werden, den Branntwein an ein und dasselbe Individuum wiederholt oder in einem größeren Quantum zu verabreichen, den Branntwein an die obgenannten Personen und erforderlichenfalls auch an Arbeiter, an Militärpersonen, insbesondere aus Anlaß von Eisenbahntransporten militärdienstpflichtiger Personen usw. zu verkaufen oder zum Abgabe von gebrannten geistigen Getränken Automaten zu verwenden. In Orten, wo mehrere Schanklokaltäten bestehen, kann auch ein Turnus für den Betrieb dieser Schankstätten an einzelnen Tagen der Woche eingeführt werden. An dem Tage, an welchem die Musterung, Einrückung usw. von Landsturmpflichtigen oder Reservisten stattfindet sowie bei vorfallenden Störungen der öffentlichen Ordnung und Ruhe oder wenn solche Störungen zu besorgen sind oder in Bezirken mit überwiegender Arbeiterbevölkerung überhaupt kann die Schließung allenfalls aller Schankstätten auf kürzere oder längere Dauer angeordnet werden.

Der Krieg und der Fremdenverkehr.

Der Minister für öffentlichen Arbeiten Dr. Erntka empfing gestern eine Abordnung des Reichsverbandes österreichischer Hoteliers bestehend aus dem Präsidenten Karl Saffüll, Vortragsstellvertreter des Gremiums der Hoteliers Ignaz Dungal und Direktor Rues (Hotel Metropol), welche ein Memorandum überreichten, das die Förderung des Fremdenverkehrs in Oesterreich während der Kriegsdauer und nach Abschluß des Friedens zum Gegenstande hat.

In dem Memorandum wird im wesentlichen ausgeführt, daß die durch die Kriegsverwicklung entstandenen Einwirkungen unzweifelhaft eine neue Epoche sowohl für den Verkehr turbedürftiger Personen als auch für den allgemeinen Reiseverkehr geschaffen haben. Die Frage einer rationellen Förderung des Fremdenverkehrs in Oesterreich, das durch den Besitz weltberühmter Kurorte und Heilbäder und durch die große Fülle hervorragender Naturschönheiten für die Heranziehung des Fremdenverkehrs geradezu prädestiniert erscheint, bilde ein höchwichtiges staatliches Interesse. Die österreichischen Hotelindustriellen haben unter Aufbietung großer materieller Opfer alles Zweckdienliche vorgesorgt, um eine tabelfreie Fremdenbeherbergung auch während der Kriegszeit durchzuführen. Vieles sei jedoch im Hinblick auf die den Fremdenverkehr fördernde Propaganda unterlassen worden, wenn auch die seit mehreren Jahren unternommenen Schritte des Ministeriums für öffentlichen Arbeiten mit Dank anerkannt werden können. Bei Entfaltung einer Propaganda für den Fremdenverkehr seien zwei Fragen in Betracht zu ziehen, wo diese Propaganda mit Erfolg durchzuführen sei und zu welchem Zeitpunkte dieselbe einzusetzen habe. Es erscheine nun klar, daß angesichts der durch die kriegerischen Verwicklungen hervorgerufenen Verbitterung der Gemüter zumindest durch mehrere Jahre nach Abschluß des Friedens an einen stärkeren Zuzug aus den derzeit feindlich gesinnten Staaten, Frankreich, Belgien, England und Rußland, kaum zu denken sei. Das Hauptgebiet, auf dessen Gewinnung alle Bestrebungen konzentriert werden müssen, sei das verbündete Deutsche Reich, in welchem schon seit Jahren die Schweiz, Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Skandinavien, kein Mittel unversucht ließen, um den Fremdenverkehr aus dem Deutschen Reiche in ihr Gebiet zu lenken. Derzeit werde jedoch eine geschickt geleitete Propaganda für das österreichische Reisegebiet in Deutschland umso erfolgreicher bewerkstelligt werden können, als es gewiß schon aus politischen Rücksichten den Angehörigen des Deutschen Reiches sympathischer erscheinen dürfte, ihre Erholung in dem eng verbündeten Kaiserstaate zu suchen, als in feindlich gesinnten Ländern oder in solchen, welche notorisch sehr stark unter französischem oder englischem Einflusse stehen. Für eine derartige Propaganda könne nicht der Abschluß des Friedens abgewartet werden, sondern sie müsse, wenn nicht viel versäumt werden soll, sofort beginnen. Schon während der Kriegsdauer werden Rekonvaleszenten Kur- und Heilbäder aufsuchen müssen und bieten die österreichischen Kur- und Heilbäder den Heilungsuchenden sichere Gewähr auf den Erfolg. Auch andere Familien werden in den nervenzerrüttenden Zeiten des Krieges das Bedürfnis nach Erholung empfinden und es werden schon jetzt von den Interessenten der französischen Riviera, von Italien und der Schweiz alle Mittel aufgeboten, um den Fremdenzuzug aus den neutralen Staaten in ihr Gebiet zu lenken. Das Memorandum, welches der Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß die Fremdenindustrie für die volkswirtschaftlichen Verhältnisse der Gesamtbevölkerung des Staates von höchster Bedeutung ist, empfiehlt dringend, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten eine großzügige Propaganda im deutschen Reichsgebiete entfalte, und weist darauf hin, daß für die Bedeckung der Kosten dem Ministerium bereits budgetmäßig bewilligte Beträge zur Verfügung stehen, welche in-

folge des eingetretenen Krieges eine zweckentsprechende Verwendung nicht finden konnten.

Minister Dr. Erntka, welcher mit den Mitgliedern der Abordnung alle Einzelheiten der in Vorschlag gebrachten Aktion eingehend erörterte, erklärte, daß er die große volkswirtschaftliche Bedeutung der österreichischen Hotelindustrie sowie die Notwendigkeit der Förderung der Fremdenindustrie und aller auf die Hebung des Fremdenverkehrs gerichteten Bestrebungen vollkommen anerkenne. Er betonte, daß auch während der Kriegszeit die Frage der Fremdenindustrie in keiner Weise vernachlässigt werden dürfe und erklärte, daß er dieser Angelegenheit mit vollster Aufmerksamkeit folgen und intensivste Förderung zuwenden werde.

Von den Mitgliedern der Abordnung wurde auf die besondere Wichtigkeit eines raschen Eingreifens hingewiesen; ein solches verspreche umso größeren Erfolg, als es wichtig sei, die politische Waffenbrüderschaft mit dem Deutschen Reiche auch nunmehr auf das wirtschaftliche Gebiet zu übertragen, welche Tendenz auch im Deutschen Reiche vollkommen anerkannt werde.

26./II. 1915.

18

Die Förderung der Fremdenindustrie während des Krieges.

Wien, 25. Februar.

Der Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Trnka empfing heute eine Abordnung des Reichsverbandes österreichischer Hoteliers, bestehend aus dem Präsidenten Karl Sukküll, Vorsteherstellvertreter des Gremiums der Hoteliers Ignaz Dungal und Direktor Ruez (Hotel Metropole), welche ein Memorandum überreichten, das die Förderung des Fremdenverkehrs in Oesterreich während der Kriegsdauer und nach Abschluß des Friedens zum Gegenstande hat. In dem Memorandum wird im wesentlichen ausgeführt, daß die durch die Kriegsverwicklung entstandenen Einwirkungen unzweifelhaft eine neue Epoche sowohl für den Verkehr turbedürftiger Personen als auch für den allgemeinen Reiseverkehr geschaffen haben. Die Frage einer rationellen Förderung des Fremdenverkehrs in Oesterreich, das durch den Besitz weltberühmter Kurorte und Heilbäder und durch die große Fülle hervorragender Naturschönheiten für die Heranziehung des Fremdenverkehrs geradezu prädestiniert erscheint, bilde ein höchwichtiges staatliches Interesse. Die österreichischen Hotelindustriellen haben unter Aufbietung großer materieller Opfer alles Zweckdienliche vorgefertigt, um eine tadellose Fremdenbeherbergung auch während der Kriegszeit durchzuführen. Vieles sei jedoch im Hinblick auf die den Fremdenverkehr fördernde Propaganda unterlassen worden, wenn auch die seit mehreren Jahren unternommenen Schritte des Ministeriums für öffentliche Arbeiten mit Dank anerkannt werden können.

Bei Entfaltung einer Propaganda für den Fremdenverkehr seien zwei Fragen in Betracht zu ziehen: wo diese Propaganda mit Erfolg durchzuführen sei und zu welchem Zeitpunkte dieselbe einzusetzen habe. Es erscheine nun klar, daß angesichts der durch die kriegerischen Verwicklungen hervorgerufenen Verbitterung der Gemüter zumindest durch mehrere Jahre nach Abschluß des Friedens an einen stärkeren Zugang aus den derzeit feindlich gesinnten Staaten Frankreich, Belgien, England und Rußland, kaum zu denken sei. Das Hauptgebiet, auf dessen Gewinnung alle Bestrebungen konzentriert werden müssen, sei das verbündete Deutsche Reich, in welchem schon seit Jahren die Schweiz, Italien, Frankreich, Belgien, Holland und Skandinavien kein Mittel unversucht ließen, um den Fremdenverkehr aus dem Deutschen Reich in ihr Gebiet zu lenken. Derzeit werde jedoch eine geschickt geleitete Propaganda für das österreichische Reisegebiet in Deutschland um so erfolgreicher bewerkstelligt werden können, als es gewiß schon aus politischen Rücksichten den Angehörigen des Deutschen Reiches sympathisch erscheinen dürfte, ihre Erholung in dem engverbündeten Kaiserstaate zu suchen. Für eine derartige Propaganda könne nicht der Abschluß des Friedens abgewartet werden, sondern dieselbe müsse, wenn nicht viel versäumt werden soll, sofort beginnen. Schon während der Kriegsdauer werden Rekonvaleszente Kur- und Heilbäder aufsuchen müssen und die österreichischen Kur- und Heilbäder bieten den Heilungsuchenden sichere Gewähr für den Erfolg.

Minister Dr. Trnka, welcher mit den Mitgliedern der Abordnung alle Details der in Vorschlag gebrachten Aktion eingehend erörterte, erklärte, daß er die große volkswirtschaftliche Bedeutung der österreichischen Hotelindustrie sowie die Notwendigkeit der Förderung der Fremdenindustrie und aller auf die Hebung des Fremdenverkehrs gerichteten Bestrebungen vollkommen anerkenne. Er betonte, daß auch während der Kriegszeit die Frage der Fremdenindustrie in keiner Weise vernachlässigt werden dürfe und erklärte, daß er dieser Angelegenheit mit vollster Aufmerksamkeit folgen und derselben intensivste Förderung zuwenden werde.

1. / III. 1915.

Das verteuerte Sodawasser und „Kraacherl“.

Die von den Wiener Sodawassererzeugern angekündigte Preiserhöhung für Siphons und Kraacherlflaschen, die mit der Verteuernng der Erzeugung motiviert wird, ist heute bereits in Kraft getreten. Die Preissteigerung stellt sich auf 2 Heller pro Siphonflasche oder Kraacherl.

Trinkgelder.

Die Kellner im Kaffeehaus und Restaurant, die Kondukteure der Straßenbahn und der Stellwagen mußten in den Kriegsmonaten die Erfahrung machen, daß ihre Einnahmen aus den Trinkgeldern um fast fünfzig Prozent gesunken sind. Das Ausbleiben der ins Feld gerückten Gäste vieler Cafés und Restaurants ist zum großen Teil eine Ursache dieser Erscheinung, jedoch kann außerdem die Wahrnehmung gemacht werden, daß Gäste die Trinkgelder herabgesetzt haben. In den Stadtkafés sind die Trinkgelderreduktionen etwas weniger fühlbar. Das gleiche gilt von den dortigen und von den Restaurants der meisten Bezirke. Denn infolge der Speisenpreiserhöhung ist die Gesamtrechnung größer, und da bei uns — wie auch in Deutschland — der Wirt gilt, daß man dem Zahlkellner einen gewissen prozentuellen Anteil an der bezahlten Summe als Trinkgeld gibt, so wird, auch bei großer Sparjamkeit des Gastes, dieses in den meisten Fällen nicht geringer. Der Speisenträger kommt dagegen sehr zu Schaden, indem ein über die „teure Speisensarte“ wütender Gast „aus Rache“ verstoßen statt 10 oder 12 Heller nur sechs auf dem Tisch legt. Der Getränkejunge geht in diesen Tagen gewöhnlich leer aus. Wenn also die allgemeine Trinkgelderreduzierung um 25 Prozent angenommen wird und durch das Ausbleiben von auswärts weilenden Gästen — ein mittleres Kaffeehaus in einem inneren Bezirk zählt um durchschnittlich 230 Gäste täglich weniger — weitere 25 Prozent entfallen, so ergibt sich die Tatsache, daß die Kellner ein um die Hälfte gesänkertes Trinkgeldeinkommen haben, das, da die meisten Zuträger kein Fixum beziehen, nunmehr ihr Gesamteinkommen bedeutet. Die Reduzierung der Trinkgelder in den Kaffeehäusern hat insbesondere von jenem Tag an begonnen, da die „Melange“ um zwei bis vier Heller im Preise erhöht wurde. Schlechte Erfahrungen machen auch die Schaffner. Es war üblich, dem Straßenbahn- oder Stellwagenkondukteur 2 Heller über den Fahrpreis einzuhändigen, und in normalen Zeiten hat insbesondere im „ersten Wagen“, der sich zum Coupé der besseren Klasse herausbildete, mindestens jeder zweite Fahrgast dem Schaffner den traditionellen Tribut entrichtet. Heute kann man beobachten, daß erst jeder dritte oder vierte „Trinkgeld“ gibt. (Man kann das feststellen, denn die Schaffner sagen bei Entgegennahme des Fahrgeldes nur dann „danke“, wenn sie eben Trinkgeld bekommen.) Und man kann auch hier, wie in den öffentlichen Lokalen feststellen, daß die wohlhabenderen Klassen sich des Trinkgeldgebens enthalten, während der einfache Bürger im allgemeinen nach wie vor das gleiche Trinkgeldbudget verbehält. Es liegt uns ferne, die Frage des Trinkgeldes im allgemeinen besprechen zu wollen, ob das Trinkgeldgeben eine Unsitte ist oder nicht. Tatsache ist, daß es sich bei uns stark eingebürgert hat. Und so muß es denn auch besonders auffallen, wenn das Sparsystem der Kriegszeit auf dieses Gebiet übergriff.

(Wiener Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr.) In seiner letzten unter dem Vorsitz des Präsidenten Oskar Edler v. Hoeft abgehaltenen Sitzung befaßte sich der Wiener Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr (Sektion Wien des Landesverbandes) mit jenen Maßnahmen, welche geeignet wären, der drohenden Seuchengefahr im Verkehrsweisen entgegenzuwirken. Durch erhöhte Verwendung des Wagenparkes zur Beförderung von Gefangenen vom Kriegsschauplatz und von Personen aus infizierten Gegenden ist es nicht ausgeschlossen, daß Krankheitserreger in den Waggons und Bahnhofgebäuden zurückbleiben. Es empfiehlt sich deshalb die Entfernung aller überflüssigen Gegenstände aus den Waggons und der gepolsterten Sitze aus den Wartesälen. Das Publikum würde gewiß auf Bequemlichkeiten verzichten, wenn es die Gewähr hat, daß es dadurch der Ansteckungsgefahr entgeht. Die Verwendung von Papierervietten in den Bahnhofrestaurationen sowie die wiederholte Reinigung der Fußböden in den Restaurants der dritten Klasse, jedesmalige Desinfektion und Reinigung der Waggons und Bahnhofgebäude sind geeignete Maßnahmen zur Verhütung der Verbreitung der

Seuchengefahr. In Eingaben an das Eisenbahnministerium, die Generalinspektion der österreichischen Staatsbahnen und an die Bahnverwaltungen hat der Verein auf die Notwendigkeit einer intensiven Desinfektion der Waggons und Bahnhofgebäude im Interesse einer glatten Abwicklung des Verkehrs hingewiesen und auch an die Statthalterei das Ersuchen gestellt, bezüglich jener Fuhrwerke, die den Bahnhofsdienst besorgen, ebenfalls geeignete Vorkehrungen zu treffen. Soweit städtische Verkehrsmittel in Betracht kommen, wurde die Entfernung der Vorhänge in der elektrischen Straßenbahn wärmstens begrüßt und die Anregung gegeben, auch in den Omnibuswagen die Vorhänge sowie die gepolsterten Sitze zu entfernen. Da die bisherige Rehrichtabfuhr in Wien den hygienischen Anforderungen nicht entspricht, wurde eine möglichst rasche Lösung dieser Frage ohne Rücksicht auf die etwa entstehenden Mehrkosten gefordert. Endlich wurden die kompetenten Behörden ersucht, der Reinigung der Fußböden in jenen Betrieben, in welchen die minder gut situierten Volksschichten verkehren, besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Mit Rücksicht auf das Bestreben aller kompetenten Faktoren, jede Seuchengefahr hintanzuhalten, ist es sicher, daß die vom Verein gegebenen Anregungen verwirklicht werden dürften.

Die Nachtsperre der Lokale.

In einer kürzlich abgehaltenen Bezirksdelegiertenversammlung der Kaffeesieder Wiens und in der April-Vorstandssitzung der Genossenschaft gelangte neuerlich die Sperrstundenfrage zur Diskussion. Vorsteher Egfher teilte mit, daß sämtliche bisherigen Bemühungen in dieser Angelegenheit ergebnislos blieben. Nach einer vorliegenden privaten Mitteilung befaße man sich vielmehr mit dem Gedanken einer weiteren Früherlegung der Sperrstunde für alle Schankgewerbe. Schließlich wurde eine Deputation, bestehend aus Vorsteher Egfher, dessen Vertreter Krampf sowie den Mitgliedern Neumann, Ortner, Kappel und Schwarz, gewählt, die in der Sperrstundenangelegenheit beim Minister des Innern und beim Handelsminister vorsprechen wird.

Vorkehrungen der Fremdenverkehrsverbände für die kommende Saison. Der Bund der österreichischen Landesverbände für Fremdenverkehr hielt Samstag unter dem Voritze des Präsidenten des Tiroler Landesverkehrsrates Abgeordneten Dr. Kofler in Wien eine Sitzung ab. Der Vorsitzende und der Präsident des Kärntner Verbandes Abgeordneter Dohernig erstatteten die einschlägigen Berichte, aus welchen hervorging, daß nach allen Anzeichen zu schließen auch im heurigen Sommer auf einen beträchtlichen Inlandsreiseverkehr zu rechnen ist. Ein namhafter Verkehr aus dem Auslande, wobei wohl nur das Deutsche Reich in Betracht käme, dürfte sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht einstellen. Die wichtigste, aber auch die schwierigste Frage, mit der sich die für den Fremdenverkehr wirkenden Körperschaften zu befassen haben, ist die der Approvisionnement. Ihre Lösung ist nicht von einer Zentralstelle aus, sondern nur ländersweise möglich. In der Wechselrede, die sich an die Berichte knüpfte, machte Oberkurator Steiner Mitteilungen über die Approvisionnement in Wien. Die Versammlung, in welcher nahezu alle Landesverbände vertreten waren, überließ es dem Tiroler als dem geschäftsführenden Verbands, mit dem Ausdrucke des Dankes für die bisherige Arbeit, die Zukunftsmaßnahmen, über welche jetzt nur theoretisch gesprochen werden kann, weiter zu verfochten.

* Die Notlage der Hotelindustrie. In der vor einigen Tagen stattgefundenen Beratung von Abgeordneten und Delegierten der Fremdenverkehrsverbände wurde auch die Notlage besprochen, in welcher sich die Besitzer von Gasthöfen, Pensionen u. dgl. in Kurorten und Fremdenverkehrsgebieten deshalb befinden, weil der Fremdenverkehr nahezu gänzlich aufgehört hat und die meisten Unternehmungen mit Hypotheken belastet sind, deren Zinsen und Amortisation nun nicht abgestattet werden können. Um ein exekutives Vorgehen der Gläubiger, das den Ruin zahlreicher Existenzen herbeiführen würde, zu verhindern, werden die Fremdenverkehrsverbände demnächst unter der Führung der Abgeordneten an die Regierung mit dem Ersuchen herantreten, daß aus Staatsmitteln ausreichende Geldzuweisungen zur Verfügung gestellt werden, mit deren Hilfe soweit als unbedingt erforderlich dringende Zahlungsverpflichtungen der Hotelbesitzer vorläufigweise gedeckt werden sollen.

Einladung nach Oesterreich.

von
Carl Markau.

Ich weiß nicht, ob es uns in den Bezirken der Gemütslichkeit gestattet ist, eine Konjunktur auszunützen. Ich weiß nur, daß es eine der liebenswertesten und unpraktischsten Eigenschaften des Oesterreichers ist, an einer guten Gelegenheit vorüberzugehen.

Eine solche gute Gelegenheit kündigt sich, wenn nicht alles trägt, in diesen Tagen an, in denen trotz Schlagschadenswetter und Brotmangel die Frühjahrshilfe unserer Frauen auszufüllen beginnen. Wenn der holde Knabe, sich hinter jedem bräutlich geschmückten Schlehdornstrauß. Wirken behängen sich mit grünen Schleieren. Statt anenbruch und Fichtenzweig fesseln sich die Gelbtrauen eine hübsche Hafelgerte an die eroberte Brustentfalte. Und der Deutsche, das angeblich allerliebste Lebewesen dieses waffenstarrten Frühlings von 1915, entbedt zwischen zwei Berichtigen vom Großen Generalstab, daß die gelben Sterne des Zwengangs aufblüht und fast wieder am Verblühen sind, Primel und Hahnenfuß schlingen ihre zärtlichen Aracessen in den jungen Hasen, es gibt schon Viehespaare auf frischgestrichenen Gartenbänken, Stullenpapier im Sonntagswald . . . überhaupt, trotz Flantern- und Karpathenkampf will sich wieder einmal alles, alles wenden und der deutsche Romantiker — unterm Miktarmaß selbsterständig — greift nach dem Bädeder. Er beginnt sich wie jedes Jahr um diese Zeit um Anstöße zu erkundigen, interessiert sich für die gewisse ogoneische, standfreie Hochgebirgskommerzielle mit Kurmuff und Eiplanade, schreibt um Hotelprospekte und nimmt eine Sommerwohnung auf.

Und dies wäre die gute Gelegenheit, die wir im bundesbrüderlichen Oesterreich uns ausnahmsweise nicht entgegen lassen sollen. Der deutsche Ferienbummler findet heuer einige seiner beliebteren Sommerfreunden mit Brettern vernagelt. Die Welt ist enger geworden, und wie die Dinge liegen, dürfte der D-Zug eifriger in freieren Jahren vielbegehrte Anstöße, zum Beispiel in französische oder englische Molebäder, verpassen. Bleibt die Schweiz, wobei es sich nur fragt, ob der Naturgenuss wesentlich erhöht wird, wenn man im "Diningroom" zur Sauterneuppe die übliche Maß mit Leberflecken serviert bekommt.

Aus diesen, wenn schon vorläufig nicht anderen Erwägungen dürfte es sich also empfehlen, wenn unsere geschätzten Freunde und Bundesgenossen mal einen Abstecher zu uns versuchen wollten. Die Entdeckung Oesterreichs ist bislang in sehr wenig Reisehandbüchern geblieben, und wenn, so auf der Seite, die man wohlwollend aber konsequent überflüssig. Denn Oesterreich, nicht wahr, "läuft uns nicht

hänge für ein besseres Trinkgeld und ein panteres Wiener Schnitzel für eine Summe bekommt, um die uns nicht der letzte Hausnachricht von Zugern oder Interlassen die Stiefel putzen möchte. Fels und Sonnenwald engen den Strom der Wälder in sein schmales Bett, und von diesem Feisen tragen die Burgen der "wilden Kauerntinger Gunde", die Törme des uralten Benediktinerklosters von Göttweig, von Aggsteins Rosenkloster, das ein zur Donau stützender Steinfelsriff ist, sieht man hinüber ins Wehen und dunkelfarbige Raufschiffen hundertjähriger Wälder. Nichte Wiesenbüchel schwellen bergan, aus roten Zweibeltarmen fliegt eine Handvoll Glockenläutens zum Strom, zwischen Buchenholz und Haseln zum Gnadenkirchlein, von dessen Turmfürken die Kreuze ernst und streng wie die Weillengläser eines geistlichen Herrn über dies gelegene Land funkeln. Das nahe niederösterreichische Krems steht wie eine Anstaltskarte von Moisenburg aus, aber wir selber wissen von diesem tümmerlichen, gassenengen, verfallenen und träumenden Städtlein eigentlich nur, daß es unseren besten Tafelwein liefert.

Auf und ab fahren die schönen, möwenweißen Passagierschiffe der Wachau, aber es fahren schwarmgeisternde Gymnasialisten mit halben Schülerkarten, ein paar tarotierende Wiener, ein geistlicher Herr, der zum Amtsbücher in Dürenstein (dem Dürenstein des Sängers Mondel und seines Herrn Richard Löwenherz . . .) auf einen Sonntagsmittagsplausch kommt. Wo sind die Berliner? Wir bitten um Berlin, wir halten in aller Bescheidenheit die Entdeckung Oesterreichs einschließlich der Wachau auch für so etwas wie eine Bundespflicht, und eine angenehme dazu, eine billige dazu. Die Entdeckung Oesterreichs! Die Oesterreich zu kennen glauben, kennen es aus Vorurteilen. Dort sind sie nicht gewesen. Also mögen an den Genfer See einmal ins oberösterreichische Salzkammergut, und in momentaner Ermangelung eines Moniblane in die Dolomiten zu gehen. Und es ist ein Patriotismus, bei dem jeder Teil auf seine Kosten kommt. Unsere Hoteliers, unsere Bahnen, unsere Dampfschiffe — und das Publikum, das für uns schwärmt, sehr freundschaftlich, erfreulich beharrlich für uns schwärmt und uns nicht ganz so freundschaftlich, aber sehr viel beharrlicher aus dem Wege gegangen ist.

Geben Sie sich, bitte, das Schwärmen für nachher auf. Und kommen sie zuerst. Das ist zunächst das Allerwichtigste. Um das "nachher" braucht niemandem und Ihnen am wenigsten lange zu sein.

habe". Also kamen Crouville und Douville und Insel Wight und Megapton und der Nil und die Selbstmörderkunds einer möglichst ausländischen Hotelkette in die Mode, und Hermann Dohr führte umsonst die Werbetrommel für Dalmatien: es ist bis heute das unersüßliche Dornröschen geblieben.

Schließlich, es muß ja nicht ausgerechnet Dalmatien sein; unsere österreichischen Großwarenhändler des Naturgenusses sind nach allen Richtungen hin versehen und warten bloß auf die Fremden, die sich das Vereinspaarieren bisher so gründlich überlegt haben. Um nur einiges in Erinnerung zu bringen: wer kennt unseren Böhmer Wald, Stiffters Waldheimat, diese Urreinamteiten um den Pilsener See, in dessen dunkel aufgeschlagenem Schwermuttsauge der Hochwald seine wehenden Wipfel bestreut! Pan im Wusch, der vertriebene — dort im Königreich der Schwarzen Berge ist er noch daheim, steht dich verführt mit den Augen des ähnden Ebelhirsches oder des alten, wilden, am Forsthaus angepflanzten Siegenboods an. "Auf diesem Ager, auf diesem See ist der Herzschlag des Waldes." Albalbert Stifter, ehrgehend im Böhmer Wald in die Unsterblichkeit, zumindest der Lehrlücher unserer Untermittelschulen, verlor, hat es vor mehr als zwei Menschenaltern geschrieben. Aber Dichter haben nicht die Konjunktur, und das melancholische Paradies um den Dreifesselberg ist noch immer keine Sommerfrische . . .

Und das abenteuerlich schöne, wald- und wellenrauschende, feierliche Murtal ist es nicht, und nach Pörschach am See in Kärnten kommen immer dieselben paar hundert oder tausend Wiener, Buda- pester und Klagenfurter, diese gewissen Fanatiker der unter dem Existenzminimum erschwinglichen Sommerfrische. Der vom ersten Fuß wärmerer Sonnen gestreifte Süden Steiermarks ist überhaupt unbekannt, trotz der elegischen Hymne von eilichem hundert Seiten, die ihn Rudolf Hans Barisch in einem seiner Romane gesungen hat. Zwischen dem salzburgischen Lungau und dem Oberlauf der berg- entzungenen, triftallenen, eisernen Mur durste ich es mir in vielen Sommeren finanziellen Mißgeprägungen leisten, in richtigen Schloßern grandseigneurial zu hausen, für fünf Kronen den Tag. Dem dem an dieser Stelle sicherlich zum erstenmal genannten Dörtschenparadies Schweißing — hatte also das feierliche Schloß fünf Türme, Wall und Graben, Burgverlies und Wehrturm. Am Süßer aber, am Burgföller ist noch kein schwärmerender Berliner gestanden, und wenn's hoch kam, winkten spärliche, kinderreiche und soweit sehr reizende Grazerinnen dem ins Büro fahrenden Gemahl mit dem Schneuzücheln ein Lebenswohl nach.

Oder: wer von den geehrten Herren Bundesbrüdern hätte sich je befallen lassen, unsere Wachau den bisshen "in Betrieb" zu bringen? Den Vater Rhein in Ehren, aber unsere Donau ist auch schön, und unbekannt ist sie dazu, so unbekannt, daß man den Wein ihrer Neben-

Unsere Sommerfrischen im Kriegsjahre 1915.

Der gerade heuer mit außerordentlicher Pracht und Leppigkeit vorgerückte Frühling macht uns den Kontrast zwischen dem Frieden in der Natur und dem Krieg unter den Menschen doppelt fühlbar. Größer als je ist das Bedürfnis nach Erholung in stiller Wald- und Bergeinsamkeit sowohl bei den aus der Front zurückgekehrten heilungsbedürftigen Kriegern als auch bei der daheimgebliebenen meist unter vermehrter Arbeitslast zum „Durchhalten“ gezwungenen Bevölkerung. Nahezu die Hälfte der jährlich Urlaube und Ferien in den Sommerfrischen verbringenden Städter ist schon im Vorjahre durch den Krieg um ihre Mußezeit gekommen. Um so notwendiger brauchen sie diesen Sommer eine Zeit des Ausspannens.

Eine kurze Ruhezeit läßt sich trotz der durch den Krieg vermehrten Arbeit für jeden erübrigen. An weite Reisen werden ja ohnehin die Wenigsten denken. Es genügt auch für die mit Hochdruck Arbeitenden ein Landaufenthalt, der in wenigen Stunden erreicht werden kann. Wer nur seine Familie draußen im Grünen, in freier Luft, weit ab vom Getümmel der Stadt weiß und ab und zu einige Tage hinaus zum Besuche fahren kann, wird zufrieden sein und jedesmal frisch gestärkt zur Arbeit zurückkehren.

Als Landaufenthalt werden daher heuer in erster Linie die den Städten nächstgelegenen Sommerfrischen in Betracht kommen. Wien ist in dieser Beziehung gut versorgt und hat die reichste Auswahl. In den auch sonst besuchten Sommerfrischen an der Südbahn, Westbahn und Aspangbahn herrscht auch schon heute Nachfrage nach Wohnungen. Es dürften aber mit Rücksicht auf die Teuerung heuer auch viele sonst schwach oder gar nicht besuchte Orte im Waldviertel, an der Nordwest-, Nord- und Südbahn und an der ungarischen Grenze in Betracht kommen, da diese durch billigere Preise auch der minder bemittelten Bevölkerung einen Landaufenthalt ermöglichen.

Für die große Anzahl derer, die sich nach frischer Bergluft sehnen, kommt Steiermark und Oberösterreich in Betracht. Das Mühl-, Murtal, Paltental und das von den Wienern so gern besuchte Ennstal, das Steyertal, das Kremstal und Trauntal bieten für die Verehrer des Hochgebirges so viel Anziehendes, daß sie leicht für diesen Sommer auf die Gletscher Tirols und der Schweiz verzichten werden. Die Unterkunft in diesen speziell für die Wiener Frauen in Betracht kommenden Gebirgsgegenden ist vollkommen ausreichend. Die Verpflegung dürfte durch die gerade im heurigen Kriegssommer gesteigerte Almwirtschaft wenigstens Milch und Butter in reichlichem Ausmaße und unverfälschter Qualität liefern. Gegen den Aushungerungsplan der Feinde haben viele Grundbesitzer, im Ennstale allen voran das Stift Admont, dadurch Stellung genommen, daß sie für dieses Jahr Weiderecht den kleineren Viehbesitzern ohne genügenden Weidenzins und gegen eine sehr geringe Gebühr, einen sogenannten Anerkennungspreis — 2 Kronen für ein Stück Vieh über den ganzen Sommer — eingeräumt haben. Es wird also das Kriegsbrot den Sommerfrischlern in unseren herrlichen Bergtälern bei guter Milch und Almbutter vorzüglich munden.

Es steht zu erwarten, daß heuer gerade die näheren Sommerfrischen durch den Wegfall weiter Reisen namhaft profitieren, was ihnen wegen des vorjährigen Ausalles doppelt zu wünschen ist.

Dr. D.

Ein deutsch-österreichisches Fremdenverkehrs- bündnis.

Zu einer Zeit, da die Großmächte Europas sich im Kriege befinden und außer den neutralen Staaten nur die beiden Zentralmächte den Verkehr untereinander unbeschränkt aufrechterhalten können, kann sich der sonst internationale Fremdenverkehr wohl vor allem nur zwischen diesen beiden Staaten abspielen, zumal einerseits die sonst in das nun feindliche Ausland vielfach vermittelten Reisen derzeit aufgehoben erscheinen und andererseits die verbündeten Reiche nunmehr verpflichtet sind, in ihren Grenzen den gegenseitigen Besuch der Städte, Kurorte, Sommerfrischen und Wälder in den beiden Reichen durch die Bevölkerung zu fördern. Denn die feindlichen Länder werden nicht bloß während der Kriegszeit, sondern lange darüber hinaus als Reiseziele nicht in Betracht kommen. Die Riviera, die Kanalinseln, die belgische, französische, englische Küste, die westliche Schweiz scheiden aus unserem Privatfahrbuch vorerst aus. Wie es deutschen Reisenden in Italien erging, darüber hat man mancherlei Schmerzliches hören müssen. In Holland haben deutsche Reisende einen recht unfreundlichen Empfang gefunden, und wie übel es den deutschen Künstlern erging, die Wagners „Tristan und Isolde“ in Amsterdam aufführten, das haben die Blätter berichtet. In den skandinavischen Ländern ist, von Schweden und manchen Teilen Norwegens abgesehen, die Stimmung den Deutschen sehr ungünstig. Eine Aktion, die die Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins bereits vor Anfang des Krieges eingeleitet hat, kommt nun, da die beiden Reiche auf den Austausch der Reisenden gleichsam angewiesen sind, zur Reife. Der Landesverband für Fremdenverkehr in Wien und Niederösterreich hat mit der Berliner Zentralstelle eine Vereinbarung getroffen, die sich auf die Veranlassung von Gesellschaftsreisen nach Deutschland, beziehungsweise nach Oesterreich-Ungarn bezieht. Die praktische Durchführung der Vereinbarung ist angesichts der Nachschwierigkeiten und Einschränkungen im Eisenbahnbetrieb augenblicklich nicht gut möglich, wird jedoch sobald nach Beendigung des Krieges stattfinden. Nach einem beiderseits festgesetzten Programm werden solche Austauschreisen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn stattfinden. Auch mit dem Großstädtebund der deutschen Verkehrsvereine in Leipzig hat der Landesverband für Fremdenverkehr in Wien und Niederösterreich ein deutsch-österreichisches Fremdenverkehrsbündnis für die Friedenszeit geschlossen. Es sollen unter den Reisen in das gesamte Reichsgebiet der beiden Staaten vor allem solche in die Hauptstädte propagiert werden, jedoch in der Weise, daß die Gesellschaften, beziehungsweise die Reisenden, die Orte in den Reichsgebieten, etwa Kurorte, Sommerfrischen usw., aufsuchen, sich auf der Hin- oder Rückreise auch in den Hauptstädten aufhalten. Die Vereinbarung der gegenseitigen Gesellschaftsreisen beruht auf denselben Bedingungen, wie die nunmehr natürlich aufgelöste des österreichischen Landesverbandes für Fremdenverkehr mit Frankreich. Die Verkehrsverbände werden auch ein eigenes Publikationsorgan zur Ausgabe bringen, in dem die jeweiligen Vereinbarungen genau besprochen werden. Als Bedingungen eines aufblühenden Verkehrs werden Erleichterungen in den Preis- und Bewirtungsverhältnissen gegenseitig verlangt werden. Es wird somit eine Reorganisation des Fremdenverkehrs zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn durchgeführt, die für den Ausfall des Fremdenverkehrs aus dem feindlichen Ausland auch in Zukunft entschädigen soll.

Die Berliner Gastwirte-Innung gegen die Alkoholverbote.

Gegen die behördlichen Alkoholverbote nahm die Berliner Gastwirte-Innung, die gestern nachmittag unter Vorsitz des Obermeisters Gustav Büche ihre Monatsversammlung in dem Böhlowbrauerei-Ausschank, Prenzlauer Allee, abhielt, Stellung. Nach einem Referat des stellvertretenden Syndikus Rechtsanwalts Gierlich, der die rechtliche Grundlage dieser Verbotsmahregeln erörterte, gelangte die von ihm unterbreitete nachstehende Entschließung zur einstimmigen Annahme: „Die in letzter Zeit beschlossenen Alkoholverbote lassen sich aus wirtschaftlichen Gründen nicht rechtfertigen und entsprechen auch nicht den Gründen, die zur der bezüglichen Bundesratsverordnung Veranlassung gegeben haben. Sie sollen vielmehr nach dem eigenen Zugeständnis hoher Behörden (Reichstagsrede des Staatssekretärs Dr. Delbrück vom 9. März d. J.) lediglich dazu dienen, die Ziele der Abstinenzler und Temperenzler zu verwirklichen. Gegen ihre Durchführung erhebt die Innung schärfsten Protest, da sie den durch Artikel 9 der Preussischen Verfassung gewährleisteten Grundsatz der Unverletzlichkeit des Eigentums aufhebt, ohne daß die Verfassung eine rechtliche Handhabe böte und Tausende von behördlich genehmigten Existenzen (Schankkonzession) in Frage stellt. Zum mindesten sei vor Erlaß derartig einschneidender Verbote die Frage der Entschädigung zu regeln und die Möglichkeit ihrer Verfolgung auf gerichtlichem Wege zu sichern.“

Die niederösterreichischen Kurorte im Kriege.

Günstige Frequenzaussichten.

Die kriegerischen Verwicklungen, die durch die italienische Krise eine neuerliche Verschärfung erfuhren, haben selbstverständlich auch auf das Reise- und Sommerfrischprogramm so mancher Familien eine tiefeinschneidende Wirkung ausgeübt. Mußte doch in den meisten Fällen der vorjährige Sommeraufenthalt jäh unterbrochen werden, als zu Beginn der Saison der Krieg einsetzte. Nun aber hat sich das wirtschaftliche Leben während des Krieges so angelassen, daß viele ihrem Erholungsbedürfnis, das durch wesentliche Mehrleistungen und Anspannung aller Kräfte größer geworden ist, heuer dennoch entsprechen können.

Weitere Reisen sind es aber nicht, die heuer infolge der Kriegslage und wegen der Unsicherheit, was der kommende Tag bringen mag, von der Wiener Bevölkerung unternommen werden. Alles will in der Nähe der Stadt gelegene Wohnungen und Zimmer, die sich für Sommerpartien eignen, sind heuer bereits frühzeitig vermietet worden. Ebenso erfreuen sich die meisten der niederösterreichischen Kurorte und Sommerfrischen bereits seit einiger Zeit regster Nachfrage. Außer Landes dürften heuer nur wenige Wiener Familien den Sommer verbringen. Das Gros der Wiener Familien, die sich trotz des Krieges eine kurze Sommerfrist leisten können, wird sich auf die heimischen Sommerfrischen verteilen.

Die in der Wiener Umgebung an der Südbahn gelegenen Sommerfrischer werden wahrscheinlich deshalb den Löwenanteil davontragen, weil ihre bequeme Erreichbarkeit ein sehr wertvolles Unterpfand für die Ferien ist. Die der

Beruf zwingt, des öfteren nach dem Hechten zu sehen. So rechnet man in Baden heuer auf eine weit stärkere Saison und glaubt, daß die mit 32.000 Köpfen angenommene Frequenzziffer in der heurigen Saison weit überschritten werden dürfte. Schon im Januar begann in Baden die Nachfrage nach Sommerwohnungen. Die meisten der größeren begehrteten Sommerwohnungen sind bereits fest vermietet, eine beträchtliche Zahl von ihnen ist auch schon in Benutzung genommen; doch sind kleinere Wohnungen und besonders einzelne Zimmer noch immer zu haben.

Seit geräumiger Zeit beherbergt die alte prächtige Schwefelstadt eine stattliche Kolonie galizischer Familien, die durch den russischen Einbruch gezwungen waren, sich in das Reichsinnere zurückzuziehen. Sie ist mehr als 600 Köpfe stark und wird bis zur Wiederkehr geordneter Verhältnisse im Heimatland in Baden verbleiben. Einzelne der galizischen Familien sind vor einiger Zeit von Baden nach Trofaiach in Obersteiermark auf Sommerfrische verzogen. Die genannte Kolonie hat für polnische Unterrichtskurse Vorjorge getroffen, veranstaltet Musikakademien und Vorträge und hat auch die Abhaltung des Gottesdienstes in polnischer Sprache von den Badener kirchlichen Behörden zugesagt erhalten.

Was die Wohnungspreise anlangt, so ist einemäßige Teuerung der Mieten für ganz eingerichtet, von den Vermietern auch mit den Kücheneinrichtungen versehenen Wohnungen eingetreten; sonst aber haben die Miet- und Pensionspreise nur, wie an den maßgebenden Stellen versichert wird, jene Erhöhung erfahren, die durch die infolge des Krieges eingetretene allgemeine Teuerung als gerechtfertigt zu erklären ist. Auch bezüglich der Verpflegung hat der unter Leitung des Vizebürgermeisters Brujatti stehende städtische Approvisionierungsausschuß alle notwendigen Vorkehrungen getroffen.

In Badens Nachbarort Böslau sind wieder der Mehrzahl nach kleinere Wohnungen so ziemlich an die alten, meistens aus Wien kommenden Sommergäste vermietet, während größere Wohnungen für den kommenden Sommer noch zur Verfügung stehen; aber es sind auch noch kleinere Wohnungen, und besonders Zimmer vermietbar. Da Böslau heuer ebenfalls damit rechnet, daß die Jahresfrequenzziffer von 6000 Personen überschritten wird, hat die Gemeindeverwaltung weitgehende Approvisionierungsmassnahmen getroffen. Auch für Gumpoldskirchen, Guntramsdorf, Traiskirchen, Gainschn hat sich heuer eine rege Nachfrage nach Sommerwohnungen gezeigt.

Mödling rechnet auf Grund der bisherigen Nachfrage heuer gleichfalls auf eine stärkere Saison als in den letzten Jahren. Der größte Teil der dortigen Wohnungen dürfte bereits vermietet sein; besonders in der Vorderbrühl, in der seit längerer Zeit ebenfalls vornehme galizische Familien eingemietet sind, die auch den Sommer über dort verbleiben werden. In dem idyllischen Hinterbrühl sind die größeren Wohnungen ebenfalls meist schon vermietet, kleinere und mittlere Wohnungen sind aber noch zu haben; doch herrscht nach denselben, gerade so wie in Baden und in Mödling, besonders seitens Wiener Familien die regste Nachfrage. Perchtoldsdorf, Rodaun und Kaltenleutgeben verzeichnen bisher ebenfalls eine größere Nachfrage nach Sommerwohnungen.

Ebenso dürften die Sommerfrischen in Wiens Nähe an der Westbahnstraße und die im Waldviertel heuer stärker besucht sein als in den letzten Jahren. Im Semmering- und Wechselgebiet sind in den letzten Tagen schon zahlreiche Sommergäste eingetroffen. Die Vermietungen gehen gut vonstatten.

Nach unseren Erhebungen zu schließen, werden sich die Kronlandskurorte und Sommerfrischen heuer einer sehr guten Frequenz erfreuen können, was immerhin als ein günstiges Zeichen der Wirtschaftskrise der Bevölkerung aufgefaßt werden muß. Möge der heurigen Sommerruhe alsbald auch die Waffenruhe folgen, damit auch die Krieger der ihnen so notwendigen Erholung teilhaftig werden können!

27. IV. 1918

30

Wohin aufs Land?

Der neuerliche Kriegssommer, der der Bevölkerung mancherlei Entbehrungen auferlegt, wird auch in den sonst bereits in diesen Tagen beginnenden Zug der Bevölkerung zum Landaufenthalt ziemlich einschneidende Veränderungen bringen. Die außerordentlichen Zustände, die ja die Erwartung nicht zulassen, daß in diesem Sommer die Kurorte und Sommerfrischen einen starken Zulauf haben werden, haben es mit sich gebracht, daß weder von staatlichen Behörden noch von den Interessenten, wie dies sonst der Fall war, eine besondere Propaganda für die Kurorte und Sommerfrischen gemacht wurde. Denn nicht allein die enge Stimmung, die ja angesichts des Krieges immerhin jeden beherrscht, sondern auch die berechtigten Angst vor den Schwierigkeiten der Verproviantierung, ferner die Gefahr der Krankheitsübertragung machen heuer den meisten den Entschluß, auf das Land zu gehen, recht schwer. Es ist wohl auch nicht voranzusehen, daß in diesem Sommer die sonst so zahlreich besuchten entfernter liegenden Kurorte und Sommerfrischen unserer Monarchie, wie die in Tirol, Steiermark usw., abgesehen von den gegenwärtigen politischen Verhältnissen, von vielen aufgesucht werden, zumal ja auch die dortigen Wirtschaften, insbesondere die Höhenhotels ihren Betrieb vielfach gar nicht, jedenfalls aber nicht im vollen Umfang eröffnen werden. Diejenigen also, die Landaufenthalt nehmen wollen, werden wahrscheinlich die Nähe Wiens oder den Kreis des Wienerwaldes bis über den Sommer wählen, teilweise auch Steiermark und die Gegenden an der Aspangbahn, an der Westbahn und an der Lokalfstrecke der Südbahn.

Die großen Heilkurorte werden automatisch von den Kranken wie immer zur Kur besucht werden, während die übrigen Kurorte meist mit Kranken und verwundeten Militärpersonen gefüllt sein werden. Diese letztere Tatsache wird ja vielleicht auch manche, insbesondere die selbst Leidenden, in denen der Ausblick der Konvaleszenten oder Verwundeten eine gewisse gedrückte Stimmung hervorruft, davon abhalten, diese Orte zu besuchen.

Schon der vorige Sommer war für die Kurorte und Sommerfrischen leider sehr ungünstig, da ja mit Beginn der Mobilisierung eine allgemeine Flucht der Bevölkerung in die Stadt stattfand. Trotz der Kriegsergebnisse wäre vielleicht der diesjährige Sommer ein besserer geworden, wenn nicht zu den übrigen Konflikten noch der mit Italien dazugekommen wäre. Der diesjährige Sommer wird sich somit auch nicht viel anders gestalten.

Es ist eine Frage, ob sich, abgesehen von der Stimmung, Leute finden werden, die angesichts der Approvisionierungsschwierigkeiten kleine Ortschaften zum Landaufenthalt wählen werden. Wenn auch die Approvisionierung im Sommer eine bessere werden dürfte, weil ja Grünzeug und Obst vorhanden sein wird, so werden doch bei Beschaffung der Hauptnahrungsmittel Fleisch und Brot sich enorme Schwierigkeiten einstellen. Auch muß, insbesondere wenn man mit Kindern Landaufenthalt nimmt, damit gerechnet werden, daß durch die Einberufung der Ärzte in manchen Ortschaften kein Arzt anwesend ist und bei einer eventuellen Erkrankung erst eine Strecke weit zurückgelegt werden muß, um zu einem Arzt zu gelangen, was in Anbetracht der allgemeinen Verkehrsschwierigkeiten und des Mangels an Fuhrwerk auch noch an sich in Frage gestellt ist. Der Transport von Kranken zum nächsten Spital oder in die Stadt zurück wird ebenfalls nicht so rasch vor sich gehen können wie zu Friedenszeiten. Es kommen übrigens wiederholt Anfragen an die Amtsstellen, ob es ratsam ist, in diesem oder jenem Ort Aufenthalt zu nehmen, ohne der Seuchengefahr ausgesetzt zu sein. Die Aufrichtigkeit der Sanitätsbehörden gibt zwar verlässlichen Aufschluß über die jeweils vorkommenden Fälle. Aber die Gesundheitsverhältnisse eines Ortes sind in dieser Zeit zufällig und damit Veränderungen ausgesetzt, so daß nichts Gewisses gesagt werden kann. Es ist daher dringend geboten, daß man in diesem Jahre, wenn man irgendwo Landaufenthalt zu nehmen beabsichtigt, den Ort, beziehungsweise die Wohnung, die man mieten will, genau be-

sichtigt und sich erkundigt, wie die Gesundheitsverhältnisse des betreffenden Ortes sind. Es geht nicht an, daß man, wie in normalen Zeiten, einfach aufs Geratewohl in irgendeine Ortschaft fährt und dort die Wohnung, die man eben findet, aufnimmt.

Viele Leute wird heuer von der Fahrt nach einem kleinen Orte und dem Aufenthalt dort der Umstand abhalten, daß der Post- und Nachrichtenendienst in diesen Orten ein sehr schlechter ist, und man daher von der jetzt so bewegten Welt fast abgeschlossen ist. Ferner werden wieder jene Familien, deren Oberhäupter durch den Beruf an die Stadt gebunden sind, denn die Urlaube sind, wie uns bekannt, ganz aufgehoben oder doch sehr eingeschränkt, nicht aufs Land gehen, weil die doppelte Verpflegung in diesem Jahre gewiß zu kostspielig ist.

Im allgemeinen bleibt somit nur der Schluß übrig, daß die meisten Großstadtbesohner in Anbetracht dieser vielen Schwierigkeiten den Aufenthalt in der Stadt dem auf dem Lande vorziehen werden, und ihre Sommererholung wird wohl in der Hauptsache darin bestehen, daß sie Tagesausflüge in die Umgebung von Wien machen, so wie man einst in der guten alten Zeit ebenfalls nur in die Vororte hinausgepilgert ist, wobei man sich übrigens recht gut erholt hat. Mit diesen ständigen Ausflügen wird der Wienerwald somit kolossalen Zuspruch finden und wieder jene Popularität erlangen, die er einstens besaß. In diesem Falle ist dann auch den Wirtschaften im Wienerwald Gelegenheit geboten, trotz des Krieges ihr Geschäft zu machen, denn ihnen fällt die Beschaffung von

Lebensmitteln jedenfalls leichter als irgendeinem Wirt im Hochgebirge. Bedingung für das Anhalten dieser dem Wienerwald günstigen Bewegung ist jedoch, daß die Hoteliers und Wirte bürgerliche Preise halten, die, wenn sie auch in Anbetracht der allgemeinen Teuerung höher sein werden als in normalen Zeiten, immerhin in einem Verhältnis zu dem Gebotenen stehen. Das Publikum sollte hier in der Weise mitwirken, daß es jene Gastwirtschaften, die die Ausflügler ausbeuten, der Öffentlichkeit bekanntgibt. Es werden aber hoffentlich alle diese Wirte in ihrem eigenen Interesse über die normalen Preise nicht hinausgehen und so in diesem Kriegssommer den Wienerwald zu einem „Fremdenverkehrsgebiet“ machen. Aber auch an das Publikum ist eine Mahnung nötig, nämlich die, auf die bestehenden Verhältnisse, wie Mangel an Personal und dergleichen, Rücksicht zu nehmen und nicht, wie dies oft bei etwas nachlässiger Bedienung im Frieden geschieht, ohne Notwendigkeit Lärm zu schlagen. Dieselbe Mahnung wäre auch an die Passagiere der Lokalbahnen und Straßenbahnen zu richten, die sich dem eingeschränkteren Verkehr und den darauf bezüglichen Vorschriften fügen müssen und nicht gleich unwillig werden dürfen, wenn infolge Ueberschreitung der Passagierzahl ein Zug oder ein Wagen keine weiteren Fahrgäste mehr aufnehmen kann und dergleichen. Es wäre überhaupt ratsam, wenn wir uns in diesen Kriegstagen von den Verkehrsmitteln möglichst unabhängig machen würden, um ihrer Belastung zu steuern. Wer gesund ist, kann zu Fuß gehen. Anstatt die Straßenbahn zu benützen, kann beispielsweise ein direkter Weg vom Wohnhause an irgendeinen Ausflugsort bereits als Ausflugsmarsch gelten, und man kann, an dem Orte angelangt, die wohlverdiente und wohlthuende Ruhe genießen.

Das Kriegssommerleben 1918 dürfte sich somit meistens in der Umgebung Wiens abspielen, abgesehen von den wenigen Ausnahmen, in denen besonders Begüterte, die es sich leisten können, doch einen Kurort oder eine weiter gelegene Sommerfrische aufsuchen. Denn die Begüterten und durch Berufsrückichten nicht Zurückgehaltenen sollen natürlich trachten, von ihren Lebensgewohnheiten nicht abzugeben und die entlegeneren Sommeraufenthalte aufsuchen, weil sie damit den schwerbedrängten Hotelunternehmungen insbesondere in Tirol und Steiermark eine Unterstützung bieten, die ihnen über die schwere Zeit einigermaßen hinweghelfen könnte. Der Wienerwald wird heuer jedenfalls das Dorado der Städter werden. Denn er bietet nach allen Richtungen hin gewiß die reizendsten Sommerfrischen, die auch dann schön sind, wenn der Aufenthalt in ihnen nur einen Tag lang genossen wird.

Dr. G. W.

Die Gastwirtsmaßnahmen für den Gastwirtsbetrieb

die wir in unserer heutigen Morgenausgabe mitgeteilt haben, werden der kritischen Begutachtung des Publikums in ausgedehntem Maße unterliegen. Man wird um so freier hierüber urteilen dürfen, als es sich vorläufig durchaus nicht um Maßnahmen des Oberkommandos handelt, wenn diese auch angedroht sind für den Fall, daß die Maßnahmen der Gastwirte nicht in die Tat umgesetzt werden. Die polizeiliche Bevormundung der Speisefarte dürfte gemeinhin keine allzugroße Zustimmung finden, um so mehr, als der Beweis für ihre Notwendigkeit noch gar nicht erbracht ist. Da lesen wir z. B. von der notwendigen, aufs äußerste durchzuführenden Kartoffelersparnis. Nach Urteilen der Sachleute ist es durchaus falsch, daß eine Kartoffelnot herrscht oder im Anzuge ist. Die Reichsverteilstelle schwimmt vielmehr im Ueberfluß; sie hat zurzeit 5 Millionen Zentner zur Verfügung, die nicht abgefordert werden, und auch der Gemeindeverband Berlin hat noch 300,000 Zentner gut. Unter diesen Umständen können wir ruhig einmal Quetsch Kartoffeln statt der in dem Gastwirtsutatas vorgeschriebenen Salz- und Bratkartoffeln essen. . . . Die Abschaffung des festen Gedeckes in den Gastwirtschaften liegt sicherlich im Interesse des rechnerischen Betriebes; ob aber der Gast, der sich hierbei an den kleinen Zutaten als Kompott, Käse, Speise, gütlich tat, hierbei besser fortkommt, ist eine andere Sache. Im übrigen wird es auch hier heißen, daß Probieren über Studieren geht. Das Publikum wird sich die Sache einmal eine Zeitlang ansehen und hiernach sein Urteil abgeben. Gute Patrioten sind wir alle; allzusehr wollen wir uns aber ohne Not nicht Beschränkungen unterwerfen, die immer auf Rechnung des Krieges gesetzt werden, ohne daß dies glaubhaft gemacht wird. Der Vater des Gedankens ist der Herr Eisenbahnminister, der zuerst in Bahnhofswirtschaften und Speisewagen das feste Gedeck abgeschafft und auch sonst allerlei Beschränkungen gegen den Magenfidel erlassen hat. Was aber der Fiskus in seinem Hause tut, braucht der Privatmann noch lange nicht nachzumachen. . . . Jeden Augenblick wird ein englisches Linienschiff torpediert, und da soll man noch nicht einmal ein „Menu“ bekommen?! . . . Kellner, die Speisefarte!

M. C.

Die Centralstelle für den Fremdenverkehr im Kriegsjahr.

Die Centralstelle für den Fremdenverkehr Großberlins hat Bericht erstattet über ihre Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr. Das Kriegsjahr hat die Verkehrsvereine vor eine schwierige, aber auch vor eine wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe gestellt. Nachdem die ersten sieben Monate des Jahres 1914 einen erfreulichen Aufschwung des Berliner Fremdenverkehrs erkennen ließen, die willkommene Frucht einer weitaufladenden Werbetätigkeit, schien der Kriegsausbruch dem Reise- und Fremdenverkehr ein gewaltiges Ende bereiten zu sollen. Die Centralstelle für den Fremdenverkehr Großberlins, die sich beim Kriegsausbruch sofort in den Dienst der allgemeinen Hilfstätigkeit stellte, hat darüber jedoch ihre eigentliche Aufgabe nicht vernachlässigt. Sie hat an ihrem Teil eifrig mitgearbeitet beim Wiederaufbau unseres Fremdenverkehrs, der aus dem anfänglichen Tiefstand von Woche zu Woche mehr dem früheren Umfang sich nähert, den er jetzt beinahe schon erreicht hat. Die Centralstelle hat in der Erkenntnis, daß jetzt örtliche Sonderinteressen den Anforderungen der Allgemeinheit weichen müssen, ihre volle Werbetätigkeit dem Bestreben gewidmet, für den Entgang an Reisegebieten in der Fremde Ersatz in Deutschland und Oesterreich zu schaffen. Sie ist neuerdings, wie schon mehrfach erwähnt, am Werke, den sonst weithin sich ergießenden Strom des sommerlichen Ferienverkehrs in die märkischen Reisegebiete zu leiten. Ueber all die mannigfachen Bestrebungen und Erfolge der Centralstelle gibt der Rechenschaftsbericht Auskunft. Er schließt mit einem hoffnungsvollen Ausblick und bemerkt in dieser Beziehung: „Eine Zeit gewaltig gesteigerten Verkehrs dürfte nach dem Friedensschluß hereinbrechen. Diese mächtige Verkehrswooge in breiten Kanälen auch nach Großberlin zu leiten, wird eine besondere Aufgabe unserer Centralstelle sein; ihr zu genügen, muß sie sich jetzt schon rüsten. In der Durchführung ihres Werkes sieht sie sich vielfach gefördert durch den Verein Berliner Kaufleute und Industrieller, dem sie entstammt und zu dem sie andauernd die besten Beziehungen unterhält. Getragen von dem fördernden Wohlwollen der zuständigen Behörden, unter dem Beistand ihrer treuen Mitgliedschaft, bei der Mitwirkung der literarischen und künstlerischen Kräfte, die ihr bisher so erfreulich zur Seite standen, und dank der verständnisvollen Unterstützung der einheimischen wie der auswärtigen Presse, darf die Centralstelle hoffen, ihrer wichtigen Aufgabe auch in der Zukunft gewachsen sich zu zeigen.“

Berlin · Wien.

Im Einvernehmen mit der Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins erlucht uns unser heimischer Landesverband für Fremdenverkehr um die Aufnahme nachstehender Zeilen, die in der gegenwärtigen Zeit auch des allgemeinen Interesses gewiß sein dürfen.

„Wiener in Berlin“, „Berliner in Wien“ — so heißen zwei kleine launige Einakter, die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts auf vielen deutschen Bühnen zur Darstellung kamen. Was damals ein heiteres Spiel war, soll jetzt ernste, frische Wirklichkeit werden. Der Krieg, der den Reiseverkehr jählings abgeschnitten hat, er hat dem Reiseverkehr auch mannigfache fruchtbare Anregungen gegeben. Er hat uns zunächst kräftig darauf aufmerksam gemacht, daß dem mehr als dreißigjährigen politischen Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich der Verkehr nicht ganz entsprochen hat. Wenn sonst der Handelsflagge die Kriegsflagge zu folgen pflegt und umgekehrt, so blieb diesmal die Wechselwirkung zwischen Politik und Verkehr auf dem so viel bequemeren und schnelleren Landweg zwar nicht ganz aus, aber sie entsprach doch nicht völlig den Erwartungen. Mehr oder minder gute Anecdoten, mehr oder minder schlechte Romane haben auf die

Vorstellung vom gegenseitigen Wesen immer noch stärkeren Einfluß als die lebendige Wirklichkeit. Dabei haben Oesterreicher und Reichsdeutsche im Austausch der Charaktereigentümlichkeiten und der Kulturrungenschaften vielleicht noch mehr voneinander zu gewinnen als im Austausch der Industrie- und Bodenerzeugnisse.

Daß doch erst ein Krieg kommen mußte, um uns auf die alte Unterlassungssünde aufmerksam zu machen, uns aufzurütteln und zu einem stärkeren gegenseitigen Verkehr anzuregen! Aber als eine der ersten und der wertvollsten Früchte dieses Weltkrieges ist auch die Anbahnung des stärkeren regelmäßigen Reiseverkehrs zwischen Deutschland und Oesterreich, zwischen Wien und Berlin dankbar zu begrüßen.

Der Krieg hat einen kräftigen Strich durch unser Reiseprogramm gemacht. Die feindlichen Länder werden nicht bloß während der Kriegszeit, sondern lange darüber hinaus als Reiseziele nicht in Betracht kommen. Italien, die Riviera, die Kanarinseln, die belgische, französische, englische Küste u. c. c. scheiden aus unserm Privatkursbuch vorerst aus. Als es nun galt, für die Reiselwelt eine Art von innerer Kolonisation in Angriff zu nehmen und für das, was wir draußen verloren haben, im eigenen und im freundschaftlichen Heim Ersatz zu finden, da wurden wir mit wachsendem Stagnen gewahr, wie wir solange in weiten Fernen suchten, was wir blühender, reichlicher lodender, in bequemer Nähe haben. In Mannigfaltigkeit und bunter Pracht der Landschaft, an Fülle der geschichtlichen Erinnerungen, an Vielgestaltigkeit des Volkstums, seiner Sonderart in Tracht und Sitte, haben Deutschland und Oesterreich einander so unendlich viel zu bieten, daß Vergnügungs- und Erholungsreisende wie gelehrte Forscher lang und genutzreich daran zu zehren haben, ehe sie die Ueberfülle der Darbietungen ausschöpfen und in weitere Fernen zu streben brauchen.

In erster Linie haben die Verkehrsverbände von Wien und Berlin, der trefflich geleitete und erfolgreiche „Landesverband für Fremdenverkehr in Wien und Niederösterreich“ und die „Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins“, die Folgerungen aus den gegebenen Tatsachen gezogen. Sie haben sich zu einer Gemeinschaft für gegenseitige Werbetätigkeit und die Veranstaltung von Austausch-Reisegesellschaften verbunden. Der Wiener Verband soll bei seinen Bestrebungen, deutsche Reisegesellschaften nach der österreichischen Hauptstadt und durch die österreichischen Lande zu führen, die umfassende Unterstützung der Berliner Zentralstelle finden, und umgekehrt soll diese bei der Veranstaltung von Gesellschaftsreisen aus Wien, aus Oesterreich nach der deutschen Reichshauptstadt, im Anschluß daran wohl auch nach dem Harz, an die Seeküste oder dergleichen, die tatkräftige Förderung des Berliner Vereines genießen.

Noch scheint der Zeitpunkt für den öffentlichen Beginn dieser Werbetätigkeit nicht gekommen. Noch ist die Stimmung für Vergnügungsreisen nicht vorhanden. Noch bieten die während eines Krieges unerlässlichen und unvermeidlichen Grenzschwierigkeiten, Bahnvorschriften, Einschränkungen im Eisenbahnbetrieb usw. der Entfaltung eines größeren Reiseverkehrs begreifliche Schwierigkeiten. Nur für den Austausch von Besuchern der Bäder, Kurorte, Sommerfrischen und Erholungsstätten in den beiden Ländern wird man hüben und drüben tätig sein können. Eine Verallgemeinerung der Gegenseitigkeit im Bewesen dürfte ebensowenig zwischen den österreichischen Verbänden und dem Bund Deutscher Verkehrsvereine zustandekommen. Die stille Vorarbeit für den Reisendenaustausch zwischen Berlin und Wien ist indes schon in vollem Gange. Nach Wiederkehr des Friedens wird auch diese Saat erfreulich aufgehen, zur Blüte gedeihen und gute Früchte tragen.

Kellnerinnen in den Kaffeehäusern.

Infolge der wiederholten Landsturm-
mustezungen hat sich ein ziemlich starker Mangel
an Kellnern herausgebildet. Wie wir erfahren,
sind allein von den 1300 Mitgliedern des
Kellnervereins 550 Kellner, die meist im
Restaurationsgewerbe Verwendung gefunden
hatten, eingerückt. Infolge des herrschenden
Kellnermangels haben sich bereits viele bekannte
Kaffeehäuser gezwungen gesehen, weibliches
Bedienungspersonal einzustellen. In einer
einzigsten städtischen Dienstvermittlungsstelle
allein wurden im Monat Mai um 200 weibliche
Personen mehr als gleichzeitig im Vorjahre in
Anspruch genommen. Die Befriedigung der
starken Nachfrage nach Servierkellnerinnen
wird dadurch ermöglicht, daß es in vielen sonst
stark besuchten Bädern und Sommer-
frischen in diesem Kriegsjahr keine Saison
gibt, so daß die Kellnerinnen für den Wiener
Bedarf in ausreichender Anzahl zur Verfügung
stehen.

Donaufahrt in der Kriegszeit.

Würde Fortunens Füllhorn einmal auch für mich eine bescheidene Gabe übrig haben, ich wünschte mir nichts anderes als so viel Geld, daß ich mir eine kleine nette Besitzung an irgendeinem schiffbaren Gewässer kaufen könnte, um dort in beschaulicher Ruhe meinen Lebensabend verbringen zu können. Warum gerade am Wasser? Am Wasser ist die Luft frisch, rein und staufrei — und Bewegung gibt's immer. Als kein Dampfer, so zeigt sich ein Floß, eine Blöße, ein Trauner oder auch nur eine Zille, ein Ruderboot. Aber ganz tot ist es am Wasser nie. Als ich kürzlich nach Oberösterreich mußte, konnte ich es mir nicht versagen, die Fährfahrt von Linz dampferweise zu bewerkstelligen.

Gleichend liegt über den Fluren der Donau das Licht der Maiensonne, deren Strahlen mit den düstigen Nebelschleiern kämpfen, die über den Pöstlingberg mit seiner Gnadenkirche und der Höhe gebreitet sind, die die Franz Josefs-Warte krönt, umgeben von prachtvollen Parkanlagen. Wer durch die teilweise nicht sonderlich reinlichen Gäßchen am Fuße der Höhe zur Warte ansteigt, fühlt sich nach dem Passieren einer modernen Villenanlage plötzlich in eine andere Welt versetzt. Hochwald in hartem Gemisch von Laub und Nadelholz gibt kühlenden Schatten; hochragende Fichten und im Sauche des Frühlings leise schauernde Birken, Eichen von uriger Kraft und breitkronige Buchen, alles im dichten Schluß, von wohlgepflegten Wegen durchzogen, wechseln mit Gruppen von Fiersträuchern. Und während die durchsichtigen Schleier von den beiden Höhen sinken, löst sich mit kaum merklicher Bewegung vom Landungssteig der weiße Rumpf des „Babenberg“ zur Fahrt nach der Reichshaupt- und Residenzstadt.

Dem schmucken Schiffe, das mich trägt, ihm gehören meine ungeteilten Sympathien. Habe ich doch an seinem Bord so manche schöne Fahrt durch die leider noch immer gebührender Wertschätzung entbehrende Wachau gemacht: Im Frühling, zur Zeit, da ihre Hänge im Schnee der Baumbüchse prangen; in lauen Julinächten, da im Silberglanz des Vollmondlichtes Diamantkaskaden von den dumpf-geheimnisvoll stampfenden Radschaukeln fläuben; im Herbst, wenn das Laub sich gelb und goldigrot färbt, die Traube der Reiter entgegenreißt und das edle Weidwerk zu seinem Rechte kommt. Stets hat mich die Wachau mit ihrem eigenartig reizvollen Zauber gefangen genommen. Ihr entgegen geht es ja auch heute wieder.

Belebter als sonst ist das Uferbild in dieser Kriegszeit, und vielfach tritt an Stellen, die seiner sonst entbehren, der Soldat in der Vordergrund. Dort an der linken Ländchen erexzieren Sappeure, die Gewehre zur Pyramide gestellt. Am anderen Ufer üben Pioniere in Rähnen und Pontons, die beim Vorbeigleiten des Dampfers in ihrer Tätigkeit innehalten, unter Seirufen grüßend die Köpfe schwenken. Frohgemut leuchten die sonnengebräunten Gesichter der Braven, die wader, ohne Fagen und Zaudern, mit dem Grund zu den herrlichen Erfolgen unserer tapferen Armee legen, pflichtbewußt bis in den Tod.

In steter Fahrt geht es weiter stromab, und nun glitzert es silberarün durch die Weiden und Pappeln der Auen. Aus ihrem felsigen Quellgebiet rollt die Traun ihre schäumenden Wellen der Donau zu. Dort, wo die Fluten der beiden Gerinne eine Kehre stromauf machen, liegen dunkle Bünktchen auf der gleißenden Fläche. Wildenten, auf deren lieftastharinert Hälften das Sonnenlicht funkelt. Majestätisch langsam fluges streicht ein Fischweiser über das Schiff hinweg, um weit drinnen in der schweigenden Au an einen Lämpel einzufallen.

Neu belebt sich das Ufer. Ueber das Grün des Untwaldes schiebt sich der Turm des Stiftes St. Florian empor, und noch weiter strebt jener der Kirche von Euns in das sonnige Blau des Maienhimmels. Mauthausen ist erreicht, an dessen Lände sich lange Reihen von Granitmülfeln stapeln, denen unser Wiener Pflaster sein Dasein verdankt. Ein floßiger Kasten wuchtet sich an das Ufer heran, die Dampfischigentie, jedenfalls der Rest eines Klosters. Daraus hin deutet ein dunkleres Kreuz in dem helleren Kiezeldach und das Wappen in rotem Marmor, über dem die Jahreszahl 1601 in Stein gemeißelt erscheint.

Am linken Ufer treten die Hügel zurück und machen einer fruchtbaren Ebene Platz. Rechts erscheint, auf sanfter Höhe thronend, Schloß Wallsee mit seinem galeriegeschmückten vieredigen Turm.

Waldige Höhenzüge schieben sich stromab an die Ufer des Stromes, dessen Bett sich zu verengern beginnt, ehe die Donau bei Grein die früher so berühmte Stelle des Wirbels erreicht hat. Noch vor der einst so gefährlichen Stelle erreichen wir Grein, das daliegt wie ein Sämmelkästchen, übercoat von dem Schlosse Greinburg des Herzogs Philipp von Sachsen-Koburg-Gotha. Brunelos, und doch wieder prunkend in seiner Einfachheit, fesselt es den Blick des Vorüberfahrenden. Grein hat sich im Laufe der letzten Jahre zu seinem weiteren Vorteil verändert, und sein wohlgepflegter Kai mit der granitenen Quadermauer darf sich etwas zugute halten. Rechts von Grein zweigt ein Arm der Donau ab, der ein hübsches Jagdgebiet begrenzt, in dem hauptsächlich Hasanen den Wildbestand bilden.

Die Wellen der Donau umspülen einen Felsen, auf dem trotzig sich die Reste eines alten Wartturmes erheben. Struden gleitet an uns vorüber mit seinen schwabbenreißartig an die Hänge geflechten kleinen Hänschen und Reuschen. Fromme Menschen haben in einer Felsnische ein Kapellchen errichtet zum Gedenken an jene, die im „Wirbel“ den Untergang gefunden. Eine Inschrifttafel mit goldenen

Lettern berichtet von der Beseitigung des Hindernisses im Strome. Daneben aber gleich, just an den Felsen gelehnt, der die Inschrifttafel trägt, pulsiert warmes Leben: eine Regelfabrik hat lustige Gäste zu frohem Spiel vereint.

St. Nikola kommt mir immer vor, als hätte es eine sorgsame Hand soeben aus der Spielereischachtel gepackt und jedes Stück fein säuberlich an Ort und Stelle gesetzt. Große Bretterlager säumen den Uferand; das dort aufgeschichtete Material stammt sicherlich aus der Sägemühle, die malerisch, ein dankbares Motiv für den Aquarellisten, mitten in den vom Schiffe aus sichtbaren Teil des Ortes gelagert ist und mit ihren schäumenden Wasserstürzen aus dem Mühlfluder ungemein anziehend wirkt. Ein runder Bartturm im Orte gehörte zuverlässig zur alten Greinburg, die die Herren von Meggau im sechzehnten Jahrhundert erbauten.

Kuppe an Kuppe reißt sich nun, bestockt mit Wischwald, in dem sich das frische Maiengrün der Laubbäume aus dem Dunkel des Nadelholzes scharf hervorhebt. Kahle Lehnen sind in kleinen Flächen im älteren Holze eingeprengt, auf denen die Fichtenjugend in symmetrischen Verbänden fröhlich gedeiht. Bei Freudenstein verbreitert sich das Strombett wieder und wird von einer Ruine, einem viereckigen verfallenen Vorwerk, flankiert.

In langer Zeile ziehen sich jetzt bei Sperdorf lange Stöße wohlgeschichteten Brennholzes hin, die auf der Trift im Sperbach zur Legstätte geschwemmt werden. Am linken Ufer erhebt sich ein staatliches Schloß: Persenbeug, ein Lieblingsaufenthalt des verstorbenen Erzherzogs Otto. Freundlich blickt es herab auf den Ort, in dem sich bereits sommerfröhliches Leben regt. Wie ein riesiger Fliegenschwamm, proßt in einem der fliederumräumten Villengärten ein großer, roter Schirm mit weißen Tupfen — ein greller Fleck, der den Blick an sich reißt. In jäher Rechtswendung quert der „Babenberg“ den Strom, Pöbbs zusteuern, wo die Stadt Wien ihren arbeitsunfähig gewordenen Mitbürgern ein gesundes Heim geschaffen. Im Säufenstein vorüberfahrend, fesselt, auf lustiger Höhe thronend, die doppeltürmige Kirche des

13./IV. 1915

36

Sommerfrucht in der Springzeit

Unadenortes Maria Lasterl den Blick. Eng schmiegt sich an den Fuß der Höhe auf schmalem Streifen ebenen Landes zwischen ihr und dem Strom Marchbach mit seinen alten Häusern und Häuschen und dem von zwei Türmen gekrönten, wappengeschmückten Rathaus. Brustend und feuchend schraubt sich ein Zug der Donauuferbahn Krems-Grein über eine ansteigende Stelle. Und nun folgt Pöchlarn, von dem das Nibelungenlied spricht.

Wir stehen am Eingange in die Wachau, an der Sage und Geschichte den gleichen Anteil haben. Auch eine kriegerische Erinnerung, die besonders jetzt aktuelles Interesse besitzt, knüpft sich an das liebevolle Donautal. Hundertzehn Jahre sind seither vergangen, da kämpften die Russen Schulter an Schulter mit den österreichischen Truppen unter Kutusow gegen die der Donau entlang gegen Wien vorrückenden Franzosen. Bei Dürnstein schlugen die russisch-österreichischen Korps Kutusow-Kienmayer am 18. und 19. November 1805 die unter Mortiers Befehl stehenden Truppen Napoleons... Und wie sieht es heute aus? Unter dem zerfallenen Gemäuer der Feste Dürnstein sitzen die von ihren Wunden genesenen waderen österreichischen Krieger, die ihnen die Moskowiter, Frankreichs heutige Verbündete, geschlagen. Vielleicht wird den in der österreichischen Kriegsgeschichte weniger Vertrauten von einer Pflegschwester davon erzählt, daß vor hundert Jahren an dieser Stelle österreichisches und russisches Blut in treuer Waffenbrüderschaft aeflossen.

Schüchtern beginnt am Eingange der Wachau der Wein seine Herrschaft zu dokumentieren. Noch einmal greift bei Weiteneß der Wald bis an den Strom vor, die Hänge des Zauerlingmassivs dicht bestockend, bis fast hinab zum interessanten Markte Emmersdorf und ein Stück darüber hinaus bis gegen das malerisch gelegene Schwaltenbach und Spitz. Dann aber sind die sonnseitigen Hänge weit hinauf der Rebenkultur gewidmet. Der Tropfen, der hier gefelktert wird, der richtige „Wachauer“, erfreut sich hoher Wertschätzung.

Ueber schroffem Felsgemäuer thront das Benediktinerstift Melk, die Grabstätte der ersten Babenberger. Unterhalb Melk zwängt sich die Donau an einem steilen Felsen vorbei, der das reizende Schloß Schönbrunn trägt. Kloster Schönbrunn, in Waldesgrün gebettet, ist so recht der Ort zu innerlicher Einkehr und beschaulicher Betrachtung. Schönbrunn gegenüber liegt an einsamer Lände in der Au ein Fährboot. Wie oft hat mich mit ihm das kleine verhußelte Mannbierl, der Grimlinger „Ueberführer-Karl“, über den gurgelnden Strom gerudert, dessen Schwall sich schäumend an einem aus dem Wasser emporstrebenden Felsblock, der sogenannten „Kugel“, brach.

Rühn und trotzig wie seine einstigen Herren, die „Gunde von Kuenring“, streben die Ruinen von Aggsstein gegen das Strontal vor, mit Dürnstein wohl einer der schönsten Punkte in der Wachau, ein zu tausend Malen von Malern gewähltes, dankbares Motiv für deren Schöpfungen. Die Reste eines richtigen Raubnestes, starr und verwegen, hingeseht wie der Horst des Adlers an schroffer Klippe. Sanft und friedlich präsentieren sich Aggsbach-Dorf und Markt dem Auge des Beschauers, beides von den Wienern gern aufgesuchte Sommerfrischen, hoch überragt vom Massiv des Zauerling, von dessen Höhe sich ein prächtiges Panorama auf tut, das in weitem Kreise von den niederösterreichischen und steirischen Alpen abgeschlossen wird. Reizende Anstiege führen auf das Plateau des Zauerling, dem leider unsere Touristen viel zu geringe Aufmerksamkeit schenken.

Spitz, das sich reizend um einen rebenbewachsenen Hügel, den der Volksmund den „Tausendeimerberg“ nennt, gruppiert, gewinnt von Jahr zu Jahr als Sommerfrische an Bedeutung. Auf der Weiterfahrt findet der Blick stets neue reizende Punkte: St. Michael mit seinem befestigten Kirchlein, Arnsdorf, über dem sich felsgekrönte Waldhöhen erheben, Weißen-

firchen mit seiner lieblichen Umgebung und endlich Dürnstein, in dessen Burg einst Richard Löwenherz gefangen schmachtete, bis ihn sein treuer Blondel fand.

Loiben, von dem ein Teil vor kurzem dem Feuer zum Opfer fiel, gemahnt mit seinen dächerlosen Häusern ein wenig an den Krieg. Stein, „Und“ und Krems bilden den Abschluß der Wachau, jedes reich an intimen Reizen, die sich in ihr aneinanderreihen wie die Glieder einer Kette, wohlthuend und nicht aufregend, befriedigend und nicht überfüttigend.

Stromab wird es ein wenig gleichförmig. Weite Auen breiten sich zu beiden Seiten der Donau aus, überragt am linken Ufer von dem mächtigen Bau des Stiftes Göttweig. Kreuzenstein, das erst jüngst durch eine Feuersbrunst schwer gelitten, ist der markanteste Punkt an der linken Seite der Donau, während rechts schmucke Villenanlagen den Strom begleiten, auf den in stillem Ernste die Ruine Greifenstein herabblüht. Nochmals findet das Auge Gelegenheit, architektonische und landschaftliche Schönheiten zu schauen: Klosterneuburg mit dem Leopoldsberg im Hintergrunde, hinter dessen Nase die Großstadt in ihre Rechte tritt.

Langsamer drehen sich die Räder des Dampfes, von dem aus man mit Muße die hehren Schönheiten eines Stückchens Erde genießen konnte. Das tobende Kriegsgetöse läßt nicht einmal seine allerlehten Wellenkreise in das an Naturschönheit so überreiche Donautal hereinrieseln. Und sähe man nicht zeitweilig auf dem Wege sieche Krieger des Maienglanzes und Sonnenlichtes sich erfreuen, man merkte es nicht, daß draußen Mars seine lodernde Fackel schwingt.

Richard Genthner.

20.7.1915

38

Weibliche Bedienung.

Der Beruf der Kellnerin ist für die Frauen durchaus kein neuer. In vielen Restaurants und Cafés, insbesondere in Ausflugsorten und in Sommerfrischen, besorgen Kellnerinnen die Bedienung. Und doch scheint es so, als würde nun, da man an Stelle der zum Kriegsdienst einberufenen Kellner die weiblichen Kräfte für die Bedienung der Gäste in den Gastwirtschaften und Kaffeehäusern braucht, die Frau als Kellnerin doch nicht als vollwertig anerkannt. Denn die Gastwirte und Kaffeesieder haben sich lange dagegen gesträubt, für die Stadtbetriebe weibliches Kellnerpersonal zu engagieren, ja, es wurde sogar seinerzeit eine offizielle Stellungnahme der Gastwirte- und Kaffeesiedergenossenschaften bekannt, die, jedenfalls im Interesse der männlichen Gehilfen, von der Heranziehung der Kellnerinnen, solange es nur anging, Abstand nehmen wollten. Die neuen Einberufungen haben es aber schließlich doch nötig gemacht, da und dort in den Gast- oder Kaffeehausbetrieben Kellnerinnen aufzunehmen, und heute gibt es sogar schon Restaurants, die nur weibliche Bedienung haben, bis auf den Rastkellner, der, gewöhnlich ein älterer Gehilfe, seinen Dienst weiter versieht. Ganz ungeübte Kräfte hätte aber kein Gastwirt und kein Kaffeesieder für die Bedienung der Gäste aufnehmen können, er hätte eher mit weniger Personal und eigener Mithilfe auszukommen getrachtet, und so muß denn auch die Erscheinung auffallen, daß mit einemmal so viel weibliches Kellnerpersonal zur Hand war, daß es als Ersatz der vielen kriegsdienstübenden Kellner herangezogen werden konnte. Es wäre den Wirten auch gewiß nicht möglich gewesen, Kellnerinnen für den Dienst in der Großstadt zu erhalten, wenn nicht infolge des Krieges die vielen Wirtschaften in den Kurorten und Sommerfrischen ihren Betrieb eingestellt hätten, so daß die sonst dort beschäftigten Kellnerinnen, die für diesen Sommer postenlos wurden, in die Wiener Etablissements eintreten konnten. Die Wirte und Kaffeesieder hatten dadurch geübtes Personal zur Verfügung, und so entschlossen sie sich auch leichter, die Kellnerinnen aufzunehmen. Die Ubrichtung neuen männlichen Personals wäre viel zu schwierig, abgesehen davon, daß für den Kellnerberuf geeignete junge Leute nicht zu bekommen sind, zumal der „Zuträger“ nicht zu den am besten bezahlten Gehilfen gehört. Es wird in nächster Zeit eine allmähliche Ablösung eines Teiles des männlichen Gehilfenpersonals in den Gast- und Kaffeehäusern durch weibliches zu beobachten sein, und die Stammgäste, die bisher an einen „Karl“, „Johann“, „Louis“ usw. gewöhnt waren, werden sich an eine „Anna“, „Mizzi“ oder „Franzi“ als Rufnamen nach der Bedienung, und die Gäste, die hienun „Oberl“ zu rufen gewöhnt waren, an das etwas umständlichere „Fräulein“ gewöhnen müssen. Der einzige „Mann“, der in Zukunft bestimmt noch in jedem Gast- oder Kaffeehauspersonal zu finden sein wird, ist — der Piffolo.

Die Notlage der Kurorte.

Unter Führung des Abg. Schreier sprach eine Abordnung des Landesverbandes für Fremdenverkehr in Deutschböhmen, bestehend aus dem Verbandsvizepräsidenten Bürgermeister Hussak (Teplitz), Regierungsrat Prufritius (Marienbad), Regierungsrat Chudazek (Eger), Stadtverordneter Feiler (Karlsbad), Sekretär Ott, Bürgermeister Sauerstein (Joachimstal), Hotelier Gröger (Hotelgremium Karlsbad), Bürgermeister Kun (Johannisbad), Bürgermeister Erlebach (Spindelmühle) und Hotelier Schreiber (Spindelmühle) im Ministerratspräsidium vor, um von der Regierung rascheste Hilfe für die durch den Krieg schwer geschädigten Kurorte und Fremdenplätze zu erbitten. Die Abordnung wurde vom Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh im Beisein des Finanzministers Baron Engel empfangen. Der Ministerpräsident antwortete auf die Ausführungen der Abordnung, daß sich die Regierung mit der Notlage der Kurorte und Fremdenplätze eingehend befasse, und stellte zweckentsprechende Maßnahmen in Aussicht. Die Regierung werde das Zustandekommen eines Kreditinstituts für die Hausbesitzerenschaft in den Kurorten fördern und auch den Gemeindeverwaltungen mögliche Unterstützung zuwenden. Der Finanzminister Baron Engel anerkannte die schwierige Lage der Hoteliers und Hausbesitzer in den Kurorten und stellte weitestgehende Steuerermäßigungen in Aussicht. Hierauf sprach die Abordnung noch beim Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Trnka vor, der ebenfalls die Erfüllung der berechtigten Wünsche der Abordnung zusicherte.

Der Badeverkehr in den deutschen Nord- und Ostseebädern.

Einer im „Deutschen Reichsanzeiger“ veröffentlichten Mitteilung zufolge wurde der Badeverkehr in den deutschen Nord- und Ostseebädern für den diesjährigen Sommer nach folgenden Grundsätzen geregelt:

1. In der Nordsee ist der Badeverkehr auf sämtlichen Inseln und an der gesamten Küste verboten.

2. In der Ostsee ist der Badeverkehr verboten in der Helsingburger Bucht, der Eckerförder Bucht, auf der Insel Fehmarn, in Osternothafen bei Swinemünde, in der ganzen Danziger Bucht und in Pillau.

An der Kieler Bucht ist der Badeverkehr gestattet, jedoch unterliegt er besonderen Anordnungen des Gouverneurs des Reichskriegshafengebietes.

An der übrigen Ostseeküste ist der Badeverkehr gestattet.

3. An den erlaubten Orten wird Badegästen und Besuchern, die reichsdeutsch sind oder verbündeten Staaten angehören, der Aufenthalt widerruflich gestattet, wenn sie im Besitze eines vorschrittmäßigen Passes sind.

Aktive reichsdeutsche und österreichisch-ungarische Militärpersonen weisen sich durch Militärpapiere aus. Der Paß oder Ausweis ist stets mitzuführen und auf Verlangen vorzuzeigen.

Feindliche und neutrale Ausländer werden nicht zugelassen. Ausnahmen unterliegen der Genehmigung des für den Badeort zuständigen stellvertretenden Generalkommandos.

Jeder Besucher hat sich sofort nach der Ankunft bei dem Wirt eigenhändig und unter eigenhändiger Unterschrift mit Geburtsdatum und Heimatsort einzuschreiben. Für noch die Schule besuchende Kinder haben die Eltern oder Begleiter die Eintragung zu machen.

Jeder Wirt hat sämtliche Meldungen innerhalb sechs Stunden dem Gemeindevorstand vorzulegen, der gegebenenfalls auch persönliche Vorstellung der Badegäste unter Vorlegung der Ausweispapiere fordern kann.

5. Badeanstalten dürfen aufgebaut und benützt werden. Seestege dürfen nicht benützt werden; der Belag muß entfernt bleiben. 6. Beleuchtung und Benützung des Strandes unterliegen den nach den örtlichen Verhältnissen von den Landräten (Amtsvorstehern) zu treffenden Anordnungen. 7. Photographische Apparate sind am Strande verboten, ihre Benützung kann von der Ortspolizeibehörde ausnahmsweise gestattet werden. 8. Vergnügungsdampfer und Motorboote dürfen an den für den Badeverkehr erlaubten Küstenstrichen verkehren — ausgenommen ist die Swinemünder Bucht. 9. Einschränkungen und Erleichterungen werden nach der Kriegslage von den zuständigen stellvertretenden Generalkommandos angeordnet.

22./III. 1915

42

Das Fremdenführerwesen.

Der Handels- und Gewerbekammer war kürzlich vom Magistrat ein Ansuchen um Konzessionserteilung zur Errichtung eines Wiener Fremdenführer Instituts zur Begutachtung vorgelegt worden. Im Sinne eines Berichtes des Stammerrates Herzfelder und eines Beschlusses des Gewerbe- und Genossenschaftsausschusses äußerte sich die Kammer zu diesem Projekt folgendermaßen: „Die Gründung eines Fremdenführer Instituts, das berechtigt ist, das Gewerbe unter Verwendung einer beliebigen Anzahl von Fremdenführern zu betreiben, scheint nach Anschauung der Kammer nicht angezeigt, weil dies gewissermaßen die Monopolisierung des Fremdenführergewerbes durch einzelne Personen zur Folge haben würde. Nach Anschauung der Kammer würde auch dem Unfug der Provisionen nicht gesteuert werden. Dagegen würden die bereits konzessionierten Fremdenführer voraussichtlich in ein vollständiges Abhängigkeitsverhältnis zu diesem Konzessionswerber treten. Aus diesem Grunde kann die Kammer die erwähnte Konzessionserteilung nicht befürworten. Dagegen würde voraussichtlich ein günstigeres Ergebnis dadurch erzielt werden können, daß eine neue Organisation der Fremdenführer durchgeführt wird, die gemeinsam mit dem Landesverband für Fremdenverkehr und dem Hotelierverband in Wien entsprechende praktische Neuerungen den Behörden zum Vorschlag bringen könnte.“

Ein Vorstoß gegen die Wiener Touristik.

Streit um die Touristenwege der Nag.

Eine Persönlichkeit, die sich in den österreichischen Touristenkreisen des allergrößten Ansehens erfreut, schreibt uns:

Wie verkantet, schicken sich jetzt einige Grundbesitzer im Gebiet der Karalpe an, die Touristik auf ihrem Grund und Boden einzuschränken, um sie vielleicht beim nächsten Schritt ganz zu verbieten. Nach den heute geltenden Gesetzen hat der Grundeigentümer das Recht, jedem das Betreten seines Grundes zu verbieten, sofern nicht dem Verbot Servitutsrechte oder die Verjährung entgegenstehen. Nun läßt sich bei den meisten und wichtigsten Steigen auf der Karalpe schon auf Grund der alten Reisebücher mit Leichtigkeit nachweisen, daß sie bereits länger als dreißig Jahre benützt werden und daß die Oessentlichkeit daher das Benützungrecht schon erloschen hat. Bei anderen Aufstiegen aber trifft das nicht zu, weil sie erst später entdeckt oder gebahnt wurden, und diese können daher vom Grundeigentümer jederzeit abgesperrt werden, insoweit sich nicht, was leider selten der Fall ist, die Touristenvereine durch entsprechende Verträge dagegen sichern konnten. Jagdpächter und Jagdeigentümer haben dieses Abperrungsrecht nicht, wenn sie nicht zugleich Grundeigentümer sind.

Nun haben Grundeigentümer im Gebiet der Karalpe vor kurzem die alpinen Vereine, die sich in dieses Gebiet teilen, aufgefordert, für die Benützung der Wege auf ihrem Grund und Boden einen A n e r k e n n u n g s z i n s zu entrichten. Das wäre bei den noch nicht verjährten Steigen wenig verhänglich und würde nur die Verjährung des Abperrungsrechtes verhindern, aber wenn sich die alpinen Vereine, um die nicht verjährten Steige für die Touristik zu retten, darauf einlassen — worauf es offenbar angelegt ist —, für alle Steige einen Anerkennungszins zu bezahlen, dann ist damit zugleich rechtlich anerkannt, daß auch die faktisch schon verjährten Steige für die allgemeine Benützung noch nicht erloschen sind, und die Grundbesitzer können sie jederzeit wieder absperrn.

Man fragt sich, warum die Streitart gerade jetzt, wo der große Krieg alles geeint hat und eine wenigstens in Oesterreich nie gekannte Eintracht in allen Lagern herrscht, wieder ausgegraben werden mußte. Stehen heuer große Jagden bevor, daß man die Touristen von den Revieren jetzt schon fernhalten will? Wohl kaum, denn auch vom Jagdpersonal ist der größte Teil eingerückt. Oder will man dem Bild auf Rechnung künftiger Massenschlächtereien jetzt schon größere Ruhe gönnen? Die hätte es jetzt von seiten der Touristik, die heuer kaum ein Viertel ihres früheren Umfangs aufweist, ohnedies. Zudem wäre der Zeitpunkt für eine solche Vorrichtung schlecht gewählt, solange auf der Karalpe Artillerieübungen abgehalten werden. Das alles kann es nicht sein. Aber die Touristenvereine sind jetzt durch die Tausende von Einrückungen entvölkert. Die jüngeren, tatkräftigen Elemente, die einen offenen Kampf nicht scheuen, sind an der Front und außerstande, ihr Interesse zu wahren, von den zurückgebliebenen älteren, ruheliebenden Mitgliedern aber ist weniger Widerstand zu erwarten. Da ist die Gelegenheit günstig, der Touristik in den Rücken zu fallen.

Wer daran zweifelt, der sehe sich einmal die Verlustlisten der alpinen Vereine an. Vom Alpenverein allein sind schon weit mehr als tausend Mitglieder gefallen, und weitere fünf- bis sechstausend haben für ihr Vaterland gelutet. Und all die Tausende hält in den schweren Stunden der Gedanke an die geliebten Berge, an ihr schönes Vaterland, das sie besser kennen und würdigen als das Meer der Nichttouristen, aufrecht, und entsacht in ihnen stets aufs neue den Mut, es bis auf den letzten Blutstropfen zu verteidigen. Und da sollen sie, wenn sie in die Berge zurückkehren, nur mehr die Geduldeten sein? Ein solches Vorgehen richtet sich von selbst.

Der Kampf zwischen Touristen und Jägern ist alt und leicht begreiflich, da der Jäger sein Brot verlieren kann, wenn sein Herr nichts schießt, weil übermüthige Touristen das Wild vorher verschucht haben. Aber wo es entgegenkommende Jagdherren gibt, da gibt es auch rücksichtsvolle

Touristen, und herrscht zu beiderseitigem Nutzen das beste Einvernehmen; so im Geäuse, wo die Bejagter bloß auf die Zeit der Hochwildjagden beschränkt sind und von den Touristen auch stets respektiert werden. Aber was hat die Touristik von einem Grundherrn zu erwarten, der nicht einmal den Viehtrieb auf die Alm dulden will und, weil dieser servitutsmäßig sichergestellt ist, die Bauern, die den Umweg ausbessern wollen, verjaagt, damit der Weg nach und nach verfallt und der Viehtrieb von selbst unmöglich werde?

Wie sehr die Landwirtschaft durch Ankauf und Abperrung Tausender von Almen seitens der Jagdbesitzer schon geschädigt und uns dadurch das tägliche Brot verteuert worden ist, ist ja bekannt. Man könnte da ganz erschreckende Ausfallsziffern anführen. Dem Jagdwahn darf aber nicht noch ein zweiter blühender Zweig der Volkswirtschaft, der Fremdenverkehr, zum Opfer fallen. Zum Glück hat da die drohende Abperrung des Großglockners auch weiteren Kreisen die Augen geöffnet, und wir alle hoffen, daß, wenn die Staatsmaschine wieder einmal tüchtig im Gange ist, endlich Gesetze geschaffen werden, die der Touristik entsprechend ihrer hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung ein Recht geben, daß sie nicht mehr bloß die Geduldete ist. Muß sich ja der Eigentümer nach dem bürgerlichen Gesetzbuch gar manche Einschränkung seines sonst unbegrenzten Rechtes gefallen lassen, wenn es das allgemeine Wohl verlangt. Für das allgemeine Wohl aber hat die Touristik bei ihrem heutigen Umfang eine ganz gewaltige Bedeutung.

Die alpinen Vereine werden, wenn man ihnen besser entgegenkommt, gern allen Einfluß aufbieten, daß ihre Mitglieder die Jagd stets respektieren und jeden Lärm und Unfug vermeiden, denn auch der Jagdbesitzer hat ein gutes Anrecht darauf, daß ihm sein Vergnügen, das ihm wahrlich nicht billig kommt, nicht gestört wird. Im besprochenen Falle auf der Karalpe muß jedoch festgestellt werden, daß die betreffenden Grundeigentümer noch sehr jungen Datums sind, die Grundstücke also sozusagen samt der Touristik nach dem heutigen Stande erworben haben. Für ihre Absichten sprechen daher nicht einmal Billigkeitsgründe, denn es geht nicht an, die ererbte Jagd, von den früheren Besitzern geduldete Touristik nachträglich hinauszudrängen, um die Jagd zu verbessern.

Die Alpinistik hat sich aber auch noch in anderer Hinsicht einen Platz an der Sonne erworben und angesichts der fortwährenden Anfeindungen zugunsten ganz Weniger, muß das besonders betont werden. Heute weiß man allgemein, was in diesem Kriege der höchsten Kraftentfaltung der Völker Mut, Zähigkeit, Ausdauer, Kraft und Gewandtheit des Einzelnen bedeuten, und nach dem Krieg wird man es hören, was die Alpinisten, die alle diese soldatischen Tugenden schon im Frieden wie keine anderen Sportsleute geübt haben, in dem großen Völkerringen leisten konnten, wie sie waghalsige Aufstiege auf hochragenden Beobachterposten in den Dolomiten in stockfinsterner Nacht unternahmen, wie sie dann oben im glühenden Sonnenbrand, bei Sturm, Hagel und Schnee, und von allen Seiten beschossen, tagelang ausharrten, wie sie als Skifahrer in den Karpathen oder Bogesen unter den größten Strapazen unbezahlbare Aufklärungsdienste leisteten. Wer kann leugnen, daß sich der erwähnte Durchschnittstädter mit dem wetterharten, gefahrengeübten Alpinisten an Kriegstüchtigkeit nicht im entferntesten zu messen vermag? Kein Sport weckt, in maßvollen Grenzen betrieben, die Kraft des Volkes, wie sie der Krieg verlangt, in gleicher Weise wie die sportliche Alpinistik. Und da will man die Wiener aus dem einzigen Hochgebirge in dem sie sich wöchentlich ausleben können, vertreiben und auf die zahmen Promenadenwege des Wienerwaldes, auf die Viehsteige der Boralpen verbannen. Das heißt doch die Bevölkerung einer Millionenstadt verweichlichen, entnerven und sie für den Kriegsdienst entwerten.

„Nein, die Wiener lassen sich ihre Nag nicht mehr nehmen, sie brauchen sie bei dem verweichlichenden, nervenzerrüttenden Leben der Großstadt zur Erhaltung ihrer körperlichen Widerstandskraft wie das tägliche Brot, und werden den Wert einer wetterharten, kampfgewohnten Jugend für die Wehrhaftigkeit unseres Staates nicht anerkennen, der ist gegen den Staat.“

Der Landaufenthalt im Kriegssommer.

Das Sommerfrischenleben hat sich heuer bewegter gestaltet, als man ursprünglich erwartete. Die größeren Vergnügungsreisen sind natürlich unterblieben, dafür aber sind die Wiener Familien in großer Zahl ins Salzkammergut gereist, um sich dort an den kühlen Gestaden der Beräseen von den mannigfachen Beschwerden des großstädtischen Kriegslebens zu erholen. Am Gailstättersee, Attersee, Traunsee und Mondsee sind die Hotels und Pensionen gut besucht. Auch Nöchl ist wie sonst voll, obwohl heuer der Kaiser auf seinen dortigen Sommersejour verzichtete. Besonders gut besucht sind der Buchberg und der Semmering. In den Hotels und Pensionen am Semmering ist, wie uns vom Fremdenverkehrsverband mitgeteilt wird, kaum ein Zimmer zu haben. Allerdings gibt es noch freie Privatwohnungen, aber meist nur größere mit vier bis sechs Zimmern. Der Andrang auf dem Semmering ist so groß, daß auch die kleineren Orte der Umgebung, Steinhaus, Mariaschus, Schottwien, Kitz bis Bayerbach, keinen Mangel an Sommerparteiern haben. Viele Wiener haben die Sommerfrischen in Ostkeiermark, Mariazell, Admont, Nussee usw. aufgesucht. Die Versorgung mit Lebensmitteln hat sich in den Sommerfrischen vielfach gebessert, besonders in den mehr bäuerlichen Ortshaften Niederösterreichs nehmen die Sommerfrischler teil an den Erträgen der Ernte. Sehr häufig gibt es schon gutes Landbrot; Eier, Obst und Milch sind vielfach aus erster Hand erhältlich. Die ländlichen Orte im Kamptal und im Waldviertel sind mehr von Frauen und Kindern besucht. Aber am Samstag abends kommt der „Busslerl“-Zug, der bringt die älteren Herren Gemähler — die jüngeren sind zumeist im Felde. Die Männer werden nach altem Brauche von den Frauen mit großer Freude am Bahnhof erwartet, wo ihnen nicht nur die vielen Pakete mit dringend notwendigen Artikeln, die sie aus der Stadt mitbringen mußten, abgenommen werden, sondern auch womöglich die neueste „Extraausgabe“, die der Herr Gemähl noch rasch im Bahnhof erstand, um seinen Angehörigen mit den neuesten Kriegsnachrichten aufzuwarten.

Die Erhaltung der Touristenwege in den Alpen.

In dieser Frage hat im Donnerstag-Morgenblatt Hofrat v. Philippovich wohl die wichtigste Seite dieser Angelegenheit besprochen. Es ist gewiß in hygienischer Beziehung und in bezug auf die Ausgestaltung der auch für die militärische Verwendbarkeit der Männer so wichtigen Pflanze der Touristik notwendig, daß den Alpenländern möglichst viel Wege erhalten werden. Es trifft die Allgemeinheit aber doch weit mehr, daß das Verschwinden der Viehweiden in den Alpen immer mehr überhand nimmt. Wer unsere schönen Alpen seit Jahren durchwandert, wird im letzten Jahrzehnt immer mehr die Erfahrung gemacht haben, daß zahllose Alpenweiden verschwunden sind. Es tut einem das Herz weh, wenn man in diesen Gegenden, wie beispielsweise in Obersteiermark, auf oft stundenlangen Wanderungen weder Menschen noch Vieh mehr begegnet, aber dabei zu wiederholten Malen auf verödete Höfe stößt. Noch vor zehn und fünfzehn Jahren saßen dort fleißige Bauern auf eigenem Grund und Boden, welche die sich fortwährend verschlechternden Verhältnisse oder die Verlockungen der Jagdfreunde allmählich von Haus und Hof vertrieben haben. Die jagdliebenden Großgrundbesitzer haben natürlich das Bestreben, ihre Jagdgebiete zu erweitern, und benützen deshalb nicht nur jede Gelegenheit, sich in den Besitz der kleineren Güter zu setzen, sondern veranlassen gar manchen Häusler, der selbst gar nicht daran dachte, seine Habe zu verkaufen. Sie lassen dann die Höfe verfallen und schädigen auf diese Weise nicht nur die Betroffenen, sondern die Volkswirtschaft überhaupt. Der Staat hat doch sicherlich das größte Interesse daran, möglichst viele selbstständige Existenzen, aber auch einen möglichst großen Viehstand im Lande zu erhalten. Wenn man aber einen Hof nach dem anderen zugunsten der Jagdliebhaber verschwinden läßt, darf man sich nicht wundern, wenn das Landproletariat zunimmt und in den Städten Fleisch und Milch weniger werden. Es wäre deshalb dringend nötig, sobald als möglich Gesetze zu schaffen, die, wenn sie schon das Anwachsen der Großgrundbesitze nicht verhindern können, doch wenigstens die Großgrundbesitzer verpflichten, die einzelnen Höfe und deren Bewirtschaftung durch Pächter oder Angestellte zu erhalten. Mit den Höfen würden dann aber naturgemäß die Alpenwege erhalten, die den Touristen so sehr am Herzen liegen. Wo jedoch Großgrundbesitz und Industrie danach streben, die Wege zu beseitigen oder doch abzusperren, sollten sich alle berufenen Kreise dagegen wehren. Mehr noch als die touristischen und alpinen Vereine vermögen dies die einzelnen Grundbesitzer und vor allem die Gemeinden, die nach dem Gesetz das Recht haben, von den Bezirkshauptmannschaften die Freihaltung der Wege zu verlangen, wenn sie mindestens dreißig Jahre als öffentliche Wege bekannt und begangen sind. Und für diese Tatsachen sind doch überall noch Zeugen vorhanden. Wünschenswert aber wäre gewiß die Schaffung eines

neuen Gesetzes, das im Interesse der Allgemeinheit sowohl die Erhaltung als auch die Herstellung von Touristenwegen sichert. Bisher haben sich die Landtage, außer einem bescheidenen Versuch in Kärnten, und der Reichsrat noch nicht aufrufen können, nach dieser Richtung etwas zu unternehmen, und die bezüglichen Anregungen, wie beispielsweise die vor einigen Jahren gefaßten Beschlüsse des obersteirischen Fremdenverkehrstages in Leoben, haben keine Berücksichtigung gefunden. Augenblicklich ist die Frage bezüglich der von allen Wienern und anderen Touristen beliebten Paz wieder akut geworden. Wir wollen deshalb der Hoffnung Ausdruck geben, daß dem Bestreben der Zentralleitung des Oesterreichischen Touristenklubs im Verein mit den anderen großen alpinen Vereinen ein diesbezüglicher Erfolg beschieden sein wird.

3./8. 1915

46

Die Approvisionierungsfragen.**Eine Reform des Wiener Gastwirtegewerbes.
Gemeinsamer Einkauf für den Küchenbetrieb.**

Wien, 3. August.

Die Wiener Gastwirtegenossenschaft, die bereits durch Gründung einer Lebensmittelzentrale die Versorgung der Wiener Wirte mit Lebensmitteln in Angriff genommen hat, bereitet nun eine neue Organisation des Gesamteinkaufes für die Wiener Gastwirte vor. Die Genossenschaft kündigt an, daß durch die Errichtung einer Lebensmittelversorgungsstelle während des Krieges die Grundlagen geschaffen seien für eine derartige Einrichtung als eigene Wirtschaftsgenossenschaft auch über den Krieg hinaus, um den gemeinsamen Einkauf von Lebensmitteln durchzuführen, welche nicht so leicht dem Verderben unterliegen. Auch eine angemessene und nutzbringende Verwertung der Abfallprodukte in der Küche, der Knochen usw., auf welche bis jetzt vielfach gar kein Gewicht gelegt werde, wird sich durchführen lassen, wodurch sich das Defizit in der Küche wesentlich verringern wird.

Der wirtschaftliche Zusammenschluß, der bereits zur Etablierung von Genossenschaften für Flaschenbier, Sodawasser, Mineralwasser, Brennmaterialien und Eisfabriken führte, wird, falls auch der Einkauf der Rohprodukte gemeinsam wird, die Lage des Gewerbes verbessern. Die Genossenschaft verweist auf die Schwierigkeiten, die in den hohen Preisen für Fleisch, Mehl, Zwiebeln, Knoblauch, Linsen, Bohnen, Paprika, Reis, Kraut und Kartoffeln für die Erzielung eines ertragfähigen Küchenbetriebes bestanden. Aufgabe der gastgewerblichen Organisationen werde es nun sein, durch den gemeinsamen Einkauf den Bezug aller für das Gastgewerbe notwendigen Bedarfsartikel von der wucherischen Ausbeutung und den unerhörten Preisschwankungen unabhängig zu machen.

Vielleicht, wird in den Darlegungen weiter angeführt, ergebe sich eine Schwierigkeit, auf Grund einer genauen Berechnung der Erzeugungskosten der Speisen auch die entsprechenden Portionen zu verabsolgen, durch den Umstand, daß die Gastwirte zwar nach Gewicht einkaufen, aber nicht ebenfalls nach dem Gewichte verkaufen, sondern die Portionen nur nach dem Augenmaße verabsolgen. Die Fleischselcher zum Beispiel können auf Grundlage des Einkaufspreises und der erforderlichen Zutaten die Herstellungskosten ihrer Erzeugnisse berechnen und ihre Waren nach Gewicht abgeben, wodurch sie sich vor Verlusten durch entsprechende Preiserhöhungen bei Verteuerung der Rohmaterialien schützen können.

Die Lebensmittelzentralstelle soll die Wirte zunächst nach Einnahme mit Lebensmitteln zu angemessenen Preisen versorgen, so daß an die Gäste Speisen in entsprechenden Portionen verabsolgt werden können. Da kein Gewerbe so viele dem Verderben ausgesetzte Waren führt wie das Gastgewerbe, so ist durch die bevorstehende Errichtung von Kühlanlagen der Gemeinde auch eine Aktion von großer Bedeutung für das Gastgewerbe gegeben. Es müsse aber die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die Einlagerung der Lebensmittel in die Kühlanlagen kontrolliert und an einen bestimmten kurzfristigen Termin gebunden wird, damit nicht auch diese Kühlanlagen gleich den bestehenden zu Spekulationszwecken ausgenützt werden können.

— (Die verweigerte Zuspeise.) Der Strafrichter Doktor Decker hatte gestern über die Frage zu entscheiden, ob ein Gastwirt verpflichtet ist, Speisen über die Gasse an jedermann zu verkaufen. Der Gastwirt Max Heller war nämlich angeklagt, weil er sich eines Tages geweigert hatte, einer Frau zwei Portionen Gemüse (grüne Biskolen) aus seiner Küche zu verkaufen. Wie die Anzeigerin Frau Anna Kalinowski vor Gericht angab, hatte sie aus der Gasthausküche des Angeklagten in einem Gefert zwei Portionen grüne Biskolen geholt, die sie nach Hause tragen wollte. Beim Verlassen des Gasthauses habe ihr Herr Heller das Gefert mit dem Gemüse aus der Hand gerissen und ihr bedeutet, er verkaufe ihr keine Zuspeise, wenn sie nicht gleichzeitig auch Bier kaufe. Sie habe auch das Gefert zurücklassen müssen und habe es erst später zurückbekommen. Der Angeklagte gab zu seiner Verantwortung an, daß er nur eine Art Auskocherei mit Bierauschank habe und daß er ohneweiters den Frauen auch Zuspeise über die Gasse verkaufe. Damals habe er jedoch selbst in seiner Küche nur eine Schüssel mit Gemüse gehabt, welches er für die Gäste, die auch Bier trinken, dringend brauchte, weshalb er der Anzeigerin das Gefert mit der Zuspeise wegnahm. Der Richter sprach den Angeklagten frei. In der Urteilsbegründung erklärte der Richter, daß er nach Anschauung des Gerichtes verpflichtet ist,

Speisen über die Gasse zu verkaufen, daß aber im konkreten Falle ein strafbarer Tatbestand nicht vorliege, weil der Angeklagte mit Rücksicht auf den geringen Vorrat an Gemüse, den er damals in seiner Küche hatte, wohl berechtigt war, zunächst auf die Gäste, die in seinem Lokal selbst das Mittagessen verzehrten, Rücksicht zu nehmen und das Gemüse für sie bereit zu halten.

Eine Einkaufszentrale der Wiener Gastwirte.

Die Wiener Gastwirtegenossenschaft, die bereits durch Gründung einer Lebensmittelzentrale die Versorgung der Wiener Wirte mit Lebensmitteln in Angriff genommen hat, bereitet eine neue Organisation des Gesamteinkaufes für die Wiener Gastwirtschaft vor. Die Genossenschaft kündigt an, daß durch die Errichtung einer Lebensmittelversorgungsstelle während des Krieges die Grundlagen geschaffen seien für eine derartige Einrichtung als eigene Wirtschaftsgenossenschaft

auch über den Krieg hinaus, um den gemeinsamen Einkauf von Lebensmitteln durchzuführen, die nicht so leicht dem Verderben unterliegen. Auch eine angemessene und nutzbringende Verwertung der Abfallprodukte in der Küche, der Knochen usw., auf die bis jetzt vielfach gar kein Gewicht gelegt werde, wird sich durchführen lassen, wodurch sich das Defizit in der Küche wesentlich verringern wird. Der wirtschaftliche Zusammenschluß, der bereits zur Etablierung von Genossenschaften für Flaschenbier, Sodawasser, Mineralwasser, Brennmaterialien und Eisfabriken führte, wird, falls auch der Einkauf der Rohprodukte gemeinsam wird, die Lage des Gewerbes verbessern. Die Genossenschaft verweist auf die Schwierigkeiten, die in den hohen Preisen für Fleisch, Mehl, Zwiebeln, Knoblauch, Linsen, Bohnen, Paprika, Reis, Kraut und Kartoffeln für die Erzielung eines ertragfähigen Küchenbetriebes bestanden. Aufgabe der gastgewerblichen Organisationen werde es nun sein, durch den gemeinsamen Einkauf den Bezug aller für das Gastgewerbe notwendigen Bedarfsartikel von der wucherischen Ausbeutung und den unerhörten Preisschwankungen unabhängig zu machen.

Zur Einschränkung der Schankkonzessionen.

In der Nr. 341 der „Täglichen Rundschau“ hatten wir die Preisentwicklung des Bieres in Bayern und Groß-Berlin untersucht und an der Hand ziffermäßigen Materials nachgewiesen, daß sich die bayerischen Gastwirte mit einem Verdienst von etwa 5 bis 6 Mark für die Tonne begnügten, während in Berlin ziemlich allgemein ein solcher von 27 M., vielfach sogar noch weit höherer, beansprucht werde. Die Feststellung dieser Tatsache hat uns aus dem Kreise der Berliner und auch norddeutscher Gastwirte wenig schmeichelhafte Zuschriften eingetragen, auf die einzugehen wir keine Veranlassung haben, weil nirgends auch nur der Versuch einer sachlichen Widerlegung unternommen wurde. Inzwischen hat aber in Leipzig der Bund deutscher Gastwirte seine Wünsche bekanntgegeben und u. a. beschlossen, beim Bundesrat vorstellig zu werden, daß während der Dauer des Krieges und mindestens sechs Monate nach dessen Beendigung neue Konzessionen nicht erteilt werden dürfen. Auf alte bestehende Konzessionen, wo nur der Besitzer wechselt, solle ein solches Verbot keine Wirkung haben. Vom Standpunkt der Gastwirte sind solche Forderungen wohl begründlich, auch die weitgehende, wonach Reich und Bundesstaaten den durch den Krieg geschädigten Gastwirten zu Hilfe kommen sollen. Ganz allgemein wird man aber verlangen müssen, daß nach dem Kriege die Schankkonzessionen wesentlich eingeschränkt werden. Es gereicht der Reichshauptstadt wahrlich nicht zur Ehre und Ehre, daß in ihr schon auf 118 Einwohner eine Gastwirtschaft entfällt. Mit dieser erschreckend hohen Ziffer an Gastwirtschaften übertreibt Berlin alle preussischen Regierungsbezirke erheblich, selbst den Regierungsbezirk Potsdam, der die kneipenreichen großen Berliner Vororte umfaßt, noch um fast 50 v. H. Im Gegensatz zu Berlin stehen die Regierungsbezirke Oppeln, Posen und Köslin, wo erst 389 bzw. 312 bis 317 Einwohner auf eine Konzession entfallen. Mag man als Entschuldigungsgrund für Berlin den starken Fremdenverkehr anführen, so wird man sich dennoch nicht der Erkenntnis verschließen dürfen, daß die Konzessionen zu freigebig erteilt wurden. Bemert sei, daß es sich bei den angeführten Ziffern nur um Gastwirtschaften mit Ausschank geistiger Getränke handelt; deren gab es 1912 in Berlin selbst insgesamt 17 201, im Regierungsbezirk Potsdam 17 437, Wirtschaften ohne Ausschank geistiger Getränke dagegen nur 234 bzw. 570. Diese Ziffern lassen schon darauf schließen, daß an dem Ausschank geistiger Getränke ungleich mehr verdient wird, freilich auch, daß der Berliner den Besuch der alkoholischen Wirtschaften bevorzugt.

Warum alte bestehende Konzessionen im Falle des Besitzwechsels unter allen Umständen aufrechterhalten werden sollten, ist nicht einzusehen. Erkennt man das Bedürfnis einer Einschränkung der Schankkonzessionen an, so muß bei den nicht lebensfähigen der Anfang gemacht werden. Zahlreiche Kneipen weisen einen regen Besitzerwechsel auf. Der „Kneipenschacher“ steht in Blüte. Es wäre durchaus nicht unbillig, wenn dem Besitzer eines Hauses eröffnet würde, daß die Schankkonzession im Falle häufigeren Besitzwechsels entzogen werde. Der Bund deutscher Gastwirte erkennt ja — allerdings verschleiert — selbst an, daß zu viele Konzessionen bestehen. Daraus erklärt sich der vielbelegte Notstand und die maßlose Preisteuerung für alkoholische Getränke. Wenn man eine Ware, die nur wenige Tage in den Geschäftsräumen lagert, 100 und mehr v. H. verdienen muß, um ein oftmals nur kümmerliches Dasein zu fristen, so ist das doch ein ungesunder Zustand. Eine Unversitorenheit muß man aber darin erblicken, wenn die Interessenvertretungen des Gastwirtegewerbes fortgesetzt ein gezieltes Verbot des Flaschenbierhandels fordern.

Will man etwa das biertrinkende Publikum zwingen, die Gastwirtschaften aufzusuchen? Mit derartigen unerhörten Wünschen oder gar Forderungen erwirkt man sich sicherlich keine Sympathien. Soll das Gastwirtegewerbe gesunden, so müssen in erster Linie die Konzessionen ganz erheblich eingeschränkt werden. Gleichzeitig muß man aber auch die Umsatzsteigerung fördern, indem die Preise der alkoholischen Genußmittel auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt werden. Daß dieses sehr wohl bewerkstelligt werden kann, beweisen einige wenige Unternehmer in Groß-Berlin, die trotz hohen Ladenmieten erfolgreich bestehen; das beweisen aber auch Tausende und aber Tausende Gastwirte in Bayern, die dem Grundsatz huldigen: Großer Umsatz, kleiner Nutzen!

Dr. D.

5./VIII. 1915

Tagung der Kurortevertreter.

Gestern fand in Wien in den Räumen des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft eine zahlreich besuchte Tagung der Kurortevertreter statt. Die Tagung, in der Bürgermeister von Karlsbad Dr. Pfeiffer, Amtsdirektor Mai von Karlsbad und Bürgermeister von Marienbad Fabritius den Vorsitz führten, befaßte sich hauptsächlich mit der Erörterung der Lage der Kurorte und der Mittel zu deren Verbesserung. Zu Beginn der Sitzung widmete der Vorsitzende Worte des Gedenkens dem verstorbenen Bürgermeister von Marienbad Dr. Reiniger, bei welcher Trauerkundgebung sich die Teilnehmer an der Tagung von den Sigen erhoben.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Pfeiffer erstattete dann ein eingehendes Referat über die Jahresarbeit der Vereinigung der Kurortevertreter. An der darauffolgenden Debatte beteiligten sich unter anderen die Abgeordneten Erb, Pacher, Exzellenz Dr. Schreiner, Keller und Kraft sowie der Kurortevertreter Spatek. Den Gegenstand der Tagung bildeten insbesondere die Fragen der staatlichen Unterstützung der Kurorte, beziehungsweise der entsprechenden Kredithilfe. Regierungsrat Dr. Glaz, Abbazia, wies insbesondere auf die Lage derjenigen Kurorte hin, die durch die derzeitigen außerordentlichen Verhältnisse in besondere Mitleidenschaft gezogen werden. Im gleichen Sinne besprach Regierungsrat Dr. Huber, Meran, die jetzt mitunter in Erscheinung tretenden Schwierigkeiten der Verkehrs- und Postverhältnisse, unter denen insbesondere die Kurorte zu leiden haben. Nachdem noch die Abgeordneten Kraft und Dr. v. Oberleithner, bestimmte Vorschläge betreffs der Darlehens- und Subventionsfragen der Versammlung entworfen hatten, wurde beschlossen, im Sinne der Ausführungen der Redner der Tagung die entsprechenden Schritte an den zuständigen Stellen, insbesondere bei den Ressortministern zu unternehmen.

8. VII. 1915

51

* (Sommerfrische 1915.) In andern Jahren schliefen in der Hochsommerzeit viele Häuser der Stadt einen tiefen Schlaf. Sie blinzelten schlaftrunken mit geschlossenen Fensterläden in die brütende Augustsonne, aus ihren Kaminen quollen des Morgens keine Rauchschlangen, um sich über die Dächer der Nachbarschaft zu wälzen, sie schliefen und erwachten aus ihren Dornröschenträumen nicht, auch wenn ein Donnerwetter über ihre verstaubten Häupter segte, und manchmal sogar Hagelgeschosse an ihre Fensterscheiben trommelten. Ganze Häuserzeilen waren in solchen Schlaf eingesponnen und ließen es Herbst werden, eh' sie erwachten, eh' die Fensterläden wieder emportrachten, verummte Gestalten dem Zimmerstaub an den Leib rühten und Mägde mit dem Einkaufsacker, vom Hund umtänzelt, die Gasse hinabeilten. Heuer schlossen nur ganz vereinzelt Häuser die Läden. Der Krieg hatte an die Tore geklopft und die Sorge in verschiedenster Gestalt ins Haus gebracht. Nur Wenige konnten es sich heuer gönnen, die Sorgen mottensicher verpackt, zu Hause zu lassen und sich befreit von der Last eines Jahres Großstadt in die Sommerfrische zu flüchten. So blieben sie meist zu Hause, zum großen Gram der Badeorte und sonstigen Sommerfrischen, entschlossen, sich kein zeitraubendes Vergnügen und nicht die alljährlich gewohnte Erholung zu gewähren. So kam Wien um seinen heurigen Sommerschlaf und ist willens, mit Tausenden hellblinkender Fensteraugen wach zu bleiben und das, was in einigen Jahren ruhmvolle Geschichte des Vaterlandes sein wird, nicht zu versäumen. Wien arbeitet im Sommer 1915. Man müßte in die Bureau und Werkstätten aller Art gehen, um sich davon zu überzeugen. Auch, der es nicht tut, fühlt es. Reges Leben in den Gassen und Straßen, durch die Militärlastautomobile donnern, und die Straßenbahnwagen sind auch an Werktagen zu gewissen Stunden überfüllt. Wer Arbeit bekommen kann in diesen Zeiten, gibt sich im Schweiß des Angesichts hin, besonders unsere neugeschaffenen Modellwerkstätten für die Wiener Mode meinen es besonders eifrig. Es ist keine leichte Aufgabe, den Großstadtsommer rüstig zu überdauern. So mischen sich denn ins Straßenleben jene, denen die Muße zu einer Spazierfahrt mit der Stadtbahn ins Grüne fehlt und die sich ein Stündchen oder zwei „ausdunsten“ wollen, um sich dann wieder in den Arbeitsbetrieb zu stürzen. Wer einen Blick in die Vorgärten der Gastwirtschaften und Kaffeehäuser wirft, wer die zahlreichen Parkanlagen aufsucht, gelangt nicht selten in ein Getriebe von Menschen, die im Zeichen des gleichen Dranges nach zeitweiser Erholung sich zu Gesprächen zusammensanden, sich der in diesen Zeiten so unentbehrlich gewordenen Zeitungslektüre hinzugeben oder unter schattenden Bäumen, neben kühlen Rasen, Springbrunnenzauber schwänedurchfurchten Teichen schweigend zu verweilen. Das kann man mitten in der Stadt. Wien streut diesen Bedürfnissen einen köstlichen Strauß von Gelegenheiten entgegen. Man kann diese Art von Vergnügen den Menschen, die sonst gewohnt waren, die Stadt im Sommer zu fliehen, von Herzen gönnen und darf es ihnen sogar danken, daß sie dem Stadtbild eine frische, lebensvolle Note verleihen. Ja, sie sollen keine Stunde, die ihnen das Leben von heute läßt, in diesem Sinn ungenützt lassen, hängt ja doch an der Gesamtheit dieses Anblickes gute Stimmung, die wir wie ein köstliches Geschenk mit nach Hause bringen. So paßt sich mit großem Geschick der für eine Großstadt sehr schweren Aufgabe an, als Sommerfrische genossen zu werden. Wer hätte es je gedacht! Und die in Gärten träumenden Vorstädte, vor allem Sievering und Grinzing, aber auch die an den Gürtel heranreichenden Villenviertel Währings und Döblings, beherbergen eine große Zahl von Gästen, die nur eine Fahrt von zwanzig Minuten brauchen, um ihrer Stadtwohnung einen Besuch aus einer Sommerfrische abzustatten, deren Vorteile erst der Krieg

ins rechte Licht rückte. Vielleicht bedeutet es für kommende Friedensjahre einen Gewinn. So versäumt Wien den heurigen Sommerschlaf und trägt mit Grazie ein neues Kleid, das sehr häuslich und lieb aussieht, uns allen zu Gefallen. Auch eine Schöpfung der Wiener Mode, ein freundliches Bild, in das kein Pinsel die düstern Farben des Krieges trug.

mit einem Turm voll Glockenläutens dem weißen Schiff nach. Um geißblattumpommene Burgen rinkt sich die Sage, Erinnerungen raucht der Strom, ein Traum von Nürnberg taucht herauf und ist immer noch schön, wenn wir längst erfahren, daß er ganz prosaisch krems an der Donau heist. Und nach der ersten halben Stunde auf dem Schiff empfindet man den vielfältigen Segen einer Landschaft, die es so ganz und gar nicht darauf anlegt, „in die Mode“ zu kommen. So gut wie kein einäugiges Städtchen dieser Erde hat sich auf den heutigen Tag Erfahrungen mit einem betriebsamen Hotelkonfessionär gemacht. Dem Fremden schließt die Wäuerin ihre Betten auf, und in den kleinen, billigen Pensionen, die es da und dort gibt, hat man auch vor dem Krieg keine Miß im blauen Aufsteier zu sehen bekommen. Eplanaden und Kurmusik sind hier unbetannte Erscheinungen der sommerlichen Erholung, dafür ist dieser Stromlauf von wildgewachsenen Liebern umraunt. Der Sturm ergelt sie in den Lannen, Gloden läuten sie mit liebhafter Süße von Ufer zu Ufer, und jedes wall- und grabenbewehrte Donaushöfchen hebt sich wie ein Volkslied aus Hesel, Schiff und Erlen. An Ufern der Donau war es, wo Walscher, der Vogelweiber, sah und sich versann. In ihrem Spiegel glänzte der Wäuerschein jener Linde, in deren Schattentrone der seltsame Vogel Sanbarabei sang. Bergangenheiten wogen grau und ernst mit den Morgennebeln über den Strom. Verklungene Jahrhunderte stehen in stillen Mondscheinmägten auf, winken mit grauen Schattenhänden zur zerfallenen Burg, die aus leeren Fensterhöhlen zum ewigen Stromlauf hinunterkarrt. Kralte Segengloden singen dreimal am Tag das Lied und Leib der verirrtenen Zeit. Einmalige Fischer ruhren durchs Schiff, wortkarg, weisfremd, verkommen. Ihre Söhne stehen am Songo, sieden in Oalzigem, üben Gewehrgriffe in einem Kaiserhof zu Wien. Bloßfüßige, frohhaarige, blaueäugige Wingerkinder sehen, die Hand über den Augen, einem treibenden Floß nach. Ueber stundenweiten Wäldern steht regio die graue Rauchsäule der Kohlenmeiler, und die Raben krächzen. Hier gehen die Wege durchs waldige, hüßelige Land, und hier stand wohl der Schäfer, den die Wälder Eichendorf auf ihrer Weise um den Weg nach Wien frugen. Er blies seine Flöte, und ohne innezuhalten, sah er den Fragenden stumm an, und wies mit dem Stab in der Hand weiter, über Berg und Wald, hinaus, wo die Kornebene von Stadt Tilln glänzte: Wien.

Ganz so einsam ist es dort nun allerdings nicht mehr und das Märchen steht insbesondere nach einem schönen Sonntag bedenklich nach dem aus, was die Wiener mit schöner Sachlichkeit eine Wurfpapierlegend zu nennen lieben. Aber schon am Dienstag flieht die Welt und ihr Lärm von hiesigen Ufern, der alte Wald wirft seine blauen Schatten über den Strom, und die schwärmerischen Brüder Eichendorf würden sie wieder erkennen, die ein Jahrhundert kaum verwandelt hat: die schöne, österrösterreichische Landschaft!

für eine zwar bundesfreundliche, aber dennoch ganz unvergleichlich schöne Landschaft ganz schamhaft die Werbetrommel zu rühren. . . . Also: acht Stunden, von denen nach dem Krieg wahrscheinlich noch einiges heruntergehandelt werden kann, brauchen die neueren Eitdampfer der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft zu einer Reise von der oberösterreichischen Hauptstadt nach Wien. Seit über achtzig Jahren gibt es schon einen regulären Dampfschiffverkehr auf der Donau. Trotzdem sind die Schönheiten und — Willigkeiten dieser Ufer und Landschaften bis in die allerletzten Jahre das ängstlich behütete Geheimnis einiger naturgewärmender Egoisten gewesen. Die niederösterreichische terra incognita sollte um keinen Preis, schon gar keinen Preis, dem bäderebewaffneten und trinkgeliebte einflührenden Fremden ausgeiefert werden. So haben sie es auch richtig soweit gebracht, daß bis vor einem halben oder ganzen Jahrzehnt eine Fahrt auf dem Nibelungenstrom als ein mit Strapazen verbundenes Unternehmen und sonst nichts angesehen wurde.

Selbst hat sich das ja gewiß geändert und man ließ es sich nicht ganz ohne Erfolg aneignen sein, die Schönheiten des niederösterreichischen Rheins einem hohen Adel und verehrungswürdigen, nämlich achtungsfähigen Publikum ins Gewissen zu reden. Die Wäuer, die wie kein anderer Fleck österrösterreichischer Erde den Absatz unserer Photographengeschäfte gehoben hat, ist fast bis auf den heutigen Tag ein Kraumland voll wildwuchernder Romantik, aber ohne die mindeste Sommerwohnung gewesen. Einmalsteigende Naturpropheten verbaten sich jeden Zutritt, wer in dieses Dorado der billigen Eier, Marillen und Pachtendel eindrang, wurde scharf angesehen. Zugug verbeten, mit san mir. Ein paar Maler und weltliche Sonderbare suchten sich — mit dem Eichendorff und dem seligen Stifter im Puch, ihren Weg. Aber auch heute, da Wälder wenigstens schon seine linke Hand wohlwollend über diese Ufer hält, ist es hier nicht weniger schön. An weitüberhangenen Donaueinseitigen geht die Fahrt vorbei, blaueschattigen Bergen entgegen, die in der nächsten halben Stunde, niedersteigend zum Strom, ihre moosbehaarten Lannenwipfel im Donauwind wiegen. Zuweilen hallt der Afschlag eines Holzfüßlers über das Wellenrauschen. Oder ein Raubvogel zieht mit weitgespannten Schwingen seine prachtvollen Kreise. Im Sonnendrand schlafen Weinböden, deren Name uns später in Wien „teure“ Erinnerung sein wird. Dem hier Aussteigenden streckt der niederösterreichische Bauern- und Wingerherrgott seine beiden Hände entgegen, und jedem schattentüchlichen Kellertisch, das den Kenner hier verschlang, bewacht er Erinnerungen, die denen vom Medar und vom Rhein wahrscheinlich wenig nachstehen. Aber die Reise geht weiter. Selbst melancholische Städte, deren steinerne Wehr zerfallen und von wilder Rede, Kletterrose und erstem Efeu umraunt ist, sehen

Niederösterreichische Rheinfahrt.

Von Carl Marilaun.

Vom Rhein wird hier weniger als von unserer christigen, niederösterreichischen Donau die Rede sein. Die kennt nämlich kein Mensch, und wenn ich hier verkünde, daß sie einigen Ehrgeiz hat, dem ruhmbenarbt, bäderebewaffneten Vater Rhein eins aufzutrompeln, werden die verehrlichen Bundesbrüder vermutlich nur lächeln. Wie wir es kennen, dieses Rästel! Aber wir sind nun einmal fest entschlossen, unsere eigenen Ausrufer zu werden und das zu tun, was unsere Ober- und Niederösterreich, Kroaten und Ungarn, Kärntner, Steirer und Tiroler in Polen und am Songo so ausgezeichnet treffen: ein geschäftiges und minder geschäftiges Publikum in Kenntnis zu setzen, daß wir sozusagen auch auf der Welt sind. Die Russen merken es schon und das italienische „Fischunter!“ ist auf dem besten Weg dazu. Weiben noch unsere Freunde. Und von denen ist leider zu sagen, daß sie eine Anstaltskarte vom Rigi bislang allen Reizen bundesbrüderlicher Landschaften entfchieden vorgezogen haben. Und somit wäre ich für diesmal bei unserer niederösterreichischen Donau, die man nur mangelhaft kennt, wenn man sie nächstgelegener im Stalienepress bei Tulln oder Linz überfahren hat. An das Abenteuer einer Donaufahrt aber hat sichtlich noch keiner gedacht, der zwei Tage hinter Tulln und Linz im Scharmükel mit den glasblauen Briganten von Murano seine deutsche Geldbörsle zückte oder auf dem Forum Romanum von Herrschaften, die eine Lizenz hierzu besaßen, ausgeraubt wurde.

Die Donau schien anstrengender. Man beschränkte sich darauf, den Nibelungenstrom als Waizer zu genießen, und wer an seinen Ufern er schon einsam, blieb lagenhaft verschollen, und wer an seinen Ufern Sommerwohnungen vermietete, rang die Hände. In den allerletzten Jahren ist es um ein ganz Weniges besser geworden. Die niederösterreichische Wäuer wurde sogar berühmt, wenigstens in ein paar illustrierten deutschen Zeitchriften und vielleicht noch in den Bahnhowarteleien, wo ihre schönen Plakate hingen. Von diesen Bahnhowarteleien kannte also mander, der auf Norfolk gewesen war, venetianische Tauben gefüttert und auf dem Jungfrauschoß sein Himbeereis bestalt hatte, unsere Donau. Singefahren aber ist er vorläufig doch noch nicht.

Nun haben wir den Krieg, und was gestern nachter Egoismus gewesen wäre, ist heute patriotische Pflicht und Schuldigkeit. Nämlich:

— (Der Getränkezwang im Gasthause.) Der am Hohen Markt etablierte Gastwirt Ignaz Hauer war gestern beim Bezirksgerichte Josefstadt angeklagt, einem Gast grundlos die Verabreichung von Speisen in seinem Lokale verweigert und hiedurch die Uebertretung des § 482 St. G. begangen zu haben. Nach der polizeilichen Anzeige hatte der Angeklagte einem Privatbeamten, der wiederholt in sein Gasthaus zum Mittagessen kam, eines Tages die Verabreichung einer Fleischspeise verweigert, weil der Gast, der Aufforderung des Wirtes auch ein Krügel Bier oder ein Viertel Wein zu bestellen, nicht nachkommen wollte. In der vor dem Bezirksrichter Dr. Decker durchgeführten Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er in seinem Gasthaus trotz der teuren Zeiten einen auffallend billigen Speisetarif habe, weshalb er, da er bei den Speisen nicht auf seine Rechnung komme, die Anordnung getroffen habe, daß jeder Gast zum Essen entweder auch ein Krügel Bier oder ein Achtel gespritzt oder ein Viertel Wein bestellen müsse. Für Gäste, die nichts trinken wollen, bestehe im Gasthaus die deutlich affichierte Bestimmung, daß in diesem Falle für das Service ein Zuschlag von zehn Heller zu zahlen sei. Der Angeklagte legte dem Richter einen Speisetarif aus seinem Gasthause vor, aus dem der Richter unter anderem konstatierte, daß im Wirthause des Angeklagten ein Naturschnitzel noch derzeit eine Krone, ein Schweinsbraten mit Salat eine Krone zehn Heller kostet. Der Anzeiger habe sich mit dem Getränkezwang herumgedrückt, weshalb er ihm schließlich die Verabreichung von Speisen verweigert habe.

Nach durchgeführtem Beweisverfahren sprach der Richter den angeklagten Gastwirt frei. In der Urteilsbegründung hob der Richter hervor, daß von einer grundlosen Verweigerung der Verabreichung eines notwendigen Lebensmittels im konkreten Falle nicht gesprochen werden könne, da es sich nur um eine bedingte Weigerung gehandelt habe, und der Gastwirt mit Rücksicht auf den billigen Speisetarif berechtigt sei, vom Gast zu verlangen, daß er zu dem Essen auch ein Getränk im bescheidenen Maße verzehre. Der staatsanwaltschaftliche Funktionär Dr. Selinck hielt sich die Berufung gegen den Freispruch offen.

Die jungen Kellner.

Während die routinierten Gast- und Kaffeehauskellner in dem früher als Balanzbasis für ein halbes Duzend Tassen mit Melange, Gefrorenem, Eiskaffee usw. dienenden Arm nun schon seit langem das Gewehr halten und in dem Sturmschritt, mit dem sie beim Servieren an den Gasttischen vorüberzuschauen pflegten, daß man sie kaum anrufen konnte, nunmehr gegen den Feind anlaufen, haben in den Restaurants und in den Kaffeehäusern neben den alten, „aus der Pension“ zurückgekehrten Gehilfen weibliche Kellner oder die jungen Kellner, die „Piffolos“, die Rolle der einstigen ansehnlichen Speisenträger und Zuträger übernommen, und in dem Bewußtsein dieser Würde versehen die kleinen und die jungen Kellner den schweren Dienst — leisten ihn in vielen Fällen mit mehr Stolz als Geschicklichkeit. Infolge der Einberufungen, die in das Gast- und Kaffeehauspersonal arge Lücken rissen, waren die Wirte und die Kaffeehändler genötigt, die jungen, in den Lehrjahren befindlichen Gehilfen, die in normaler Zeit, um sich Routine zu erwerben, anfangs in kleineren Hilfsdiensten, in den Restaurants als Getränkezuträger und in den Kaffeehäusern als „Wasserburtschen“ und Zeitungsjungen, verwendet werden, bereits, bevor sie das Lehrziel der Routine im „Zutragen“ erreicht haben, als Hauptkellner und einen der noch übriggebliebenen älteren Gehilfen als Bahkellner zu verwenden. Auch in Friedenszeiten konnten übrigens noch in der Lehrzeit befindliche Gehilfen, wenn sie sich besonders geschickt anstellten, auch schon vor Ablauf ihrer Lehrzeit als Speisenträger oder Zuträger verwendet werden. Man hat das aber eben nur bei den besonders Anstelligigen getan. Heute läßt die Kriegsnot eine Auswahl nicht zu, und der junge Kellner wird sozusagen mitten ins Feuer geschickt, muß sich durch Schaden hindurch — manchmal natürlich auch zum Schaden der Gäste — seine Routine schleunigst erwerben, die ihn dann auf dem neuen Posten des „älteren“ möglich macht. Es muß übrigens zugegeben werden, daß unter der Anzahl von noch ungeschickten eine große Menge von „Qualifizierten“ ist, die sich in kürzester Frist bereits die nötige Routine angeeignet haben werden. Uebrigens werden die jungen Kellner, bevor man ihnen schwereren Dienst zuweist, einer provisorischen Fachprüfung unterzogen. Die Gastwirtengenossenschaft hat für die nächste Zeit jedoch auch noch die Einführung einer ständigen Prüfung vor der Freisprechung in Aussicht genommen. Es bleibt wohl den Gästen nichts anderes übrig, als den holperigen Entwicklungsweg des jungen Kellners mitzumachen, einmal — und das wird nicht gar lange dauern — wird auch er so tüchtig sein wie seine Kollegen von einst. Ein wenig Geduld nur! Auch unser Brot ist ja besser geworden.

* (Eine Erklärung der Kaffeesieder.) Seitens der Kaffeesiedergenossenschaft werden wir um Aufnahme nachstehender Zuschrift ersucht: „Nicht selten hört man in der gegenwärtigen Kriegszeit in den Kaffeehäusern Klagen der Gäste über die hohen Preise der Darbietungen. Wenn man in Erwägung zieht, daß seit Kriegsbeginn alle Einkaufsartikel der Kaffeesieder mehrmalige Preissteigerungen erfahren haben, ja einige derselben fast noch einmal so teuer geworden sind als vor Kriegsbeginn, und dabei die geringe Preissteigerung der Darbietungen in den Kaffeehäusern vergleicht, so ergibt sich wohl mit aller Berechtigung die Grundlosigkeit dieser Klagen. Auch ist im Publikum die Meinung verbreitet, als ob durch das Verbot des Schlagobers dem Kaffeesieder großer Gewinn erwachse. Dem gegenüber sei mitgeteilt, daß gleichzeitig mit dem Verbot des Schlagobers das Kaffeerober im Preise stieg. Schließlich sei noch bemerkt, daß die Kaffeesieder weitere Preissteigerungen ihrer Bedarfsartikel ohne Ueberwälzung auf das das Kaffeehaus besuchende Publikum nicht mehr ertragen könnten.“

Vom deutschen Arbeitsmarkt.

Ueber die Lage des deutschen Arbeitsmarkts im Juli berichtet das vom Kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebene „Reichs-Arbeitsblatt“ in seinem Augustheft, wie folgt:

Ebensowenig wie die vorhergehenden Monate hat der Juli wesentliche Aenderungen in der Beschäftigung der Industrie gebracht. Unter Berücksichtigung der durch den Krieg geschaffenen Schwierigkeiten ist die Lage der meisten Gewerbszweige nach wie vor durchaus günstig zu nennen. Neben den Einwirkungen des Krieges machte sich wie im Vormonat in einer Reihe von Gewerben, z. B. im Bekleidungsgerberbe, die sommerliche Stille des Geschäftsganges bemerkbar.

Zu den am besten beschäftigten Industrien gehörten wie seit Beginn des Krieges alle die, die unmittelbar oder mittelbar für Heereszwecke arbeiteten, in erster Linie der Bergbau und die Eisen- und Metallindustrie (mit Ausnahme einiger Zweige, wie der Herstellung von Eisenmöbeln und Metallspielwaren usw.), ferner die Maschinenindustrie, die meisten Zweige der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, gewisse Teile des Bekleidungsgerberbes, die Herstellung optischer Gläser, die Gewerbe, welche Umschließungen herstellen für die Waren, welche ins Feld gesandt werden, usw. Sehr große Unterschiede in der Beschäftigung der einzelnen Betriebe zeigten sich besonders in der chemischen und Textilindustrie. Die Nachricht, daß ein Verbot der Herstellung gewisser Baumwollgewebe erlassen werden solle, hat aber auf die Tätigkeit der Textilindustrie zunächst mehr anregend, als lähmend gewirkt. Geradezu schlecht waren nur wenige Gewerbezweige, wie z. B. das Baugewerbe und der Kali-bergbau beschäftigt.

Von 983 425 Mitgliedern deutscher Fachverbände, über die Berichte vorliegen, waren 26 121 oder 2,7 v. H. arbeitslos gegen 2,5 im Vormonat und 2,7 im Juli 1914. Wenn sich mithin der Rückgang der Arbeitslosigkeit, der seit dem ersten Kriegsmonat festgestellt werden konnte, im Berichtsmonat nicht weiter fortgesetzt hat, sondern sogar eine geringfügige Erhöhung eingetreten ist, so liegt das nur daran, daß die Arbeitslosigkeit bereits vollkommen auf das im Frieden und in Zeiten normalen Geschäftsganges gewöhnliche Maß zurückgegangen ist.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Vergleich mit dem Vormonat einen erhöhten Andrang zu dem Arbeitsmarkt erkennen. Es entfielen nämlich auf 100 offene Stellen im Berichtsmonat bei den Männern 98 Arbeitsuchende (gegen 96 im Vormonat und 158 im Juli 1914), bei den Frauen 165 v. H. Arbeitsuchende (gegen 157 im Vormonat und 99 im Juli 1914). Zu dem verstärkten Andrang der Frauen mag vielleicht die Entlassung von Hauspersonal infolge der Ferien und die sommerliche Stille im Bekleidungsgerberbe mit beigetragen haben. Nach den Berichten der Arbeitsnachweisverbände ist in den meisten Gegenden keine wesentliche Veränderung des Arbeitsmarktes gegenüber dem Vormonat eingetreten.

Die Wiener Kaffeehäuser im Kriege.

In der letzten Sitzung der Kaffeesiederergenossenschaft besprach Vorsteher Gakher mehrere in der letzten Zeit gegen Genossenschaftsmitglieder erhobene Beschuldigungen wegen Preistreiberei. So sei u. a. ein Kollege der Preistreiberei bezichtigt worden, weil er die Butter um 60 Heller, statt wie früher um 52 Heller abgegeben hätte. Nun habe sich aber der Einkaufspreis der Butter verdoppelt, so daß in dem angeführten Falle keine Preistreiberei erblickt werden könne. Kaffeesieder Adler bemerkte: Während jeder Kauf-

mann mit einem Gewinn von mindestens 25 Prozent arbeiten müsse, betrage der Gewinn des Kaffeesieders nach gewissenhaften Rechnungen keine 20 Prozent. Vorsteher Gakher betonte, daß beim Kaffeehausgewerbe nicht von Preistreiberei gesprochen werden könne, da es sich in gewisser Hinsicht um ein Luxusgewerbe und kein Nahrungsmittelgewerbe handle. Vorsteherstellvertreter Krampf machte auf die im Kaffeehausbetrieb eingetretenen Preissteigerungen aufmerksam; so sei der Preis für Schlagobers um 25 Prozent, für Obers um 30 Prozent, für Vollmilch um 25 Prozent und für Butter gleich um 90 Prozent gestiegen. Demgegenüber seien die Kaffeesieder ein einzigesmal um einen unbedeutenden Betrag in die Höhe gegangen. Die Versammlung beschloß die Entsendung einer Abordnung zum Justizminister, damit diese ihn über die Steuerungsverhältnisse im Kaffeehausbetrieb aufkläre. — Vorsteher Gakher besprach sodann die Milchversorgung der Kaffeehäuser. Die Aktion bezüglich der Versorgung durch Mitwirkung der Gemeinde konnte noch nicht durchgeführt werden. Verschiedene Angebote von Kondensmilch seien eingelaufen. Am besten sei die Schweizer Kondensmilch. Von dem Gebrauch der Trockenmilch sei wegen zu begrenzter Haltbarkeit Abstand genommen worden, ebenso von dem sterilisierter Milch. Es empfehle sich auch von der Kondensmilch die gezuckerte mehr als die ungezuckerte. Schließlich wurde über das Verbot des Schlagobers und des Milchgefrorenen berichtet. In der Zuckerfrage seien Abordnungen der Kaffeesieder sowohl beim Handelsminister als auch beim Bürgermeister erschienen. Beschlüsse aus Genossenschaftskreisen seien bisher nicht eingelaufen; es ist daher anzunehmen, daß sich die Beschaffungsverhältnisse gebessert haben.

24. VIII. 1915

* (Keine Preistreiberei im Kaffeehause.) Mit Rücksicht darauf, daß gegen einen Kaffeehausinhaber eine Anklage wegen Preistreiberei deshalb erhoben wurde, weil er die Portion Butter mit 60 Heller berechnet hatte, hat die Wiener Kaffeesiedergerossenschaft den Beschluß gefaßt, eine Deputation zum Justizminister Dr. Ritter von Hohenburger zu entsenden und ihm ein Memorandum zu unterbreiten, in welchem der Standpunkt vertreten wird, daß eine Preistreiberei im Kaffeehause überhaupt nicht möglich und eine Anklage gegen einen Kaffeehausinhaber wegen Preistreiberei unzulässig sei. Begründet wird dies damit, daß das Kaffeehaus kein Lebensmittel-, sondern in gewisser Hinsicht ein Luxusgewerbe sei und daß dem Publikum im Kaffeehause außer den Lebensmitteln noch andere Dinge geboten werden (Zeitungs- und andere Lektüre, Telephon usw.), die in den Preisen für den Kaffee usw. mit einbezogen seien, so daß selbst bei einer durch die allgemeine Teuerung gebotenen Preiserhöhung im Kaffeehause nicht von „Preistreiberei“ gesprochen werden könne.

Unverträgliche Preis- und Geschäftspraktiken im Gastwirtsgerwerbe. Die steigenden Preise aller Lebensmittel nötigen auch den Gastwirten höhere Tarife auf; aber was sich die meisten Restaurateure jetzt erlauben, geht über die zulässigen Preise — Gesehungskosten, vermehrt um den bürgerlichen Durchschnittsgewinn — weit hinaus, was uns folgendes Schreiben beweist:

Sehr geehrte Redaktion!

Um zur Bekämpfung der Preistreiberei der Wirte beizutragen, teile ich Ihnen mit, daß in Meidling, wo ich verkehre, die Wirte unverschämte Preise verlangen. Der Restaurateur **W a l l e r** am Tivoli verlangt für ein Krügel Liefinger 34 Heller ohne Konzert und ohne Luxusregien. Der Wirt **Johann R i e h** in der Schönbrunnerstraße Nr. 265 verlangt für einen Nierenbraten 3 Kronen, sage drei Kronen ohne Beilage, für zwei Löffel voll Gemüse 30 bis 40 Heller; für garnierten Diptauer, der nicht einmal 20 Heller wert ist, verlangt der Wirt **W e b e r** in der Schönbrunnerstraße Nr. 218 70 Heller; ein Gulasch, drei kleine Stücke Fleisch mit einer halben Kartoffel, kostet bei ihm abends 1 Krone 40 Heller, eine Birne 40 Heller. Ich ersuche die löbliche Redaktion um Veröffentlichung in ihrem Blatte, damit man auf die Preistreiberei der Wirte etwas mehr Aufmerksamkeit verwendet. Der Marktkommissär wurde schon davon verständigt. Solche Wirte wollen sich auch in der schweren Zeit bereichern. Sieht man im Vorgarten, muß man Luststeuer zahlen, für jede Portion um 10 Heller mehr, so daß die Terrassengebühr reichlich eingeht. Die Deute arbeiten in Meidling schon in der Friedenszeit mit vielen Lehrlingen, geschulte Speiseträger gibt es jetzt fast keine, man hat jetzt das billigste Personal und dabei die teuersten Preise. Bitte, mein Schreiben in Ihrem geschätzten Blatte zu veröffentlichen. Hochachtungsvoll ein Familienvater **A. N.**

Die Gewohnheiten des Wiener Publikums treffen mit der Praxis der Gastwirte zusammen, um den täglichen Tisch der außer Hause Essenden zu verteuern. Die Unsitte, nach der Karte zu essen, erhöht die Betriebskosten der Wirtschaften gewaltig und bewirkt zugleich eine unsinnige Verschwendung von Eßwaren. Dazu kommt die Verteuerung der Bedienung. In Deutschland und anderwärts tritt der Gast ins Geschäft, setzt sich zum Tisch und erhält einfach den Wirtstisch (table d'hôte) serviert. Bei uns veranstaltet er zunächst mit dem Speisenträger eine umständliche Enquete: er spricht die ganze Speisenfolge durch und erhebt, ob dieser und jener Braten fett, saftig oder mager, ob vom „Spitz“ noch der kurze, der geteilte oder der Kruspel da ist u. s. w. Jeder weiß, daß diese Enquete zwecklos ist, da sie nur die ständigen Beruhigungs- und Versicherungssphrasen erzielt. Dann geht es an ein Bestellen und Abbestellen, Loben und Tadeln. Das ganze Essen ist ein zänkischer Prozeß mit den Kellnern. Dabei obliegt jede Handreichung einem anderen Organ, mit weniger als vier Gastgehilfen geschieht dem einzelnen Gaste nicht Genüge und am Ende braucht er dreimal soviel Zeit als anderswo, wo der Wirtstisch gegessen wird. Heute, wo wir Not an Mann und Not an Schmitteln haben, hätte eine wichtige Reform getroffen werden sollen, die einfach zwangsweise den Wirtstisch eingeführt hätte. Dann wären eine Kontrolle der Preise und behördliche Preisfestsetzung auch möglich gewesen. Ohne das aber ist den Preistreibereien der Wirte schwer beizukommen.

Wirkungen des Krieges auf Natur und Landschaft, Touristik und Fremdenverkehr.

(Fortsetzung folgt.)

In unseren Alpen hat der Kriegsausbruch im vorigen Spätsommer eine förmliche Gebirgsflucht bewirkt, der dann eine magere Skifaison folgte. Schließlich wurde im heurigen Spätsommer ein großer Teil der Südalpen Kriegsgebiet, und man darf vielleicht annehmen, daß auch die Zentralalpen, namentlich in ihren, den großen Touristenstandquartieren abgelegenen Teilen, wo so manches kleine Schutzhäuser nicht wie sonst bewirtschaftet werden dürfte, eine stille Sommerfaison haben. Stehen doch gerade die eifrigsten Bergsteiger zum größten Teil im Felde! Für die den Touristenhochstädten Wien und München sowie den großen Alpen Sommerfrischen und Kurorten näher gelegenen Nordalpen mit ihren vielen, großen, das ganze Jahr bewirtschafteten Schutzhäusern sind natürlich die Frequenzanstiegen viel günstiger. Immerhin hat der Krieg im ganzen Alpengebiet seit einem Jahre einen solchen Ausfall an Besuchern gebracht, daß selbst in der Schweiz viele Verkehrs- und Hotelunternehmungen das Jahr 1914 mit Verlust abschlossen. Zustatten kam der Frequenzausfall aber der Alpenflora. Dieser brachte der Natur eine unerwartete Schonzeit und einen „Naturschutz“, der wahrscheinlich wirksamer war als alle bisherigen Naturschutzverordnungen zusammengekommen.

Auch das Bild in den Alpen und die Vogelwelt dürften der Einberufung vieler Nimrod zum Kriegsdienst eine beträchtliche Vermehrung der Stände verdanken, und wahrscheinlich sind auch nicht wenige Angler ausgeblieben, die sonst an Alpenseen und -Bächen ihrem stillen Sport nachgingen.

Die Periode der Ruhe und Sammlung, die der Krieg der alpinen Flora und Fauna verschaffte, mußten freilich Tausende Menschen mit einer Verkürzung oder mit gänzlichem Wegfall ihrer vorjährigen sommerlichen Erholung bezahlen, und der vorzeitige Ausbruch aus dem Gebirge griff wieder zahlreichen Wirten und anderen auf den Fremdenverkehr angewiesenen Personen der Alpen in den Sackel.

Eine Hauptfrage für unseren Touristen- und Fremdenverkehr ist nun, ob und in welchem Maße und wie lange die Erbitterung, die jetzt zwischen den kriegführenden Nationen herrscht, den Friedensschluß überdauern werde?

Was die Erbitterung betrifft, die zuerst durch Ausbrüche des Hasses in der Presse von Frankreich, England und Rußland angebracht wurde, muß zwischen den besonneneren Elementen und jenen unterschieden werden, die weniger aus innerer Ueberzeugung als aus Lust an der Sensationsmacherei von einem Extrem ins andere verfallen. Viele, die sich vor dem Kriege nicht genug darin tun konnten, englischen Sport und französische Mode nachzuahmen, englische und französische Bücher zu lesen und Theaterstücke anzuhören und die Einrichtungen Frankreichs und Englands zu loben, verwandelten sich nach Kriegsausbruch umsehens in wütende Hasser, die nun an ihren früheren Lieblingen und Vorbildern kein gutes Haar mehr lassen mochten. Von diesen Leuten, sowohl jenen hüben als drüben, darf man wohl erwarten, daß sie sehr bald nach Friedensschluß abermals umfalten werden. Das wird besonders dort der Fall sein, wo geschäftliche Interessen in Frage kommen. Die geschäftlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Kulturländern Europas sind ja heute so mannigfaltig und verwickelt, daß der brüste Abbruch derselben durch die Franzosen und Engländer notwendig schwere Schädigungen reichsdeutscher und österreichischer Geschäftsleute und auch Privater zur Folge hatte. Viele dieser Geschäftsverbindungen sind aber derart, daß sie nach dem Kriege notwendig wieder aufleben müssen, ja zum Teil sogar automatisch wieder in Gang kommen werden. Schon dieses Wiederanknüpfen der früheren Geschäftsbeziehungen wird erst das geschäftliche und bald darnach — man denke nur an die Reisebüreau! — auch das sonstige Reisen hin und her wieder in Gang bringen, wobei es allerdings fraglich ist, wie lange es dauern mag, bis der vor dem Kriege bestandene Umfang der Rechnung wieder erreicht sein wird.

Sicher ist aber das eine: der Strom der Reichsdeutschen, die alljährlich in unser Land kommen, wird mächtig anschwellen und die Zahl der Oesterreicher, die nach Deutschland reisen, wird ebenfalls zunehmen. Dem Inlandsverkehr dürfte ferner zustatten kommen, daß viele Oesterreicher und Ungarn, die sonst ins Ausland gingen, auch nach Friedensschluß noch eine zeitlang innerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle bleiben werden. Endlich ist es sicher anzunehmen, daß — wie schon früher erwähnt — auch die eigentlichen Kriegsgebiete nach einiger Zeit Reiseziele pietätischer Besucher und minder pietätischer Weltbummler sein werden.

Dieser vorausgerichteten Grundtendenz der kommenden Gestaltung des Fremdenverkehrs werden natürlich auch die Maßnahmen zur Förderung des letzteren Rechnung tragen müssen, und zwar was die nächsten noch vom Kriege beherrschten Monate betrifft, natürlich in anderer Weise als für die Zeit unmittelbar nach Friedensschluß und für die fernere Zukunft.

Solange der Krieg und die Beschränkungen im

Verkehr nach einzelnen Gebieten sowie im Nahungsmittelverkehr fort dauern, wird es sich jedenfalls empfehlen, wenn die Fremdenverkehrsvereine, Kurorte und einzelnen Staßflements durch geeignete Verlautbarungen darauf hinzuwirken, daß Personen und Familien, die sich irgendwo zu Besuch einfinden wollen, ihre Absicht unbedingt vorher anzeigen. Bedachtsamere tun dies ja schon in Friedenszeit und werden es um so mehr jetzt tun, um sich hinsichtlich etwaiger Beschränkungen in der Ernährung zu vergewissern. Je allgemeiner aber die vorgängige Anfrage durchgreift, desto leichter werden sich unangenehme Rederratschungen und deren Nachwirkungen vermeiden lassen.

Im großen und ganzen werden unsere Kurorte, Sommerfrischen und Touristenstationen heuer mit einer minder ergiebigen Saison und mit einer hauptsächlich aus dem Inlande und aus Deutschland stammenden Frequenz zu rechnen haben. Wir werden infolge des Krieges auch in dieser Hinsicht mehr auf uns selbst angewiesen sein, indem zwar einerseits viele Engländer, Franzosen, Amerikaner und sonstige Ausländer, die sonst zu kommen pflegten, fehlen, andererseits aber auch viele Inländer, die sonst viele Wochen in den französischen und belgischen Seebädern, im Norden usw. verbrachten, mit Stationen im Inland vorlieb nehmen werden. Zu prophezeien, in welchem Maße dieser Ausgleich stattfinden und inwieweit der Kriegszustand selbst bei den Inländern das Reisen innerhalb der Monarchie einschränken dürfte, wäre gewagt.

Wer aber erfahren hat, wie schon wenige Monate nach Kriegsausbruch die Wiener Theater, Kinos und sonstigen Vergnügungsorte wieder ihre Pforten aufstuten und nicht allzustark unter der Verminderung des Besuches litten, weil man sich ziemlich allgemein sagte, daß dem öffentlichen Wohle durch Triübsfallsblaten weit weniger gebient wäre, als wenn man, so weit als möglich, alle Berufsclassen bei Verdienst erhält, wer dies alles bedenkt, wird auch der Touristen- und Sommerfrischerfaison 1915 kein allzu dunkles Horoskop stellen mögen.

(Schluß folgt.)

Touristische Mitteilungen.

Touristik und Krieg.

Für Ausflüge und Touren ist nach einer im "Gebirgsfreund" erschienenen Zusammenstellung in Niederösterreich jetzt der ganze Wiener Wald frei, mit Ausnahme einiger Einschränkungen am Raxenberggründen, dann am Rücken von der Rohrerwiese über das Dollanderbörstel zur Sophienalpe, doch sind die Ausstiege auf diese Rücken von Wien aus fast alle frei, nur die Begehung der Rücken selbst und die Abstiege ins Weidling- und Weidlingbachtal sind größtenteils verboten; ferner ist die Besteigung der Aussichtswarten nicht gestattet, wohl aber kann man bis zu ihnen frei wandern. Ferner sind die ganzen Voralpen sowie das Leithagebirge, Koralpegebirge und die Südlige Welt

in allen Teilen frei zu begehen. Auch im Schneeberg- und Raxgebiet sowie im ganzen Semmeringgebiet, ferner im Mariazeller und Deisföhergebiet bestehen nirgends Beschränkungen. Auch das Gebiet um Graz sowie das Ennstaler Gebiet ist vollständig frei, und zwar beiderseits der Enns aufwärts bis Radstadt; nur die Radstädter Tauern sind so gut wie ganz für den Touristenverkehr gesperrt, doch kann man die Tauernstraße von Radstadt bis Tamsweg begehen und die östlich dieser Straße befindliche Seetarspitze besteigen.

Südlich der Niederen Tauern sind auch noch die Lavantaler Alpen, das Bachergebirge und der östliche Teil der Karawanken bis einschließlich des Hochobir zu begehen; was hiebon südlich und westlich sich befindet, ist verbotenes Gebiet. Nördlich der Enns, der Salzach und des Inn, also Lotes Gebirge, Dachsteingebirge, Berchtesgadner Alpen, Nordtiroler Kalkalpen und Lechtaler Alpen, sind vollständig freies Gebiet, bloß der Uebergang aus Tirol nach Vorarlberg ist nur auf der Arlbergbahn und der Arlbergstraße gestattet, also weder vom Lechtal aus noch über die Ulmerhütte. Südlich der Salzach und des Inn ist so ziemlich durchaus verbotenes Gebiet, nur Gastein darf man besuchen, aber keine Bergbesteigungen von dort unternehmen. Die Kitzbühler Alpen sind ihrer ganzen Länge nach frei, die südlich davon liegenden Hohen Tauern jedoch nicht. Von den Gillertaler Alpen ist nur der westliche Flügel, der Tuxerkamm, auch Tuxer Alpen genannt, zum Teil frei, indem die Gipfel von Westen her bestiegen werden dürfen, dagegen darf man sie von der Ostseite weder besteigen noch dorthin absteigen. In den Stubaiyer Alpen kann man den Habicht besteigen, das Bildstöckeljoch überschreiten und alle Berge, die nördlich des Stubaitales, des Bildstöckeljoches und des Abstieges von dort nach Sölden liegen, ungehindert besuchen. In den Oetzaler Alpen sind nur die Nordkämme frei, und zwar der östliche Kamm vom Bistalerjoch, der westliche Kamm (Kaunergrat) vom Verpeiljoch nördlich. Bemerkt sei noch, daß zum Besuche des Gebietes südlich und westlich von Marburg sowie von Kärnten und von Tirol südlich von Innsbruck, auch für Eisenbahnfahrten oder Talbesuche, ein Ausweis nötig ist.

Weitere Einschränkung der Sperrstunde.

Wie wir erfahren, wird ab 15. d. eine weitere Einschränkung der Sperrstunde für Wien erfolgen, und zwar müssen die Kaffeehaus- und Gasthausbetriebe um 1 Uhr nachts geschlossen werden, während der Schluß der Vorstellungen, respektive Vorführungen von artistischen oder musikalischen Vorstellungen auf 12 Uhr nachts festgesetzt wurde.

Diese Verfügung wird dem Ernst der Zeit Rechnung tragend, als um so entsprechender anerkannt werden, als z. B. in Deutschland wie in Berlin, München, Düsseldorf usw. die Sperrstunde schon seit langem gegen der Wiens früher angelegt erscheint. Trotzdem haben draußen im Reiche diese behördlichen Verfügungen auf den Geschäftsgang kaum merklichen Einfluß geübt und, wie man uns aus interessierten Kreisen versichert, dürfte auch hier diese Verfügung keinerlei besonderen Rückschlag auf die Betriebe in Gast- und Kaffeehausbetrieben ausüben, da heute schon der Geschäftsgang mit wenigen Ausnahmen, nach 11 Uhr nachts gegen früher kaum nennenswert ist.

Natürlich schreien die bekannten paar „Nachtlokale“ Zeter und Mordio und haben auch schon bereits einen Protest beschlossen, dessen Auftakt — die Absage der zur Mitwirkung zu dem Großen Wohltätigkeits-Erntefest im Augarten in Aussicht genommenen Naturfänger, Schrammelquartetts usw. bilden soll!

9. IX. 1915

9
63

Die Alkoholverordnung und die Gastwirte. Die mitgeteilte Polizeiverordnung, durch die der Ausschank von Spirituosen eingeschränkt und teilweise verboten wird, veranlaßt den Reichsverband Deutscher Gastwirtsverbände zu der folgenden geharnischten Erklärung:

Der Krieg hat auf vielfachen Gebieten des Gewerbes in fast allen Gegenden des Reiches Polizeiverordnungen gezeitigt, die auf Hebung der Volksmoral und Sittlichkeit hinzielen sollen. Vornehmlich ist davon das Gast- und Schankwirtsgerbe durch Anordnung früher Polizeistunden, Unterlagung von Veranstaltungen, Verbot des Alkoholverkaufs an gewissen Tagen und Tageszeiten, betroffen worden, das wie kein anderes Gewerbe unter den Schäden des Krieges sehr zu leiden hat. Neuerdings ist auch für den Bezirk Berlin ein Alkoholverbot für Tages- und Nachtzeiten erlassen worden. Der Reichsverband vermag in Maßnahmen solcher Art die Notwendigkeitsmerkmale nicht zu erblicken. Weder aus militärischen Gründen, noch aus Gründen des Volkswohles sind solche Maßnahmen, wie das Alkoholverbot, notwendig. Sie stehen im scharfen Gegensatz zu dem hohen Grade von Tugend und Sittlichkeit unseres deutschen Volkes, der sich nicht nur in ernster Schlacht offenbart, sondern auch daheim in dem Drange zum Durchhalten und zur Mithilfe, nicht zum wenigsten in der Zeichnung der Kriegsanleihen selbst in den niedrigsten Schichten. Unser deutsches Volk verdient nicht die aus solchen Maßnahmen sprechende sittliche Herabsetzung und bedarf nicht solcher Polizeimitte' und Erziehungsmethoden, — es hat in dem gegenwärtigen Kriege viel zu große Beweise für seine innere Gesittung, Tüchtigkeit und Kraft erbracht, um noch von solchen Maßnahmen getroffen zu werden. Der Hang zum Wohlleben und zum Trunk ist unter dem Eindruck der Teuerung und der Knappheit der Einkommen nie mehr zurückgetreten als im jetzigen Kriege, weshalb für obige wirtschaftlich so einschneidende Verordnungen kein Grund besteht. Diese Verordnungen können nur verstanden werden aus dem Gesichtspunkte einer übertreibenden Abstinenzbewegung, die für ihre Sache profitieren will.

Die Vertreter der Gastwirtsverbände sprechen die dringende Bitte an die Hohe Reichsregierung aus, auf eine wesentliche Milderung der gegenwärtigen Zustände in Anlehnung des Gastwirtsgerbes hinzuwirken zur Vermeidung des völligen Ruins des deutschen Gastwirstandes.

In einer Versammlung Berliner Gastwirte, die gestern abend stattfand, wurde ebenfalls die Verordnung besprochen. Es wurde u. a. bemängelt, daß die Verordnung unklar und sehr dehnbar sei. Man müsse Einspruch erheben, um eine Klarstellung und Milderung zu erreichen.

Kriegspreise in der Hotelindustrie.

Von sachmännischer Seite wird uns geschrieben:

Es gibt wenige Industriezweige, denen der Krieg mehr Verluste gebracht hat als gerade der Hotelindustrie. Alle größeren Jahres- und Saison-Hotels haben bisher die nicht geringen Unkosten auf sich genommen, die notwendig waren, um den laufenden Betrieb auch nur einigermaßen aufrecht erhalten zu können und besonders für die Reisezeit ihre Geschäfte zur Aufnahme des deutschen Publikums bereit zu halten. Man war sich von vornherein bewußt, daß keine Ausländer zu erwarten seien und setzte doppelte Hoffnungen auf das deutsche Reisepublikum, das ja mehr oder weniger gezwungen ist, im Lande zu reisen.

Der Kriegszeit entsprechend, haben alle Hotels ihre Zimmerpreise so weit als möglich herabgesetzt, trotzdem sie selbst die schwerste Kriegsnot leiden. Von der Reisezeit ist bereits mehr als die Hälfte verfloßen, ohne daß die Geschäftsergebnisse die bescheidensten Erwartungen auch nur annähernd gerechtfertigt hätten. — 75 Prozent des investierten Kapitals pflegt durch Hypotheken aufgebracht zu sein und ist im Durchschnitt mit 6 Prozent und darüber zu verzinsen. Die Lebensmittelpreise sind um das Doppelte, teilweise um das Dreifache gestiegen. Jeder einzelne Artikel, der in einem Gasthofbetriebe notwendig ist, hat seit Beginn des Krieges eine Preiserhöhung erfahren. Die städtischen Behörden haben ihre Preise für Gas, Wasser, elektrisches Licht usw. ebenfalls erhöht. Die Personalfrage verursacht fast unlösliche Schwierigkeiten. Jeder Inhaber eines Hotels oder Restaurants wäre infolgedessen eigentlich gezwungen, auf die bisherigen Preise einen Kriegsaufschlag zu nehmen. Aber die vollkommen unberechtigten Forderungen des reisenden Publikums nach „Kriegspreisen“ haben leider viele der Hotelbesitzer in Verwirrung gebracht, denn diese Forderung ist meist von dem Hinweis begleitet, daß es in anderen Hotels billiger sei, ohne Rücksicht, ob das andere Hotel im Range wirklich gleichwertig ist oder nicht. Diese harmlos klingende Vergewaltigung hat in der gesamten Hotel-Industrie derartige Kreise gezogen, daß jeder einzelne, weil er sich nicht zu widersetzen wagt, sich selbst wissenlich schädigt. Ein solcher Konkurrenzkampf ist unhaltbar und birgt eine sichtliche Gefahr für die Zukunft.

Die allgemeine schwierige wirtschaftliche Lage der letzten Jahre hat im Gasthofgewerbe deutliche Spuren hinterlassen. Obendrein hat das Publikum in den vergangenen zehn Jahren an Komfort und Luxus derartig hohe Anforderungen gestellt, daß es den Hotelbesitzern kaum noch möglich war, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Unverhältnismäßig hohe Kapitalien waren nötig, um die Betriebe ersten Ranges auf der Höhe zu halten, die das reisende Publikum vor allem in Amerika gewohnt ist. Auf diese Weise aber ist ein großer Teil der Hotel-Industrie von der ausländischen Kundschaft abhängig geworden, ebenso wie es bei ausländischen Hotel-Unternehmen in umgekehrter Beziehung der Fall ist. — Warum will es unser reisendes Publikum nicht einsehen, daß der Hotelbesitzer unmöglich billiger werden, noch sich die Preise vom Gaste vorschreiben lassen kann? Wie der Geschäftsgewinn eines jeden Gewerbes von den Selbstkosten abhängt, so berechnet sich auch der Preis eines jeden Hotelzimmers auf dieser Grundlage. Und doch ist es heute sogar bei tatsächlich reichen Leuten zur Gewohnheit geworden, in kleinlicher Weise um den Preis zu handeln. Wo sollen wir aber hinkommen, wenn in dieser Zeit selbst diejenigen Kreise unnötig und am falschen Ende sparen, die sich durch den Krieg um Millionen bereichern. Der Hotelbesitzer muß seinen Verpflichtungen pünktlich nachkommen; alle Einkäufe müssen in bar bezahlt werden; die Verzögerung der Zinszahlung hat Zinserhöhung zur Folge; die Staats- und Gemeindeabgaben werden pünktlicher denn je gefordert.

In jeder anderen Industrie bedeuten Kriegspreise eine Erhöhung der bisherigen Preise; sie werden allgemein vorgeschrieben, gefordert und bezahlt. Warum will man den Hotelbesitzern nicht ein Recht auf Existenz zubilligen? Warum soll der Krieg nur gerade für die Hotelindustrie eine Herabsetzung der Preise bedingen? Dieser Widerspruch offenbart ein Unrecht gegenüber einem Gewerbe, das gewiß auch seine Verdienste um unser deutsches Wirtschaftsleben hat.

E. K.

* [Das Schicksal der Berliner Bars.] Aus Berlin wird uns geschrieben: Das schon gemeldete Verbot des Spirituosenauschanfs von 9 Uhr abends bis 9 Uhr morgens bedeutet für viele kleine Gastwirtschaften eine empfindliche Schädigung. Zimmerhin ist aber diese Einbuße nicht so stark, daß die kleinen Unternehmer in ihrer Existenz bedroht wären; denn in diesen kleinen bürgerlichen Wirtschaften wird hauptsächlich Bier und nur zum geringsten Teil Brantwein getrunken. Anders aber steht es um die eleganteren Lokale, in denen Angehörige der besseren Stände verkehren, nämlich um die Bars und Likörstuben. Den meisten der eigentlichen „Bars“ mit ihrer nicht immer den Pfad strengster Tugend wandelnden Nachtkundschaft hatten die verschiedenen Erlässe des Oberkommandos in den Marken und des Berliner Polizeipräsidenten ohnehin schon einen gewaltigen Schlag versetzt. Jetzt aber droht ihnen das neue Verbot ganz das Lebenslicht auszublasen; denn in den meisten Bars werden nicht nur fast ausschließlich Spirituosen konsumiert, sondern das Hauptgeschäft beginnt gerade erst nach 9 Uhr, von welcher Zeit ab jetzt der Auschanf verboten ist. Die ersten beiden Abende, an denen nach 9 Uhr kein Likör mehr ausge-

schenkt werden dürfte, haben gezeigt, daß das Publikum darauf verzichtet, diese Lokale überhaupt noch zu besuchen. Die Inhaber der Bars sind ratlos. Einige von ihnen versuchen es, sich dadurch über Wasser zu halten; daß sie Glühwein und Punsch auskanten, doch ist es ja nicht jedermanns Sache, Glühwein oder Punsch an Stelle des begehrten Likörs zu trinken. Vorläufig wollen die Besitzer der „Bars“ ihre Lokale noch offenhalten, weil sie annehmen, das Polizeipräsidium werde, nachdem ihm nachgewiesen wurde, daß eine Spiritusnot nicht bestehe und daß auch sonst die Bedenken gegen den Spirituosenauschanf hinfällig sind, die Verfügung aufheben oder mildern.

Die 1-Uhr-Sperrstunde der Gast- und Kaffeehäuser.

Im gestrigen Morgenblatte verlautbarten wir die Kundmachung der Statthalterei, welche verfügt, daß Gast- und Kaffeehäuser vom 18. d. an um ein Uhr nachts geschlossen werden müssen und Lokale, die Besichtigungen, Schausstellungen und Musikproduktionen aller Art eingeführt haben, ausnahmslos um 12 Uhr diese Produktionen einstellen müssen.

Im nachstehenden bringen wir Neußerzigen der Vorsteher der Kaffeesieder- und der Gastwirtegenossenschaft sowie einiger Gastwirte, welche über die voraussichtlichen Wirkungen der neuen Verordnung sprechen:

Neußerzungen des Vorstehers der Kaffeesieder-Genossenschaft.

Der Vorsteher der Wiener Kaffeesieder-Genossenschaft, Herr G l e h e r, äußerte sich einem unserer Mitarbeiter gegenüber in ungefähr folgender Weise:

„Der verlautbarte Statthaltereierlaß bezüglich der Verlegung der Sperrstunde in unseren Betrieben auf 1 Uhr, bildet für uns keine Ueberraschung, da ja schon vor einiger Zeit von den einzelnen Bezirkskommissariaten den Kaffeehausbesitzern mitgeteilt worden war, daß sie ihre Betriebe vom 15. September an unbedingt um 1 Uhr nachts zu schließen hätten. Einen Lichtblick in diesem so schwer einschneidenden Erlaß bietet der Passus, der sich mit der bedingten Sperrstunde beschäftigt, nach welchem nämlich eine Bewilligung zum Offenhalten der Gast- und Schanklokaltäten sowie der Kaffee-

häuser über die Stunde hinaus in rücksichtswürdigen Fällen von der k. k. Polizeidirektion in Wien für einzelne Nächte oder für bestimmte Zeitabschnitte erteilt werden kann. Dadurch wurde in gewissem Ausmaße dem Bedürfnisse des Publikums und den wirtschaftlichen Erfordernissen der Kaffeehausbesitzer Rechnung getragen. Wir hoffen, daß die Polizei in ihrer bisher stets beobachteten Einsicht von ihrem Rechte, Nacht- und Monatslizenzen zu erteilen, in entsprechendem notwendigem Maße Gebrauch machen werde. Jene Betriebe, die wohl unserer Genossenschaft angehören, aber den Charakter eines Vergnügungsetablissemments tragen, sind durch den neuen Erlaß in ihren Existenzbedingungen schwerer getroffen, da für sie nach der Kundmachung des Statthalters der unbedingte Betriebschluß um 1 Uhr nachts in Kraft tritt.

Gemeinderat Oskar Penz, Vorsteher der Genossenschaft der Gastwirte.

Die behördliche Verfügung, die den Ein-Uhr-Schluß der Gastwirtschaften und die Einstellung musikalischer Veranstaltungen in den Lokalen für 12 Uhr nachts anordnet, ist bei den jetzigen Verhältnissen im Gastwirtegewerbe eine im allgemeinen noch erträgliche Maßregel. Aus diesem Grunde und weil auch gegenwärtig Proteste, Resolutionen oder Einwendungen an maßgebender Stelle besser unterbleiben, hat die Vorsteherung der Gastwirtegenossenschaft in dieser Angelegenheit bisher keinen Schritt unternommen.

Allein es ist nicht zu verkennen, daß durch das Verbot die großen Restaurants der Innern Stadt und die Vergnügungsunternehmungen, in welchen konzertiert wird, hart betroffen sind. Die großen Restaurants rechnen auf Gäste, die nach dem Theater speisen und nun infolge der kurzen Spanne Zeit das Gasthaus möglicherweise gar nicht mehr aufsuchen. Die Vergnügungsunternehmungen sind ausschließlich auf die Einnahmen aus dem Geschäfte der späten Abend- und ersten Nachtstunden angewiesen, und diese Mitglieder der Genossenschaft werden vermutlich eine Erleichterung der Verordnung hinsichtlich der musikalischen Veranstaltungen herbeiführen wollen.

Die Genossenschaft wird ihrer Pflicht gemäß diese Bemühungen unterstützen. Die Gastwirte in den Vororten sind natürlich auch in Mitleidenschaft gezogen, sobald die Verfügung durchgeführt wird. Die Bestimmung, nach welcher über Ersuchen eine Verlängerung der Sperrstunde von der Polizei bewilligt werden kann, ist jedenfalls eine wesentliche Milderung, von der an Samstag- und Sonntagabenden mehr Gebrauch gemacht werden dürfte.

Direktor Hef vom Grand Hotel.

Die Gäste der großen Ringstraßenhotels werden ebenso wie die Hotelleitungen die neueste Verordnung der Statthalterei kaum zu verspüren haben. Im Grand Hotel besteht von früher her schon die Einrichtung, daß die Salonkapelle um 12 Uhr nachts das Programm beendet. Nach 1 Uhr nachts sind selten und nur wenige Gäste im Speisesaal, außer es sind große gesellschaftliche Ereignisse in Wien. Hierzu liegt aber gegenwärtig keine Veranlassung vor. Uebrigens finden die Abendkonzerte stets erst vom Oktober an, die Wintermonate hindurch, statt, und diese Einrichtung wird auch heuer aufrecht erhalten bleiben.

Restaurateur Franz Hoppner.

„Die Absichten, welche die Behörden bei Erlaß der Verordnung betreffend der früheren Sperrstunde verfolgten, kann man gewiß für sehr richtig halten, wenn man auch gegen die Verallgemeinerung seine Meinung abgibt. Ich fühle mich mit meinen drei Betrieben in der Kärntnerstraße, am Graben und in Siebing arg beeinträchtigt, sobald die Verfügung in Kraft tritt. Meine Gäste gehören durchweg Kreisen an, die sich den Forderungen der Zeit anpassen und doch schließlich durch Geldausgaben Verdienstmöglichkeiten schaffen können, die Gewerksleuten, Angestellten und Bediensteten zugute kommen. Wer nach 11 Uhr, beispielsweise nach dem Theater, oder in den nächsten Monaten nach einem Vortrag oder einem Konzert ein gutes Restaurant besuchen will, wird sich durch die frühere Sperrstunde abhalten lassen. Es gibt doch auch Berufsangehörige, die bis in die späten Abendstunden gezwungen sind, in ihren Kanzleien zu arbeiten und dann erst zu Abend essen. Die neue Verordnung macht ihnen die Ausführung dieser Absicht sehr schwer.

Dazu kommt noch: Um 12 Uhr, also wenn viele Gäste kaum eingetroffen sind, muß die Musik das Spiel einstellen. Man möge nicht glauben, daß alle Unterhaltungslokale dieser Art mit einem Maßstabe zu messen sind. Die vornehmen Restaurants der Innern Stadt haben seinerzeit die Salonkonzerte in ihren Lokalen eingeführt und den großen Erfolg bei der musikalisch gebildeten Wiener Bevölkerung nur

gefunden, weil eben gute Kräfte spielten. So war eben den Wirten, Gästen und Musikern gedient. Mit dieser Einrichtung darf jetzt nicht mehr gerechnet werden, wenn die Behörden darauf bestehen, Restaurants ersten Ranges in gleicher Weise zu behandeln wie solche Lokale, in welchen nicht zu billigen Umständen vorgefallen sein sollen.“

Ein Protest der Gastwirte.

Die Teuerung der Lebensmittel hat bekanntlich in den Gasthäusern zu neuen Erhöhungen der Preise geführt. Da den Gastwirten deshalb Vorwürfe von Preistreiberei gemacht wurden, protestiert die Genossenschaft der Gastwirte in ihrem Vereinsorgan gegen diese Vorwürfe und verweist darauf, daß die Zahl der Gastwirte, die ihre Betriebe sperren mußten, auf 153 gestiegen sei. Zu der Lebensmittelteuerung habe sich auch die Bierteuerung und Verminderung der Bierzeugung gesellt. Es sei nicht wahr, daß in den Gasthäusern die Portionen auf ein Drittel verkleinert wurden, denn viele Private besuchen Sonntags das Gasthaus, weil sie sich zu Hause ein Mittagmahl um den Preis nicht herstellen können.

17. IX. 1915

*** (Die 1-Uhr-Sperre in den Kaffeehäusern.)**

Die Genossenschaft der Kaffeesieder richtete an ihre Mitglieder ein Rundschreiben, in dem die Vorstehung mitteilt, daß die neue Verordnung, welche die 1-Uhr-Sperre vorschreibt, keine unbedingte ist, daß vielmehr die Polizeidirektion (Kommissariate) eine Bewilligung zum Offenhalten über diese Stunde hinaus in rücksichtswürdigen Fällen für einzelne Nächte oder für bestimmte Zeitabschnitte (Monatslizenzen) erteilen kann. Es kann daher jedes Mitglied bei dem zuständigen Polizeikommissariate um Verlängerung der Sperrstunde ansuchen.

Die Kaffeehäuser und die Preistreiberverordnung.

Freispruch eines Cafetiers.

Vor dem Bezirksgerichte Hiesing (Bezirksrichter Doktor Fuhrmann) hatte sich, wie die Kaffeesiebergesellschaft mitteilt, vor kurzem der Kaffeesieder Johann Fiedl, 13. Bezirk, Ringstraße, auf Anzeige des Marktamtes wegen Preistreiberei zu verantworten. Er hatte eine Portion Butter (beiläufig 6 Dekagramm) um 60 Heller verkauft.

Der Angeklagte erklärte, in Friedenszeiten die Portion Butter um 50 Heller verkauft zu haben. Verteidiger Dr. Oberka führte aus: Die Frage, ob Kaffeehäuser überhaupt der Preistreiberverordnung unterliegen, sei für die Genossenschaftsmitglieder von großer Bedeutung. Bei Kaffeehäusern dürfe man nicht den kleinlichen Standpunkt anwenden, wie beim „Standler“, der fast keine Regie habe. Auch mit dem Kaufmann kann der Kaffeesieder nicht verglichen werden. Bei ersterem erhält man die Butter in Papier, beim Kaffeesieder jedoch mit Service, Glas Wasser, Besteck, Salzfläschchen, Bedienung und kann auch längere Zeit im Kaffeehaus verweilen. Wer in ein Kaffeehaus geht, tut dies nicht, um ein Butterbrot zu genießen oder Kaffee zu trinken, sondern er weiß ganz genau, daß er durch seine Konsumierung das schöne Lokal, die Möbel, Beheizung, Beleuchtung, Bedienung bezahlen müsse, ferner daß es ihm möglich ist, sämtliche Zeitungen zu lesen, die er sich sonst nicht verschaffen könnte.

Der Richter ging mit einem Freispruch vor. In der Urteilsbegründung wurde betont, daß das Gericht der Anschauung, daß Kaffeehäuser als Luxusgewerbe zu betrachten seien, nicht zustimme, daß der Freispruch jedoch nach Prüfung der bezüglichen Berechnungen der Gesehungskosten erfolgte, weil der Angeklagte in Friedenszeiten einen höheren Gewinn erzielte als jetzt, es also erwiesen sei, daß er nicht versuchte, den Krieg auszunützen.

* * *

Die Anschauungen der Kaffeesiebergesellschaft.

Die Genossenschaft der Kaffeesieder gibt zu der Sache nachstehende Erklärung ab: „Wir begrüßen das freisprechende Urteil, sind aber nach wie vor der Anschauung, daß unser Gewerbe überhaupt nicht unter die Bestimmungen über Preistreiberei im Lebensmittelhandel fallen könne, da der Gast bei den Bereicherungen in unseren Betrieben ja außer den verabreichten Nahrungs- oder Genußmitteln mehrere mit außerordentlich hohen Regien verbundene Beigaben erhält, wie tabellose Bedienung, Service, komfortabler Aufenthalt in mit riesigen Mieten belasteten Lokalen, Lesestoff aller Arten, woraus sich der nur dem völlig Ueingeweihten hoch erscheinende Preis unserer Darbietungen, der zudem, wie auch aus der obigen Gerichtsverhandlung hervorgeht, im Vergleiche zu der riesigen Preissteigerung aller in unserem Gewerbe in Betracht kommenden Artikel, ein höchst bescheidener genannt werden muß, wohl von selbst ergibt.“

19/X. 1915

Die Preise in den Gast- und Kaffeehäusern.

In dem uns zugekommenen Communiqué heißt es weiter: Die Kriegskommission befaßte sich sodann mit den Preistreibern in den Wiener Gast- und Schankgewerben. Es waren Vertreter der Genossenschaften der Gastwirte und Kaffeesteder anwesend. Es wurde festgestellt, daß einzelne Betriebe in der Tat ungebührliche Preise fordern und hier Strafanzeigen wegen Preistreibereien berechtigt seien. Jedoch erscheint eine gewisse Erhöhung der Verkaufspreise deshalb gerechtfertigt.

weil die Gesamtregion seit einem Jahr wesentlich gestiegen sind: Pöbne, Kohlen, Wäsche, Geschirr, vor allem die Einkaufspreise der Lebensmittel.

Gewöhnliches Rindfleisch wurde im vorigen Jahr mit K. 1.80 verkauft, während es jetzt K. 5.60 kostet, Veiried bis K. 6.—; Schöpfensfleisch kostete im Vorjahr K. 1.32, jetzt K. 3.80 bis K. 4.—, Schweinslarree K. 1.40, jetzt K. 6.50, Fett K. 1.80, jetzt K. 6.— bis K. 6.50, Erbsen und Bohnen 44 bis 50 H., jetzt K. 1.20. Demgegenüber ist der Verkauf zum Beispiel einer Portion Schweinsbraten zu K. 2.10 bis K. 2.20 (im Vorjahr K. 1.30 bis K. 1.40) nicht ungerechtfertigt. Die Preise in den Wiener Gasthäusern können nicht ohne weiteres mit den Preisen in Deutschland verglichen werden, weil dort auch die Einkaufspreise der Lebensmittel wesentlich niedriger sind. Im heurigen September kostete zum Beispiel in Berlin bestes Mastochsenfleisch 136 Mark pro 100 Kilogramm Lebendgewicht, die höchsten Preise für geschlachtetes Fleisch, fertig zum Schroteln in die Bank gestellt, waren nach unsrer Währung K. 3.20. Lämmer kosteten 80 bis 100 Pfennig pro 1 Kilogramm Lebendgewicht, bei uns K. 4.—. Ähnlich niedrige Preise finden sich in Dänemark. Dazu kommt, daß in den großen Städten Deutschlands (wie Berlin, Hamburg, Dresden usw.) große Mengen Fleisch in Kühlhäusern eingelagert sind, welche jetzt abgegeben werden müssen, daher ein Steigen des Preises verhindern.

Weiter kommt in Betracht, daß eine Großeinkaufszentrale für Einkäufe gebildet und dadurch das preistreiberische Wirken mancher Agenten und Einkäufer ausgeschaltet wurde.

Die hohen Verkaufspreise in den Gast- und Schankgewerben erklären sich zum Teil auch aus dem kostspieligen Kellnersystem und daraus, daß das Publikum die Gewohnheit hat, nach der Karte zu speisen, und sich nicht an die ungleich billigeren Mittagstische (Menüs) gewöhnen will. Als Reform wurden vorgeschlagen: Schaffung von Ueberwachungsstellen für den Verkehr und die Verteilung der Lebensmittel; beim Großverkehr könnten Bahnbeamte, bei der Einfuhr auch Zollbeamte preisamtliche Funktionen ausüben.

Weiter soll in den Gasthäusern die Einführung eines möglichst billigen und einfachen Mittagstisches sowie von einfachen kleinen Speisen für den Abendkonsum propagiert werden. Die Kriegskommission beschloß, in einer großen Versammlung diese und andre Fragen der Lebensmittelversorgung demnächst zur Sprache zu bringen, an welcher alle beteiligten Interessentenkreise teilnehmen sollen.

26./IX. 1915

21

Die Gasthauspreise in Wien.

Wir haben vor einigen Tagen einen Bericht der Kriegskommission für Konsumenteninteressen veröffentlicht, der sich unter anderem auch mit der Preistreiberei in den Wiener Gasthäusern befaßte. Unter anderem wurde angeführt, daß die Preise in den Gasthäusern zum Teil auch wegen des „kostspieligen Kellnersystems“ erhöht werden mußten. Der Sekretär der größten Gehilfenvereinigung der Hotel- und Restaurantangestellten Oesterreichs (Genfer Verband), Herr Adolf Homka verweist demgegenüber in einer Zuschrift an uns, „daß es in Wien kein „kostspieliges Kellnersystem“ gibt. Das Dreikellnersystem ist für den Gastwirt allbekanntlich das billigste, nachdem die Zahlkellner in den allermeisten Fällen gar keinen Lohn, die Speisenräger 20 bis 40 K. und die Lehrlinge 6 bis 10 K. Lohn monatlich beziehen. Mit einer Vertenerung der Wiener Gasthauspreise steht also das Kellnersystem in Wien in gar keiner Verbindung.“

29/X. 1915

72

(Das Hotelgewerbe.) Das Gremium der Hoteliers ersucht uns um Aufnahme folgender Mitteilung: Das Hotelgewerbe bietet für die Söhne des Mittelstandes, deren Eltern ihnen einen Weg zu möglichst frühzeitigem, lohnendem Erwerb suchen wollen, vielfache günstige Aussichten. Das Wiener Hotelgremium hat zur Heranbildung eines besser geeigneten Nachwuchses einen einjährigen Fachkurs zur beruflichen Vorbildung für Absolventen von zwei Klassen der Bürgerschule oder zwei Klassen einer Mittelschule errichtet, welche nebst diesem Fachkurs nur eine zweijährige Lehrzeit in einem größeren Hotelbetriebe zu absolvieren haben, um in bessere Stellungen einzutreten. Auskünfte bezüglich Schulgeld, Freiplätzen und Prospekte in der Direktion der Hotelfachschule, Wien, 1. Bezirk, Singerstraße Nr. 30, nachmittags von 4 bis 6 Uhr. Die Einschreibung findet am 6. Oktober statt; der Unterricht beginnt am Donnerstag, den 14. Oktober, dauert bis 15. Juli und umfasst vier Vormittagsstunden an jedem Wochentage.

Die Gastwirte wehren sich.

Nach längerer Zeit trat gestern in Pankow der Verband der Gast- und Schankwirte für Berlin und die Mark Brandenburg zu einer Delegiertenversammlung zusammen, an der die Vertreter aller dem Verband angeschlossenen Vereine teilnahmen. Ueber ein tausend Mitglieder des Verbandes sind im Verlaufe des Krieges zu den Fahnen einberufen, von denen siebenzehn den Heldentod starben. Die Tagesordnung beschäftigte sich mit den Polizeiverordnungen, die in Bezug auf das Gastwirtgewerbe während des Krieges erlassen wurden. Bei der Besprechung über die Handhabung der Polizeistunde wurde darauf hingewiesen, daß Bestrafungen für Uebertretungen mit Gefängnisstrafen geahndet werden können. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß es der Zeit nicht entspräche, wenn hier ein Gesetz aus dem Jahre 1851 herangezogen werden dürfe. Es wurde beschlossen bei dem Reichstag deshalb vorstellig zu werden.

Den größten Umfang nahm die Verhandlung über das Alkoholverbot ein. Die Versammlung nahm eine Entschliebung an, in der es heißt: „Die Versammlung legt Verwahrung gegen die als ruinos und drückend empfundene Einschränkung des Branntweinausschanks ein. Sie muß um so erbitternder wirken, als weder die Rücksicht auf unsere Volksernährung, noch die militärischen Notwendigkeiten, noch viel weniger aber das Verhalten der Bevölkerung und der Gastwirte diese harte Maßregel veranlaßt haben, sondern hauptsächlich die Absicht, die Konsequenzen aus den Kammergerichtlichen Urteilen, die den Gastwirten das Oeffnen ihrer Lokale in den frühen Morgenstunden unabhängig von den polizeilichen Geboten gestatten, wirkungslos zu machen. In anderen Großstädten ist bereits eine Milderung der erlassenen Vorschriften eingetreten. Die Versammlung erwartet, daß eine solche auch hier veranlaßt wird.“

Bei Erörterung der Bierfrage wurde verlangt, daß die Regierung durch Festsetzung von Höchstpreisen für Braugerste Druck darauf ausübe, daß die zurückgehaltene Gerste endlich auf den Markt gelange. Schließlich wurde der Vorstand beauftragt, dahin zu wirken, daß die Gerste, die zur Herstellung des für Heereszwecke gebrauchten Bieres verwandt wird, nicht in das den Brauereien bewilligte Kontingent eingerechnet werden soll.

Unerwartete Preissteigerungen in Konditoreien und Kaffeehäusern.

Infolge der Steigerung der Butter- und Eierpreise haben mehrere große Konditoreien, die an Kaffeehäuser Kuchen- und Topfengebäck sowie die sogenannten „Schnecken“ liefern, Zirkulare versendet, in denen eine weitere Preis-erhöhung für Wiederverkäufer auf 28 Heller pro Stück, um 4 Heller teurer als bisher, angekündigt wird. Einige Stadtzuckerbäcker haben auch die eigenen Ladenpreise für Zuckerbäckereien mit Rücksicht auf die erhöhten Kaffeepreise um einige Heller erhöht. Das Kaffeehausgebäck kostete bisher für Gäste durchschnittlich 24 bis 30 Heller. In einzelnen Bezirkskaffeehäusern, wo das „Butterbrot“ bisher noch um 28 Heller serviert wurde, war gestern früh den Gästen mitgeteilt worden, daß eine Erhöhung um 4 Heller mit Rücksicht auf die Butterpreissteigerung erfolgt sei.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

⊛ [Wiener Kaffeehauspreise.] Es wird viel über teure Lebensmittelpreise geklagt, und wer kann sagen, daß es mit Unrecht geschieht? Der Krieg hängt uns allen den Brotkorb etwas höher, dem einen so, dem andern so, eine leicht zu tragende Last und Belästigung, wenn man sie mit dem vergleicht, was unsere Soldaten draußen im Felde aushalten müssen. Aber die Hausfrauen beklagen sich im Norden wie im Süden, in Berlin wie in Wien, und für sie ist es nicht leicht, mit einem Haushaltsgelde, das nicht größer, sondern oft kleiner geworden ist als früher, den viel teureren Lebensmittelpreisen gerecht zu werden. Insbesondere bei den Phänomenen an der Donau dreht sich, um mit Schiller zu reden, immer noch der Spieß am Herde, aber, was an diesem Spieß hängt, ist in den 14 Kriegsmontaten immer teurer geworden. Da ist es eigentlich verwunderlich, daß das Publikum in so teuren Zeiten sich immer noch einer Art Selbstbesteuerung unterwirft, der nämlich durch die Trinkgelber in den Gast- und insbesondere in den Kaffeehäusern, welche letztere eine so große Rolle in Wien spielen. Von diesem Gegenstand war die Rede in der Sitzung der Wiener Kriegskommission für Konsumenteninteressen, die am 18. September abgehalten wurde. Es wurde geklagt, daß einzelne Betriebe ihren Gästen hohe Preise abverlangten, die durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt erschienen; die allgemeine Teuerung auch auf diesem Gebiete wurde festgestellt. Es ist klar, daß die Erhöhung der Fleischpreise auch auf die Wirtschaften abfärben muß, und daß, wenn heute eine Portion Schöpfenbraten 2 Kronen 20 Heller kostet gegen vielleicht 1 Krone 50 im vorigen Jahre, darin nichts Erstaunliches liegt. In ähnlicher Weise oder noch stärker sind fast alle Fleischspeisen in den Wiener Restaurants gestiegen. Das Publikum, das sich dadurch bedrückt fühlt — wozu sachlich zunächst eigentlich doch kein Grund vorliegt — mag sich damit trösten, daß in den Wiener Wirtschaften der Speisepreis auch in bezug auf Fleisch noch immer außerordentlich vielseitig ist, daß man also für sein teures Geld wenigstens Abwechslung hat. In den Kaffeehäusern haben die Preise auch sehr angezogen. Daß eine Tasse schwarzen Kaffees in den Kaffeehäusern der innern Stadt jetzt 44 Heller, ein Glas Melange (ohne Schlagahne!) 52 kostet, mag manche Unzufriedenheit erregt haben. Bekanntlich ist es immer ein Trugschluß, wenn man den Kaffeewirten (im eigentlichen Sinne) vorwirft, daß sie für ihre so billige Ware einen verhältnismäßig ungeheuren Preis fordern. Man bezahlt eben im Kaffeehaus nicht bloß den Kaffee, sondern auch die Einrichtung des Lokals, die Bedienung, die Wäsche, die Beleuchtung und die in Wien recht zahlreichen Zeitungen, die man liest. Alles das kostet gehöriges Geld — und seit Ausbruch des Krieges noch mehr Geld als früher! — es will bezahlt sein. Wundern muß man sich nur über eins, worüber auch in jener Sitzung der Kriegskommission eine tadelnde Anmerkung fiel, daß immer noch in den Wiener Kaffeehäusern jenes kostspielige Kellnersystem fortdauert, das man sehr wohl vereinfachen könnte, wie man so vieles vereinfacht hat. Dieses System der Bedienung ist es, das durch die vielen Trinkgelber zu einer Selbstbesteuerung des Publikums führt, und damit Speisen und Getränke noch einmal erhöht. Der Wiener ist daran gewöhnt und fügt sich dem willig; er hat es sogar nicht gern, daß man daran Kritik übt, wie bei allen Dingen, an die er gewöhnt ist. Der Fremde ist nicht zu dieser Duldsamkeit verpflichtet. Ihm macht es einen verwunderlichen Eindruck, wenn er etwa zu einer frühen Stunde in ein vornehmes Restaurant tretend gleich einen Haufen von drei bis vier schwarz-befleckten Geistern auf sich losstürzen sieht, die sich alle um seine einzelne Person bemühen; im Hintergrund bemerkt er noch mehrere, die augenscheinlich auch sehr wenig zu tun haben. Bei der Bezahlung der Zecher erheben sich immer innerlich die lästigen Fragen: Wem soll man nun geben? Und wieviel jedem? Wird man nicht ungerecht gegen den oder jenen? Man empfindet es als seelische Belastung, sich überhaupt im Wirtshaus mit diesen Fragen abgeben zu müssen; andererseits drängt einen das Gerechtigkeitsgefühl, geleistete Dienste nicht unbelohnt zu lassen. Die Sache endet immer damit, daß das Trinkgeld die Zecher — manchmal in einem unverhältnismäßig hohen Prozentsatz — verteuert. Ich würde gänzlich mißverstanden werden, wenn man diese Zeiten als gegen das Trinkgeld überhaupt gerichtet auffassen wollte. Nur die Wiener Manier ist schlecht. Die norddeutsche Art, einem ein prozentual abgemessenes Trinkgeld zu geben, ist bei weitem besser. Man kann nicht einmal behaupten, daß die raschere Bedienung durch die größere Zahl der Wiener Gasthofsteller gewährt wird. Be-

sonders schwierig ist es, den Herrn Zahlkellner, wenn er gerade beschäftigt ist oder einen Pflausch macht, zum Zahlen heranzukriegen; das weiß jeder, der um die Mittagsstunden das Leben in Wiener Gasthöfen beobachtet hat.

Aus den bekannt gewordenen großen Gewinnen, die einzelnen Heereslieferanten zugeflossen sind, und der nicht zu leugnenden Tatsache, daß eine Anzahl von Spekulanten die vorhandene Knappheit in gewissen Gegenständen benutzt haben, umfangreiche Mengen an sich zu bringen, um sie zu gegebener Zeit mit großem Nutzen wieder auf den Markt zu werfen, — ein Verfahren, dem durch Fernhaltung derartiger Eindringlinge in den Handelsstand, die sonst keinerlei Beziehung zu ihm haben, nach Möglichkeit gesteuert werden muß — hat in weiten Kreisen ganz übertriebene Anschauungen von dem Nutzen, den der Handelsstand zu erzielen pflegt, aufkommen lassen und dazu geführt, jede Preissteigerung, auch wenn sie durchaus berechtigte, natürliche Gründe hat, als Wucherpreis zu bezeichnen, ein Ausdruck, der zu einem Schlagwort geworden ist, mit der Wirkung, die Bevölkerungskreise und Erwerbsstände gegeneinander zu treiben.

Die Handelskammer ist deshalb mit einer Untersuchung beschäftigt, die dahin zielt, in ihrem Bezirk festzustellen, ob die Aufschläge, die der Handel, insonderheit der Kleinhandel, auf die verschiedenen Gegenstände des täglichen Bedarfs erhebt, als angemessen zu erachten sind oder nicht. Wir werden das Ergebnis veröffentlichen. Schon heute aber kann gesagt werden, daß die gekennzeichneten Vorwürfe gegen den Handel in den meisten Fällen übertrieben sind wie die bisher gemachten Feststellungen über die Bewegung der Lebensmittelpreise in ihrem Verhältnis zum Einstands- und Wiederverkaufspreise durch die „Bremische Deputation wegen Maßnahmen aus Anlaß des Krieges in Bremen“, die Untersuchungen besonderer Ausschüsse in Barmen und Elberfeld, bei denen die Vorsteher der statistischen Ämter, Stadtverordnete und Handelskammer mitgewirkt haben, sowie die vom Verband der Rabattsparevereine Deutschlands angestellten Stichproben, augenfällig dargun.

Die Vorwürfe richten sich ja auch zu einem erheblichen Teil gegen die Erzeugnisse der Landwirtschaft (Wochenmarktware), die nur zum geringen Teil durch kaufmännische Geschäfte vertrieben werden; denn sie werden auch da erhoben, wo der Verkehr zwischen den Gemüsebauern und den Verbrauchern sich unmittelbar vollzieht, so daß verschiedene Gemeinden dazu übergegangen sind, Gemüse, Eier, Kartoffeln einzukaufen, um ihre Bevölkerung billiger zu versorgen. Aber gerade die Einkäufe der Städte in einigen Gegenständen des Handels, wie Heringe und Reis, haben dazu beigetragen, die irrige Vorstellung zu bestärken, daß die Kaufleute einen ungebührlichen Nutzen nehmen. Es wird dabei vergessen, daß z. B. die Städte in Heringen spekuliert haben, d. h., daß sie vor vielen Monaten, als Heringe billig waren, größere Einkäufe gezeitigt haben und damit in die Lage verkehrt sind, ihre Heringe billiger zu verkaufen als die Kaufleute, die zu späterer Zeit und zu erhöhten Preisen ihre Einkäufe bewirken mußten. Es muß natürlich auffallen, wenn eine Stadtverwaltung Reis mit 40 % verkauft, während der Kaufmann dafür 75 % verlangt. Man darf aber hierbei nicht vergessen, daß es auch bei dieser Ware so liegt wie bei Heringen, und daß die Gemeinden den Reis von der Zentral-Einkaufsgesellschaft aus den feineren für diese beschlagnahmten Mengen zu Preisen erhalten, die zum Teil weit unter den damaligen Einkaufspreisen liegen. Diese beschlagnahmten Bestände dürfen nur an die Gemeinden, nicht aber an berufsmäßige Wiederverkäufer abgegeben werden. Der Kleinhandel ist deshalb, wenn er die Waren handeln will, auf die noch im Verkehr befindlichen geringen Mengen angewiesen und muß dafür etwa 68 % für das Pfund bezahlen. Wenn er dafür 75 % beim Verkauf an den Verbraucher fordert, so ist das nicht ein unangemessener Nutzen; aber der Vergleich zwischen 40 und 75 % erscheint dem Laien nur auf seine Weise erklärlich. Ebenso liegt es beim Petroleum, das nur durch die Bemühungen des Handels mit großen Schwierigkeiten hereingeschafft und mit 56 % vom Großhändler verkauft wurde. Jetzt, nachdem die Einfuhr des unentbehrlichen Leuchtstoffes durch das Reich mit seinen Machtmitteln besorgt und durch die Zentralstelle für Petroleumverteilung unter Ansetzung eines Höchstpreises von 32 % verteilt wird, erscheinen die früheren Preise des Kleinhandels zu hoch, sind es aber, wie wir zweifelsfrei haben feststellen können, in der Tat im Durchschnitt nicht gewesen.

Die Metallrequisition und die Hoteliers.

Vom Reichsverband österreichischer Hoteliers kommt uns folgende Zuschrift zu: Durch die Bekanntmachung der Beschlagnahme von Kupfer, Messing und Nickel sind die Vertretungen der österreichischen Hotelindustrie keineswegs überrascht worden, nachdem dieselben durch die gleichartigen Schritte im Deutschen Reich auf die Maßnahme vorbereitet waren. Infolgedessen hat der Reichsverband österreichischer Hoteliers, um die Mitglieder des Standes vor einer gefährdrohenden Schädigung ihrer Interessen zu bewahren, und anderseits, um auch den Gefühlen des Patriotismus, an der Deckung der Kriegsbedürfnisse des Staates nach besten Kräften mitzuwirken, Ausdruck zu geben, schon vor längerer Zeit die erforderlichen Schritte eingeleitet. Nach eingehenden Vorverhandlungen, an welchen seitens des Reichskriegsministeriums Oberst v. Giesel, seitens des Handelsministeriums Sektionschef Baron Sochor und Obergeringieur Deierlein, seitens der Metallzentrale Direktor Glare teilnahmen, wurde in einer unter dem Vorsitze des Präsidenten des Reichsverbandes österreichischer Hoteliers Karl Sulzfüll stattgehabten Sitzung aller gastgewerblichen Körperschaften ein Uebereinkommen getroffen, dessen Grundzüge im wesentlichen die folgenden sind: Die Hoteliers und Gastgewerbetreibenden geben freiwillig fünfzig Prozent ihrer für den Geschäftsbetrieb nicht unentbehrlichen Vorräte an Kupfer und Nickel gegen einen im beiderseitigen Einvernehmen festgestellten Ablösungspreis für die Zwecke des Staates ab. Für die rechtzeitige Beschaffung der erforderlichen Ersatzgeschirre usw. ist seitens der Metallzentrale entsprechende Vorkehrung auf Grund günstig gestellter Preise zu treffen. Die vorläufige Abgabe von 50 Prozent genannter Metalle ist nach sachmännischer Berechnung eine Grundlage, auf welcher die Hotel- und Restaurationsbetriebe ohne Störung aufrecht erhalten werden können. Die derart aufgebrauchten Quantitäten von Metall werden auch die Requisition mutmaßlich auf lange Zeit entbehrlich machen.

6./X. 1915

77

Die Metallrequisition und die Hoteliers.

Vom Reichsverband österreichischer Hoteliers kommt uns folgende Zuschrift zu: Durch die Bekanntmachung der Beschlagnahme von Kupfer, Messing und Nickel sind die Vertretungen der österreichischen Hotelindustrie keineswegs überrascht worden, nachdem diese durch die gleichartigen Schritte im Deutschen Reich auf die Maßnahme vorbereitet waren. Infolgedessen hat der Reichsverband österreichischer Hoteliers, um die Mitglieder des Standes vor einer gefährdenden Schädigung ihrer Interessen zu bewahren, und andererseits, um auch den Gefühlen des Patriotismus, an der Deckung der Kriegsbedürfnisse des Staates nach besten Kräften mitzuwirken, Ausdruck zu geben, schon vor längerer Zeit die erforderlichen Schritte eingeleitet. Nach eingehenden Vorverhandlungen, an denen seitens des Reichskriegsministeriums Oberst v. Giesl, seitens des Handelsministeriums Sektionschef Baron Sochor und Oberingenieur Deierlein, seitens der Metallzentrale Direktor Clare teilnahmen, wurde in einer unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichsverbandes österreichischer Hoteliers Karl Sukfűll abgehaltenen Sitzung aller gastgewerblichen Körperschaften ein Uebereinkommen getroffen, dessen Grundzüge im wesentlichen die folgenden sind: Die Hoteliers und Gastgewerbetreibenden geben freiwillig fünfzig Prozent ihrer für den Geschäftsbetrieb nicht unentbehrlichen Vorräte an Kupfer und Nickel gegen einen im beiderseitigen Einvernehmen festgestellten Ablösungspreis für die Zwecke des Staates ab. Für die rechtzeitige Beschaffung der erforderlichen Ersatzgeschirre usw. ist seitens der Metallzentrale entsprechende Vorsorge auf Grund günstig gestellter Preise zu treffen. Die vorläufige Abgabe von 50 Prozent genannter Metalle ist nach sachmännischer Berechnung eine Grundlage, auf der die Hotel- und Restaurationsbetriebe ohne Störung aufrecht erhalten werden können. Die derart aufgebrachten Quantitäten von Metall werden auch die Requisition mutmaßlich auf lange Zeit entbehrlich machen.

12./X. 1915

Preissteigerungen in den Kaffeehäusern.

In einer großen Anzahl von Kaffeehauslokalen fanden sich gestern früh die Gäste durch eine Preiserhöhung überrascht. Der Zuschlag betrug durchschnittlich vier Heller, so daß z. B. in manchen Lokalen, die bisher 48 Heller für eine Schale „Teehaut“ einhoben, der Preis nunmehr 52 Heller beträgt. Motiviert wird die Preiserhöhung mit der Verteuerung aller Rohmaterialien,

Zu wenig Wirtshäuser in Wien?

Die Versuche liberaler „Lenkungsabschaffer“, für die allgemeine Lenkung der Lebensmittel u. a. auch die Gastwirte verantwortlich zu machen, werden munter fortgesetzt. Die „Dr. Mittagsztg.“ vom 11. d. bringt eine Zuschrift des Hof- und Gerichtsadvolaten Doktor Emil Heller, der die großartige Entdeckung macht, daß die „Grundursache der Misère“ in dem auf dem Lokalbedarf aufgebauten Konzessionshalte.“ Dr. Heller erblickt also den Hauptgrund der gesteigerten Gasthauspreise darin, daß es — zu wenig Gasthäuser in Wien gäbe!! Obwohl jedes dritte, vierte Haus in Wien abwechselnd ein Gast- oder ein Kaffeehaus beherbergt. Dr. Heller weist mit Begeisterung auf Berlin, wo während des Krieges von einem einzigen Unternehmer (!) etwa hundert Gasthäuser eröffnet worden seien. Man merkt sofort den Pferdesuß den

Liberalismus: Der Mittelstand soll niedergetrampelt werden, damit über seinen Reichen ein einziger Großunternehmer thronen könne. Fort mit dem bürgerlichen Handelsstand — es sind ja die Wertheim, Gerngroß und Genossen da! Fort mit den Schuhmachern — die paar Schuhfabriken wollen verdienen! Fort mit den Kleidermachern, der Großkonfektionär will das ganze Geschäft allein haben! Und fort auch mit den bürgerlichen Gastwirten, ein Großunternehmer will an ihre Stelle! Das ist der Inbegriff der liberalen Wirtschaftss- und Sozialpolitik, die in ihren äußersten Konsequenzen dazu führen müßte, daß die Welt von etlichen hundert Multimillionären beherrscht würde, denen die ganze übrige Menschheit als Sklaven untertan wäre. Mit aller Entschiedenheit muß gegen solche „Vorschläge“ Einspruch erhoben werden. Warum wehren sich denn die Advokaten und alle sonstigen Intelligenzberufe — mit Recht — gegen eine Ueberfüllung? Viel eher könnte man folgern: Wenn es weniger Gasthäuser gäbe, wäre der Zulauf zu den einzelnen Gasthäusern und damit deren Absatz ein größerer, wodurch dann möglicherweise der durch eine etwaige Herabsetzung der Preise entstandene Ausfall wieder wettgemacht werden könnte. Dr. Heller macht dann, weil man „selbstverständlich nicht mit einem Sprunge“ sein Ideal erreichen und den Konzessionszwang durch „Gewerbefreiheit“ kriegen kann, allerlei Vorschläge, mit denen er „zuzerlweise“ zum Endziel zu gelangen hofft. Er verrät dabei, daß ihm die Existenz von Speiseanstalten und von vegetarischen „Restaurants“ in Wien unbekannt ist. Der Fall zeigt wieder einmal, was der Mittelstand und mit ihm die ganze nicht zu den Großunternehmern, Großaktionären und Vielgeldd Besitzern zählende Bevölkerung von einer gewissen Sorte von „Konsumentenrettern“ zu erwarten hätte: den wirtschaftlichen Untergang aller, die Versklavung und die Alleinherrschaft einiger weniger.

14/X. 1915

Die „Kriegspreise“ im Hotel.

Der „Verein Berliner Hotelbesitzer“ sendet uns folgende Aufschrift:

Der Kriegszeit entsprechend, haben alle Hotels ihre Zimmerpreise soweit wie möglich herabgesetzt, trotzdem sie selbst die schwerste Kriegsnot leiden. Von der Reisezeit ist weit mehr als die Hälfte verflissen, ohne daß die Geschäftsergebnisse die bescheidensten Erwartungen gerechtfertigt hätten. 75 v. H. des investierten Kapitals pflegt durch Hypotheken aufgebracht zu sein und ist im Durchschnitt mit 6 v. H. und darüber zu verzinsen. Die Lebensmittelpreise sind um das Doppelte, teilweise um das Dreifache gestiegen. Jeder einzelne Artikel, der in einem Gasthofbetriebe notwendig ist, hat seit Beginn des Krieges eine Preiserhöhung erfahren. Die Personalfrage verursacht fast unlösbare Schwierigkeiten. Jeder Inhaber eines Hotels oder Restaurants wäre infolgedessen eigentlich gezwungen, auf die bisherigen Preise einen Kriegsausschlag zu nehmen. Aber die vollkommen unberechtigten Forderungen des reisenden Publikums nach „Kriegspreisen“ haben leider viele der Hotelbesitzer in Verwirrung gebracht. Diese Forderung ist meist von dem Hinweis begleitet, daß es in anderen Hotels billiger sei, ohne Rücksicht, ob das andere Hotel im Range wirklich gleichwertig ist oder nicht. Diese harmlos klingende Bergewaltigung hat in der genannten Hotelindustrie derartige Kreise gezogen, daß jeder einzelne, weil er sich nicht zu widersetzen wagt, sich selbst wesentlich schädigt.

Die allgemeine schwierige wirtschaftliche Lage der letzten Jahre hat im Gasthofgewerbe deutliche Spuren hinterlassen. Obendrein hat das Publikum in den vergangenen zehn Jahren an Komfort und Luxus derartig hohe Anforderungen gestellt, daß es den Hotelbesitzern kaum noch möglich war, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Warum will es unser reisendes Publikum nicht einsehen, daß der Hotelbesitzer unmöglich billiger werden, noch sich die Preise vom Gast vorschreiben lassen kann? Wie der Geschäftsgewinn eines jeden Gewerbes von den Selbstkosten abhängt, so berechnet sich auch der Preis eines jeden Hotelzimmers auf dieser Grundlage. Und doch ist es heute sogar bei tatsächlich reichen Leuten zur Gewohnheit geworden, in kleinlicher Weise um den Preis zu handeln. Wo sollen wir aber hinkommen, wenn in dieser Zeit selbst diejenigen Kreise unnötig sparen, die durch den Krieg gut verdienen. Der Hotelbesitzer muß seinen Verpflichtungen pünktlich nachkommen: alle Einkäufe müssen in bar bezahlt werden, die Verzögerung der Zinszahlung hat Zinserhöhung zur Folge, die Staats- und Gemeindeabgaben werden pünktlicher denn je gefordert.

In jeder anderen Industrie bedeuten Kriegspreise eine Erhöhung der bisherigen Preise; sie werden allgemein vorgeschrieben, gefordert und bezahlt. Warum will man den Hotelbesitzern nicht ein Recht auf Existenz zubilligen? Warum soll der Krieg gerade für die Hotelindustrie eine Herabsetzung der Preise bedingen? Dieser Widerspruch ist offenbar ein Unrecht gegenüber einem Gewerbe, das gewiß auch seine Verdienste um unser deutsches Wirtschaftsleben hat.

**Das Wiener „Volksgarten-
restaurant“ gesperrt.**

Eines der vornehmsten Wiener Gastwirtschaften, das „Volksgartenrestaurant“, hat aufgehört zu bestehen. Sang- und klanglos wurde es dieser Tage gesperrt, doch blieb der Kaffeehausbetrieb weiter aufrecht. Die Gastwirtschaft wurde in der letzten Zeit nur noch von sehr wenigen Gästen besucht — einige langjährige Stammgäste kamen zu ihren Zusammenkünften, da konnte sich der Betrieb nicht mehr lohnen. Bekanntlich fanden in dieser Gastwirtschaft sehr beliebte Konzerte erstklassiger Musikkapellen statt, denen im Volksgarten im Sommer zahlreiche Baugäste beiwohnten.

17./X. 1915

82

* (Zur Sperrung des Volksgartens.) Wir erhalten folgende Zuschrift: „Gestatten Sie mir Ihre im Abendblatt vom 15. d. enthaltene Notiz über die Sperrung des Restaurants im Volksgarten dahin richtig zu stellen, daß ich lediglich den Betrieb des Restaurants bis April 1916 eingestellt habe. Dagegen bleibt der Betrieb des Kaffeehauses in vollem Umfange aufrecht und finden, wie bisher, die populären Konzerte des Wiener Orchestervereines an jeden Donnerstag nachmittag und die Konzerte des großen Lehar-Orchesters an jedem Sonn- und Feiertag nachmittag unter Mitwirkung hervorragender Kunstkräfte statt. Hochachtungsvoll Johann Sachs, Besitzer des Café-Restaurants im 1. I. Volksgarten.“

19. IX. 1915

* (Behördliche Bestimmungen für den Besuch von Meran.)

Die Kurvorsteherung Meran teilt uns mit: Der Besuch unseres Kurortes ist gestattet: 1. Den österreichisch-ungarischen und deutschen Militärpersonen, aktiven und pensionierten, samt ihren Familien. Militärpersonen bedürfen zur Reise nach Meran nur ihres militärischen Legitimations-Dokumentes. 2. Den Zivilpersonen, die sich mit einem ordnungsgemäßen Paß ausweisen, der für Angehörige des Deutschen Reiches auch das Visum eines k. u. k. österreichischen Konsulats tragen muß. Ferner müssen Zivilreisende die besondere Fahrtbewilligung des Militärkommandos in Innsbruck einholen. Diese Bewilligung wird nur einwandfreien Personen erteilt, welche laut amtlicher Bestätigung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Meran bereits früher im Kurort Meran geweilt haben.

Der Verband der freien Gastwirte zur Bierpreiserhöhung.

Der Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands hatte seine sämtlichen Mitglieder in Groß-Berlin zu Montag abend nach den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße, berufen, um zur Bierpreiserhöhung Stellung zu nehmen. Der Verbandsvorsitzende Vitsin erstattete namens der Kommission, welche mit den Vertretern des Braugewerbes verhandelt hatte, den Bericht über die gepflogenen Verhandlungen. Er legte dar, daß die Vertreter des Wirtengewerbes alles versucht hätten, einmal eine Erhöhung der Bierpreise überhaupt abzuwenden und wenn dies unmöglich, die Einführung dieser Erhöhung auf einen späteren Zeitpunkt hinauszuschieben. Es sei jedoch nicht gelungen, da die Vertreter des Braugewerbes die Erhöhung und schnelle Einführung dieser Erhöhung als ihr Lebensinteresse bezeichneten. Die Brauindustrie habe den gegenwärtigen Zustand nicht verschuldet und wolle nur das Allernotwendigste, um ihre Betriebe aufrechtzuerhalten. Folgende Entschliebung gelangte zur Annahme:

Die zur Sicherstellung der Volksernährung getroffenen Kriegsmassnahmen, insbesondere die Kontingentierung des Malzverbrauchs und die Verlängerung dieser Massnahme bis zum 1. Oktober 1916 sowie die Beschlagnahme eines großen Teiles der Gerstenernte zu Futterzwecken und die Festsetzung von Höchstpreisen für diesen Teil der Gerstenvorräte hat zu einer bedauerlichen Preistreiberei für Braugerste geführt. Die Gastwirteverbände haben bereits am 16. Juli 1915 in eingehender Bitte die Reichsregierung ersucht, Höchstpreise für Braugerste festzusetzen. Dadurch, daß sich die Reichsregierung nicht entschließen konnte, diesem Wunsche nachzukommen, sind die Preise für Malz derart in die Höhe getrieben worden, daß sie in Verbindung mit den gesteigerten Unkosten auf allen anderen Gebieten die Produktionslasten des Wirtes wesentlich verteuern. Dies gab den Brauereien Veranlassung, die Bierpreise wiederum bedeutend zu erhöhen.

Das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe hat unter den Kriegsmassnahmen sowie unter den erlassenen Beschränkungen und den Folgen des Krieges so außerordentlich schwer gelitten und noch zu leiden, daß es unter keinen Umständen eine Erhöhung seiner Lasten vertragen kann. Der Rückgang des Konsums, die Teuerung aller Lebensmittel, die Erhöhung der eigenen Lebenshaltung, die Erhöhung der Lebenshaltung für Personal haben dazu geführt, daß auch in Groß-Berlin Hunderte und Aberhunderte bereits ihre Existenz aufgeben mußten. Viele halten ihre Existenz nur noch aufrecht und ihre Geschäfte geöffnet, weil Mann oder Frau durch Nebenerwerb die Lasten zu decken versuchen. Ein weiter Teil hat schwere Schulden aufhäufen müssen, für die zurzeit keine Aussicht besteht, sie jemals abtragen zu können.

Aus all diesen Gründen sind die Wirte völlig außerstande, die neue Bierpreiserhöhung selbst tragen zu können und bedauern auf das lebhafteste, auch ihrerseits eins der wenigen dem Volke übriggebliebenen Genußmittel durch Preiserhöhung zu verteuern. Die Verhältnisse zwingen aber das Gewerbe während der Dauer des Krieges auch ihrerseits eine ganz geringfügige Milderung in den Ausschankverhältnissen vornehmen zu müssen. Die Versammelten erwarten von der Regierung, daß sie unverzüglich Massnahmen ergreifen möge, um dem Gerstenwucher ein Ende zu bereiten. Sie erwarten von der Einsicht des Publikums, daß man es dem Wirtengewerbe nicht entgelten lasse, daß es aus Gründen der Selbsterhaltung gezwungen ist, sich den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen.

6./XI. 1915

* (Jahresversammlung der Gastwirtegenossenschaft.) Im alten Rathhause fand gestern die Jahresversammlung der Gastwirtegenossenschaft statt. Vorsteher Dtmaz Benz teilte in der Eröffnungsansprache mit, daß 1200 Mitglieder teils im Felde stehen, teils Kriegsdienste leisten, und ging sodann zur Erstattung des Rechenschaftsberichtes über, in dem er die durch den Krieg verursachten Schwierigkeiten für das Gastwirtsgerwerbe ausführlich schilderte. Auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge habe die Genossenschaft in jeglicher Hinsicht ihre Pflicht erfüllt. Besonders Augenmerk habe die Vorsteherung der Lebensmittelversorgung zugewendet und hinsichtlich der Einführung ausländischen Fleisches wesentliche Begünstigungen erreicht. Dank der Bereitwilligkeit einiger Gastwirte, die einen Betrag von nahezu 75.000 Kronen aufgebracht haben, sei eine Einkaufsgenossenschaft ins Leben gerufen worden, die sich durchaus bewährt habe. Der Genossenschaftsvorsteherung wurde das Absolutorium erteilt und hierauf interne Angelegenheiten erledigt. Ein Antrag der Vorsteherung auf Gründung einer gastgewerblichen Wirtschaftsvereinigung zur Versorgung der Mitglieder mit Lebensmitteln durch gemeinsamen Einkauf und Einführung von Schweine- und Geflügelmast und Verwertung der Abfallprodukte wurde einstimmig zum Beschlusse erhoben. Der vom Vorsitzenden gegebenen Anregung folgend, wurde auch die Schaffung einer Wohlfahrtsvereinigung für kriegsinvaliden Kollegen sowie Errichtung einer Wohlfahrtsklasse für Mitglieder des Gastgerwerbes beschlossen.

Die Wiener Gastwirte gegen die Demagogenpresse.

Eine Massenversammlung der Wiener Gastwirte, die im Alten Rathause stattfand, faßte folgende Entschliebung:

„Die Genossenschaftsmitglieder sprechen ihre tiefste Entrüstung über die seit längerer Zeit in der „Mittagszeitung“ erscheinenden, von unberufenen Kritikern verfaßten, gehässigen und gänzlich unbegründeten Artikeln aus, durch welche nicht nur die Bevölkerung durch falsche Darstellungen und unrichtige, jeder sachlichen Grundlage entbehrenden Berechnungen irreführt, sondern auch die Gastwirte Wiens als Ausbeuter hingestellt werden und gegen sie der Vorwurf erhoben wird, den letzten Heller aus den Taschen ihrer Gäste zu ziehen. Die Gastwirte Wiens, von denen bereits 265 während des Krieges ihren größeren oder kleineren Betrieb sperren mußten, während die anderen in dieser schweren Zeit ihren Betrieb nur mit den größten Opfern aufrecht erhalten können, verwahren sich mit aller Entschiedenheit gegen diese verleumderischen, das Ansehen der Wiener Gastwirte schwer schädigenden Anwürfe und insbesondere gegen die Anlage einer sogenannten „schwarzen Liste“ und fordern das genannte Blatt auf, jene Genossenschaftsmitglieder, die von ihm auf diese Liste gesetzt wurden, zu nennen. Schließlich wird festgestellt, daß die „Mittagszeitung“ durch die Veröffentlichung derartiger unpatriotischer Artikel nicht nur das Ansehen Wiens als Weltstadt, welche in der leichtfertigen Weise als die teuerste Stadt verschrien wird, sondern auch den Fremdenverkehr auf das schwerste schädigt und dadurch auch alle Handels- und Gewerbetreibenden sowie die Industriellen, da wegen der übertriebenen Schilderung der Höhe der Preise in den Wiener Gasthäusern die Fremden vom Besuche Wiens direkt abgehalten werden.“

Es ist lebhaft zu begrüßen, daß der Mittelstand selber sich gegen seine Verlästerer zur Wehre setzt. Er weist damit nicht nur sich selber, sondern auch der Stadt Wien und dem Vaterlande einen wertvollen Dienst.

* **Staatliche Förderung der durch den Krieg geschädigten Hotelunternehmungen.** Amtlich wird mitgeteilt: Infolge der durch kriegerische Ereignisse verursachten Unterbindung des Fremdenverkehrs sind begreiflicherweise zahlreiche auf dem Fremdenverkehr basierende Unternehmungen empfindlich getroffen worden. Um den Fortbestand dieser im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse gelegenen, oft mit bedeutendem Kapitalaufwand ins Leben gerufenen Unternehmungen nach

Zunlichkeit zu sichern, hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten eine Aktion eingeleitet, die den Zweck verfolgt, Hotelunternehmungen insbesondere in jenen Gebieten, in deren Wirtschaftsleben der Fremdenverkehr bisher eine bedeutende Rolle gespielt hat, in diesen schweren Zeiten Hilfe und Unterstützung aus staatlichen Mitteln zu gewähren. Bei den ungeheuren Anforderungen, die der Krieg gegenwärtig an den Staat stellt, sind dieser Aktion selbstverständlich in finanzieller Hinsicht gewisse Grenzen gezogen. Es können daher nur solche Hotelunternehmungen berücksichtigt werden, die nicht unmittelbar in die Kriegszone fallen, für den internationalen Fremdenverkehr von hervorragender Bedeutung und durch den Ausfall dieses Verkehrs in besonderem Maße benachteiligt worden sind. Außer Betracht bleiben somit die Unternehmungen in den Gebieten, die eine wenigstens teilweise Schadloshaltung in der einheimischen Frequenz finden können, so namentlich die Hotels in den Großstädten mit mehr als 60.000 Einwohnern, in denen auch während des Krieges ein, wenngleich restringierter Verkehr aufrecht geblieben ist. Zur Durchführung dieser Aktion werden in den einzelnen Ländern besondere Kommissionen gebildet, die unter Mitwirkung von Sachverständigen die einlaufenden Ansuchen um staatliche Unterstützung prüfen und sodann mit ihren Anträgen dem Ministerium für öffentliche Arbeiten zur Entscheidung vorlegen werden. Von diesen Landeskommmissionen werden auch die erforderlichen Auskünfte über die näheren Modalitäten für die Gewährung der staatlichen Kredithilfe erteilt.

16./II. 1915

• [Die Lage der Schweizer Hotelindustrie.]
Wir berichteten seinerzeit über die traurige Lage, in die das Schweizer Hotelgewerbe durch den Krieg versetzt wurde und an der allerdings nicht zuletzt auch die Spekulationsstucht der letzten Jahre Schuld trägt. Die Schweizer Hoteliers, von denen viele ihre Betriebe schließen mußten, haben sich an den Bundesrat mit der Bitte um Schutz ihrer Industrie und um Hilfsmassnahmen gewendet, und dieser Lage hat denn auch die Angelegenheit eine günstige Erledigung erfahren. Der Bundesrat hat kraft seiner Generalvollmacht vor allem die Stundung für Rinsse oder Rückzahlung von Kapitalien geregelt, dagegen aber für die Neuerrichtung oder Erweiterung von Hotelbauten besondere Einschränkung aufgelegt. Ohne Bewilligung des Schweizer Bundesrates dürfen weder neue Hotels und Fremdenpensionen eröffnet, noch auch bestehende behufs Vermehrung der Bettenzahl baulich erweitert werden. Ebenjowenig dürfen Gebäude, die bisher anderweitigen Zwecken dienten, zur gewerbsmäßigen Beherbergung von Fremden verwendet werden. Der Bundesrat erteilt die Bewilligung nur, wenn ein Bedürfnis glaubhaft gemacht und der Finanzausweis geleistet ist. Wer ohne die Bundesrätliche Bewilligung einen neuen Betrieb eröffnet oder einen bestehenden erweitert, wird mit einer Geldbuße bis zu 20.000 Franken bestraft. Die Verordnung ist am 10. d. in Kraft getreten.

Vereinfachung der Gasthaus-Speisenfolge in Graz.

Graz, 19. November. Die Statthalterei hat eine Verordnung erlassen, wonach in den Gast- und Schankgewerben eine Vereinfachung der Speisenfolge in der Richtung platzzugreifen hat, daß, von Innereien abgesehen, bei einer Mittag- oder Abendmahlzeit nur Gerichte aus zwei Fleischgattungen, Kalb-, Schweine-, Rind- und Hühnerfleisch, und von jeder Fleischgattung nur in zweifacher Zubereitung verabreicht werden dürfen. Werden bei einer Mahlzeit gleichzeitig Fischspeisen verabfolgt, bei deren Zubereitung Butter und Fett verwendet werden, so hat die der Zahl dieser Fischspeisen gleiche Zahl von Fleischspeisen zu entfallen. An Samstagen darf mit Fett, Speck, Butter usw. gebratenes, gebackenes oder geschmortes Fleisch überhaupt nicht verabreicht werden. Diese Vorschrift bezieht sich auch auf Wild und Geflügel jeder Art. Die bereits früher verordneten zwei fleischlosen Tage in der Woche bleiben auch weiterhin aufrecht.

* [Kaffee- und Milchsaushank in Bäder-
läden.] Eine eigenartige Kriegserneuerung ist,
wie Berliner Blätter melden, jetzt in ver-
schiedenen Kreisen der deutschen Provinzen
eingeführt worden. Mit Rücksicht auf das
Militär ist dort nicht nur die Zahl der alkohol-
freien Gastwirtschaften unter Mithilfe der
Frauenvereine und der Alkoholgegner erhöht
worden, auch den Bädern ist gestattet, in
ihren Bäden Kaffee und Milch an Sol-
daten und die Zivilbevölkerung zu
verabreichen.

25./X. 1915

91

* **Zur Nachahmung!** Wie uns mitgeteilt wird, werden ab 15. Dezember im Palast-Hotel Deifinger auf dem Semmering folgende Plakate an allen sichtbaren Stellen angebracht: Trinkgeld anzunehmen ist allen Angestellten bei sofortiger Entlassung verboten. Sämtliche Angestellten sind perzentuell an dem Unternehmen beteiligt. Es wird daher gebeten, weder dem Portier, Kellner, Stubenmädchen, Kurier, noch sonst einem Angestellten ein Trinkgeld zu verpfolgen. Josef Deifinger (Hotelier). Durch obige Verfügung wird die Bedienung zweifellos gleichmäßig erfolgen und der Trinkgeldunfug beseitigt, welcher sowohl für den Gast als auch für den gut Angestellten peinlich war.

1. / XII. 1915

92

Mitteilungen der Gastwirte.

Die Genossenschaft der Gastwirte verlautbart: Durch die Lebensmittelverorgungs-Zentralstelle des Wiener Gastgewerbes wäre ein günstiger Abschluß von Obstmost durchzuführen. Es wollen daher jene Kollegen, welche Obstmost in ihrem Betriebe einzuführen gedenken, sich diesbezüglich unter Angabe des erforderlichen Quantum an die Lebensmittelverorgungs-Zentralstelle des Wiener Gastgewerbes in Wien, 1. Bezirk, Kurrentgasse Nr. 5, wenden. Zum Bezuge ist die Beistellung von Fässern erforderlich.

Durch dieselbe Stelle gelangen demnächst an die Genossenschaftsmitglieder Butter, Reis und Fisoln gegen vorhergehende schriftliche Anmeldung zur Ausgabe, um eine entsprechende Aufteilung durchführen zu können.

Der teure Wein.

Seit 1. d. ist der Wein bei den Gastwirten um 8 Seller pro Liter teurer geworden. Die Gründe hierfür liegen hauptsächlich in der gesteigerten Nachfrage auf dem Weinmarkt und in den verminderten Weinborräten. In Niederösterreich gab es heuer eine nicht besonders gute Mittelernte, da sich die Schäden der Peronospora ziemlich empfindlich bemerkbar machten. Die Wirte zeigten sich im allgemeinen sehr kauflustig, weil sie sich ihren Bedarf jedenfalls rechtzeitig sicherstellen wollten. Infolge der frühen und großen Nachfrage in den niederösterreichischen Weinkellern stiegen die Weinpreise, um so mehr, da auch vom Militärärar für den von diesem angesprochenen Wein weit höhere Preise als in Friedenszeiten gezahlt wurden — Weine, die sonst 30 Seller kosteten, wurden mit 1 Krone bezahlt. Selbst ganz minderwertige Ware, die nur zum Verschnitt verwendet werden kann, und in Friedenszeit fast unbeachtet war stieg im Preis auf das Fünffache. Solche Weine kosteten früher pro Liter 18 bis 20 Seller, jetzt wurden sie mit 90 Seller bis 1 Krone bezahlt. In Ungarn ist die Qualität und Quantität der Ernte heuer verschieden. Im Durchschnitt kann man, wie wir von sachmännischer Seite erfahren, von einer Mittelernte sprechen. Immerhin aber produziert Ungarn die Hauptquantitäten des in der Monarchie gebrauchten Weines. Auch hier wurde viel Wein zu guten Preisen an die Armee geliefert. Die Preise zogen daher für den Handel sehr an. Nichtsdestoweniger wurden von hiesigen Kellereien größere Weinquantitäten angekauft. Sie können aber nicht geliefert werden, da sich dem Transport verschiedene Schwierigkeiten (unter anderem auch der Waggonmangel) entgegenstellen. Aus Tirol ist die Weinausfuhr ganz gesperrt. Der dort produzierte Wein muß entweder der Seeresleitung geliefert werden, die den Soldaten im Felde mit einem halben Liter täglich beteuert, oder im Lande selbst konsumiert werden. Aus Dalmatien wird allerdings Wein in die Donauländer transportiert, aber zu kolossal hohen Preisen. Dalmatiner Weine, die sonst 60 bis 80 Kronen pro 100 Liter kosteten, werden jetzt mit 160 bis 180 Kronen bezahlt. Auch für Deutschland wurden Dalmatiner Weine angekauft. Die Weinlieferungen sind natürlich in Kriegszeit mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Der offene Seeweg ist gesperrt. Nur an den Ufern, hinter den Inseln, kommt dalmatinischer Wein nach Kiume, oder er wird auf dem Umweg über Bosnien per Bahn transportiert, wozu eigene Erlaubnisse der Seeresleitung notwendig sind. Die Borräte ausländischer, namentlich französischer Weine sind begreiflicherweise stark zusammengebrochen, da ja seit anderthalb Jahren nichts mehr über die Grenze kommt. Die französischen Flaschenweine (namentlich Champagner) sind daher um 70 bis 80 Prozent gestiegen, wenn sie überhaupt noch zu haben sind. Auch die Hollager ausländischer Weine sind ziemlich erschöpft. Ein Moment, das bei der gesteigerten Nachfrage nach Weinen mitvielt, ist natürlich auch die Einschränkung der Biererzeugung, da viele Leute an Stelle des Bieres, das sie nicht bekommen können, Wein trinken.

* (Der erste Tag der Weinpreiserhöhung.) Mit dem heutigen Tage ist in den Wiener Gastwirthschaften eine Preiserhöhung der verschiedenen Weinsorten in Kraft getreten. Sie erstreckt sich auf alle Weinsorten. In den Stehweinhallen und kleinen Gastwirthschaften kostet von nun ab ein Viertel Heuriger 32 Heller, früher 28 Heller, und der alte Wein 26 bis 40 Heller, früher 32 und 36 Heller per Viertel.

* [Münchener Kaffeehäuser im Krieg.] Die Münchener Kaffeehausbesitzer sind, wie uns aus München berichtet wird, durch den Krieg in eine recht traurige Lage geraten. Das liegt nicht etwa an einem geringeren Besuch, sondern vor allem daran, daß sich das Münchener Kaffeehauspublikum im Kriege zum Nachteil des Konsums geändert hat. Der Krieg, der so viel junge Männer aus der Stadt abberufen hat, ließ zwar bei den Zurückgebliebenen das Bedürfnis nach Geselligkeit nicht kleiner werden, ja, vielleicht hat die Kriegszeit das Bedürfnis nach Ausprache noch erhöht. Aber dieses Publikum, das in die Kaffeehäuser kommt, ist recht leßhaft und gibt wenig Geld aus. Die Jugend fehlt, der das Geld locker in der Tasche sitzt. Dazu kommt noch die verminderte Gelegenheit, viel Geld im Kaffeehaus auszugeben. Im Frieden waren auf allen Tischen einladende „Aufsätze“ aufgestellt mit allerlei Süßigkeiten, es gab eine große Auswahl von Bunich-, Schokolade-, Prinz-Regenten-, Ruz-, Schlagsobers- usw. Torten, die alle recht appetitlich umherstanden. Die notwendig gewordenen Bad- und Kuchenverbote haben die große Auswahl an Kuchen verschwinden lassen. Abgesehen von all diesen Schäden hat auch die frühe Polizeistunde, die für München auf 12 Uhr festgesetzt ist, während in anderen Städten die Lokale bis 1 Uhr offenhalten dürfen, den Kaffeehäusern schwere Schäden gebracht. Es war immer üblich, daß die Kaffeehäuser eine Stunde vor den Kaffeehäusern schlossen, jetzt gilt die gleiche Polizeistunde, so daß das abendliche Hauptgeschäft für den Kaffeehausbesitzer fast ganz entfällt. Während nun so die Einnahmehausfälle immer fühlbarer werden, bleiben die Lasten die gleichen. An ihnen tragen vor allem die Luxuscasés jetzt besonders schwer. Ihr Betrieb ist eingerichtet auf den großzügigen Verkehr und Konsum, sie können ihn entweder voll durchführen oder müssen ihn schließen. Es gibt Kaffeehäuser in München, die 80.000, ja 100.000 Mark Nacht bezahlen. Mit Einrechnung von Licht, Heizung, Musik, Steuern usw. ergeben sich im letzteren Falle schon etwa 700 Mark (fast 1000 Kronen) Speise pro Tag. Es muß also schon eine recht hohe Summe eingenommen werden, damit man solche Geschäftskosten decken kann, dann käme erst der Verdienst des Unternehmers. In den letzten Wochen sollen die Einnahmen großer Cafés bis auf die Hälfte und darunter gesunken sein. Das geht über die normalen Kriegsschäden anderer Gewerbe weit hinaus, und die Cafetiers bezeichnen es als unausbleiblich, daß in der nächsten Zeit wohl viele von ihnen nicht mehr imstande sein dürften, ihre hohen Mieten voll zu entrichten.

17. XII. 1915

96

Außerkräftsetzung des Milchkafeeverbots in München.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

München, 16. Dezember.

Von heute, 16. d., ab setzt das stellvertretende General-Kommando das seit einer Reihe von Wochen für München bestehende Verbot der Abgabe von Milch in Kaffeehäusern, Konditoreien usw. außer Kraft, nachdem jetzt, wie die amtliche Bekanntmachung sagt, der Stadtmagistrat München auf Grund der Bundesratsbekanntmachung vom 4. November 1915 den Milchverbrauch in München geregelt und hierbei die Verwendung kondensierter und sterilisierter Milch, die durch die Lebensmittelversorgungsgesellschaft München bezogen und unter deren Kontrolle verwendet wird, für Kaffeehäuser gestattet hat.

Das Ende des Wiener Hauskaffees.

Belanntlich wurde durch eine Ministerialverordnung vom 27. November die Regelung des Milchverbrauches verfügt und die Durchführung der Verordnung den landesherrlichen und autonomen Behörden übertragen. Die Statthalterei wird nun demnächst die Durchführungsverordnung herausgeben, welche die näheren Modalitäten der Verbrauchsregelung bestimmt und unter anderem auch das Ende des Wiener Hauskaffees in den Kaffeehäusern bedeutet. Wie verlautet, wird die Durchführungsverordnung die Verabreichung von Kaffee von zwei Uhr nachmittags bis in die Abendstunden untersagen, und zwar sowohl was den mit frischer Milch zubereiteten Kaffee als auch was die Verwendung kondensierter oder Trockenmilch betrifft.

Ebenso entfällt infolge dessen die Zubereitung von Kaffee, Schokolade, Tee mit Milch u. Der Kaffeehändler wird also zu Tee seine Zuflucht nehmen müssen. Selbstverständlich umfasst die Regelung der Milchfrage nicht allein den Verbrauch in den Kaffeehäusern, sondern sie gilt für die gesamte Bevölkerung. Es werden Milchkarten ausgegeben werden, die für jede Person ein bestimmtes Quantum festsetzen.

Eine Bevorzugung genießen nur Kinder unter sechs Jahren, stillende Mütter und Kranke. Ausnahmen bezüglich des Verbotes des Ausschankes von Milchkafee können nur von der Statthalterei jenen Gast- und Schankgewerbebetriebern bewilligt werden, in welchen die ärmere Bevölkerung Milchgetränke als notwendige Nahrungsmittel einzunehmen pflegt. Die Milchkarte soll den Bezug eines bestimmten Quantum von Milch für Kinder und Kranke sichern. Das Quantum ist nach dem Lebensalter der Kinder festgesetzt. Kindern über sechs Jahre ist ein Vorzugsrecht an Milch nicht mehr eingeräumt, Kranken nur dann, wenn sie sich in Anstaltspflege befinden. Kinder im ersten Lebensjahre erhalten ein Quantum von einem Liter, solche bis zu 6 Jahren einen halben Liter per Tag.

Der Standpunkt der Cafetiers.

Wir haben schon auf Grund der ersten Mitteilungen über die Verordnung, betreffend das Verbot des Nachmittagskaffees, darauf hingewiesen, daß der wesentlichste Ersatz für den ausfallenden Kaffee dem Tee zu fallen wird, daß es aber notwendig werden wird, die etwas komplizierte Form, in der bis jetzt der Tee im Wiener Kaffeehaus serviert wird, zu vereinfachen.

Wir haben über diese für weite Kreise in die täglichen Lebensgewohnheiten tief eingreifende Frage die Meinung einiger großen Kaffeehausbetriebe eingeholt:

Dugo Fürst.

Besitzer des Grabencafés.

Ich habe seit einigen Tagen schon darüber nachgedacht, wie ich meine Gäste trotz des kommenden Milchkaffeeverbotes befriedigen kann, und bin zu dem Entschlusse gelangt, Tee

in Gläsern oder Schalen mit einer Scheibe Zitrone oder etwas Rum zu verabreichen, weil eine Portion Tee für das große Publikum für eine Person zu teuer ist. Dadurch werden viele, die bisher nicht imstande waren, sich in erstklassigen Kaffeehäusern einen Tee zu leisten, selbst wenn sie zu Hause daran gewöhnt sind, nun in dem Stand versetzt, auch im Kaffeehaus Tee zu konsumieren.

Das Publikum wird sich an den Tee oder an Wasserschokolade erst gewöhnen müssen, denn der Wiener hängt an seinem „Schalenkaffee“ und wird in den ersten Tagen sicherlich etwas nervös sein, wenn er von seinem gewohnten Wege abgedrängt wird. Was aber im ganzen Ausland möglich ist, wird wohl auch bei uns durchführbar sein; und so werden bald der Tee und die Wasserschokolade eine so große Rolle spielen, daß die Damen sich später gar nicht so leicht an den Milchkaffee mit der Schlagoberschleibe gewöhnen werden, „der uns ja doch so dick gemacht hat“. Die glasweise Verabreichung von Tee wird auch deshalb notwendig werden, weil den Kaffeehausbesitzern jetzt nicht die Möglichkeit geboten ist, hunderte von Teekannen nachzuschaffen. Der Mangel an Metallen verbietet diese Massenanfassungen von selbst.

M. Marosi,

Besitzer des Café Prückl.

Die neue Verordnung trifft die Kaffeehausbesitzer ziemlich hart. Doch werden wir uns natürlich alle Mühe geben, um das große Publikum darunter nicht leiden zu lassen. Man kann ja Schokolade und Kakao auch mit Wasser anrühren, mit schwarzem Kaffee oder auch mit Ei absprudeln, so daß den Damen wohl leicht geholfen werden wird. Ein anderer Teil des Damenpublikums wird sich sicherlich dem Tee zuwenden, den wir von nun an nur auf Verlangen portionweise verabreichen werden, während wir im allgemeinen ein Glas oder eine Tasse Tee mit einer Scheibe Zitrone oder etwas Rum zu jenem Preise geben werden, der mit den bisherigen Kaffeepreisen im Einklang steht. Die Herren werden wohl teilweise beim schwarzen Kaffee bleiben oder aber auch ein Glas Tee nehmen; und wenn auch im allgemeinen der Kaffeeseider nur seine Regie decken kann, wenn er eine große Masse von Kaffee absetzt, während jeder sonstige Absatz nur das Drum und Dran ist, das man dem Publikum zuliebe führt, so muß man eben die Kriegszeit in Berücksichtigung ziehen, die den einzelnen nicht berücksichtigen kann.

Bis jetzt lag der Fall so, daß viele Damen, die sich zu Hause keine Milch verschaffen konnten, nachmittags ins Kaffeehaus kamen. Das zeigt sich insbesondere an Sonntagen, wo die ganzen Familienmitglieder Hause begehren und wo in den letzten Monaten bei uns ein derart kolossaler Andrang war, daß sich der Milchverbrauch riesig steigerte. Das Sonntagsgeschäft wird unter der neuen Form des Betriebes leiden.

Ludwig Niede,

Besitzer des Café Europe.

Die neue Milchverordnung wird vielleicht zunächst der Besuch der Kaffeehäuser nicht stark beeinflussen, weil auf diesem wie auf jedem anderen Gebiet das Publikum das Neue liebt und schon der Originalität halber sich zuerst in die neuen Verhältnisse fügen wird. Die Herren werden wohl mit einem Schwarzen, seltener mit einem Tee ihr Auskommen finden. Und die Damen werden, sofern sie nicht das Dickwerden allzusehr fürchten, eine Schokolade nicht ablehnen, die darum, weil sie mit schwarzem Kaffee oder auch mit Wasser eingerührt ist, nicht weniger wohlschmeckend sein wird. Man bedenke doch, daß in ganz Deutschland wie auch im feindlichen Ausland die Schokolade niemals mit Milch angerührt wird, und daß wir uns dieser speziell österreichischen Gepflogenheit um so leichter entwöhnen können, als Wasserschokolade oder Wasserakao viel leichter verdaulich ist als die mit Milch angerührte.

Im großen und ganzen wird sich das Kaffeehaus wohl in ein Teehaus verwandeln. Die meisten Kaffeehausbesitzer werden wohl von nun ab Tee in Gläsern mit einer Scheibe Zitrone oder mit etwas Rum oder Cognac zu einem Preise verabsolgen, der mit den bisherigen Kaffeepreisen im Einklang steht.

Der Krieg und das Hotelgewerbe.

Das Hotelgewerbe hat unter den Verhältnissen, die der Krieg mit sich bringt, viel zu leiden. Vor allem fehlen natürlich seit Kriegsbeginn die Fremden aus jenen Staaten, mit denen die Monarchie Krieg führt. Auch der Reiseverkehr aus den neutralen Ländern, der Schweiz, Rumänien, Holland, Schweden und Dänemark, ist durch die Schwierigkeiten, die sich ihm infolge der verschärften Passvorschriften entgegenstellen, sehr eingeschränkt worden. Das Reisen zum Vergnügen kommt gar nicht mehr in Betracht. Der Fremde aus neutralen Ländern ist jetzt zumeist entweder ein Geschäftsmann oder Künstler, der seinem Beruf nachgeht, oder er kommt in einer Angelegenheit, die irgendwie mit dem Krieg zusammenhängt, nach Wien. Fremde, die nur zum Vergnügen oder zur Zerstreuung aus dem Auslande kommen, sind sehr selten zu sehen. Solange Galizien von den Russen besetzt war, gab es in Wien zahlreiche vermögende Flüchtlinge, die in den Hotels logierten. Sie bildeten gewissermaßen einen Ersatz für das fehlende ausländische Fremdenpublikum. Seit einem Monat sind aber die meisten der wohlhabenden galizischen Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Die Flüchtlinge aus dem Süden kommen für Wien wenig in Betracht, da sie größtenteils in Provinzstädten untergebracht wurden. Was die Geschäftsreisenden aus der Provinz anlangt, die wohl alljährlich im Dezember einen Teil des Wiener Hotelpublikums bilden, so hat sich auch ihre Zahl nicht nur wegen der Einschränkung vieler Fabrikbetriebe, sondern auch durch die militärische Einberufung vermindert, die Kaufleute aus Deutschland halten sich jetzt meistens nur solange in Wien auf, als es ihre Geschäfte erfordern denn in Wien ist die Lebensweise im Vergleich zu den deutschen Städten unheimlich teurer geworden. In Berlin und Leipzig usw. sind ja die Lebensmittel auch nicht billig, aber die Kaufkraft der Mark ist doch viel größer als die unserer Krone. Die Wiener Hoteliers können augenblicklich nur mit dem inländischen, feinen Provinzpublikum rechnen. Die österreichische Riviera und die südlichen Reichstädte liegen in der Kriegszone; die Hoteliers hoffen daher, daß das Provinzpublikum, das sonst im Winter nach dem Süden

strömte, im heurigen Winter in Wien Zerstreuung und Erholung suchen wird, denn die Reichshauptstadt bietet schließlich mit ihren zahlreichen Theatern, Varietés, Konzerten und sonstigen Vergnügungen dem Fremden aus der Provinz auch in der Kriegszeit reichlich Gelegenheit, sich zu zerstreuen. Auch die herrlichen Gegenden in der Nähe Wiens, der Semmering, das Wechselgebiet und der Wienerwald, laden die Erholungsbedürftigen ein, sich in frischer Bergluft zu erquicken. Schließlich hoffen die Wiener Hoteliers auch, daß sich aus dem Orient nach der Eröffnung des regelmäßigen Expressverkehrs Berlin—Wien—Konstantinopel und umgekehrt ein Zustromen von Fremden zeigen wird, wie denn überhaupt — auch nach dem Kriege — nicht so sehr der Westen, als der Osten Europas für den Fremdenverkehr in Wien in Betracht kommen dürfte.

Das Wiener Gastgewerbe in Kriegszeiten.

Von Direktor Max Gottlieb.

Ein beliebter Wiener Volkstänzer hat durch den Refrain eines Vortrages, mit welchem er immer große Heiterkeit erzielte, einen sprichwörtlich gewordenen Rufnamen erhalten: „Mir geht's schlecht.“ Er hat, vielleicht ohne selbst zu wissen, den Typus des Wiener Gewohnheitsraunzers geschaffen, dem es immer und „unter allen Umständen schlecht ging“. So lebenswahr die Figur in besseren Tagen auf dem Brettel erschien, so unmöglich ist sie in diesen ernsten Zeiten. „Uns geht's schlecht“, das klingt heutzutage nicht komisch und nicht humorvoll, sondern es ist vielen damit bitterer Ernst, denn vielen geht es wirklich schlecht. Freilich, und das ist ein großes Glück für uns, nicht allen. Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges sind ja Gegenstand täglicher Erörterung, und die allgemeine Zuversicht, mit welcher wir den endgültigen Sieg unserer Waffen erwarten, findet ihre Stütze in der wirtschaftlichen Kraft, welche die Monarchie betätigt hat. Zwölf Milliarden Kriegsanleihe haben mir aufgebracht, ohne daß die Spareinlagen, die Milliarden von Vermögen, die in den Sparkassen und Banken aufgespeichert sind, abgenommen hätten. Wir haben vor dem Kriege gar nicht gewußt, daß wir so reich sind; und daß wir das zu leisten imstande sind, hat uns selbst überrascht. Viele Industriezweige blühen und gedeihen gerade wegen des Krieges wie nie zuvor und verzeichnen viel höhere Gewinne. Ganze Kategorien von Geschäftsleuten verdanken der Befriedigung des Seeresbedarfes ungeahnten Wohlstand. Alle diese können wirklich nicht sagen: „Uns geht's schlecht!“

Das vorauszuschicken habe ich für notwendig gehalten, wenn ich mich über die Lage, in welcher

das Wiener Gastgewerbe sich befindet, als Sachkundiger äußern soll. Was zunächst das Hoteltwesen betrifft, so freut es mich herzlich, konstatieren zu können, daß die Wiener Hotels, ungeachtet des Ausbleibens jener Kunden, die man unter dem landläufigen Begriff des Fremdenverkehrs zusammenfaßt, sich nicht zu sehr zu beklagen haben. Ihre Zimmer waren und sind noch zum großen Teile besetzt. Das machte allerdings das Zufließen von Flüchtlingen aus dem Kriegsgebiet, die seinerzeit — auch das wird, Gott sei Dank, eine bald vergessene Episode sein — in Wien und anderen Städten sowie in den Sommerfrischen nächst Wien eine Zuflucht suchen mußten. Unter diesen Flüchtlingen gab es zwar einige reiche, auch viele wohlhabende Familien, aber wenn sie ins Hotel kamen, um Zimmer zu mieten, konnte man regelmäßig hören: „Ich bin ja wohlhabend, ja sogar reich, aber wir konnten nicht viel mitnehmen, müssen also sparen. Und wie können wir wissen, was mit unserm Vermögen geschehen wird, ob wir, wenn wir heimkehren, nicht um alles gekommen sind?“ Die Schlussfolgerung aus dieser Klage war die Forderung, daß der Hotelier einen „Preis machen“ müsse, weil es sonst besser sei, eine Privatwohnung zu nehmen. Da war nun freilich von den in den Zimmern angeschriebenen Preisen keine Rede mehr, der Hotelier mußte die Vermietung für längere Zeit zu „Kriegspreisen“, das heißt im gegebenen Fall zu sehr billigen Ansätzen, abschließen, während man sonst unter Kriegspreisen höhere Ansätze als sonst versteht. Dabei wurden die Räume dichter belegt, als es sonst üblich und zulässig erscheint, und Einsprüche gegen diese für den Vermieter keineswegs gleichgültige Mehrausnutzung wurden als etwas, was den Vermieter nichts angehe, zurückgewiesen. Aber immerhin, die Hoteliers hatten ihre Zimmer, wenn auch zu billigeren Preisen, vermietet, und da bei dieser Industrie, wenn man so sagen darf, das Rohprodukt, nämlich die Zimmer, im Anschaffungspreis nicht gestiegen war, so konnten und können die Hoteliers die Kriegszeit ohne wesentliche Beeinträchtigung ihrer Betriebskraft überdauern.

22. / XII. 1915

Was Diener Juffenworte in Springzeit

101

Wie aber steht es mit den Gastwirten in Wien? Von ihnen haben wirklich viele allen Grund, zu sagen: „Uns geht's schlecht!“, ohne daß man sie der Ueber-treibung zeihen könnte. Freilich, der äußere Augen-schein macht das nicht erkennbar. Wenn man sich den Wiener Gastwirt ansieht, so hat man einen mit bürger-licher Eleganz gekleideten, adretten Herrn vor sich, dessen Freundlichkeit und Liebenswürdigkeit gegen die Gäste, die er lächelnd und oft humorvoll begrüßt, den Eindruck des Behagens und der Wohlhabenheit macht. Dem Gast ist ein hagerer Cassius nicht sympathisch. Er würde sich nicht wohl fühlen, wenn ihm aus den Mienen des Wirtes nicht die Behaglich-keit, sondern die düstere Sorge zu sprechen schiene, die ihm die Freude an dem guten Mittagessen oder Abendbrot vergällt. Kein kluger Wirt wird seinem Gast sagen: „Mir geht's schlecht!“, denn es ist nichts undankbarer für einen Geschäftsmann, als einem auch noch so menschenfreundlichen Kunden sein Leid zu klagen. Und dennoch kann jeder von uns aus den Erfahrungen, die er täglich im eigenen Haushalt macht, sich ein Urteil darüber bilden, mit welchen Schwierigkeiten der Wirt infolge der Knappheit und der Teuerung aller jener Rohprodukte, die er in Koch-produkte umwandeln soll, zu kämpfen hat. Wobon sollen wir da zuerst reden: vom Rindfleisch und Schweinefleisch, von Butter und Schmalz? Vom Gemüse, das man gar nicht oder zu enormen Preisen bekommt, oder von Zwiebeln und Eiern? Welchen Konsumartikel immer, der in der Küche benötigt wird, der Wirt einkauft, so mußte er sowohl mit der Knappheit als mit den fortwährenden Preissteigerungen rechnen, die häufig so rapid und überraschend eintraten, daß er nicht einmal die physische Zeit hatte, ihnen mit der Er-höhung der Speisentarife zu folgen, so daß er zeitweise mit Verlust zu arbeiten genötigt war. Das trat zuweilen so drastisch in die Erscheinung, daß man von vielen Wienern hören konnte: „Wir essen im Gasthaus billiger als zu Hause!“ Auf die Dauer, ja nicht einmal auf kurze Zeit, kann aber kein Wirt es aushalten, bei einem Geschäftsbetriebe, dessen Regie durch die höheren Löhne und höheren Verpflegungs-kosten des Personals empfindlich gesteigert worden ist, draufzuzahlen anstatt zu verdienen. Der Wirt hat Mietzins, Steuer und Zinsen für das investierte Kapital zu bezahlen. Er und seine Familie wollen auch essen und wohnen. Ja, woher denn, wenn die Preissteigerungen und deren Ueberwälzung auf die Kunden, bezüglich deren er sich der Zurückhaltung befleißigen muß, wenn er nicht der Preistreiberei be-schuldigt werden will, ihm den Betrieb so enorm erschweren, ja unter Umständen unmöglich machen? Daß das nicht zu stark aufgetragen ist, geht aus der Tatsache hervor, daß zahlreiche Betriebe gesperrt wurden, teils weil ihre Inhaber nicht draufzahlen wollten, teils weil sie aus dem Betrieb die laufenden Zahlungen nicht leisten können oder weil ihnen der

Betrieb wegen der Knappheit an Bedarfsartikeln zu viel Schwierigkeiten bietet.

Ein ähnliches Bewandnis wie mit den Speisen hat es mit den Getränken. Die Bierproduktion mußte eingeschränkt werden, und diese Einschränkung führte eine Verteuerung herbei. Der Brauer, der beispiels-weise 100,000 Hektoliter erzeugte, muß zur nun-mehrigen reduzierten Erzeugung von ungefähr 40,000 Hektolitern denselben Apparat, die gleiche Anzahl von Arbeitern, die gleiche Anzahl von Personal usw. halten wie bei der Erzeugung von 100,000 Hektolitern. Daraus folgt, daß sich diese Regie nicht auf 100,000, sondern auf 40,000 Hektoliter ver-teilt; und das allein schon führt, abgesehen von den Gersten- und Malzpreisen, die ebenfalls so rapid gestiegen sind, zur Verteuerung, die der Wirt wieder auf die Gäste überwälzen muß. Die Folge dieses Circulus vitiosus auf dem Gebiete der Teuerungen ist aber eine empfindliche Einschränkung des Kon-sums, daher auch eines Verdienstes, den der Wirt möglicherweise erzielen kann. Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß der Wiener Gastwirt nicht zu jenen Glücklichen gehört, für die der Krieg eine günstige Konjunktur bedeutet. Im Gegenteil, die Zeit stellt an seine Ausdauer große Anforderungen. Weit entfernt, ihn als Gegenstand des Bedauerns hinstellen zu wollen, müssen wir doch sagen, daß der Gastwirt in diesen Tagen auf das Wohlwollen und die Sympathie des Publikums und auf die Förderung durch alle Geschäftsleute, die mit ihm in Verbindung stehen, seinen Anspruch machen darf. Im übrigen natürlich wollen und dürfen wir keineswegs zu schwarz in die Zukunft sehen! Es gilt nur tapfer und aufrecht durchzuhalten! Die Sonne wird denn doch einst die Nebel zerreißen, und dann werden jene Tage wieder kommen, in welchen so manches gut bürger-liche Wiener Gasthaus eine „Goldgrube“ war. Dann wird auch keiner zu sagen brauchen: „Uns geht's schlecht!“

* Petrikau will Wiener Gast- und Kaffeehaus-
leben. Der Regierungskommissär in Petrikau in Polen hat
dem Wiener Magistrat folgendes mitgeteilt: In unserem
Stadtmagistrate langen wiederholt Bittgesuche um Fühlungs-
nahme mit der Wiener Geschäftswelt ein. Hauptsächlich be-
treffen diese Bitten die Errichtung von modernen Restau-
rants und Wiener Kaffeehäusern. Die Stadt Petrikau zählt
43.000 Einwohner; in der ganzen Stadt befindet sich bis nun
kein einziges Restaurant, das den modernen Ansprüchen halb-
wegs entsprechen würde. Ein Kaffeehaus besteht überhaupt nicht.
Die hiesigen Verhältnisse lassen es als zweifellos erscheinen,
dass ein moderner Kaffeehausunternehmer unter entsprechen-
der Leitung blühen würde; auch ein Hotel oder vielmehr
Restaurant nach Wiener Muster würde sich eines lebhaften
Aufspruches erfreuen dürfen. Es wäre nun von großem
Vorteil für die Wiener Geschäftsleute, wenn diese in ent-
sprechender Weise von der sich bietenden Geschäftsgelgenheit
verständigt werden würden. Der hiesige Stadtmagistrat
würde gegebenenfalls die nötigen Nachrichten geben; freilich
wäre es notwendig, dass die betreffenden Unternehmer an
Ort und Stelle die Verhältnisse kennen lernen würden, was
keinen besonderen Unständlichkeiten unterliegt, da Petrikau
mit direkten Schnellzügen in 14 Stunden erreichbar ist.

Die Kaffeesieder und der Jausenkaffee.

Im Saale „zum Grünen Tor“ fand heute abend eine zahlreich besuchte Versammlung der Kaffeesieder Wiens statt, um zu dem am 27. d. in Kraft tretenden Verbote der Verabreichung des Jausenkaffees Stellung zu nehmen. Der Referent Genossenschaftsvorsieher Eggher trat für die Kontingentierung der Milch und die Freigabe der Kondensmilch ein. Wenn man den täglichen Bedarf eines Kaffeesieders mit durchschnittlich 2 1/2 Liter annimmt, so ergibt dies bei den 800 Kaffeesiedern Wiens einen Gesamtbedarf von 18.000 bis 19.000 Liter, also kaum vier Prozent der gesamten Zufuhr. Eine Kontingentierung im Wege des Ausgleiches auf 50 Prozent dieses Bedarfes wäre empfehlenswert, und damit wäre vielen Kollegen gedient. Es sei zu fürchten, daß viele Gäste mit dem Tee nicht vorlieb nehmen werden, weil sie sich sagen: Kaffee mit Milch ist ein Nährmittel, Tee mit Rum oder Zitrone ein Zehrmittel! Redner stellte den Antrag, daß sich eine Deputation zum Statthalter Freiherrn v. Bleyleben begeben, damit eine Zusatzverordnung im Sinne seiner Vorschläge herausgegeben werde. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Das Milchverbot in den Kaffeehäusern.

Gestern abends fand eine Versammlung der Kaffeesieder statt, die sich mit dem Milch- und Milchgetränkerverbot für die Stunden von 2 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends beschäftigte. Der Versammlung lag der Bericht eines Kaffeesiederkomitees vor, das wegen des Verbotes in der Statthalterei und beim Minister des Innern, Prinzen Konrad Hohenlohe, vorgeprochen hatte. Die Herren hatten dort die Schädigung dargelegt, die ihrem Gewerke durch die Verordnung zugefügt werde. Es wurde den Herren geantwortet, daß, wenn es möglich sei, Erleichterung geschaffen werden solle. Die Versammlung beschäftigte sich dann mit der Frage, wie teuer in den Kaffeehäusern der Tee berechnet werden dürfe, der vom 27. d. an an Stelle des Kaffees ausgetrenkt wird. Es wurden darüber verschiedene Ansichten geäußert. Die Mehrzahl der Redner vertrat den Standpunkt, daß neben der bisher üblichen Portion Tee (serviert in der Kanne, mit Beigabe von fünf Stück Zucker, einer halben Zitrone oder eines Gläschens Rum) ein Glas oder eine Schale Tee verabreicht werden solle. Ein Glas oder eine Schale Tee „ohne alles“ oder mit Beigabe einer Zitronenscheibe sei so teuer wie eine Schale oder ein Glas Melange zu berechnen, ein Glas Tee mit Rum um 10 Heller teurer. Letzteres wurde damit begründet, daß ein Gläschen Rum bei den heutigen Engros-Preisen dem Kaffeesieder Selbstkosten zwischen 12 und 18 Heller verursache. Es wird demnach in den Stadtkafés ein Glas Tee mit Zitrone 50 bis 54 Heller, je nach dem Preis der Melange in den betreffenden Kaffeehaus, kosten. Interessante Angaben wurden in der Versammlung über den bisherigen Milchverbrauch der Kaffeesieder gemacht. Die Kaffeesieder haben eine Berechnung aufgestellt, wonach der tägliche Milchverbrauch eines Kaffeehauses mit durchschnittlich 22 bis 23 Liter anzunehmen sei. Allerdings gibt es in Wien Kaffeehäuser, die täglich 50 und auch 120 Liter Milch verbrauchen. Die Kaffeesieder behaupten aber, daß es wiederum sehr viele Kaffeehäuser gebe, die viel weniger als 23 Liter täglich brauchen. Zu den 650 Wiener Kaffeehäusern kommen noch 450 Kaffeeschenken. Das gibt bei einem Durchschnittsverbrauch von 23 Litern täglich 25.300 Liter. Nimmt man an,

daß die Kaffeeschenken im Durchschnitt mehr Milch verbrauchen, so käme man auf ein Höchstquantum von 30.000 Litern. Davon wird nun ein großer Teil in den Vormittagsstunden und bis 2 Uhr nachmittags verabreicht. Die Kaffeesieder stehen nun auf dem Standpunkt, daß die tägliche Milchersparnis, die durch das Verbot erwirkt wird, angesichts des Wiener Gesamtconsums kaum in Betracht komme. Genossenschaftsvorsteher Eggher meinte, eine Kontingentierung des Milchbedarfes im Wege des Ausgleiches auf 50 Prozent des bisherigen Bedarfes wäre empfehlenswert, und damit wäre vielen Cafetiers gedient. Es sei zu befürchten, daß viele Gäste mit dem Tee nicht vorlieb nehmen werden, weil sie sich sagen: Kaffee mit Milch ist ein Nahrungsmittel, Tee mit Rum oder Zitrone ein Zehrmittel! Er stellte den Antrag, daß unter Führung des Abg. Friedmann sich eine Deputation zum Statthalter v. Wlehelben begeben, damit eine Zulassungsverordnung im Sinne seiner Vorschläge herausgegeben werde. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und die Deputation gewählt.

28. XII. 1915

Der sistierte Saufenkaffee.

Die Verordnung über die Einstellung des Milchausschankes in den Kaffeehäusern in der Zeit von 2 bis 7 Uhr ist gestern zum erstenmal in Wirksamkeit getreten. Das Publikum nahm in der erwähnten Zeit an Stelle der „Melange“, des „mehr braun“ oder des „Kapuizers“ eine Schale „Schwarzen“ oder ein Glas Tee mit Rum oder Zitrone. Gestern bestand die Sistierung des Saufenkaffees für ganz Wien, da die von Volkscasés und Kaffeeschenken bei den magistratischen Bezirksämtern eingebrachten Gesuche um teilweise Milderung des Verbotes noch nicht erledigt wurden. Diese Erledigung soll aber, wie

unns mitgeteilt wird, in der Reihenfolge der Einreichung ehestens, immerhin erst in einigen Tagen, erfolgen. Die Behörden werden die Angaben der Gesuchsteller überprüfen und die stundenweise Aufhebung des Verbotes bewilligen, wenn tatsächlich die das betreffende Volkscasé besuchenden Gäste solchen Berufsständen angehören, bei denen der Kaffee einen wesentlichen Bestandteil der Ernährung bildet.

Ein Zweifel bestand auch hinsichtlich der Frage des Mitbringens von Milch in Tuben oder in Schalen, um diese dem „Schwarzen“ beizumengen. In dieser Hinsicht wird uns von berufener Stelle mitgeteilt, daß dieses Vorgehen nicht gestattet ist, da hiedurch dem Zweck der Verordnung, eine Einschränkung des Milchverbrauchs herbeizuführen, entgegen gehandelt würde. Die Kaffeehausbesitzer sind daher verpflichtet, die Beimischung von Milch seitens der Gäste strengstens zu untersagen. Auch Kakao und Schokolade dürfen während der bezeichneten Stunden nicht mit Milch, sondern nur mit Wasser bereitet und verabreicht werden.

Mehrere Kaffeehausbesitzer haben uns über ihre Wahrnehmungen am gestrigen Nachmittag berichtet. Der Vorsteher der Kaffeehausbesitzerinnenschaft Herr Franz Eglher teilt uns mit, daß der Konsum gestern geringer als an andern Tagen war und manche Gäste bis 7 Uhr auf die gewohnte Melange warteten. Die Wirkung der neuen Verordnung werde erst in einigen Tagen festgestellt werden können.

Herr Josef Siller äußert, daß die neue Milchverordnung dem Kaffeehausbesuch zumindest in der ersten Zeit eine starke Einbuße zufügen werde. Das gesamte Gewerbe werde mit der Tatsache zu rechnen haben, daß es im Interesse der Allgemeinheit bei erhöhten Speisen neue Lasten tragen müsse.

Herr Ludwig Riedl vom Café de l'Europe bemerkt, daß der Besuch unbedeutend nachgelassen habe. Das Publikum sei zwischen 4 und 7 Uhr an die Melange zu sehr gewöhnt, um sich sofort in die neue Einrichtung hineinzufinden. Eine genaue Uebersicht werde erst der Besuch am Sonntag- oder Feiertagnachmittag gewähren.

Cafetier J. Herz („Marienbrüde“): Der Besuch am gestrigen Nachmittag war wohl nicht schwächer als sonst, allein das Ergebnis blieb stark hinter dem üblichen Verbrauch zurück. Schon jetzt kann ich feststellen, daß Frauen wieder zu den „Kaffeehäuschen“ im eigenen Heim zurückzukehren beabsichtigen und dies bedeutet für das Kaffeehaus, das auch für den Besuch von Familien eingerichtet ist, eine starke Einbuße.

Der Inhaber des Café Bründel, Herr Marosi, äußerte sich dahin, daß die neue Verordnung den Kaffeehausbesitzern neue Schwierigkeiten bereite, die durch die bevorstehende Einschränkung der Zubereitung von Backware noch vermehrt werden dürfte. Die belegten Brote, die als Ersatz in Betracht kämen, stellten sich bei der allgemeinen Teuerung viel zu hoch und würden sich kaum zur Saufenzeit einbürgern.

Herr Philipp Herzog vom Café „Edison“ betont, der Rückgang im Konsum macht sich in den späteren Nachmittagsstunden um so fühlbarer, als dies die eigentliche Saufenzeit sei. Es sei auch zu besorgen, daß der größere Verbrauch von Zitronen für die Händler ein Signal für neuerliche Preissteigerungen sein werde.

Die in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung der Kaffeehausbesitzer gewählte Vertretung beabsichtigt, dem Statthalter das Ersuchen vorzulegen, den Verbrauch an Milch in sämtlichen Kaffeehäusern Wiens zu kontingentieren und den Verbrauch von kondensierter Milch wieder freizugeben. Die Kontingentierung soll, ähnlich wie der Bierkonsum im Gastwirtegewerbe, bis zur Hälfte des bisherigen Monatsverbrauches bestimmt werden.

29. XII. 1915

Der gestrichene Jausentaffee.

Wer das dem Wiener noch vor einem Jahre gesagt hätte, als die Brot- und Gebäcknot schon Maßnahmen erwarten ließ, welche geeignet erschienen, auch in die althergebrachte Manipulation mit den mürben Ripferln, Paunzerln, Strizerln, Girasserln u. s. f. die einschneidendste Aenderung hineinzubringen, der hätte die freundliche Ankündigung mit einem bedeutsamen Zeichen auf die Stirne als den souveränen Sitz des Verstandes quittiert bekommen. Nämlich, daß das Wiener Kaffeehaus, von den Wiener Spezialitäten vielleicht die allerpopulärste, zwischen zwei und sieben Uhr nachmittags ohne Unterschied ob an Wochentagen, ob an Sonn- und Feiertagen, einfach aufhört, Kaffeehaus zu sein. Wenigstens führt es in dieser Zeit, in der man im Kaffeehaus alles, nur nicht die gewohnte Jausenmelange, mehr dunkel oder mehr weiß, Schale Gold, Kabuziner, „mit Haut“ — mit Doppel-Schlag, will sagen Schlagobers, hat man sich ja schon wohl oder übel abgewöhnen müssen — den Namen Kaffeehaus zu Unrecht. Man bekommt nämlich heute und täglich bis auf Widerruf im noblen Wiener Kaffeehaus, vom zentralistischen Standpunkt der „Innern Stadt“ aus betrachtet, statt des berühmten Jausentaffees, der das Schlagwort vom Wiener Kaffeehaus zu einer Weltmünze gemacht hat:

1. Ein Glas Tee mit Rum oder Zitronen;
2. Schokolade mit Wasser gekocht;
3. Kakao mit Wasser gekocht;
4. Schokolade mit schwarzem Kaffee gekocht;
5. Kakao mit schwarzem Kaffee gekocht;
6. Kalte Limonade (weil's jetzt so heiß ist);

(5. und 6. Schmecken so gut, daß sie vermutlich als Kriegserinnerungen zurückbleiben werden).

Also alles, nur nicht das, weswegen man in dieser Zeit ins Kaffeehaus zu gehen pflegte, nämlich die Melange, die einem trotz des sehr fremden Fremdwortes so sehr ans Herz gewachsen war und so sehr behagte. „Durchhalten“ muß man ja und der Krieg, der uns nun auch den Jausentaffee gestrichen hat, ist stärker als alle Neigung, Liebhaberei und Angewöhnung. Wenn schon jetzt — das Wiener Kaffeehaus steht seit Montag nach Weihnachten unter dem Zeichen des verbotenen Jausentaffees — eine Vorstellung von den Möglichkeiten und Weiterungen der nicht nur in den Betrieb des Wiener Kaffeehauses, nein, in das Wiener Leben tief eingreifenden Aenderung gewonnen werden soll, so möchte man glauben, daß Viele lieber die gewohnte Besuchsstunde als den gewohnten Kaffee im Kaffeehause aufgeben werden. Das ist so gemeint, daß sie jetzt einfach statt gegen über

fünf Uhr nachmittags, um sieben Uhr abends ins Kaffeehaus kommen werden. Mit einem Szenenwechsel wie ihn kein gewiegter Oberregisseur glatter und geräuschloser herbeiführen kann, werden da auf einmal die düsternsten, holdesten, vertrauensvollsten, blondesten und brünnetesten Melangen nach jedermanns Geschmack und Herzenslust herbeigetragen.

Ohne Scherz stehen wir diesmal bei kleinen Ursachen, die voraussichtlich große Wirkungen haben werden. Die Sitten und Gebräuche der munteren Bevölkerung in der Stadt der Phäaken werden, wenn der Krieg mit seinen kategorischen Imperativen, die in die Alltäglichkeit hineindonnern, nicht bald aufhört, auf dem alles Lebendige und Entwicklungsfähige beherrschenden Wege der Anpassung ganz wesentlich alteriert werden. So ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Leute sich den gewohnten Jausentaffee im Wiener Kaffeehause dermalen und auf weiteres in der Weise „abgewöhnen“ werden, daß sie ihn einfach von sieben Uhr abends an mit einem etwas kräftigeren Zubiß, von einem Butterbrot aufwärts, zu sich nehmen und dann, in die interessante Lektüre vertieft, auf das Nachtmahl ganz vergessen werden. Am nächsten Morgen werden sie, mit dem unwahrscheinlich vielen Geld in der Börse, zu ihrer angenehmen Ueberraschung erkennen, daß es auch so geht und werden noch den Krieg als Erzieher loben, der sie, im Zusammenhang mit dem gestrichenen Jausentaffee, das nicht minder notwendige Sparen lehrt. Fürwahr: Kleine Ursachen, große Wirkungen! Und endlich hätten die Recht, die ihre gesammelten Wahrnehmungen und Erfahrungen zusammenfassend, zu äußern bekommen: Man sieht den Krieg in Wien wenig — dafür spürt man ihn um so mehr.

Ein „Speisehaus“ für Wien.

Ein Vorschlag des Hofkochs Gampel.

Nunmehr liegt die angekündigte Broschüre des emeritierten Hofkochs Friedrich Gampel vor; sie stellt sich als eine zeitgemäße Reiseschilderung eines Fachmannes dar, der die praktischen Folgerungen für wichtige Fragen

der Kriegsapproviantierung zu ziehen weiß. In den Abschnitten „Gasthauspreise in Dresden und Leipzig“, „Küchenbetrieb in Berlin bei Wächinger & Kempinsky“, „Die Gisthütte in Nürnberg“, „Die Regensburger Würstliche“ und „München“ schildert der Autor die Verhältnisse in Deutschland. Das Kapitel „Wiener Küche“ beschäftigt sich mit unseren Verhältnissen, er stellt hierin die Errichtung eines sogenannten „Neuen Speisehauses“ für Wien zur Diskussion.

Ueber die Wiener Küche führt der Autor aus: „Wir wollen nun unserer lieben Wiener Küche, die sich durch ihre Güte die Sympathien der ganzen Welt errungen hat, einige Worte widmen. Es muß leider gesagt werden, daß sie eben im Begriffe ist, von ihrem alten Ruf einzubüßen, denn im Verhältnis, wie die Nahrungsmittelpreise steigen, so fällt ihre Güte. Es sind eben alle jene Zutaten, wie Butter, Eier, Gewürze usw., die für einen guten Geschmack der Gerichte unerlässlich sind, schon für mittlere Stände und selbst für bessere Wirte fast unerschwinglich.“

Der zu nichts führenden, bloßen Aufzählung unangenehmer Verhältnisse, die der Arbeit eines Sisyphos gleichen würde, sei es deshalb genug! Erregt man sich vielmehr mutig (wie man sagt) den Stier bei den Hörnern, das heißt die Gelegenheit, suchen wir Abhilfe zu schaffen! Es handelt sich hierbei um die Idee, in Wien ein sogenanntes „Neues Speisehaus“ zu gründen — eine Art öffentlicher Menageliche nach dem Vorbild der sich bereits trefflich bewährenden, geschlossenen Hof- und Militärmenagen, der zahlreichen Filialen Wächingers in Berlin, wie es auch in Paris eine derartige Einrichtung geben soll, und das unsere Wiener Architekten und Baukünstler vor neue, anregende Aufgaben stellen würde. Die Hauptgrundzüge sollten sein: Vereinfachter, rationeller Wirtschaftsbetrieb unter Leitung von Festangestellten. Einschränkung der Fleischspeisen zugunsten der Gemüse-, Mehl- und Milchspeisen, der Süßenspeisen sowie Weisagen, die in größeren als bisher üblichen Portionen (in besonderen Schalen) zu verabreichen wären. Ausfall des Getränkezwanges. Trinkgeldverbot. Einheitliche Speisekarte (Mittagstisch mit bestimmten Stunden). Die Speisepreise sollen billig ohne Regierzuschlag berechnet werden, und zwar nach den zeitweiligen Marktpreisen. Die Ueberkleider wären vor Eintritt abzulegen und in einem besonderen Kleiderraum ohne Gebühr abzugeben. Zahlungen gegen Schein beim Ausgange an der Kasse. Der Besuch des Hauses ist nur mit bezahlten Eintrittscheinen gestattet, die im Vorhinein blockweise zu erhalten wären. Die dafür eingehenden Beträge gehören zur Deckung der laufenden Betriebsauslagen, könnten fallweise erhöht, beziehungsweise ermäßigt werden. Die Ausstattung der Speisensäle sei hygienisch, einfach, doch zweckdienlich. Bestenfalls Brotkorb und andere Eckbeihelfe beständen sich, um die Bedienung zu erleichtern, in der Mitte jeder Tafel in einem besonderen Behälter. Das Personal wäre durch Leistung einer entsprechenden Sicherstellung zur genauesten Dienstleistung verpflichtet. Ein sich ergebender Reingewinn wäre zur Verbesserung der Küche, zur Ausbesserung des Unternehmens und zu Jahresgeschenken an das Personal zu verwenden.

Dies wären nur einige grundsätzliche, in Vorschlag gebrachte Punkte. Obige Neuart eines Küchenbetriebes wäre vielleicht geeignet, einen solchen klaglos zu führen, beziehungsweise zu kontrollieren und damit den berechtigten und dringendsten Ansprüchen der Bevölkerung entgegenkommen zu können, ohne dabei den Gastwirten, die sicher jetzt auch nicht auf Rosen gebettet sind, Schaden zu müssen.

30. / XII. 1915

108

— ausständiges Geld für unser Hotelgewerbe ?
 Der Wiener Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr teilt uns mit: Die Regierung hat für Hotels, die für den internationalen Fremdenverkehr von hervorragender Bedeutung und durch den Ausfall des Verkehrs in besonders harter Weise in Mitleidenschaft gezogen worden sind, eine Sanierungsaktion eingeleitet, die im wesentlichen darauf hinausgeht, daß der Staat die Haftung für die Verzinsung eines Darlehens durch eine Reihe von Jahren übernimmt, das hinreicht, den Betriebsabgang für die Zeit vom 1. August 1914 bis 1. August 1916 zu decken. Zu diesem Zwecke wird in jedem Kronland eine Kommission gebildet. Der Wiener Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr (Sektion Wien des Landesverbandes), der sich mit dieser Frage befaßt, begrüßt diese Aktion aufs wärmste und ist bereit, Auskünfte zu erteilen. Der Referent kaiserl. Rat Lehr machte auf die in Genf erfolgte amerikanische Gründung einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 125 Millionen Franken aufmerksam, welche die Aufgabe hat, notleidende Hotels aufzukaufen. Es ist klar, daß solche Hotels billig zu haben sein werden und daß dann der ganze Nutzen der später aus diesen Betrieben sich ergibt, nach Amerika wandert. Da Amerika gegenwärtig Geld in Ueberschuß besitzt und das

Interesse hat, dieses Geld in Europa fruchtbringend anzulegen, ist es nicht ausgeschlossen, daß derselbe Vorgang, wie in der Schweiz auch in unseren internationalen Fremdenverkehrsgebieten geübt werden wird. Der Verein hat deshalb das Ministerium für öffentliche Arbeiten ersucht, im Wege der politischen Behörden aufklärend zu wirken, um die Veräußerung solcher für den Fremdenverkehr wichtigen Betriebe an ausländische Konjortien nach Möglichkeit hintanzuhalten.

1./I. 1916

* (Die Wünsche der deutschen Hotelbesitzer.) Der „Internationale Hotelbesitzerverein“ hat im Namen der schwer unter dem Kriege leidenden deutschen Hotelindustrie eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, die sich mit mehreren Anregungen zur Linderung dieses nicht zu übersehenden Notstandes befaßt. Da die allgemeinen Ursachen des Notstandes, der stark verminderte Reiseverkehr und die Teuerung, nicht ohne weiteres behoben werden können, so ersuchen die Hotelbesitzer wenigstens um erleichternde Maßnahmen auf dem Gebiete des Hypothekenwesens und der Kreditgewährung.

2. / 1. 1916

* (Der verbotene Tausenlaffee.) Von der Statthalterei wurde die Wahrnehmung gemacht, daß manche Kaffeehausbesitzer das Verbot, in der Zeit von 2 bis 7 Uhr nachmittags Milch und Milchgetränke zu verabreichen, dadurch zu umgehen trachten, daß sie ihren Gästen das Mitbringen von Milch gestatten. Hierauf wurden die Bezirksbehörden mit dem Beifügen aufmerksam gemacht, daß dieser Vorgang vollkommen unzulässig ist und daß jene Gast- und Schankgewerbetreibenden, die es dulden, daß in ihren Lokalen in den vorerwähnten Stunden Milch oder Milchgetränke genossen werden, sich hiedurch einer Uebertretung schuldig machen und strenge zu bestrafen sind.

5./1. 1916

MM

* **Preiserhöhung im Wiener Rathauskeller.** Aus dem Rathause wird uns mitgeteilt: Im Wiener Rathauskeller wurden mit Rücksicht auf die noch vorhandenen Weinbestände aus früheren Jahren die bisherigen billigen Preise so lange als möglich beibehalten; die außerordentlich starke Nachfrage nach den Schankweinen des Rathauskellers, die in der letzten Zeit einsetzte, hat nun jedoch dazu geführt, daß die Vorräte des Rathauskellers an billigen Schankweinen früherer Jahrgänge rasch fast ganz aufgebraucht wurden. Da die neuangeschafften Weine aber bereits zu Preisen angekauft wurden, die den Absatz dieser Weine zu den bisherigen Schankpreisen unmöglich erscheinen lassen, so ergab sich auch für den Wiener Rathauskeller die Notwendigkeit, ab 1. Jänner mit einer Neuheitssetzung der Preise vorzugehen, wobei der Preis für die billigste Schankweinsorte mit 32 Heller per ein Viertelliter bestimmt und die Weinabgabe neu geregelt wurde.

6. I. 1916

M

* (Der 7 Uhr-Kaffee.) Neben der 7 Uhr-Sperre gibt es jetzt auch einen 7 Uhr-Kaffee, der patriotischer, weil in seiner Materie durchaus traditionell wienerisch, als der notgedrungen importierte 5 Uhr-See ist. Unwienerisch neu, Kaffeehausensationell ist bloß das Vorzeichen seiner Servierstunde, die mit dem Beginn der Theater und Konzerte, mit den Vorbereitungen für das Nachtmahl identisch ist. Sie fällt in die Verdauungszeit der Jause und bietet die Melange als Vorspeise zum Abendessen. Die Wiener Jause bestand bis jetzt für die echten Kaffeehausbesucher aus zwei Gängen: dem Schwarzen nach dem Mittagmahl und dem Kaffee um 5 Uhr nachmittags etwa. Seit sich der Nachmittagskaffee zu einem See verwässerte, ist die Jause vielfach noch üppiger geworden, sie hat um eine Nachtragsabteilung zugenommen. Um den 7 Uhr-Kaffee. Leute, die mit dem Beharrungsvermögen der Wiener Kaffeehausgewohnheiten nicht recht vertraut sind, werden vielleicht meinen, daß der Wiener, der nachmittags See trank, „gejausnet“ hat. Das ist jedoch ein Irrtum. Der Kaffeehausgast hat, so lange er nicht Kaffeeegast ist, das Gefühl, kein Jausengast gewesen zu sein. Und so wartet er, mag er nun, um der Konvention, für seinen Platz zu zahlen, zu genügen, einen See genommen haben oder nicht — auf die wirkliche 7 Uhr-Kaffeejause. Und so gibt es jetzt Leute, die ungeduldig und nervös, mit Kaffeehaussehnsucht in den Straßen herumschlendern, viemal in einer Minute auf die Uhr sehen, 10 Minuten vor Sieben in das Café gehen, zwischen Bureau und Kaffeehaus, ein Opfer des Ausschankverbotes, einen Spaziergang im Regenwetter einschalten. Oder andere, die den ganzen Nachmittag am leeren Tisch sitzen und das höfliche Drängen, die rhetorische Frage des Kellners: „Bitte, schon bestellt?“ mit dem trozigen Protest: „Später!“ ablehnen und in zitteriger Nervosität warten, bis der Zeiger der Kaffeehausuhr Sieben zeigt. Dies ist ein neuer Wiener Mahlzeittermin geworden, und da bei uns das ganze Leben, das private und geschäftliche, durch Mahlzeiten geregelt wird, darf man seine Bedeutung nicht verkennen. Um 7 Uhr, wo sich sonst schon die Tische abendlich, das Nachtmahl vorbereitend, leerten, strömt jetzt aus der Küche neues Kaffeehausleben. Und schon 10 Minuten vorher fühlen die Kellner das Nahen der neuen Betriebsstunde. 10 Minuten vor 7 Uhr wird der Kaffee bestellt, fünf, drei und zwei Minuten vor 7 Uhr urgiert, immer energischer und gereizter, von der Tonkala: „Kann ich vielleicht schon den Kaffee bekommen?“ bis: „Was ist's denn endlich mit meinem Kaffee?“ Um 7 Uhr erhält ihn der Herr am Nebentisch. Er bekommt ihn zuerst, weil ja hoch einer den ersten Kaffee bekommen muß. Die übrigen Gäste aber sagen, er genieße außer dem Kaffee noch Protektion, sind erbittert, als hätte man sie in eine mindere Rangklasse versetzt. Das alte Problem der individuellen Gastrechte im Café wird akut und erst wieder durch allgemeine Kaffeebefriedigung besänftigt. Der Kampf um die Zweiminuten-Protektion ist ein Symbol des Kampfes um uralte Kaffeehausrechte in neuer Zeit. Sie sind so stark, daß selbst der Appetit zur Abendmahlzeit und ihre Stunde dadurch etwas unsicher werden . . . denn der 7 Uhr-Kaffee ist das Jausendessert.

Z. / I. 1916

M3

* (Vom Cafetier Scheidl und den Wiener Kaffeehäusern.) Ein Freund unseres Blattes schreibt uns: „Der Tod des wackeren Kaffeesieders Josef Scheidl bringt gewiß manchem älterem Wiener die Wandlung so recht zum Bewußtsein, welche das Kaffeehaus in Wien seit ungefähr dreißig Jahren in seiner Ausstattung, seinem Betrieb, seinen Darbietungen und seinen Gästen durchgemacht hat. Das Café Scheidl, das aus dem früheren Café Hoffellner und dem noch früheren, vor fünfzig Jahren in der Blütezeit gewesenen Café Wald in dem im Jahre 1884 demolierten Eckhaus in der Kärntnerstraße und Walfischgasse entstand und in dem vom Architekten Ludwig Tischler (1886) vollendeten Neubau eine glänzende Auferstehung feierte, war eines der ersten modernen Kaffeehäuser, zum Unterschied gegen die alten, verhältnismäßig bescheidenen und anspruchslosen Räume. An der Ecke des Neubaus wurde eine alte Steinskulptur, die sich bis 1858 an dem alten abgetragenen Kärntnerort befand und seither im städtischen Materialbehöt aufbewahrt war, wieder angebracht, einen Mann darstellend, der zu einem Fenster hinaussieht. Man hat allen Grund anzunehmen, daß das vom Jahre 1547 stammende Bildwerk den Baumeister des Torres Bonifazius Wohlmuth darstellt; er hieß aber nur der „Fenstergucker“, und dieser Name wurde nun seit fast dreißig Jahren auf das Haus und das Kaffeehaus übertragen. Das vorher daselbst bestandene Gebäude hatte, eine Merkwürdigkeit für ein altes Wiener Stadthaus, kein Schild, während schon das Nachbarhaus gegen den Stephansplatz „zum Weißen Elefanten“ hieß und ober dem Portal eine zierliche Kartusche mit einem Elefanten zeigte, und das anstoßende Haus in der Walfischgasse der „Allensburgerhof“ genannt war, da er einmal dem Kloster in Altenburg gehörte. Nun sind die beiden Häuser „namenlos“ und das durch Jahrhunderte „anonym“, bloß als Konfektionsnummer 1019 bestandene Eckhaus hat seit drei Dezennien ein schönes, altes Wahrzeichen und einen populären Namen. Das wenn auch nicht im selben Hause, doch an derselben Stelle befindliche Kaffeehaus besteht jedenfalls über ein halbes Jahrhundert, und das ist eine verhältnismäßig lange Zeit, denn schon das erste Kaffeehaus in Wien, das Kolschitzky im Jahre 1684 im heutigen Hause Domgasse Nr. 6 gründete, übersiedelte bald „zur Blauen Flasche“, Ecke des Stephansplatzes und der Goldschmiedgasse. Im Jahre 1829 erschien ein „Allgemeines Kaffeebüchlein“, Taschenbuch für Freunde und Feinde, Widersacher und Gegner des Kaffees, von O. Fergar, wahrscheinlich ein Pseudonym für Franz Gräffer. In diesem Büchlein sind in der alten Innern Stadt einunddreißig Kaffeehäuser angeführt, und davon bestehen heute nur mehr zwei im selben Hause: das alte Café Nikola in der Färbergasse und das Café Dänisch, heute Frauenhuber, in der Himmelstortgasse. Alle andern, wie das in ganz Europa literarisch bekannte „Café Neuner“, sind entweder ganz verschwunden oder in andern Häusern. Dafür ist die Zahl der Kaffeehäuser in der Innern Stadt allein von vier im Jahre 1700 und elf im Jahre 1747 schon 1829 auf einunddreißig gestiegen gewesen. Freilich denken nicht einmal die ältesten Wiener an das letztgenannte Jahr zurück, aber wenn man sich nur des Cafés im alten Eckhaus der Kärntnerstraße, des Café Oriensteidl, des Café Schrangl und vieler andrer erinnert, so muß man zugeben, daß zwischen dem Café von einst und jetzt ein himmelhoher Unterschied besteht.“

Die Kaffeesieder und die Milchfrage.

Der Aktion der Wiener Kaffeesieder in der Milchfrage wird, wie Obmann Bezirksrat Ador der Kaffeesiedervereinigung mitteilt, nunmehr in der Richtung fortgesetzt, daß Daten über die Milchversorgung der Kaffeehäuser gesammelt werden, die dem gestellten Ansuchen um Kontingentierung des Gesamtbedarfes als Grundlage dienen sollen. Es soll nachgewiesen werden, daß bei einer Kontingentierung in der Höhe von 50 Prozent des früheren Bedarfes unter Hinzufügung des lediglich von auswärts bezogenen Kondensmilchquantums ein Resultat zu erwarten wäre, das genau jenem entspricht, das durch die derzeitige Regelung seit 27. Dezember erzielt wurde. Das Ergebnis wäre aber für die Kaffeehäuser unter Beobachtung größtmöglicher Sparsamkeit mit Milch insofern vorteilhafter, als der Betrieb wieder ein ausgeglichener werden könnte, ohne daß die dem allgemeinen Konsum zur Verfügung stehende Quantität beeinträchtigt würde. Maßgebend für die fortgesetzten Schritte ist unter anderem auch der Umstand, daß die Betriebe der Ausflugsorte in der Umgebung, die auch im Winter stark besucht sind, von der Verabreichung des Kaffees ungemein abhängig sind. Die Kon-

tingentierung wird in der Weise angestrebt, wie sie beispielsweise beim Vierkontingent der Brauereien schon besteht. Die Kontrolle wäre dadurch erleichtert, daß auch schon bisher der Bedarf der Kaffeehäuser ausschließlich von den großen Molkereien bezogen wurde.

Das Verbot des Hauskaffees.

In Wien gibt es außer den fast unzähligen Kaffeehäusern, die den ganzen Tag über bis spät in die Nacht hinein — soweit die amtlich festgelegte Sperrstunde reicht — geöffnet haben, drei Etablissements, die zeitweise völlig geschlossen bleiben oder während des Tages nur wenige Stunden offen sind und Getränkeauschank haben. Es sind dies: das Volksgarten-Café-Restaurant, das Türkenschanzpark-Café und der Kursalon. Von diesen drei Lokalen ist der Kursalon derzeit geschlossen, das Türkenschanzpark-Café und das Volksgarten-Café-Restaurant geöffnet. In dem letztgenannten Café finden die bekannten Hauskonzerte statt. Während die übrigen Wiener Kaffeehäuser nun durch das neue Milchgetränkeauschankverbot nur insofern getroffen sind, als sie in den fünf Stunden von 2 bis 7 Uhr den Milchgetränkeauschank unterlassen müssen, während sie in der übrigen Zeit ihr Geschäft normal abwickeln können, ist es den erwähnten Etablissements unmöglich, sich irgendwie schadlos zu halten, da sie eben nur in der Hauszeit geöffnet haben. Dies gilt in erster Linie vom Volksgarten-Café. Dort finden die Hauskonzerte jetzt bei Tee statt, denn während der Konzertzeit gilt das Hauskaffeeverbot. Dem Türkenschanzpark-Café geht es nicht besser. Diese Etablissements mühten jetzt eben völlig von ihrer früheren Bestimmung des „Hauskaffee-Etablissements“ abgehen. Obwohl das Anhören eines Konzerts am Nachmittag im Grunde als Luxus gelten kann und die Gäste daher das Teetrinken an Stelle des Kaffeegenusses wohl am leichtesten hinnehmen sollten, hat sich doch in den Lokalen ein Rückgang der Frequenz fühlbar gemacht. Einer der Cafetiers hat eine Eingabe an die Statthalterei wegen Freigabe des Milchauschankes zur Hauszeit gemacht, die aber abgewiesen wurde. Und so müssen den die Gäste das Kaffeekonzert weiterhin bei Tee anhören. — Um ihren langjährigen Stammgästen den verbotenen Hauskaffee trotz strenger Verordnungen nicht versagen zu müssen, haben jetzt einzelne Kaffeebieder den Hauskaffee mit vegetabilischem Milcheratz erfunden und zur Einführung gebracht. Auf einer kleinen Tafel, die im Kaffeehaus nahe der Kasse angebracht ist, liest man: „Von 2 bis 7 Uhr Kaffee mit vegetabilisiertem Milcheratz.“ Statt mit frischer Kuhmilch oder kondensierter Milch, wird der Hauskaffee mit einer Mandelmilchmischung serviert. Der Kaffee ist so wie der gewöhnliche Hauskaffee gesüßt, nur hat er einen ganz leisen Mandelgeschmack, der aber eigentlich ganz angenehm empfunden

wird. Da mit der bekannten Hausverordnung nur die Kuhmilch, nicht aber die aus Pflanzenprodukten gewonnene Milch zum Hauskaffee in den Kaffeehäusern verboten wurde, wird dieser Ausweg, auf den Hauskaffee nicht verzichten zu müssen, von vielen Gästen freudig begrüßt.

* (Die Kaffeeschänker beim Statthalter.) Eine Deputation der Kaffeeschänkerergenossenschaft unter Führung ihres Vorstehers Vinzenz P r i m e r sprach gestern beim Statthalter Freiherrn von P l e h l e b e n vor und überreichte ihm eine Denkschrift, in der um Aufhebung der Statthaltereiverordnung vom 16. Dezember und um Kontingentierung der Milch gebeten wird. Die Deputation wurde vom Statthalter an den Referenten Hofrat K e l l e r gewiesen, der der Deputation erklärte, daß er zunächst das Ergebnis der Milchartenaktion, welche im Februar in Kraft tritt, abwarten müsse. Sobald das Auslangen mit Milch gesichert sei, werde die Verordnung aufgehoben werden. Die weitere Bitte um baldige Erledigung der Ansuchen um die in der Verordnung angeführte Begünstigung, daß in den Nachmittagsstunden nur von 3 bis 6 Uhr in den Volkskaffees kein Milchkaffee verabreicht werden dürfe wurde von Hofrat K e l l e r zugesagt.

*** Aus der Genossenschaft der Kaffeesieder.** In der jüngst stattgehabten Vorstandssitzung der Genossenschaft der Kaffeesieder in Wien wurde unter Hinweis auf die schwierige Lage des Kaffeesiedergewerbes die durch die gleiche Sperrstunde mit den Gastwirtengewerben einerseits und durch die Milcheinschränkung andererseits hervorgerufen wurde, beschlossen, eine Eingabe an sämtliche Hausherrnvereine zu richten, worin nach Zugrundelegung der tatsächlichen Verhältnisse das Ersuchen gestellt werden soll, daß auf die **H a u s h e r r e n** eingewirkt werden möge, daß jene Mitglieder der Wiener Kaffeesiedergenossenschaft, die besonders hart durch die vorgenannte behördliche Verfügung getroffen wurden, ein **E n t g e g e n k o m m e n** in der **E n t r i c h t u n g** der hohen Mietzinse gezeigt werden wolle. Es wurde insbesondere hervorbehothen, daß der Verein der Hausbesitzer des 1. Bezirkes bereits sich mit der derzeitigen schwierigen Lage des Kaffeesiedergewerbes in einer Versammlung befaßt hat und in richtiger Erwägung der vorgebrachten Tatsachen dem Kaffeesiedergewerbe in der Sperrstunde wie in der Milchfrage die volle Unterstützung zugesagt wurde, wobei man betonte, daß ja die Hausherrn als Vermieter ein großes Interesse haben müssen, die Lebensexistenz ihrer größten Mieter gesichert zu wissen.

15. / I. 1916

15
M8**Protest gegen die Wegabsperrrungen.**

Gestern abends fand im großen Saale des Hotels Monopol eine überaus zahlreich besuchte Versammlung statt, die von dem Präsidium des Oesterreichischen Touristenklubs im Verein mit anderen alpinen Vereinen einberufen wurde. Sowohl der Deutsche und Oesterreichische Alpenverein als auch die übrigen alpinen Vereine hatten Vertreter entsendet. In Vertretung des Bürgermeisters und der Gemeinde Wien war Gemeinderat Dr. Klogberg erschienen, ferner sah man den Vertreter des niederösterreichischen Landesauschusses Dr. Deutschmann und den Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Steinwender. Der Obmann der Sektion Meidling des Alpenvereins Dr. Gianoni erstattete ein Referat über die Wegabsperrrungen, woran sich eine längere Debatte knüpfte. Hierauf wurde ein Entschließungsantrag gestellt, in dem die Aufmerksamkeit der öffentlichen Faktoren auf die Uebelstände der Absperrrungen gelenkt wird, mit der Bitte, für entsprechenden Schutz und wirksame Abhilfe Sorge zu tragen. Insbesondere wird gebeten, während des Kriegszustandes Veränderungen im Hinterlande, die den Verlust von Natur Schönheiten und Beeinträchtigungen des bisherigen Zustandes der freien Naturbenützung und der Wegfreiheit in sich schließen, nicht zu dulden, insbesondere durch kaiserliche Verordnung alle Wegabsperrrungen, die seit Juli 1914 vorgenommen worden sind, als ungültig zu erklären und die Absperrrungen und Verbotserlässe zu beseitigen, die zur öffentlichen Verwaltung berufenen Behörden und Organe anzuweisen, alle ihnen gesetzlich zu Gebote stehenden Mittel und Wege zum Schutze der Interessen der Bevölkerung zur Anwendung zu bringen, die in dieser Beziehung bestehenden Vorschriften zu überprüfen und, insoweit sich diese als unzureichend erweisen, die erforderlichen Schritte zu einer gründlichen Reform auf diesem Gebiete einzuleiten, und endlich die erwähnten Vorkehrungen auch in Bezug auf die Erhaltung und den Schutz von Naturdenkmälern zur Anwendung zu bringen. In der Resolution heißt es dann: „Ausgehend von diesen allgemeinen Gesichtspunkten erblickt die Versammlung auch in der im Jahre 1915 vollzogenen Absperrrung des Aussichtsplatzes ‚Franz Josef-Gähe‘ der öffentlichen ‚Alexandrowitsch-Anlagen‘ in Baden nicht nur eine Gefährdung dieses besonders hervorragenden Naturdenkmals, sondern auch einen Eingriff in die bis dahin seit Menschengedenken bestandene freie und ungehinderte Benützung dieser Natur Schönheiten durch die Bevölkerung, dem aus öffentlichen Rücksichten entgegengetreten werden muß. Die zur Wahrung dieser geforderten öffentlichen Interessen berufenen Faktoren werden hiermit um entsprechende Hilfe und Wiederherstellung sowie Sicherung des früheren Zustandes ersucht.“ Diese einstimmig angenommene Resolution wird sowohl der Gemeinde Wien, wie den verschiedenen Ministerien und der Statthalterei samt dem Referat des Dr. Gianoni mitgeteilt werden.

Begefreiheit und Naturschutz.

Eine Rundgebung der Touristen.

Seit einigen Jahren schon bildete die Ab-sperrung einzelner Alpengebiete den Gegenstand eingehender Erörterungen in den Touristenkreisen und in den Organen der Touristenvereine. Man erinnert sich noch des Aufsehens, das die angeordnete Ab-sperrung eines Teiles des Glodnergebietes, dann einzelner Aufstiege zum Hochkönig machte. Es wurden von den alpinen Vereinen damals An-forderungen gemacht, die Aufhebung oder Hintan-haltung solcher Verbote zu erwirken, zum Teil mit Er-folg. Aber immer wieder wurden von Jagdherrn und andern Grundbesitzern in den Alpengegenden Wege dem freien Verkehr entzogen. Diese Verhältnisse gaben den größeren alpinen Vereinen Veranlassung, sich neuerdings wieder eingehend mit der Frage der Begefreiheit in den Alpen zu beschäftigen, und dies führte dazu, daß in der am letzten Freitag abend stattgehabten Versammlung des Oesterreichi-schen Touristenklubs im Einvernehmen mit dem Deutschen und Oesterreichischen Alpenverein die für die Touristik so wichtige Angelegenheit zur Diskussion gestellt wurde.

Zu der im Saale des Hotel Monopol in der Mariahilferstraße abgehaltenen Versammlung waren außer den Mitgliedern des Präsidiums und des Aus-schusses des Oesterreichischen Touristenklubs mit dem Präsidenten Direktor Franz Eduard Marras und seinem Stellvertreter kaiserlichen Rat Gustav Hofnig auch Vertreter von Behörden und Körper-schaften, ferner Vertreter vieler Touristenvereine und alpinen Gesellschaften erschienen. In dem dicht-gefüllten Saale bemerkte man die Reichsratsabge-ordneten Dr. Otto Steinwender und Kom-merzrat August Denk, in Vertretung des Bürger-meisters Dr. Weiskirchner und der Stadt Wien Ge-meinderat Dr. Emmerich Rößberg, für den niederösterreichischen Landesauschuss Landessekretär Dr. Deutschmann, für den Heimatschutzverband die Herren Oberlandesrat Dr. Rostersih, Sektionschef Dr. v. Bed, Professor Dr. Wilhelm Figgdor und Konsulent Dr. Giannoni, für den Deutschen und Oesterreichischen Alpenverein fast den gesamten Hauptauschuss mit den Herren Sektions-chef Dr. Grienberger, Regierungsrat Doktor Donnbauer, Raffe und Mathies, für den Oesterreichischen Alpenklub die Herren Präsident Hans Biendl, Vizepräsident Weiß und Schrift-führer Brischner, für den Oesterreichischen Gebirgs-verein Dömann Terzer, für die „Naturfreunde“ Präsident Rohrauer; ferner hatten sich Ver-tretungen nachbenannter Vereinigungen, alpiner Gesellschaften und Sektionsverbände eingefunden: Verein für Landeskunde, Sektion „Aufstieg“, die alpinen Gesellschaften Waldbegger, Reistaler, Rient-aler, Wetterkogler, Ennseder, Holznecht, Her-mannskogler, Stoanwandler, Boistaler, Holznecht, Alpen-freunde, Stuhlecker, Hbbstaler, Amateurphoto-graphen, Raxgmoa, die Sektionen Baden, Triesting-tal, Mosternenburg, Schwefat, Dresden und Am-rauschgmoa des Oesterreichischen Touristenklubs und verschiedene andre.

Ansprache des Präsidenten.

Der Präsident des Klubs Direktor Marras begrüßte die Erschienenen mit herzlichen Worten und gedachte auch der im Felde stehenden Mitglieder der Touristenvereine. Zum Gegenstand der Be-sprechung übergehend, erklärte er, daß die An-gelegenheit der Begefreiheit und des Naturschutzes nicht nur für die Touristen, sondern auch für alle diejenigen von größter Wichtigkeit sei, die ihr Vater-land lieben und es stark und kräftig wissen wollen. Auch in der gegenwärtigen ernsten Zeit verliere die Frage nichts von ihrer Bedeutung, sondern gehöre mit zu den Gegenständen, die im Interesse einer schaffensfreudigen Zukunft gelöst werden müssen. Die

Touristenvereine richten ihre Beschwerden ohne Leidenschaftlichkeit, aber mit unabänderlicher Entschlossenheit gegen die unberechtigten Eingriffe und Ver-suche, das Begerecht in den Alpen einzuschränken. In diesem Bestreben habe sich der Oesterreichische Touristenklub und mit ihm der Deutsche und Oester-reichische Alpenverein sowie alle andern Vereine geeinigt zu gemeinsamem Vorgehen. Auch an die Ehrenmitglieder, die als Großgrundbesitzer an der Angelegenheit ein besonderes Interesse haben, hat sich der Oesterreichische Touristenklub um Unter-stützung gewendet, so an den regierenden Fürsten Johann von und zu Liechtenstein, Grafen Hans Wilczek, Grafen Hohos und Grafen Meran. Von Graf Wilczek ist ein Schreiben eingelangt, in dem er sein Fernbleiben von der Versammlung mit Unwohlsein entschuldigt und erklärt, der Aktion für Begefreiheit und Naturschutz zuzustimmen. (Großer Beifall.)

Die Forderungen der Begefreiheit.

Sodann erstattete der Konsulent im Arbeits-ministerium und Generalsekretär des Oesterreichischen Heimatschutzverbandes Dr. Karl Giannoni den Bericht zur Tagesordnung und brachte auch mehrere bereits spruchreife Fälle vor, in welchen Ein-schränkungen der Begefreiheit seitens der Privat-grundbesitzer festgestellt werden konnten. Der Bericht-ersteller begründete zunächst das öffentliche Interesse an der Angelegenheit, indem er auf die Bewegung für den Heimatschutz und Naturschutz hinwies. In der Hintanhaltung aller Vernehrung der freien Natur begegnet sich der organisierte Naturschutz mit dem organisierten Bergwanderertum, das stets gegen das Wildlingswesen eingeschritten ist. Auch die be-gründeten Rechte der Grundbesitzer und Jagdherrn sollen nicht betroffen werden, und die einsichtige Grundbesitzer und Jagdherrn würdigen diesen Standpunkt. Aber wiederholt haben sich Verstöße seitens der Privatbesitzer ereignet, die nicht gleich-gültig für die Öffentlichkeit bleiben dürfen. Der Redner führte sodann mehrere Fälle solcher Eingriffe in die Begefreiheit an. In Baden wurden die als bestehende Touristenwege bekannten schönen Alexander-muschelanlagen abgesperrt und damit der Weg zur Franz Josef-Höhe, die einen herrlichen Ausblick auch minder geübten Touristen bietet. Seit 1914 Privat-eigentum, erfolgte die Ab-sperrung unter Verletzung der seit 1807 gewährleisteten Begefreiheit. — Zwischen dem oberen Gailtal und oberen Drautal wurde über den Ochsenfluchweg die Ab-sperrung vorgenommen, mußte aber nach Entscheidung des Vermaltungs-gerichtshofes aufgehoben werden. — Am Lunzer See wurde das Seeufer abgesperrt. — Am Groß-glockner wurde eine Ab-sperrung versucht. — Ja sogar auf der Raxalpe wollte der Besitzer einen Anerkennungszins für 25 Wege einheben, die zum Teil mehr als 60 Jahre begangen werden, um die Ab-sperrung einzuleiten.

Durch die Duldung solcher Vorkommnisse könnte der Fall eintreten, daß Verkehrswege weggenommen werden und eine Entwertung des Bodens der An-rainer eintreten könnte, wenn Private sich eine solche Praxis aneignen dürfen. In dem Vorgehen gegen solche Anmaßungen vertreten die Touristenvereine die öffentlichen Interessen, schützen die Natur, nützen der Volkswirtschaft, fördern den Fremdenverkehr und retten die Existenz vieler Ortschaften, die gefährdet sind. Der Redner wies nachdrücklich auf das syste-matische „Bauernlegen“ hin, das durch die Ab-sperrungen gefördert wird. Nach den Erfahrungen des Krieges ist aber das Auftreten gegen solche Systeme nicht allein Ansichtssache, sondern einfach Gewissens-pflicht, und der Staat, der kräftig sein will, muß, wenn ihm versagt wird, was er braucht, es sich mit starker Hand nehmen. In einem Lande, in welchem Viehzucht und Viehfutter eine so große Bedeutung haben, dürfen private Wegabsperrungen, die in Kommissationen enden, nicht geduldet werden. Der Referent besprach auch die Leistungen der

Touristen im Kriege und betonte nachdrücklich, daß die Touristik ihre Tüchtigkeit erwiesen habe. Sie sei ein Volkserziehungsmittel, das der Staat fördern müsse, auch wenn das Vergnügen einiger Privater darunter leide. Eine gründliche Verbesserung der Landesgesetze könne in dieser Hinsicht Abhilfe schaffen; in Kärnten sei der Versuch bereits unternommen worden. Der Redner wendete sich am Schlusse seiner mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen auch gegen die plamäßige Zerstörungswut von Naturschönheiten durch zwecklose Projekte.

Die Debatte.

Zu der Diskussion gab zunächst Gemeinderat Dr. Klossberg die Erklärung ab, daß er beauftragt sei, im Namen der Stadt Wien die Unterstützung der Touristenvereine in der Angelegenheit der Wegefreiheit zuzusagen. Er persönlich erinnere an seine Aktionen bei dem Versuch, die

Matrafälle abzusperrern, und an seine vielfachen Interventionen als einziger Präsident und derzeitiger Alterspräsident des Oesterreichischen Touristenflubs.

Abgeordneter Dr. Steinwender trat für eine energische Haltung der beteiligten Vereine in der Angelegenheit ein. Man müsse ein Umschwenken vorbereiten, das ein künftiger Reichsrat genehmigen müsse. Die Gefahr liege nahe, daß viele in der Kriegszeit reich gewordene Personen Jagdgründe erwerben wollen, nicht um selbst zu jagen, sondern um zu jagen „einzuladen“. (Heiligkeit.) Hier rechtzeitig gegen neue Absperrungsversuche Vorkehrungen zu treffen, sei Pflicht aller Menschen, die gerecht denken und die freie Natur schätzen, aller Behörden und der Gesetzgebung. (Beifall.)

Herr K. W. Pastner verwies auf eine von Hofrat v. Philippovich erschienene Schrift über die Verpachtung der Alpenwege als Jagdgründe. Nach dem Gesetz vom Jahre 1888 soll für den Schutz der Gemeindegüter die Landesverwaltung sorgen. Aufgabe der Landesverwaltung müsse es sein, die Kriegszeit zu benutzen, um jene Jagdgebiete, die Almen abschließen, auch mit Zwang zu enteignen und die Ansiedlung von Viehzucht treibenden Bauern in der Nähe zu unterstehen.

Sektionschef Dr. Grienberger besprach zunächst die Vorkommnisse anlässlich der verfruchteten Absperrung des Großglockners. Damals wurde der Versuch abgewehrt, weil die Vereine es ablehnten, auf Vorschläge einzugehen, deren Absicht es war, alte, erworbene Rechte zu umgehen. Der Redner machte dann unter großem Beifall der Versammlung die Mitteilung, daß ihm die Nachricht zugekommen sei, die Wege im Blühnbachtal seien unter Einhaltung gewisser Bestimmungen wieder freigegeben. Das Uebereinkommen liege zwar noch nicht im Wortlaute vor, aber sicher sei, daß das Wohlwollen des Monarchen für die Touristik für die Haltung der kaiserlichen Güterdirektion bestimmend gewesen sei. (Heilrufe.)

Sektionschef Ritter v. Wed besprach die juristische Seite der Angelegenheit. Es müssen die Großgemeinden mit den Touristenvereinen Hand in Hand gehen, und wenn das allgemeine Beste es verlangt, müsse das Privateigentum selbst in seinen Rechten zurücktreten. Wenn auch der Begriff vom „allgemeinen Beste“ ein relativer sei, so gehören der Naturschutz und der Schutz der Heimat jedenfalls zu allen Zeiten und unter allen Verhältnissen dazu.

Oberlandesrat Kosterlich trat ebenfalls für die entschiedenste Wahrung der Wegerechte ein und beantragte eine Entschliebung, die allen Ministerien, der Staatshalterei und dem Landesauschuß und dem Bürgermeister bekanntgegeben werden soll, ebenso wie den in Betracht kommenden Unterbehörden.

Hierauf verlas Präsident Matras folgende Resolution:

Entschliebung.

Zu der Erwägung, daß die Erhaltung der Zugänglichkeit der freien Natur sowie der Genuß der Naturschönheit unseres Vaterlandes ein wesentliches Mittel zur Bewahrung und Förderung der körperlichen und geistigen Gesundheit und hiemit auch der Wehrkraft unsrer Bevölkerung bilden, die Ausübung dieser Betätigung daher — selbstverständlich unter Wahrung der aus öffentlichen Rücksichten oder im Interesse der wirtschaftlichen Ausnützung von Grund und Boden gezogenen Grenzen — ein natürliches Recht der Bevölkerung und jede Beeinträchtigung dieser Rechte eine Schädigung des allgemeinen Wohles namentlich auch des volkswirtschaftlich so maßgebenden Fremdenverkehrs bedeutet, ferner in der Wahrnehmung, daß der bisherige ruhige Besitz und Genuß dieser natürlichen Rechte der Bevölkerung von verschiedenen Seiten und in mannigfachen Richtungen bereits gefährdet wurden und auch künftighin dieser Gefahr ausgesetzt sein könnten endlich in der Erkenntnis, daß zum Schutze dieser öffentlichen Interessen teils die bestehenden Einrichtungen nicht entsprechend verwertet und ausgebildet wurden und daß überhaupt die gesetzliche Grundlage hierfür fehlt, sieht sich die Versammlung veranlaßt, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Faktoren auf diese Uebelstände zu lenken, mit der Bitte, für entsprechenden Schutz und wirksame Abhilfe Sorge zu tragen. Namentlich wird gebeten:

1. Während des Kriegszustandes, in dem ein großer Teil der Bevölkerung an den Grenzen des Vaterlandes zu dessen Verteidigung sein Leben einsetzt und auferkämpft ist, für die Wahrung der Interessen der Bevölkerung in seinem Heimatland einzutreten, Veränderungen im Hinterlande, die den Verlust von Naturschönheiten und Beeinträchtigungen des bisherigen Zustandes der freien Naturbenützung und der Wegfreiheit in sich schließen, nicht zu dulden;

2. die zur öffentlichen Verwaltung berufenen Behörden und Organe anzuweisen, alle ihnen gesetzlich zu Gebote stehenden Mittel und Wege zum Schutze der erwähnten Interessen der Bevölkerung zur Anwendung zu bringen;

3. die in dieser Beziehung bestehenden Vorschriften und Einrichtungen einer Ueberprüfung in bezug auf die Frage der Gewährung eines ausreichenden Schutzes in der erwähnten Richtung zu unterziehen und, insoweit sich dieselben als unzureichend erweisen, die erforderlichen Schritte zu einer gründlichen Reform auf diesem Gebiete, sowohl in bezug auf Kompetenz, Organisation und Verwaltung, als auch in bezug auf eine legislative Regelung einzuleiten und durchzuführen; endlich

4. die erwähnten Vorkehrungen auch in bezug auf die Erhaltung und den Schutz von Naturdenkmälern zur Anwendung zu bringen.

Ausgehend von diesen allgemeinen Gesichtspunkten, erblickt die Versammlung auch in der im Jahre 1915 vollzogenen Absperrung des Aussichtsplatzes „Franz Josefs-Höhe“ der öffentlichen Alexandrowitschanlagen in Baden nicht nur eine Gefährdung dieses besonders hervorragenden Naturdenkmals, sondern auch einen Eingriff in die bis dahin seit Menschengebenden bestanden freie und unbehinderte Benützung dieser Naturschönheit durch die Bevölkerung, dem aus öffentlichen Rücksichten entgegengetreten werden muß. Die zur Wahrung dieser gefährdeten öffentlichen Interessen berufenen Faktoren werden hiemit um entsprechende Abhilfe und Wiederherstellung sowie Sicherung des früheren Zustandes ersucht.

Diese Resolution sowie der Antrag des Vorsitzenden, den Bericht des Generalsekretärs Doktor Giannoni in Druck zu legen und allen Behörden zuzusenden, wurden einstimmig angenommen.

Mit einigen Dankesworten schloß hierauf Präsident Direktor Matras die Versammlung.

Naturschutz und Wegefreiheit.

Eine große Kundgebung aller Touristenvereine. — Unterstützung durch die Gemeinde Wien.

Gegen die in den letzten Jahren immer häufiger werdenden, oft ganz willkürlichen Absperrungen einzelner Alpengebiete wird in Touristenkreisen schon seit geraumer Zeit eine weitgreifende Protestbewegung geführt, die am letzten Freitag in einer diesbezüglichen großen Tagung ihren Ausdruck fand. Die Versammlung, die der Oesterreichische Touristenklub im Einbernehmen mit dem Deutschen und Oesterreichischen Alpenverein einberufen hatte, war von Vertretungen aller größeren alpiner Vereinigungen sowie öffentlichen Körperschaften besetzt, für die Gemeinde Wien war in Vertretung des Bürgermeisters Dr. Weisskirchner Gemeinderat Dr. Emmerich Klobberg, für den niederösterreichischen Landesauschuß Landessekretär Dr. Deutschmann erschienen.

Der Präsident des O. T. K., Direktor Matras, der als erster Redner zu der auf der Tagesordnung stehenden Frage das Wort ergriff, erklärte, daß die Angelegenheit der Wegefreiheit und des Naturschutzes nicht nur für die Touristen, sondern auch für alle diejenigen von größter Wichtigkeit sei, die ihr Vaterland lieben und es stark und kräftig wissen wollen. Die Touristenvereine richten ihre Beschwerden ohne Leidenschaftlichkeit aber mit voller Latkraft gegen die unberechtigten Eingriffe und Verjüche, das Wegerecht in den Alpen einzuschränken.

In Vertretung der Forderungen der Wegefreiheit erstattete dann der Konsulent im Arbeitsministerium und Generalsekretär des Oesterreichischen Heimatschutzverbandes Dr. Karl Giannoni einen Bericht, in dem auf die sich ereignenden Verstöße seitens mancher Privatbesitzer hingewiesen wurde, die eine schwere Schädigung der

Wegefreiheit bedeuten. In Baden wurden die als beliebte Touristenwege bekannten schönen Alexandrowitschanlagen abgesperrt und damit der Weg zur Franz-Josefshöhe, die einen herrlichen Ausblick auch minder geübten Touristen bietet. Seit 1914 Privateigentum, erfolgte die Absperrung unter Verletzung der seit 1807 gewährleisteten Wegefreiheit. — Zwischen dem oberen Gailtal und oberen Drautal wurde über den Döjenschluchtenweg die Absperrung vorgenommen, mußte aber nach Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes aufgehoben werden. — Am Lunzer See wurde das Seeufer abgesperrt. — Am Großglockner wurde eine Absperrung versucht. — Ja sogar auf der Nagalpe wollte der Besitzer einen Anerkennungszins für 25 Wege einheben, die zum Teil mehr als 60 Jahre begangen werden, um die Absperrung einzuleiten. Durch die Duldung solcher Vorkommnisse könnte der Fall eintreten, daß Verkehrswege weggenommen werden und eine Entwertung des Bodens der Anrainer eintreten könnte, wenn Private sich eine solche Praxis aneignen dürfen. In dem Vorgehen gegen solche Annahmungen vertreten die Touristenvereine die öffentlichen Interessen, schützen die Natur, nützen der Volkswirtschaft, fördern den Fremdenverkehr und retten die Existenz vieler Ortschaften, die gefährdet sind.

Namens der Gemeinde Wien sichert hierauf Gemeinderat Dr. Klobberg den Touristenvereinen volle Unterstützung in allen Angelegenheiten der Wegefreiheit zu. Zum Schluß fand nachstehende vom Präsidenten Direktor Matras vorgeschlagene Entschließung einstimmige Annahme:

„In der Erwägung, daß die Erhaltung der Zugänglichkeit der freien Natur sowie der Genuß der Naturschönheit unseres Vaterlandes ein wesentliches Mittel zur Bewahrung und Förderung der körperlichen und geistigen Gesundheit und hiemit auch der Wehrkraft unserer Bevölkerung bilden, die Ausübung dieser Betätigung daher — selbstverständlich unter Wahrung der aus öffentlichen Rücksichten oder im Interesse der wirtschaftlichen Ausnützung von Grund und Boden gezogenen Grenzen — ein natürliches Recht der Bevölkerung und jede Beeinträchtigung dieser Rechte eine Schädigung des allgemeinen Wohles, namentlich auch des volkswirtschaftlich so maßgebenden Fremdenverkehrs bedeutet, ferner in der Wahrnehmung, daß der bisherige ruhige Besitz und Genuß dieser natürlichen Rechte der Bevölkerung von verschiedenen Seiten und in mannigfachen Richtungen bereits gefährdet wurden und auch künftighin dieser Gefahr ausgesetzt sein könnten, endlich in der Erkenntnis, daß zum Schutze dieser öffentlichen Interessen teils die bestehenden Einrichtungen nicht entsprechend vertwertet und ausgebildet wurden, und daß überhaupt die gesetzliche Grundlage hiefür fehlt, steht sich die Versammlung veranlaßt, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Faktoren auf diese Uebelstände zu lenken, mit der Bitte, für entsprechenden Schutz und wirksame Abhilfe Sorge zu tragen.

Diese Entschließung wird in Druck gelegt und allen Behörden zugehen.

Die Brauindustrie und das Gastgewerbe.

Zur Erhöhung des Bierpreises.

Von Direktor Max Gottlieb.

In einem Artikel, den das „Neue Wiener Tagblatt“ in der Abendausgabe vom 22. Dezember 1915 unter dem Titel „Das Wiener Gastgewerbe in Kriegszeit“ veröffentlichte, habe ich die schwierige Lage, in welcher sich das Wiener Gastgewerbe befindet, geschildert. Als eine der wichtigsten Ursachen habe ich die Teuerung aller Bedarfsartikel und insbesondere der Lebensmittel bezeichnet, deren Preise dem Gastwirte keinen Spielraum für die Möglichkeit eines Verdienstes bieten und die überdies sowohl auf den Besuch der Gastwirtschaften als auch auf den Konsum einschränkend wirkt. Selbstverständlich mußte ich hierbei auch von den Getränken sprechen und insbesondere vom Bier. Die Einschränkung der Bierproduktion hat eine Verteuerung herbeigeführt, weil die auf große Produktion eingerichteten Brauereien ihren Betrieb bei der gleich hohen Regie nur zum Teil ausnützen können. Gerste und Malz sind enorm gestiegen, und nunmehr stellt sich heraus, daß die Kriegsgetreidewerksanstalt auch jene verringerten Quantitäten, deren Zuzwendung den Brauereien bewilligt wurde, zu liefern außerstande ist.

Die Einstellung der Gerstelieferungen an die Brauereien hat die Situation derart gestaltet, daß die Regierung dem Ansuchen der Brauereindustriellen, den Bierpreis um 5 S. pro Dekoliter zu erhöhen,

folge gegeben hat. Die Brauereindustrie ist eine der ergiebigsten Steuerquellen, sie beschäftigt in ihren Betrieben viele Tausende von Personen, weshalb eine durchgreifende Reduktion ihrer Betriebe einen großen wirtschaftlichen Nachteil bedeutet. Zwischen dem Gastgewerbe und der Brauindustrie bestehen so innige wirtschaftliche und kommerzielle Beziehungen, daß beide an dem gegenseitigen Gedeihen und an einem einträchtigen Zusammenwirken das vitalste Interesse haben. Die Brauereien müssen naturgemäß großen Wert darauf legen, daß es ihren Kunden gut gehe, daß diese aufnahme- und zahlungsfähig sind und bleiben. Da jede Verteuerung des Bieres eine Einschränkung des Konsums zur Folge hat, die den Erwerb der Wirte ebenso schmälert wie den Absatz der Brauereien, so ist es klar, daß die neueste Verteuerung für beide Teile unangenehm und nachteilig ist, sowohl für die Brauereien als auch für die Wirte, und mit ihnen leidet naturgemäß auch das Publikum. Es ist für die Wirte unmöglich und wäre verlustbringend für sie, im Detailauschank den Preis des Bieres nur um jete 5 S. pro Dekoliter zu erhöhen, den sie den Brauereien nach der neuesten Erhöhung mehr bezahlen müssen. Sie sind vielmehr genötigt, dem Gaste im Detailauschank einen weiteren Aufschlag über das Maß der im großen verfügbaren Preis-erhöhung hinaus einzurechnen. Bergegenwärtigt man sich diese Situation, so ist es klar, daß sowohl die Brauindustrie als auch das Gastgewerbe eine möglichst baldige Ermäßigung der Bierpreise herbeiwünschen müssen; die Brauindustrie deshalb, weil sie nur bei großem Absatz und bei einem guten Geschäftsgang im Gastgewerbe gedeihen kann, das Gastgewerbe, weil der Ertrag des Bierauschankes die einzige Quelle ist, aus welcher das in fast allen Gasthäusern bestehende Küchendefizit gedeckt werden kann. Einen wesentlichen Trost jedoch gewährt die Hoffnung, daß die Teuerung des Bieres nur als eine hoffentlich bald vorübergehende Episode betrachtet werden darf. Sehr wünschenswert wäre es, wenn alle Anstrengungen gemacht würden, um möglichst große Quantitäten von Gerste aus dem Auslande hereinzubringen. In dem Augenblicke, in welchem der Mangel an Gerste behoben wird, ist der Weg offen, um die Bierpreise sofort wieder herabzusetzen.

* (Erhöhung der Weinpreise im Rathauskeller.) Seit 1. d. gelten im Rathauskeller erhöhte Weinpreise. Das „Landesamtsblatt des Erzherzogtums Oesterreich unter der Enns“ verlautbart hierüber folgendes: Die schon seit Jahren bestehenden schwierigen Verhältnisse beim Weinkauf haben durch den Krieg eine Verschärfung erfahren, die dazu führte, daß schon im November 1915 eine Erhöhung der Schankpreise in den Wiener Gastwirtschaften eintrat. Im Wiener Rathauskeller wurden mit Rücksicht auf die noch vorhandenen Weinbestände aus früheren Jahren die bisherigen billigen Preise so lange als möglich beibehalten. Da nun die Vorräte des Rathauskellers an billigen Schankweinen früherer Jahrgänge fast ganz aufgebraucht wurden und die neuangeschafften Weine bereits zu Preisen angelauft wurden, die den Absatz dieser Weine zu den bisherigen Schankpreisen unmöglich erscheinen lassen, ergab sich auch für den Rathauskeller die Notwendigkeit, vom 1. d. an mit einer Neu festsetzung der Preise vorzugehen, wobei der Preis für die billigste Schankweinsorte mit 32 S. für einen Viertelliter bestimmt und die Weinabgabe neu geregelt wurde.

Preissteigerung von Sodawasser und Kracherln.
Mit der Gültigkeit vom 15. d. ist seitens der Genossenschaft der Sodawasserzeuger ein Rundschreiben an die Wiederverkäufer erlassen worden, in dem mitgeteilt wird, daß mit Rücksicht auf die erhöhten Gesteinskosten die Preise sowohl der Liter- als auch der Halbliter-Siphonflaschen und der Kracherlflaschen um je 2 Heller erhöht werden. — Die Sodawasserpreise sind seit Kriegsbeginn wiederholt gestiegen, und die neuerliche Uebernahme der erhöhten Preise auf den Detailabsatz dürfte sich, wie viele Wiederverkäufer erklären, besonders beim Kracherl als unmöglich erweisen, das ohnehin bereits um 20 Heller pro Flasche verkauft wird, nachdem es ehemals nur — 12 Heller kostete und sukzessive im Preise erhöht wurde.

**Speisen- und Getränketarife an den Fenstern
der Gastlokale.**

In der kürzlich abgehaltenen Vorstandssitzung der Kaffeesiedergenossenschaft wurde eine Zuschrift des Magistrats zur Kenntnis gebracht, worin die Kaffeesiedergenossenschaft zur Besprechung über eine demnächst zu erlassende neue Kundmachung eingeladen wird, die be-

stimmen soll, daß die Preise für die ver-
abreichten Speisen und Getränke an den
Fenstern der Lokale ersichtlich angebracht
werden müssen.

Befreiheit.

Vom Abg. Dr. Otto Steintwender.

Der Oesterreichische Touristenklub hat vor kurzem die Vertreter aller alpinen Vereine in Wien, das Gemeinderatspräsidium und einzelne Herren, die sich für Touristik und Fremdenverkehr interessieren, zu einer großen Protestversammlung eingeladen und damit den Feldzug für die bedrohte Freiheit der Berge eröffnet. Man sollte vielleicht glauben, jetzt im Krieg habe man an andres zu denken als darauf, ob man auf die Berge steigen dürfe oder nicht; leider gibt es aber Herren, die gerade die Kriegszeit für besonders passend erachten, um die Berge abzusperren. Jetzt läßt sich die Sache unbemerkt und unwillkürlich abtun, denn die meisten Männer stehen im Felde, und die Zurückgebliebenen haben den Kopf voll Sorgen. Kommt einmal der Friede ins Land, dann ist der Termin für wirksamen Einspruch gegen angemachte Absperrungen versäumt. Darum wird jetzt abgesperrt, und darum muß man sich jetzt die Zeit nehmen, um zu protestieren.

Freilich sollte gerade der Krieg es zum allgemeinen Bewußtsein gebracht haben, welchen Wert die Touristik für die Wehrfähigkeit besitzt. Der häuerliche Rekrut braucht sie nicht, denn er lebt das ganze Jahr in Freiheit und Bewegung, aber der städtische junge Mann braucht sie für Gesundheit, Kraft, Ausdauer und Geschicklichkeit. Nun gibt es aber zum Glück noch nicht allzu viele Herren, die es mit patriotischer Genuehung zur Kenntnis nehmen, wenn die jungen Leute sich für das Vaterland und nebenbei auch für sie totschließen lassen, die aber gerade jetzt anfangen wollen, es nicht zu dulden, daß sie auf den Bergen und Almen spazieren gehen und sich erholen. Und gerade den Wienern will man das verbieten; die Westseite des Anninger ist eingezäunt, in Baden verhindern Straheldrähte das Betreten längst begangener Wege, und auf der Hay wird für zwei Duzend Steige ein Anerkennungszins gefordert, um feinerzeit die Zahlung dieses Zinses als Präjudiz für die Zulässigkeit der Absperrung anzuführen. Auch ein Kriegsgewinn, und zwar nicht einmal ein solcher, der besteuert werden wird.

Man wird vielleicht sagen, so arg sei die Sache nicht, denn wenn auch hundert Wege abgesperrt werden, so bleiben noch immer tausend für die Bergwanderer frei. Aber auch diese Freiheit besteht, wenn die ersten Anmachungen zugelassen worden sind, nur bis auf Widerruf, und wenn die großen Grundflächen der großen Herren für das, was man Volk nennt, unzugänglich sind, werden auch die Bauern darauf kommen, daß der Fremdenbesuch dem Graswuchs der Wiesen und Weiden wenig zuträglich sei. Darum muß man die Sache recht gründlich anpacken, was um so leichter ist, als es sich durchaus nicht um etwas Neues, sondern lediglich um die Wiederherstellung des früheren Zustandes handelt. In den Alpen und Borralpen wenigstens gab es vor fünfzig Jahren in den Wäldern und auf den Weiden der Berge keine Wegsperrre, keine Verbotstafel, keinen Jäger, der den Spaziergänger vertrieben hätte, und seit diesen fünfzig Jahren ist niemals ein Gesetz gegeben worden, das in dieser Beziehung den Rechtszustand abaca wert hätte.

Durch Landesgesetze ist für den Forstschutz und Feldschutz gesorgt worden; diese Gesetze gestatten es, verdächtige Personen, die sich abseits von den Wegen in den Wäldern herumtreiben, zu arretieren; sie verbieten das Betreten von Wiesen und Aedern entweder allgemein oder nur zur Zeit, als Gras oder Feldfrucht stehen; zu diesem Zweck nehmen sie auch Wegverbote, Verbotstafeln und Einzäunungen in Aussicht, aber nur zu diesem Zweck; ganze Berge, Wälder und Jagdreviere abzusperren, entbehrt jeder gesetzlichen Grundlage. Wenn also in dieser Beziehung Mißbräuche sich breit gemacht haben, wird es Sache der Landesgesetzgebung sein, genauere Bestimmungen zu treffen. So lange warten können wir aber nicht, wenigstens nicht bezüglich jener Fälle, die sich seit Beginn des Krieges ereignet haben; hier muß sofort Abhilfe geschafft werden, und zwar am einfachsten in Form einer kaiserlichen Verordnung, die alle Absperrungen, Wegverbote und Abzäunungen, die seit Beginn des Krieges vorgenommen worden sind, als rechtsungültig erklärt und die Beseitigung der neugeschaffenen Hindernisse anordnet.

Der Fremdenverkehr hat unter dem Kriege gelitten wie kaum ein anderer Zweig der Volkswirtschaft; ganze Länder leiden darunter. Sie nehmen die Schäden, die sich auf Hunderte von Millionen belaufen, standhaft und geduldig auf sich wie alles, was der Krieg gebracht hat. Aber das würde niemand verstehen, wenn nach dem Kriege der Fremdenverkehr in einer andern Weise von neuem gedrosselt würde dadurch, daß man einzelnen Leuten gestattet, von den Bergen und Almen, aus den Wäldern und Weiden die Fremden auszuweisen. Das ginge denn doch über die Hutchnur.

1. / II. 1916

(Zusammenkunft des Gremiums der Wiener Hoteliers.)
Im Sitzungssaale des alten Rathhauses fand gestern die Vollversammlung des Gremiums der Hoteliers und Pensionsinhaber unter dem Vorsitze des Vorstehers F. Heß (Hotel Dester. Hof) bei zahlreichem Besuche statt. Als Vertreter der Gewerbebehörde fungierte Magistratskommissär Dr. Schwarz. Zu Beginn der Versammlung wies nach einem Nachruf für die verstorbenen Gremialmitglieder Vorsteher Heß auf die Kriegereignisse hin, durch welche nicht nur der internationale Fremdenverkehr und die Hoteliers im Kriegsgebiete, sondern auch jene in Wien gewaltig in Mitleidenschaft gezogen worden seien. Mit Worten des Mitgefühls gedachte er sodann der Helden auf allen Kriegsschauplätzen, gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Allmächtige dem österreichisch-ungarischen Staate und seinen Verbündeten den glorreichen Sieg und einen dauernden Frieden verleihen möge und schloß mit einem Hoch auf Kaiser Franz Joseph und seine Verbündeten. Hierauf erstattete Vorsteherstellvertreter Dungal den Bericht über die Tätigkeit der Gremialvorsteherung, Vorsteherstellvertreter Steinböck jenen über Konzessions- und Gewerbeberechtigungsangelegenheiten, während Ausschuhmitglied Löwy über die verschiedenartigen Interventionen des Gremiums, Bezirksrat Schmid über die eingeleitete Kriegshilfsaktion, Vorsteherstellvertreter Steinböck über die Pflegestätten für Kriegsverwundete berichteten. Ein Spezialreferat über die wichtige Frage der Lebensmittelversorgung erstattete Ausschuhmitglied Brand, ein solches über Fachschulwesen Regierungsrat Direktor Heß. Nach einhelliger Genehmigung des Tätigkeitsberichtes wurde das Absolutorium erteilt. Ferner wurde die Verlängerung der Mandatsdauer aller Funktionäre gutgeheißen und die Wahl von drei neuen Mitgliedern für das Revisionskomitee durchgeführt. Ferner wurde die Errichtung eines neuen Wohlfahrtsfonds für kriegsinvalide Mitglieder und deren Familienangehörige beschlossen. Schließlich sprach sich die Versammlung für die Errichtung einer genossenschaftlichen Wäscherei und einer Einkaufsvereinigung sowie für Verwerfung der Küchenabfälle aus. Vorsteher Ferdinand Heß unterbreitete sodann den vom Gremialausschusse einstimmig gefaßten Antrag auf Ernennung des Bürgermeisters Dr. Weisskirchner zum Ehrenmitglied des Gremiums, welcher unter anhaltenden Akklamationen einhellig zur Annahme gelangte.

4. Jh. 1916

Das Nachmittagskaffeeverbot.

In den Milchzufuhren nach Wien ist in der letzten Zeit eine erfreuliche Besserung eingetreten, zumal es auch gelungen ist, ein beträchtliches Milchquantum aus dem benachbarten Kronland Mähren für den Wiener Konsum zu sichern. Sollten sich die Milchzufuhren nach Wien in der nächsten Zeit noch steigern, was infolge des bevorstehenden Frühjahres zu erwarten ist, so besteht, wie wir erfahren, in den Kreisen der niederösterreichischen Statthalterei die Absicht, das mit 27. Dezember v. J. in Kraft getretene gewerbliche Ausschankverbot für Kaffee in den Nachmittagsstunden von 2 bis 7 Uhr aufzuheben. Deshalb wurde auch bisher das von der Genossenschaft der Kaffeesieder eingebrachte Gesuch um Kontingentierung der Milchabgabe für Kaffeehäuser noch nicht erledigt. Treffen die angeführten Voraussetzungen ein, so ist die nicht nur für das Publikum, sondern auch für die Kaffeehausinhaber erfreuliche Aufhebung des Nachmittagskaffeeverbotes in Wälde zu erwarten.

Keine Bündhölzer in den Kaffeehäusern.

Ein Aufruf der Kaffeehauskellner.

Der Gehilfenausschuß der Genossenschaft der Kaffeesieder hat einen Aufruf an die Berufsangehörigen versendet, mit dem die Abschaffung der Bündhölzer in den Kaffeehäusern aus Sparlichkeitsrücksichten propagiert wird. Die Kaffeesiedergehilfen haben an die Gewerbeinhaber das Ersuchen gerichtet, wegen der horrenden Preissteigerung in Bündhölzern ab 15. d. keine Bündhölzer mehr auf den Tischen zur Aufstellung zu bringen. In dem Aufruf heißt es weiter: Heute kostet eine Schachtel Bündhölzer 35 Heller und wird nach dem Kriege durch die Steuer sicher auf 8 Heller kommen. Es ist bekannt, welche Verschwendung getrieben wird durch nervöses Zerbrechen derselben, Herabwerfen auf den Boden durch Unachtsamkeit u. dgl. Endlich ist durch die Knappheit des Materials Sparlichkeit auch in dieser Beziehung unsere Pflicht. Nachher wird der Kampf geführt für die Abschaffung der Abgaben. Denn man heute vom Gast verlangen muß, daß er zur Erlangung von Brot eine Brotmarke mitbringt, dann kann man auch von einem Raucher verlangen, daß er Bündhölzer bei sich trägt. Wir erwarten bestimmt, daß nach dem genannten Termin kein Anruesteller mehr Bündhölzer kauft. Die Unternehmer haben jetzt Gelegenheit, diese Lasten abzuschaffen; tun sie es nicht, dann sollen sie allein die Kosten tragen.

Zur Begründung dieses Aufrufes erhalten wir von dem Gehilfenausschuß der Gewerkschaft der Kaffeesieder folgende Mitteilungen:

Es hat sich im Laufe der Zeit vielfach die Unfittigkeits eingebürgert, daß die Zahlmarken die Bündhölzer bestellen mußten, was schon zu einer Zeit als drückende Last empfunden wurde, wo das Paket zu 100 Schachteln noch 80 Heller kostete. Leider konnte die richtige Form zur Beseitigung dieses Uebelstandes nicht gefunden werden. Als im Jahre 1913 das Gerücht von der Einführung der Bündhölzersteuer auftauchte, hat sich auf Einschreiten des Gehilfenausschusses die Genossenschaft mit dieser Frage befaßt und beschlossen, da man der Meinung war, daß nach Einführung dieser Steuer das Paket auf 5 Kronen kommen wird, nach Inkrafttreten der Steuer das Aufstellen der Bündhölzer abuschaffen. Damals dachte niemand an den Krieg und seine Folgen. Heute kostet das Paket Bündler schon 3 Kronen 50 Heller ohne Steuer, somit das Vierfache. Durch das Aufstellen wird Verschwendung getrieben in einer Zeit, wo Sparlichkeit in allem zur Pflicht gemacht wird. Es wird jedermann, der öfter Kaffeehäuser besucht, bemerkt haben, wie aus Nervosität oder aus Langeweile die Bündhölzer zerbrochen werden, oder es wird aus Unachtsamkeit der Bündhölzer vom Tisch geworfen, wodurch die Bündhölzer zugrunde gehen, endlich wie die Bündhölzer gehämstert werden. Kurz, es ist eine Last, die gleich schwer empfunden wird, ob der Gehilfe oder der Unternehmer dafür aufkommen muß. Berücksichtigt man noch, daß bis spätestens nach dem Kriege die Bündhölzersteuer in Kraft treten wird und dann der eiserne Muß zur Durchführung dieser Maßregel vorhanden ist, erwägt man ferner, daß das Publikum heute einer Reform unähnlicher ist, so wird man das derzeitige Verlangen nach Abschaffung des Aufstellens der Bündhölzer für berechtigt finden. Müßte doch die Aufrechterhaltung wieder in einer Preiserhöhung in den Kaffeehäusern zum Ausdruck kommen, und es würde eine solche die Nichtraucher einseitig belasten.

Einführung anderer Bündvorrichtungen?

Aus Kreisen der Kaffeesieder wird uns hierzu folgendes mitgeteilt:

Im Ausland werden die Zigarren und Zigaretten in der Regel an der Kasse verkauft, der Kaffeesieder hat also den Nutzen davon. Bei uns hat in den großen Kaffeehäusern der Zahlkellner den Verkauf von Zigarren und Zigaretten. Er zieht daraus den Nutzen, ist also auch verpflichtet, den Gästen die Bündler beizustellen. Uebrigens gibt es viele Kaffeesieder, die ihrem Personal monatlich Beträge von 3 bis 4 Kronen und mehr als Beitrag für die Anschaffung der Bündler zur Verfügung stellen. Die Abschaffung der Bündler in den Kaffeehäusern wird daher nicht so leicht sein, da es fraglich ist, ob alle Kaffeesieder dem Wunsche der Gehilfenschaft Rechnung tragen. Die Angelegenheit könnte nur auf Grund eines Beschlusses der Kaffeesiedergenossenschaft geregelt werden. Im Falle der Abschaffung der Bündler würde wahrscheinlich die Einführung anderer Bündvorrichtungen in Erwägung gezogen werden.

(Die Zündhölzchen in den Kaffeehäusern.) Entgegen den bisherigen Meldungen werden die Kaffeesieder keinen bestimmten Beschluß in der Frage der angekündigten Zündhölzerabschaffung fassen. Vielmehr ist beschlossen worden, auch ab 15. d. jedem Kaffeesieder die Entscheidung hierüber freizustellen. Schon vor einigen Jahren ist der Versuch gemacht worden, die Zündhölzer in den Kaffeehäusern „abzuschaffen“. Der „Versuch“ in einigen Lokalen mißlang, weil sich das Publikum dagegen auflehnte und die Zündholzstände wurden wieder eingeführt. Ein neuer Beschluß ist, wie uns aus Kreisen der Genossenschaft mitgeteilt wird, von der Genossenschaft nicht zu erwarten. Allerdings ist seinerzeit, als das Zündholzmonopol in Sicht war, jener Beschluß gefaßt worden, auf den sich die Genossenschaft jetzt bezieht, daß nämlich bei der Einführung des Monopols, die eine bedeutende Verteuerung der Zündhölzer erwarten ließ, die Abschaffung der Ständer auf den Tischen zu erfolgen hätte. Gegenwärtig jedoch

erschien es am räthlichsten, die Frage jedem einzelnen Betriebsinhaber zur Entscheidung zu überlassen. Eine vollständige Eini-
gung wäre ja ausgeschlossen gewesen.

Generalversammlung der Wiener Hotelportiere.

Im Restaurant Johannis Hof hielt der Verein der Wiener Hotelportiere und Fremdenführer seine Jahresversammlung ab. Der Obmann des Vereins, Chefportier Friedrich Wospjahl (Hotel Bristol), stellte fest, daß das Vereinsjahr trotz des großen, durch den Krieg bedingten Geldausfalles mit einem Barüberschuß von 4500 Kronen abschloß. An der Kriegsanleihe habe sich der Verein mit 25.000 Kronen, das ist die Hälfte seines ganzen Barvermögens, beteiligt. Er betonte weiter, daß die Kriegswirkung auf die Wiener Hotels nichts weniger als ungünstig sei. Seit September 1915 seien fast alle Wiener Hotels überfüllt, insbesondere die der Innern Stadt, wo man in den Abendstunden kein Zimmer mehr bekommen könne. Die Fremden fehlen zwar, dafür kommen Deutsche und österreichische Provinzler nach Wien. Sowie die Wiener Hotels, machen auch die Theater ein fabelhaft gutes Geschäft, und es sei fast nur mit dem bekannten Majo eine Theaterkarte erhältlich. Wohl machen aber nur die Hoteliers und nicht die Portiere das gute Geschäft, denn den Hotelportieren fehlen die Fremden. Von diesen stammen hauptsächlich jene Einkünfte her, von denen sie dem Staate die enorm hohen Steuern und die anderen bedeutenden Abgaben alljährlich bezahlen. Schriftführer Chefportier Karl Fichtner (Hotel Ungarische Krone) sprach in längerer Rede die vom Verein beabsichtigte Unterstützung an Witwen nach im Felde gefallenen Mitgliefern. Obmannstellvertreter Fremdenführer W. Grupper (Bristol) gab den Anwesenden Aufklärung darüber, wie sie sich gegenüber Ausländern, bezüglich deren Meldung zu verhalten haben. Nach den bei der Polizei eingeholten Informationen brauchen Fremde, die den verbündeten Staaten angehören und in ihren Pässen das Visum des österreichischen Konsulats ihres Aufenthaltsortes besitzen, in Wien keine weitere Meldung beim Konsulat. Alle übrigen Ausländer (Angehörige der neutralen Staaten) müssen sich in Wien beim Konsulat, trotz des Visums der dortigen österreichischen Konsulate, neuerdings melden.

Kaffeehäuser ohne Zünder.

Mit dem gestrigen Tage war der Beschluß des Gehilfenausschusses der Kaffeesieder betreffend die Abschaffung der Kaffeehauszündhölzer von den Tischen in Kraft getreten, aber nur ein Teil der Wiener Kaffeehäuser hatte schon gestern die gänzliche Abschaffung durchgeführt. In einzelnen Lokalen waren tatsächlich die Tische vollständig geräumt und die Marklöcher verabreichten „Feuer“ nur für die im Kaffeehaus gekauften Rauchmaterialien. In anderen Lokalen war eine gewisse „Rayonnierung“ der Zündhölzchenständer für je zwei bis drei Tische zu merken. Auch die in einer Ecke brennende „Virginier-Gasflamme“ war in vielen Lokalen neuerlich aktiviert worden. Eine Gruppe von Kaffeehäusern hatte überhaupt alles beim alten gelassen, und man sah dort auf jedem Tische die gewohnten Zündhölzchen.

Landweine.

Mit den niederösterreichischen Landweinen steht es heuer nicht sehr günstig. Die Ernte war zwar quantitativ größer als im Vorjahre, dafür aber qualitativ schlechter. Die langen Regenperioden in den Monaten Juli und August des Vorjahres haben dem Wein geschadet; der Wein, dem zum Ausreifen die nötige Sonnenwärme fehlte, ist „leer“ geblieben, das heißt, er hat nur wenig Gehalt bekommen. Ein- oder zweigrädige Landweine sind nur in sehr günstig gelegenen Wein gebieten zu finden. Uebrigens haben sich die Bauern beim Verkauf ihrer Weinfassungen sehr zurückhaltend gezeigt. Wie uns von sachlicher Seite mitgeteilt wird, haben die Landwirte durch die Lebensmittelteuerung in vielen Fällen größere Gewinne erzielt als sonst. Viele verschuldete Bauern konnten nicht nur ihre Schulden tilgen, sondern noch in den Landsparkassen größere Beträge einlegen. Solche Bauern stehen auf den Verkauf ihrer Weinernte gar nicht an, der Wein im Keller ist ihnen lieber als das Geld, denn sie rechnen damit, daß sie den Wein wahrscheinlich später noch teurer verkaufen können als jetzt. Ab Keller kosten die Mittelsorten unserer Landweine durchschnittlich K. 1.20 pro Liter. In Wien werden sie mit K. 1.36 pro Liter inklusive Verzehrungssteuer verkauft. Der Weinkonsum ist in Wien im allgemeinen trotz der Bierdrofflung nicht gestiegen, eher gesunken. Das Gros der eigentlichen Weintrinker ist nämlich beim Militär. Dann ist der Wein in den Gasthäusern jetzt so teuer geworden, daß es sich die meisten überlegen, ehe sie sich noch weiter einschenken lassen. Ein Viertel Heuriger kostet 38 Seller, ein Viertel Mitter 40 bis 50 Seller. Allerdings gibt es einzelne Wirte, die noch ein Viertel Heurigen mit 32 Seller schenken, aber die Qualität ist dementsprechend minder. Bemerkenswert ist, daß viele kleinere Wirte jetzt auch Apfelmost, das Viertel um 20 Seller, auschenken. Viele begnügen sich mit diesem billigeren Getränk.

* (Die Zündhölzer in den Kaffeehäusern.) Vorgestern war der Termin, für welchen der Gehilfenausschuß der Kaffeesieder-Genossenschaft die Abschaffung der Zündsteine zur freien Benützung der Gäste in den Kaffeehäusern propagiert hatte, abgelaufen. Man hat aber auch gestern noch in den meisten Kaffeehäusern die wohlgefüllten Zündsteine auf den Tischen gefunden und wird sie voraussichtlich auch in Zukunft nicht missen. Die Kaffeesieder selbst — nicht von ihnen, sondern von der Gehilfenschaft war die Aktion eingeleitet worden — stehen erfreulicherweise auf dem Standpunkte, daß die Sorge für die Bequemlichkeit ihrer Gäste ein viel zu wichtiges Moment der Geschäftsführung ist, dem gegenüber die eventuelle Ersparnis gar nicht in Betracht kommen kann. Im übrigen konnte man die Beobachtung machen, daß auch die Gehilfen selbst der gleichen Ansicht sind. In einzelnen Kaffeehäusern gab es zwar gestern keine Zündsteine mehr, aber man brauchte nur die Zigarren- oder Zigarettenasche hervor-zuziehen, da eilte auch schon der Markör oder ein anderer dienst-barer Geist herbei, um dem Gaste Feuer anzubieten. Die Kellner wissen eben genau so gut, vielleicht sogar noch besser wie der Kaffeesieder, welche Bedeutung es hat, daß der Gast sich bei ihnen wohl fühlt, und dazu gehört speziell beim Wiener Kaffee-hausbesucher, daß er auf kleine Bequemlichkeiten nicht zu ver-zichten braucht.

19.11.1916

Zunahme des Berliner Fremdenverkehrs. Der Fremdenverkehr in Berlin hat sich, wie die Zentralfstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins uns mitteilt, wieder stetig gehoben. Immerhin bleibt er noch hinter dem Verkehr in der Friedenszeit weit zurück, und das Hotelgewerbe hat einen sehr schweren Kampf zu bestehen. Nach der amtlichen Statistik sind im Jahre 1915 etwa 850 000 Fremde in Berliner Hotels abgestiegen, d. h. 400 000 weniger als in dem vollen Friedensjahr 1913. So war z. B. die Landwirtschaftliche Woche schwach besucht, die Pukmesse im Frühjahr 1915 wies 4000 Besucher auf gegen 12 000 im Frühjahr 1914. Die Herbstmesse war bereits besser besucht. Der in mancher Richtung interessante und beachtenswerte Jahresbericht des „Vereins Berliner Hotelbesitzer“ bezeichnet es als „tief bedauerlich, daß der Magistrat der Stadt Berlin die Miets-Einigungsämter nicht auf höhere Mietsbeträge ausgedehnt hat. Da auch andere gesetzliche Maßregeln nicht vorhanden sind, bleibt in vielen Fällen der Hotelbesitzer der Willkür des Hauseigentümers überlassen und sieht seinen sicheren Ruin vor Augen“. Gesetzliche Maßregeln bezüglich der Stundung von Mieten und Hypothekenzinsen sind in anderen Ländern bereits vielfach ergangen oder in Vorbereitung. Irgendein staatliches Eingreifen wird auch bei uns notwendig werden, soll nicht das gesamte Hotelgewerbe schweren, uneinbringlichen Schaden erleiden. Das Hotelgewerbe, das überdies schwer unter der Verteuerung der Lebensmittel, unter Materialmangel und Einschränkungen aller Art zu leiden hat, wird noch besonders hart dadurch getroffen, daß sich vielfach die Meinung eingebürgert hat, gegenüber der Verteuerung auf allen anderen Gebieten müßten gerade die Hotels niedrigere „Kriegspreise“ gemähren. Das Verlangen nach einer solchen Billigkeit ist doch wohl ein starkes Stück — Unbilligkeit.

20. II. 1916

139

Die Faschingsgewerbe in der Kriegszeit.

Zum zweitenmal geht in diesem Krieg der Karneval sang- und klanglos vorbei. Gerade heuer hätte die Jugend viel Zeit gehabt, sich auszutoben, denn die Faschingszeit reicht heuer bis 7. März. Am 8. März ist erst Nidermittwoch. Aber der Krieg hat die werbenden Tanzgeigen verstummen lassen, die Ballsäle verödet oder in Kriegsunterkünfte für die braven Soldaten verwandelt und die Tanzarrangeure sowie ihre jungen, flotten Tänzer zur großen, schier endlosen Quadrille an den Fronten engagiert, bei der die Kanonen und Maschinengewehre zum blutigen Tanz aufspielen. An weiße Handschuhe, Frack, Claque und Lack, Balltoiletten, Fächer, Damenspenden und Kotillonorden denkt man jetzt nach fast zweijähriger Kriegsdauer fast nur mehr so wie an entschwindene Jugenderinnerungen. Dessenfalle Bälle und Kränzchen sind polizeilich verboten, aber selbst wenn sie gestattet wären, würden sie wohl nur sehr schlecht besucht sein, denn die ernste Kriegszeit hat den Frauen und Mädchen, abgesehen davon, daß die Tänzer fehlen, die Lust, sich im weichen Balzerrhythmus zu wiegen oder im feurigen Volkstempo dahinzustürmen, gründlich genommen. Man sieht dies in den Tanzschulen, in denen zu Unterrichtszwecken wohl getanzt werden darf: sie sind jetzt schlecht besucht oder gar gesperrt. Der Sophiensaal, der sonst im Februar jeden Abend in einem Meer von Licht erstrahlt und von der dichten Menge der tanzfreudigen Jugend sowie Ballmüthern und Vätern durchwoat wird, ist ein Refonvaleszentenheim für die wackeren Deutschmeister. Der Zubau zum Saal, der als Café neu eröffnet werden sollte, wird als Ordinations- und Operationsraum, die neue Garberobe wird als Arrestlokal für Soldaten, die bestraft werden, benützt. Der Fasching ist also mausetot. Daß unter solchen Umständen die Gewerbetreibenden, deren Hauptgeschäft die Faschingsartikel bildeten, großen Schaden erleiden, braucht nicht erst gesagt zu werden. Manche von ihnen haben sich zu helfen gewußt und ihren Betrieb geändert: eine Fächerfabrik zum Beispiel erzeut statt kostbarer Federnfächer leinerne Rucksäcke für das Militär. Statt der dünnen Ballhandschuhe werden aufgefütterte, dicke Kriegshandschuhe angefertigt, und auch manche Frackschneider, Claquefabrikanten und „Ballschuhkünstler“ haben den Faschingsbetrieb ihres Geschäftes einfach gegen einen zeitgemäheren Betrieb vertauscht und erzeugen jetzt Kriegsartikel und Uniformstücke. Am schlechtesten kommen die Wirthe und Kaffeefieder wege, denn sie verlieren nicht nur das Faschingsgeschäft, sondern haben noch mit manchen Lebensmitteleinschränkungen zu kämpfen. Auch den Friseurern, die sonst im Fasching viel zu tun

haben, geht das Karnevalsgeschäft ab. Das eigentliche Faschingsgeschäft machen jetzt die Theater und Varietés. Die Damenvelt, die nicht tanzen darf und auch nicht mag, entschädigt sich für die verlorenen Lustbarkeiten in einem regeren Theaterbesuch. Unsere meisten Operettentheater sind jetzt fast täglich voll, und die Theaterplakate sind oft mit roten Betteln überklebt, auf denen angekündigt wird, daß für den nächsten Sonntag bereits alle Logen und Sitze verkauft sind. Es wird also Geld für Vertamigungen auszugeben, aber eben nicht für Bälle und was dazu gehört, sondern für deren „Surrogate“, die Theater, deren Besuch auch keinen solchen Aufwand an Vorbereitungen und Kosten erfordert wie die eigentlichen Karnevalsfeste.

* (Die Lage der Wiener Hoteliers.) In einer vor kurzem stattgefundenen Generalversammlung des Vereines der Wiener Hotelportiere und Fremdenführer wurde die Lage der Wiener Hotels in einer überaus rosigen Weise beleuchtet und insbesondere ausgeführt, es seien fast alle Wiener Hotels überfüllt und insbesondere in jenen der Inneren Stadt kein Zimmer mehr zu erhalten. Der Vorsteher des Gremiums der Hoteliers und Pensionsinhaber Ferd. Heß, Besitzer der Hotels „Oesterreichischer Hof“ und „König von Ungarn“, schildert demgegenüber die Geschäftslage der Wiener Hotels während des Krieges in folgender Weise: Die schlimmste Depression, welche jemals die Wiener Hotels durchgemacht haben, war wohl die Zeit unmittelbar vor und nach dem Kriegsausbruch, das war vom Sommer bis Spätherbst 1914. Die meisten Wiener Hotels waren in der Hauptsaison, d. h. in den Monaten Juni und August fast nur bis von einem Viertel bis zu einem Zehntel des Normalen besetzt. Manche gut bekannte Stadthotels hatten sogar Tage zu verzeichnen, in welchen kein einziger Gast über Nacht verblieb. Es kann daher nicht wundernehmen, daß unter solchen Erscheinungen die Unternehmer die größten Gefahren für die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe befürchteten und ihre Ausgaben dementsprechend reduzierten, die Hälfte ihrer Hotelzimmer oder ganze Trakte ganz absperreten. Diese traurige Zeit ist nun allerdings vorüber gegangen und derzeit sind die Stadthotels besser, teilweise gut besetzt, allerdings nicht von den Fremden, sondern von den heimischen Provinzgästen, von Flüchtlingen, Militäreinquartierungen, zum geringen Teil von Ausländern, von welchen der Kriegslage entsprechend nur Deutsche, Bulgaren, Rumänen in Betracht kommen. Es trifft aber leider nicht zu, daß die Hotels aus der gegenwärtigen besseren Frequenz auch einen entsprechenden Gewinn ziehen. Die Hotelregien, insbesondere Wäsche, Beheizung, Beleuchtung, Personalverköstigung, Reparaturen, Service- und Mobilarnnachschaffung, die Reinigungsmittel, wie Seife usw. sind seit dem Kriegsausbruch im Preise so enorm gestiegen, daß sich die Mehrkosten um 50 bis 500 Prozent erhöht haben, so daß der größte Teil, welchen die Hotels durch bessere Besetzung ihrer Häuser erzielen, durch die Regieerhöhung aufgezehrt werde. Erfahrungsgemäß betragen die Regien der besseren Hotels durchschnittlich zwei Drittel der Zimmereinnahmen, während gleichzeitig die Mietpreise nur langsam wieder auf das normale Maß gebracht werden können. Die Flüchtlinge, die sich in den Wiener Hotels aufhalten, und die Militärbequartierten genießen auch weiter besonders ermäßigte Preise und die geringe Preisregelung, die da und dort für die Beheizung vorgenommen wurde, spielt keine Rolle. Das Wirtschaftsbild aber bei solchen Hotels, welche noch einen Restaurantbetrieb mitführen, stellt sich noch um vieles ungünstiger. Da wird wohl der größte Teil der Mehreinnahme an Logis von dem jetzt übergroßen Defizit aller Hotelküchen wieder aufgezehrt. Ist der Restaurantbetrieb nicht groß genug, so trägt die Küche schon in Friedenszeiten in einem Hotelrestaurant nicht viel oder nichts. Derzeit verschlimmert sich aber die Situation durch die Bier einschränkung, wodurch die Schank-

lösung außerordentlich reduziert wurde, es kann daher durch den Gewinn am Getränkeumsatz das Küchendefizit nicht mehr verringert werden, nachdem doch auch der Kellerbetrieb nicht unbedeutende Regien hat. Und trotzdem entschließt sich der Hotelier nur sehr schwer zur Auflassung des Restaurantbetriebes, da dies bei vielen Hotels eine große Anziehungskraft für seine Gäste bildet und das gute Renommee des Hauses mitbegründet. Gleichwohl haben sich die genauer Rechnenden schon jetzt zur gänzlichen oder teilweisen Auflassung des Hotelrestaurants entschlossen und scheinen mit dieser Reform recht befriedigende Erfahrungen gemacht zu haben. Es zeigt sich da eben, daß der Kampf nicht so leicht ist, den Hotelbetrieb nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern nicht ganz umsonst viele Mühe und Sorge aufgewendet, arge Verdrießlichkeiten durchgemacht und dabei oft noch ein sehr großes Kapital investiert zu haben. Viele, die ein gut besetztes Hotel mit Reid betrachten, würden ganz anders denken, wenn sie einen genauen Einblick hinter die Kulissen des Betriebes hätten, sie würden sehr bald zu der Einsicht gelangen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen für den Wiener Hotelbetrieb nur der Spruch am Platze ist: „Viel Lärm um nichts“.

24. I. 1916

141

Der Krieg und das Hotelwesen in Deutschland.

Das Fachblatt „Küche und Keller“ (Hamburg) schreibt: Fast neunzehn Monate steht unser Volk im Kampfe gegen zahlreiche Feinde, und alle Kräfte sind angespannt, um den Sieg zu erringen und dem deutschen Vaterlande dauernden Frieden zu sichern. Es steht außer Zweifel, daß das Hotelgewerbe unter den Einwirkungen des Krieges schwer zu leiden hat. Der Fremdenverkehr hat sich, wie nicht anders zu erwarten, sehr verringert und ist weit unter dem Durchschnitt der Friedensjahre zurückgeblieben. Laut polizeilicher Statistik sind im Jahre 1915 etwa 850.000 Fremde in Berliner Hotels abgestiegen, das heißt, etwa 500.000 weniger als im Jahre 1913. Beispielsweise war die Landwirtschaftliche Woche sehr schwach besucht. Die Herbstmesse war etwas besser besucht, hoffentlich ein Zeichen allmählich zurückkehrender Besserung des gesamten Wirtschaftslebens. Der stark verminderte Fremdenverkehr, die Preissteigerung der Materialien und Lebensmittel brachten es mit sich, daß viele Hotels aus den erzielten Einnahmen kaum die zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Kosten decken konnten. Eine tatsächliche Existenzfrage für viele Betriebe ist die Stundung, bezw. Ermäßigung der Mieten und Hypothekenzinsen. Vielfach ist es nicht möglich gewesen, die teilweise übertriebenen hohen Mietsbeträge herauszuwirtschaften. Abgesehen von einigen Ausnahmen, ist leider teilweise Einsichtslosigkeit der Hauseigentümer zu konstatieren. Da andere gesetzliche Maßregeln nicht vorhanden sind, bleibt in vielen Fällen der Hotelbesitzer der Hauseigentümergehässigkeit überlassen. Es muß immer wieder betont werden, daß hinsichtlich der Stundung von Mieten und Hypothekenzinsen weitere gesetzliche Maßnahmen dringend notwendig sind, soll nicht das gesamte Hotelgewerbe schweren Schaden erleiden.

Im Gegensatz zu anderen Industriezweigen, die sich in bewunderungswürdiger Weise den Kriegsverhältnissen anpassen und ihre Betriebe für die Anfertigung von Kriegsbedarf umwandeln, ist es im Hotelgewerbe nicht möglich, diese Wandlung mitzumachen. Wohl haben sich einzelne Betriebe der Herstellung von Konerven zugewendet, andere haben an den Fronten Kaffee- und Verkaufsstellen errichtet. Die große Mehrzahl der Hotels ist jedoch an die Scholle gefesselt. Es kommt hinzu, daß zahlreiche Verordnungen, die im Interesse der Lebensmittelversorgung erlassen sind, in erster Linie die Hotels treffen und den Betrieb erheblich erschweren, wie u. a. das Backverbot, Abschaffung der festen Gedecke, die Einführung der Brotmarken, Alkoholverbot, fleischlose Tage, Bevorzugung der Gemüselost. Bedauerlicherweise hat sich obendrein in den Kreisen der Hotelgäste die Auffassung verbreitet, die Hotels müßten im Kriege billiger vermieten, als im Frieden. Die Forderung von Kriegspreisen wiederholt sich immer aufs neue. Man bemüht sich, diese flache Auffassung des Publikums zu bekämpfen, und auch an dieser Stelle sei betont, daß die Hotels ebenso wenig ihre Preise herabsetzen können, wie alle anderen Gewerbe und Industriezweige. Der Mangel an männlichen Arbeitskräften veranlaßt zahlreiche Betriebe, weibliche Bedienung einzuführen. Alles in allem genommen, kämpft die Hotelindustrie einen schweren Kampf um ihre Existenz. Trotzdem sind sich alle Hotelbesitzer darin einig, die vaterländische Pflicht des Durchhaltens auf

sich zu nehmen und die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens auf alle Fälle durchzuführen.

Die Vereinfachung der Speisenarten.

In der heute stattfindenden Sitzung der Handelspolitischen Kommission wird auch ein Antrag auf Vereinfachung der Speisenarten in den Gastwirtschaften in Anwesenheit der Vertreter der Wiener Gastwirtegenossenschaft zur Verhandlung gelangen. In Salzburg und in der Steiermark haben einzelne Bezirksbehörden bereits auf die Zusammenstellung der Speisenarten in den Gastwirtschaften insofern Einfluß genommen, als sie vom Standpunkt der notwendigen Fleischerparnis, ähnlich wie dies im Deutschen Reiche bereits vor längerer Zeit durchgeführt wurde, anordneten, daß an einem Tag neben einem Fischgericht nicht mehr als zwei Fleischspeisen in den Gasthäusern verabreicht werden dürfen. Durch Verminderung der Reagen für die Küche will man hier eine weitere Erhöhung der Speisenpreise in den Gasthäusern vermeiden. Ähnlichen konsumentenfreundlichen Erwägungen dürfte auch der Antrag der Handelspolitischen Kommission entspringen, wobei aber auch darauf Bedacht genommen werden wird, der noch in so manchen Restaurants geübten Fleischverschwendung Einhalt zu gebieten. Ob nicht auch im Interesse des besseren Haushaltens mit den Mahlprodukten eine Einschränkung der Mehlspeisarten der Restaurants zu erwägen wäre? Darüber wird das Referat und die sich zweifellos daran anschließende Debatte genügend Aufschlüsse und vielleicht auch wertvolle Anhaltspunkte geben. Die Vertreter der Wiener Gastwirtegenossenschaft nehmen, wie wir aus den Freisen ihres Vorstandes erfahren, gegenüber dem in der Handelspolitischen Kommission zur Erörterung gelangenden Antrag auf Vereinfachung der Speisenarten gegenwärtig eine abwartende Haltung ein und werden erst nach Kenntnis des bezüglichen Referates ihren Standpunkt äußern.

Die Handelspolitische Kommission über die Vereinfachung der Wiener Speisefarte.

Wien, 25. Februar.

Die Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission hielt gestern unter dem Vorstehe des Vizebürgermeisters Hof in der Handels- und Gewerbekammer eine sehr gut besuchte Sitzung ab, in welcher zunächst die Frage der zwangsweisen Vereinfachung der Speisefarte in den Gastwirthschaften zur Erörterung gelangte.

Der Berichterstatter Kammersekretär Dr. Ziegler führte aus: Das Streben, mit allen zum menschlichen Leben notwendigen Artikeln möglichst zu sparen, hat seit einiger Zeit auch den Ruf nach Vereinfachung der Speisefarten in den Gastwirthschaften ausgelöst. Man ging von der Ansicht aus, daß die Herstellung mannigfacher Speisen nur mit größerer Verschwendung durchzuführen sei, als die Herstellung nur weniger Speisen in entsprechend größeren Quantitäten. Man glaubte auch, mit derartigen behördlichen Einschränkungen der Speisefarte vielen Gastwirthschaften entgegenzukommen, die vielleicht aus Sorge um den guten Ruf des Hauses als gutes Restaurant oder aus Furcht vor der Konkurrenz die Speisen wie bisher hergestellt haben. Endlich sollte in der Ersparrung der Regie dem Gastwirte die Möglichkeit gegeben werden, die Speisepreise nicht mehr zu erhöhen. Es sollen daher bereits von einzelnen Landesregierungen derartige behördliche, die Speisefarte zwangsweise einschränkende Bestimmungen hinausgegeben worden sein, die sich allerdings nur auf die Einschränkung der Speisefarte im Hinblick auf die Fleischpreise erstrecken. Auch in Wien wurden derartige Maßnahmen vorläufig zur Diskussion gestellt.

Gemeinderat Benz erklärte namens der Genossenschaft der Gastwirte, daß in Wien bereits 2400 kleinere Gastwirte eine sehr einfache Speisefarte auflegen. In größeren Schankbetrieben werden in vielen Fällen ganze Tiere gekauft, und da es in dem Bestreben des Gastwirthes liege, jeden einzelnen Teil zu verwerten, so sei dann auch die Speisefarte reichhaltiger. Von der Vereinfachung der Speisefarte sei keine besondere Wirkung zu erwarten, weil dadurch keine entsprechenden Erparungen gemacht würden.

Der Vorsteher des Gremiums der Hoteliers Ferdinand Heß bemerkte, daß es im eigensten Interesse der Gastwirte gelegen sei, daß von den zubereiteten Nahrungsmitteln nichts verloren gehe. Es liege keine Verschwendung darin, daß die Speisefarten zahlreiche Speisen aufzählen. Hauptsache sei, daß der Gastwirt nur so viele Speisen zubereite, als tatsächlich Abgang finden.

Vorsitzender Vizebürgermeister Hof resümierte, daß aus diesem Gutachten der Sachverständigen entnommen werden könne, daß die Wirte jetzt schon bemüht sind, die Speisefarten zweckmäßig zu vereinfachen. Von einer zwangsweisen Vereinfachung der Speisefarte sei kein besonderer Erfolg zu erwarten. Die hohen Einkaufspreise zwingen ja die Wirte ohnehin, möglichst zu sparen und alle Bestandteile auszunützen.

* (Die vereinfachte Speisefarte.) Schon vielen Besuchern der Gasthäuser und Restaurants ist bei der Einnahme ihrer Mahlzeiten der Gedanke gekommen, daß die Reichhaltigkeit der Speisen den Kriegszeiten angepaßt werden könnte. Und man hat ohne weiteres ein abfälliges Urteil über die Fülle der dargebotenen Fleischspeisen zur Hand. In der Tat besteht kein lüdenloser Zusammenhang zwischen der Teuerung sämtlicher Lebensmittel und der Reichhaltigkeit der Speisefarte. Es wird ja gewiß nicht in allen Gastlokalen so gehalten. Im Gegenteil. Wie Gemeinderat Benz in einer gestern abgehaltenen Sitzung der Handelspolitischen Kommission namens der Genossenschaft der Gastwirte erklärte (es handelte sich dort um eine grundsätzliche Erörterung über die Frage einer zwangsweisen Vereinfachung der Speisefarte), legen bereits 2400 kleinere Gastwirte Wiens eine sehr einfache Speisefarte auf. Dies kann aber ein Argument sowohl für die Befechter als auch für die Gegner der vereinfachten Speisefarte sein. Denn wenn diese von einigen tausend Gastwirten bereits eingeführt worden ist, dann lag zu ihrer Einführung doch eine sehr auffällige und zwingende Veranlassung vor. Das Argument der Gegner befriedigt sich mit der nicht sehr einwandfreien Auslegung, daß es, da ohnehin schon zweieinhalbtausend Gastwirte die vereinfachte Speisefarte einführen, für die übrigen nicht nötig wäre, ich die gleiche Beschränkung aufzuerlegen. Man sieht, die Sache ist komplizierter, als man anfangs meint. Keinesfalls ist aber, in Verfolgung der begonnenen Ueber-

legung, zu mutmaßen, daß die 2400 Wirte ohne fühlbare Erleichterung die vereinfachte Speisefarte beibehalten. Sie bestätigen hienit stillschweigend, daß ihre Maßnahme praktischen Wert hat, die vereinfachte Speisefarte dient ihnen dazu, die Teuerung auf dem Fleischmarkte leichter zu parieren. Es bliebe also nur die Frage, ob die anderen Wirte, deren Speisefarte noch von der Schablone des Friedens zehrt, bei einer Anpassung im geschilberten Sinn einen Nutzen hätten und ob dieser Nutzen wirklich übereinstimmt mit einer Ersparnis der zum Leben nötigen Artikel. Dieses letztere Moment wäre das einzige, das die Erörterung der angeregten Frage im öffentlichen Interesse wünschenswert erscheinen ließe. In der Diskussion der Handelspolitischen Kommission führte Berichterstatter Dr. Ziegler aus, daß von gewisser Seite der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß viele Gastwirtschaften vielleicht in der Besorgnis um den guten Ruf ihres Hauses die Reichhaltigkeit der Speisefarte aufrechterhalten haben. (Dies könnte natürlich nie ein Beweis gegen die Einführung der vereinfachten Speisefarte sein, da die vaterländischen Interessen allen anderen voranstehen.) Andererseits möchte man in einer Ersparung von Regiekosten vielen Gastwirten die Möglichkeit geben, die Speisenpreise nicht mehr zu erhöhen. In dieser Erkenntnis sollen bereits einzelne Landesregierungen, wie z. B. die steirische, zwangsweise einschränkende Bestimmungen erlassen haben. (Warum erfährt man vom Erfolg oder Mißerfolg dieser Bestimmungen nichts?) Auch in Wien wurden ähnliche Maßnahmen Besprechungen zugeführt. Gemeinderat Benz und Hofkeller Ferdinand Heß nahmen unter verschiedenen Begründungen gegen die zwangsweise Vereinfachung Stellung. Man wird dies verstehen, wenn man erwägt, daß jede Wirtschaft die ihr eigenen Lebensbedingungen hat. Wenn hierauf Vizebürgermeister Hofß resümiert, daß aus diesen Gutachten der Sachverständigen entnommen werden könne, daß die Wirte schon jetzt bemüht sind, die Speisefarte zweckmäßig zu vereinfachen, und deshalb eine zwangsweise Vereinfachung keinen Erfolg hätte, so könnte man die ganze um nichts und wieder nichts angechnittene Sache ad acta legen. (Wir glauben, daß damit nicht gedient ist. Gedient wäre nur den Wirten. Aber das Interesse der Ersparung wird davon, daß man nichts tut, nicht berührt. Es ist ja wahr, daß auch die Kostgänger in den Gasthäusern sich Beschränkung aufzuerlegen, aber es ist andererseits nicht einzusehen, weshalb einzelne Karten fünfzehn, zwanzig oder mehr Fleischspeisen, soundso-viele Torten und Törtchen anführen, weshalb Beefsteak, Rumpsteak, Kostbeef usw. auf einmal geboten werden. Damit ist wahrlich kein Ausdruck für die Kriegszeit gegeben. Es gibt verbürgtermaßen viele Leute, die es sich im Krieg eher besser gehen lassen und zwei Fleischspeisen essen, als Grundstod eines sonst auch noch sehr reichen Menus, während sie sich im Frieden mit einem Stück Rindfleisch begnügten. Da ist die Sache nicht in Ordnung und darüber vor allem müßte debattiert werden. Darum ist es mit den Vorbehalten des umsichtigen Praktikers Heß, daß von den Nahrungsmitteln in den Küchen nichts verloren gehe, allein nicht getan. Freilich ist es auch nicht Sache der Initiative der Gastwirte, bemittelten Gästen Beschränkung aufzuerlegen, sondern es wäre die Sache der Behörden. Bevor aber etwas geschieht, müßte man wohl von den Ergebnissen hören, die andere Landesregierungen auf Grund ihrer Maßnahmen aufweisen können. Dann werden sich gewiß Anhaltspunkte dafür finden, auf welche Weise sich Wirte und Gäste einzuschränken haben. Die vereinfachte Speisefarte hätte bei solchen Voraussetzungen gewiß einen guten Sinn.

28. 7. 1916

135

Erhöhung der Kaffeepreise in den Kaffeehäusern.

Budapest, 27. Februar.

In den Kreisen der Budapester Cafetiers wurde dieser Tage eine Aktion eingeleitet, die Kaffeepreise zu erhöhen. Einer der Initiatoren der Bewegung äußerte sich vor unserem Mitarbeiter wie folgt:

— Wir Kaffeesieder haben nicht weniger unter der allgemeinen Teuerung zu leiden, als die Gewerbetreibenden der übrigen Branchen. Trotzdem haben wir, zumindest der größere Teil der Kaffeesieder, von einer entsprechenden Erhöhung der Preise der Kaffeehausartikel Abstand genommen und waren bestrebt, nach Möglichkeit die alten Preise aufrechtzuerhalten, lediglich aus dem Grunde, um dem Publikum neue Lasten zu ersparen. Allein auch unsere Opferwilligkeit hat bereits die äußeren Grenzen überschritten; angesichts unserer stetig wachsenden Regieausgaben sind wir jetzt endlich gezwungen, ebenfalls zu dem Mittel der Preissteigerung Zuflucht zu nehmen. Wir müssen dies im Interesse unserer Existenz! Denn die Preise der für den Kaffeehausbetrieb nötigen Materialien haben bereits eine solche Höhe erreicht, daß wir ohne das erwähnte Mittel zugrunde gehen müßten. Der Preis des Rohkaffees ist um mehr als 100 Prozent, der Preis des Zuckers um zirka 50 Prozent gestiegen. Und die Milch erhalten wir nur scheinbar zu den Maximalpreisen; unsere Lieferanten rechnen uns solche Nebenspesen auf, daß die Milch uns um 16—18 Heller pro Liter höher zu stehen kommt als die Maximalpreise. Wir haben daher beschlossen, die Preise des Kaffees um 4 Heller zu erhöhen. Höher wollen wir die Preise nicht schrauben, obgleich wir durch eine so mäßige Preissteigerung nur zum Teile entschädigt werden.

So weit unser Gewährsmann. Wie wir erfahren, hat die Gewerbe genossenschaft der Budapester Kaffeesieder für morgen nachmittag 3 $\frac{1}{2}$ Uhr eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, in der die Erhöhung des Kaffeepreises um vier Heller offiziell beschlossen wird. Die höheren Preise treten schon am 1. März in Kraft.

An dieser Stelle erwähnen wir, daß die hauptstädtische Approvisionierungssektion noch immer ihre Absicht nicht aufgegeben hat, den Milchkonsum der Kaffeehäuser zu restringieren, das heißt den Verkauf von Milch zu einschränken. Die Sektion findet sich nicht damit ab, daß, während Tausende Familien keinen Tropfen Milch erhalten können, die Kaffeehäuser auch jetzt noch so viel Milch bekommen als sie wollen. Die Sektion will sich schon demnächst radikal an die Lösung dieser schwierigen Frage machen.

Der mitteleuropäische Fremdenverkehrsband.

Bekanntlich fanden am 11. Februar in Wien Beratungen der Vertreter der Fremdenverkehrsinteressen statt, in der insbesondere die Schaffung eines mitteleuropäischen Fremdenverkehrsbandes in den Kreis der Erörterungen gezogen wurde. Im Zusammenhang mit der in Leipzig abgehaltenen Beratung der Vertreter verkehrsfördernder Körperschaften aus Deutschland, Oesterreich und Ungarn wurde die Bildung eines Verkehrsausschusses beschlossen, mit drei Unterausschüssen für Deutschland, Oesterreich und Ungarn. Zur Durchführung des Arbeitsprogramms wird ein kleiner Arbeitsauschuß bestehen. Die Geschäftsleitung führt abwechselnd die Gesamtvereinigung der Verkehrsverbände in Deutschland, Oesterreich und Ungarn. Die Sitzungen des Arbeitsausschusses, in den Deutschland 8, Oesterreich 5 und Ungarn 3 Vertreter entsenden, werden abwechselnd in den drei Ländern stattfinden. Als

Vertreter Oesterreichs werden delegiert werden Abg. Döbernick (Kärnten und Steiermark), Abg. Regierungsrat Pöfner (Tirol), Oberkurator Steiner (Wien), kais. Rat Ott (Karlsbad) und der Vertreter slawischer Fremdenverkehrsverbände B. H. F. Zunächst übernimmt die geschäftliche Leitung der Bund deutscher Verkehrsvereine in Leipzig. Das Arbeitsprogramm umfaßt folgende Gegenstände: Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns wechselseitige Förderung der Verkehrsbeziehungen der drei verbündeten Länder. Ein geschlossenes systematisches Vorgehen zur Heranziehung des internationalen Verkehrs und gegenseitig sich ergänzende Maßnahmen zur Hebung des inneren Verkehrs. Man rechnet dabei auf die Mitarbeit und Unterstützung der in Betracht kommenden amtlichen Stellen der großen Verkehrsanstalten usw. Die gemeinsame Verkehrswerbung ist durchzuführen unter Zusammenfassung der in den drei Ländern zur Belebung des Reiseverkehrs tätigen Kräfte. Ein Zusammenschluß mit anderen verbündeten oder befreundeten Ländern bleibt späterer Vereinbarung vorbehalten. Vorzubereitende gemeinsame Arbeiten: Es ist dafür einzutreten, daß unter Führung der Staatseisenbahnen, der sonstigen großen Verkehrsanstalten usw. ein großes Reisebureau für den Weltverkehr auf geschäftlicher Grundlage errichtet, wenigstens jetzt schon vorbereitet wird, dann gemeinsame Werbearbeit im Auslande, insbesondere durch die Presse. Ein gemeinsames Vorgehen bei Ausgestaltung und Verbesserung des Eisenbahn- und Grenzverkehrs sowie die Ausgestaltung der Unterkunftsverhältnisse wird als wichtige Aufgabe des Ausschusses bezeichnet.

Der verteuerte Frühstückskaffee.

Gestern früh, als am 1. des neuen Monats, war den „Frühstücksgästen“ in einer Anzahl von Bezirkskaffeehäusern eine „Ueberraschung“ in Form einer kleinen Preiserhöhung zuteil geworden. Der Preis der Schale Kaffee wurde mit 2 Heller höher berechnet.

3./III. 1916.

Die Fremdenstadt Berlin.

Berlin bei Nacht und bei Tage, Berlin, wie es sich vergnügt und wie es arbeitet, zog wie ein Riesenmagnet die Fremden aus allen deutschen Gauen und aus dem Auslande an sich. Die Statistik über den Fremdenverkehr konnte mit gewaltigen Zahlen dienen, und die Besitzer von Gasthöfen hatten goldene Zeiten.

Da kam der Krieg und wie fortgeblasen waren sie alle, die reichen Amerikaner, die Vergnügungstreisenden und Geschäftsleute aus aller Herren Länder. Es war ein harter Schlag für das auf einen großen Fremdenbesuch eingestellte Gasthofgewerbe. Aber im Kern gesund, hat es den Schlag ausgehalten, und wenn die Rational-Devise „Durchhalten“ auch hier Einschränkungen aller Art und Sorgen bedeutet, so läßt doch die Gegenwart die Zukunft hoffnungsreich erscheinen.

Die in den Monatsberichten des Statistischen Amtes der Stadt Berlin auf Grund polizeilicher Mitteilungen veröffentlichten Statistiken über den Fremdenverkehr geben über dessen Rückgang bemerkenswerte Aufschlüsse. Hiernach übernachteten in Gasthöfen, Hotels garnis und sonstigen Anstalten im Jahre 1913 1 430 099 Fremde gegen 1 074 870 im Jahre 1915. Die Gesamtabnahme des Fremdenverkehrs betrug demnach 355 229 oder 24,85 v. H. Von diesen Fremden waren Deutsche 1 140 749 (gegen 1 024 947 im Jahre 1915) und Ausländer 289 350 (gegen 49 923). Während also um 82,75 v. H. weniger Ausländer in Berlins Mauern im verfloßenen Jahre weilten, betrug der Rückgang der ortsfremden deutschen Besucher nur 10,15 v. H. Selbstverständlich ist das feindliche Ausland, in geringster Zahl jetzt in Berlin vertreten gewesen, wie folgende kleine Tabelle veranschaulicht:

Engländer i. J. 1913 insgesamt 18 514 gegen 52 d. i. Abnahme um 99,72 v. H.

Franzosen i. J. 1913 insgesamt 13 501 gegen 16 d. i. Abnahme um 99,88 v. H.

Russen i. J. 1913 insgesamt 101 254 gegen 1858 d. i. Abnahme um 98,17 v. H.

Bestere Nation war vor dem Kriege am stärksten in der Reichshauptstadt vertreten.

Interessant ist, daß die Besucherzahl aus dem „neutralen“ Amerika von 32 299 um 95,03 v. H. auf 1605 gesunken ist.

Die beliebteste Jahreszeit für den Besuch Spree-Athens ist der August. Es hielten sich in diesem schönen Monat des Jahres 1913 143 359 gegen 100 386 Fremde im Kriegsjahr 1915 bei uns auf, davon waren aus:

	1913	1915		1913	1915
Oesterreich	6611	1553	Asien	195	3
Türkei	159	74	Afrika	264	6
Schweiz	711	315	Australien	147	—
Holland	1125	556	England	2 065	8
Dänemark	1754	682	Frankreich	1 437	—
Schweden	1878	833	Rußland	14 095	123
Norwegen	499	256	Italien	514	2
Spanien	273	13	Belgien	497	34
Portugal	113	1	Balkanstaaten	659	108
Amerika	7010	165			
			Zusammen	40 006	4732

Das ausländische Element im Fremdenverkehr Berlins machte vor dem Kriege nicht weniger als 20,23 v. H. aus, dagegen kamen nur 4,64 Nicht-Deutsche auf 100 Fremde überhaupt im Jahre 1915, d. h. in Worte gekleidet: Der Fremdenverkehr hat im Jahre 1915 seinen ausgeprägt internationalen Charakter verloren und sich in einen nationalen umgewandelt, der immerhin in Anbetracht der allgemeinen wirtschaftlichen Depression sehr bedeutend ist.

Freilich so verhältnismäßig gering sich quantitativ der Rückgang darstellt, so drückender dürfte sich qualitativ die Abnahme dem Gasthof-Gewerbe fühlbar gemacht haben. Denn gerade die Ausländer, an ihrer Spitze die Amerikaner und Russen, waren es, welche an den modernen Karawansereien unserer Reichshauptstadt als finanzielles Rückgrat dienten.

Da heißt es eben „durchhalten“. Nach siegreichem Frieden wird auch unserer Fremden-Industrie eine neue Aera erblühen. Die Reider und stillen Bewunderer unserer Größe, sie werden aus aller Welt herbeiströmen, um der stolzen Berolina, der Repräsentantin der welttrögenden und weltbezwingenden Germania, ihre Aufmerksamkeit zu machen.

Möge dann das Gasthof-Gewerbe nicht dem fremden Golde zum Gefallen sein, in schwerer Zeit wiedergefundenes deutsch-nationales Gepräge ablegen!

E. K.

Die Wiener Hoteliers in der Kriegszeit.

In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung der Wiener Hotelportiere und Fremdenführer wurde die gegenwärtige Geschäftslage der Wiener Hotels als sehr günstig bezeichnet und insbesondere hervorgehoben, daß die Hotels in der Innern Stadt überfüllt seien. Der Vorsteher des Gremiums der Hoteliers Herr Ferdinand Seib, Besitzer der Hotels Oesterreichischer Hof und König von Ungarn, schildert uns nun die Lage der Wiener Hoteliers während des Krieges in folgender Weise:

Den größten Tiefstand, den jemals die Wiener Hotels durchgemacht haben, war unmittelbar vor und kurz nach Kriegsausbruch, also vom Sommer bis Spätherbst 1914. In dieser Zeit, die sonst die Hauptsaison ist, gab es in den Hotels kaum ein Zehntel des normalen Verkehrs. In der Befürchtung, daß unter diesen Umständen der Betrieb nicht aufrechtzuerhalten

sein werde, verringerten die Inhaber daher die Ausgaben und sperrten die Hälfte der Hotelzimmer oder doch mindestens ganze Trakte, und unter dem Druck der Verhältnisse wurden die Miet- und Pensionspreise selbst bei kurzem Aufenthalt der Gäste ganz wesentlich herabgesetzt. Während also für andre Gewerbe und Industrien die Kriegspreise eine Erhöhung bedeuteten, so hatte dieses Wort Kriegspreise für die Wiener Hoteliers und Fremdenbeherberger im Gegenteil nur die Bedeutung von Nachlässen bis zu 75 Prozent der normalen Zimmerpreise. Diese Zeit ist nun allerdings vorüber, und jetzt sind die Stadthotels besser, manche sogar sehr gut besetzt, aber nicht von Fremden, die gewöhnt sind, ihr Geld leicht auszugeben, sondern von Gästen aus Ungarn und der Provinz, Militäreinquartierungen und Flüchtlingen und zum geringen Teil nur von Ausländern, von welchen, der Kriegslage entsprechend, Reichsdeutsche, Bulgaren und Rumänen in Betracht kommen. Die Besserung der Besucher hat aber nicht eine entsprechende Besserung des Verdienstes zur Folge. Die Hotelregien, insbesondere Wäsche, Beheizung und Verköstigung des Personals, sind zumeist um mehr als die Hälfte, oft aber auch um das Dreifache gestiegen, und die Begünstigungen, welche Flüchtlinge und die Militärbequartierten genießen, ermäßigen nicht unwesentlich das Erträgnis.

Das Wirtschaftsbild bei Hotels, welche einen Restaurantbetrieb führen, stellt sich aber noch um vieles ungünstiger. Da wird wohl der größte Teil der Mehreinnahmen an Logis von dem jetzt über großen Defizit aller Hotelküchen wieder aufgezehrt. Ist der Restaurantbetrieb nicht groß genug, so trägt die Küche schon in Friedenszeiten in einem Hotelrestaurant nicht viel oder nichts. Derzeit versäummert sich aber die Situation durch die Bierinschränkung, durch die die Schanklösung außerordentlich reduziert wurde. Es kann daher durch den Gewinn an Getränkeumsatz das Küchendefizit nicht mehr verringert werden, nachdem doch auch der Kellerbetrieb nicht unbedeutende Regien hat.

Und trotzdem entschließt sich der Hotelier nur sehr schwer zur Auflassung des Restaurants, da dieses bei vielen Hotels eine große Anziehungskraft für seine Gäste bildet und das gute Rendite des Hauses mitbegründet. Gleichwohl haben sich die genauen Rechnenden schon jetzt zur gänzlichen oder teilweisen Auflassung des Hotelrestaurants entschlossen und scheinen mit dieser Reform recht befriedigende Erfahrungen gemacht zu haben. Es zeigt sich da eben, daß der Kampf nicht so leicht ist, den Hotelbetrieb nicht nur aufrecht zu halten, sondern nicht ganz umsonst viele Mühe und Sorge aufgewendet, arge Verdrießlichkeiten durchgemacht und dabei oft noch ein sehr großes Kapital investiert zu haben. Viele, die ein gut besetztes Hotel mit Neid betrachten, würden ganz anders denken, wenn sie einen genauen Einblick hinter die Kulissen des Betriebes hätten. Sie würden sehr bald zu der Einsicht gelangen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen für den Wiener Hotelbetrieb nur der Spruch am Platze ist: „Viel Lärm am nichts!“

Vom vornehmen „Hotel“.

Den „Mitteilungen des Allgemeinen Deutschen Sprachvereines“ entnehmen wir: So lange es Gasthöfe in Deutschland gibt, hat es wohl auch immer gute und weniger gute gegeben, sogar in der Zeit, als wir die Bezeichnung Hotel noch nicht kannten. Ja, bis über die Mitte des 18. Jahrhunderts hinaus mußten die vorzüglichsten Gasthöfe ohne dieses vornehme Wort auskommen. Noch im Jahre 1779 hatten alle Gasthäuser Berlins nur deutsche Namen; aber schon 1801 bucht Campe Hotel als einzige Bezeichnung für seine Gasthöfe. Wirte, die etwas ganz Feines sein wollten, gaben ihren Gasthäusern sogar rein französische Namen, etwa „Hotel de Sage“, „Hotel de Baviere“. Bis zum Ausbruch des Krieges prangten solche Aufschriften in allen Teilen Deutschlands, selbst in den einfachsten Gebirgsstädten. Der Krieg brachte uns um diesen vornehmen Schmutz deutscher Gasthöfe, aber die Freunde einer durch französische Ausdrücke verfeinerten deutschen Sprache können hoffen, daß ihr Liebling Hotel uns erhalten bleibt. Wir könnten ja, wenn wir durchaus einen deutschen Ausdruck zur Bezeichnung vornehmer Gasthöfe haben wollten, dafür Fremdenhof sagen, aber die auch in diesem Weltkriege unbedingt nötige Rücksicht auf das Ausland verbietet uns die Einführung dieses Wortes. Die „Allgemeine Bäderzeitung“ will aus diesem Grunde nichts von einem Ersatzwort für Hotel wissen. Sie sagt: „Wir haben in den Bäderorten mit einem internationalen Fremdenkreise zu rechnen.“ Diese deutsche Zeitung hat recht. Auf die deutschen Volksgenossen, die lieber das Wort Fremdenhof sehen würden, braucht man keine Rücksicht zu nehmen, wohl aber auf die lieben, guten Ausländer. Es muß sich doch jeder sagen: Wenn es in Ems, Rissingen, Wiesbaden, Karlsbad nur noch Gasthöfe und Fremdenhöfe, aber keine Hotels mehr gibt, dann werden die Fremden nicht mehr in diese Weltbäder gehen. Nun sagt zwar Gustav Ströhmfeld: „Warum bringen die zuständigen Verbände der beteiligten Gewerbe nicht mit Macht darauf, daß die französische Bezeichnung Hotel hinausgeworfen wird?“ Aber Ströhmfeld ist nur Schriftleiter eines rein deutschen Verkehrsverbandes (von Württemberg-Gobenzollern); was bedeutet da sein Urteil im Vergleich mit der Meinung des Internationalen Hotelbesitzervereines, der schreibt: „An einem Hause, das nur die Bezeichnung Gasthof oder Gasthaus trägt, haftet zum mindesten in allen Plätzen, die sich eines einigermaßen regen Fremdenverkehrs erfreuen, ein gewisser Schein der betriebstechnischen Minderwertigkeit!“ Küche und Keller mögen noch so gut sein, wenn die Gaststätte nur auf plumpe deutsche Art Gasthof oder Fremdenhof heißt, dann ist sie minderwertig; denn der Ruf eines guten Gasthofes baut sich nicht auf den Leistungen, sondern auf den Namen auf. Also bitte, laßt uns das Hotel! Ein Rätsel ist dabei allerdings, wie vornehme Gaststätten in Dresden, Nürnberg, München sich nur „Hamburger Hof“, „Württembergischer Hof“, „Bayrischer Hof“ nennen können.

M. Rau (Bwidau.)

9. III. 1916

9

NSA

* Die weibliche Bedienung in den Gastwirtschaften hat sich glänzend bewährt. In der gestrigen Versammlung des „Vereins der Gastwirte Groß-Berlin“ wurde vom Vorstande mitgeteilt, daß sämtliche Gastwirtekorporationen Groß-Berlins eine Konferenz im Berliner Polizeipräsidium hatten, in welcher die Vorstände um ihre Meinung über die Bewährung der weiblichen Hilfskräfte befragt wurden. Das Urteil lautete allgemein „ganz vorzüglich“. Es wurde auch das „Einstellungsalter“ erörtert. Der Dezerent im Polizeipräsidium Herr Regierungsrat Dr. Lehmann, war für ein Alter von 25 bis 30 Jahren. Die Vertreter der Gastwirte überzeugten ihn aber, daß diese Altersstufen nicht immer die geeigneten Kräfte in genügender Zahl bieten dürften, und so erreichten die Gastwirte, daß ihnen ein Einstellungsalter von 21 bis 35 Jahren gewährt wurde, um auch Krieger-

frauen und weibliche Angehörige von Gastwirten, die in dieser schweren Zeit ihre Existenz verloren haben, eine Verdienstmöglichkeit zu gewähren. Auch andere gastwirtschaftliche Fragen wurden in der Konferenz erörtert, wie die fleisch- und fettlosen Tage. Ueber die Verabreichung von „Bouillon“ oder „Kraftbrühe“ aus Knochen- und Kopffleisch an diesen Tagen wurde eine Einigung noch nicht erzielt. Gewarnt wurde vor der Veranstaltung von Eisbein- und Wurstessen, da es eine polizeiliche Erlaubnis hierzu nicht geben würde und Uebertretungen schwere Folgen nach sich ziehen würden, unter Umständen Schließung des Geschäfts. Beim Verkauf von Fleisch- und Wurstwaren über die Straße dürfen die Gastwirte auch keine höheren Preise fordern, als die Höchstpreise für die betr. Fleisch- und Wurstwaren vorschreiben. Es wurde ferner darauf aufmerksam gemacht, daß Lunge, Leber usw. an fleischlosen Tagen auch nicht verbraucht werden dürfen. In der Versammlung wurde weiter mitgeteilt, daß die Weißbierbrauereien die Preise für Weißbier nun auch erhöht haben, und zwar um 2 M. für die halbe Tonne und 3 M. für das Hektoliter. Die kleine Weiße zu 0,3 Liter kostet 15 Pf. und die große Weiße 25 Pf. Da die Lagerbierproduktion sehr beschränkt ist, hofft man auf einen vermehrten Umsatz der „kühlen Blonden“. Mit den Weißbierbrauereien soll dieselbe Vereinbarung getroffen werden, wie mit den Lagerbierbrauereien, daß diejenigen Gastwirte, welche die Ausschankpreise nicht innehalten, von den Brauereien kein Bier geliefert bekommen. Die Gastwirte wurden aufgefordert, alle Uebertretungen den Vorständen ihrer Vereinigungen oder der Schlichtungskommission der Gastwirte mitzuteilen, welche das übrige veranlassen würden.

10. / III. 1916

* (Die Einuhrsperrung in Budapest.)

Budapest, 9. d., wird uns telegraphiert: Polizei hat heute, um jedes Mißverständnis betr. die Auslegung der am 16. d. ins Leben tret. Einuhrsperrung aus dem Wege zu räumen, klären lassen, daß alle Lokale ohne Ausnahme um 1 Uhr gesperrt werden müßten. Wenn also in einem Sèparee ein Bankett oder Hochzeit gefeiert wird, so bildet dies keine Ausnahme. Auch öffentliche Restaurants, die von Klubs, Kasinos, wie im National- oder Landeskasino, u. gehalten werden, sind um 1 Uhr nach Mitternacht zu sperren. Die Polizei hat aber nichts dagegen einzuwenden, wenn die Hotels für ihre Gäste auch in der Nacht warme Speisen sowie Getränke bereit halten. Am 16. d. angefangen dürfen die Gäste nach 1 Uhr nicht nur in ihren Hotelzimmern bedient werden, sondern auch in Klubs und Kasinos in ihren eigenen Räumen. Dies ist die einzige Ausnahme, da sie im Sinne des obigen Statuts als Privatwohnungen zu betrachten sind.

15./III. 1916

153

* Die Hoteliere beim Bürgermeister. Eine Abordnung des Gremiums der Hoteliere und Pensionsinhaber, bestehend aus den Herren H o s s, S t e i n b ö c k und L u n g l, überreichten dieser Tage dem Bürgermeister Dr. W e i s t i r c h n e r das Diplom als Ehrenmitglied des Gremiums. Die Abordnung begab sich hierauf zu den drei Vizebürgermeistern, um ihnen für die Wahrnehmung der Interessen der Hotelindustrie zu danken.

(Die Hoteliers beim Bürgermeister.) Eine Abordnung des Gremiums der Hoteliers und Pensionsinhaber, bestehend aus dem Vorsteher Ferdinand Hof und den Vorsteherstellvertretern Steinböck und Dugl, wurden dieser Tage vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner empfangen, um ihm das Diplom als Ehrenmitglied des Gremiums zu überreichen. Gremialvorsteher Hof sprach bei der Ueberreichung dem Bürgermeister den Dank für dessen jederzeit dem Fremdenverkehre und der Wiener Hotelindustrie gewidmetes Interesse aus. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärte, daß er die

Bedeutung der Hotelindustrie in hohem Maße würdige. Er werde ihr um so mehr seine ungeteilte Aufmerksamkeit zuwenden, als er nicht nur durch seine Ernennung zum Ehrenmitgliede des Gremiums, sondern auch als Besitzer der städtischen Hotels, somit gewissermaßen als Kollege, ein Interesse an dem Gedeihen der Hotels habe. Hierauf begab sich die Abordnung zu den Vizebürgermeistern Sierhammer, Hof und Rain, um ihnen den Dank für die der Hotelindustrie gewidmete Aufmerksamkeit auszusprechen.

Die Nachtsperre der Kaffeehäuser.

In der letzten Sitzung der Kaffeesiedergenossenschaft referierte der Vorsteher Franz Egther über den Stand der Frage der Nachtsperrestunde. Der Vorsteher berichtete, daß er wieder beim Polizeipräsidenten Freiherrn v. Gorup vorgesprochen habe, und bezeichnete dessen Entgegenkommen gegenüber dem Gewerbe als höchst begrüßenswert. Es wurde die alte Bitte wieder vorgebracht, an drei Tagen der Woche bis 2 Uhr nachts offenhalten zu können. Aus vielen Mitteilungen von Kaffeesiedern aller Bezirke gehe hervor, daß auch in dieser einschneidenden Frage ein Schritt zur Besserung zu verzeichnen sei, was hauptsächlich auf das Entgegenkommen des Polizeipräsidenten zurückzuführen sei. Der gegenwärtige Zustand sei bezüglich der Sperrstunde doch schon ein weit erträglicherer, jedenfalls ein viel besserer für die Kaffeehäuser, als bei der einheitlichen Nachtsperre um 1 Uhr ohne jede Ausnahme, wie sie gegenwärtig in Budapest eingeführt sei. Auf Antrag des Vorstehers wurde beschlossen, an den Polizeipräsidenten ein Dankschreiben zu richten.

28. / III. 1916

Bereinfachung der Speisekarte?

Dieser Tage hat im Reichsamt des Innern eine Besprechung zwischen Vertretern der Regierung, der Gasthäuser, Schankwirtschaften usw. stattgefunden, in der die Grundlagen für eine weitere Vereinfachung der Speisekarte in allen öffentlichen Lokalen vereinbart wurden. Die entsprechende Verordnung wird im Laufe des April herauskommen. Rein äußerlich wurde zunächst beschlossen, daß Speisen zur Ersparung von Fett nicht mehr auf Platten, sondern allgemein nur noch auf Tellern verabreicht werden dürfen. Die Auswahl der Speisen selbst wird stark beschränkt. Es dürfen auf der Speisekarte nur noch erscheinen zwei Suppen, zwei Vorspeisen und zwei Fleischspeisen, doch darf dem Gast nur je eine davon verabreicht werden. Der Nachtisch soll nicht beschränkt werden, da dafür kaum eine Notwendigkeit besteht. Etwas reichhaltiger als die Mittagskarte wird die Abendkarte sein, bei der vor allem die kalte Küche nicht beschränkt wird. Die Einführung eines allgemeinen fleischlosen Tages wurde wegen der Schwierigkeit der Nachprüfung abgelehnt, indessen wird dieser allgemeine fleischlose Tag auch für die Privatbevölkerung kommen, denn in Kürze werden jedem Milch, Fleisch, Kaffee usw. in ganz bestimmter Menge zugemessen werden. Diese Portionen werden beim Fleisch so groß sein, daß ganz von selbst ein fleischloser Tag überall kommen muß. Von dieser Maßnahme verspricht man sich eine große Erleichterung und eine Abwendung der zweifellos bestehenden Gefahr für unsere Viehbestände. Den Gastwirten wird eine bestimmte Fleischmenge zugebilligt werden, die nach dem bisherigen Bedarf berechnet wird. Gasthaus-Fleischmarken sollen nicht eingeführt werden.

Die Vereinfachung der Speisekarten.

N. Berlin, 27. März. (Priv.-Tel.) Im Reichsamt des Innern haben in diesen Tagen Besprechungen stattgefunden zwischen Vertretern der Regierung, der Gasthäuser, Gastwirtschaften und anderen öffentlichen Lokalen, in der die Grundlage für eine durchgreifende Vereinfachung der Speisekarten in den öffentlichen Lokalen vereinbart worden ist. Die entsprechende Verordnung soll, der „Kreuzzeitung“ zufolge, im Laufe des April herauskommen. Rein äußerlich wurde zunächst beschlossen, daß Speisen zur Ersparung von Fett nicht mehr auf Platten, sondern allgemein nur noch auf Tellern verabreicht werden dürfen. Die Auswahl der Speisen selbst wird stark beschränkt. Es dürfen auf der Speisekarte nur noch erscheinen, zwei Suppen, zwei Vorspeisen und zwei Fleischspeisen, doch darf dem Gast nur je eine davon verabreicht werden. Der Nachtisch soll nicht beschränkt werden, da dafür kaum eine Notwendigkeit besteht. Etwas reichhaltiger als die Mittagskarte wird die Abendkarte sein, bei der vor allem die kalte Küche nicht beschränkt wird. Die Einführung eines allgemeinen fleischlosen Tages wurde wegen der Schwierigkeit der Nachprüfung abgelehnt, indessen wird dieser allgemeine fleischlose Tag auch für die Privatbevölkerung kommen, denn in

Stürze werden jedem Milch, Fleisch, Kaffee usw. in ganz bestimmten Mengen zugemessen werden. Diese Portionen werden beim Fleisch so groß sein, daß ganz von selbst ein fleischloser Tag überall kommen muß. Von dieser Maßnahme verspricht man sich eine große Erleichterung und eine Abwendung der zweifellos bestehenden Gefahr für unsere Viehbestände. Den Gastwirten wird eine bestimmte Fleischmenge genehmigt werden, die nach dem bisherigen Bedarf berechnet wird. Gasthausfleischmarken sollen nicht eingeführt werden, da Mißstände wie beim Brot wegen der hohen Fleischpreise von vornherein nicht zu befürchten sind. Auch soll dem Gastwirtsstande das Leben nicht unnötig erschwert werden.

1./IV. 1916.

158

Die verkleinerte Speisekarte.

Herr S. A. Bartels, der Geschäftsführer einer altbekannten Berliner Weinstube, sendet uns die folgenden Ausführungen.

In den Erörterungen über die Neaeinführung der verkleinerten Speisekarte klingt ab und zu der Vorwurf durch, als ob in den öffentlichen Speisewirtschaften mit den teuren Lebensmitteln nicht hausälterisch umgegangen wird. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß bei den jetzigen teuren Zeiten ein Wirt, der einigermassen auf seine Rechnung kommen will, auch nur 1 Gramm Fleisch verkommen läßt. Verbleibende Reste werden für die Verpflegung des Personals benutzt, aus den mannigfaltigen Abfällen an Fleisch und Knochen wird jedes mögliche Fett herausgezogen. Die Leiter großer öffentlicher Speiselokale können sparsamer und rationeller arbeiten als private Haushaltungen. Vielleicht entschließt sich die Regierung dazu, die Gesamtverpflegung der Bevölkerung in die Hände der Wirte zu legen, wobei natürlich nach Möglichkeit den Wünschen der verschiedenen Bevölkerungsklassen Rechnung getragen werden muß. Diese Forderung erscheint auf den ersten Augenblick etwas absonderlich, aber der Krieg hat uns ja manche Überraschung gebracht. Jedenfalls würde die Regierung dann vielleicht leichter in der Lage sein, eine wirksame Kontrolle über die Fleischbestände auszuüben. Sicherlich wird auch eine solche Maßregel den Gastwirten, die ja jetzt sicherlich nicht auf Rosen gebettet sind, und die ihr Geschäft vorwiegend auf den Verbrauch an Getränken eingestellt haben, einen bescheidenen Nutzen bringen. Der Wirt könnte von vornherein übersehen, wieviel Lebensmittel er einzukaufen hat; da ihm ein gleichmäßiger Absatz gewährt ist, so könnte er bei bescheidenem Nutzen ein schmackhaftes Essen zu verhältnismäßig billigen Preisen liefern. Jedenfalls würden die Speisen weit billiger herzustellen sein und auch zu niedrigeren Preisen abgegeben werden können, als sich das in privaten Haushaltungen ermöglichen läßt.

Wichtiger als die Vereinfachung der Speisekarte halte ich eine Einschränkung der Tischzeit in den öffentlichen Wirtschaften. Es würde vollkommen genügen, wenn warmes Mittagessen nur in der Zeit von 12—3, warmes Abendbrot in der Zeit von 6—10 Uhr verabreicht würde. Würde das während der Kriegszeit behördlich angeordnet, so ließe sich der Betrieb in den Wirtschaften außerordentlich vereinfachen. Die Gäste bekämen auch die Speisen weit schmackhafter (es gäbe kein Nachbraten und Nachwärmen). Ich bin sogar der Ueberzeugung, daß diese Einschränkung der Tischzeit, die nicht nur im Interesse der Wirte, sondern auch der Gäste liegt, so viele Vorteile haben wird, daß sie sich auch über den Krieg hinaus erhalten wird.

Ausstellung fettloser Gerichte. Zu einer zeitgemäßen Ausstellung fettloser Gerichte ladet der Schöneberger Hausfrauenverein, Schwäbische Straße 1, ein. Hier hat Frau Marie Priester eine Reihe fettloser Gerichte ausgestellt, die alle in ihrer lederen Aufmachung die Grundformel der heutigen Küchenwirtschaft illustrieren sollen: vierzig Gramm Fett können durch neunzig Gramm Kohlehydrate ersetzt werden. Man sieht hier gespickte Hasen, deren knusperige, gebräunte Fleischmuskeln nur aus Bohnen bestehen. Man kostet Leberwurst mit wirklichem Würstgeschmack, und der Inhalt sind ebenfalls nur — Bohnen. Kohlrübenschnitte sind durch Ueberstreuen mit geriebenem Käse zu Fleischoteletts umgewandelt, man ist gefüllte Zwiebeln, gefüllte Karotten. Wirklich ist hier der Beweis gelungen, daß wir in dem reichlich vorhandenen Gemüse und den Hülsenfrüchten einen vollwertigen Ersatz für das knappe Fleisch besitzen. An anderen Tischen ist eine gleich praktische Frage, die Streckung unserer Weizenbestände behandelt worden. In allerlei Gebäck, vom Lettehaus und den Mit-

gliedern der Berliner Hausfrauenvereine hergestellt, wird die Wirkung eines neuen Kartoffelwalzmehls gezeigt. Frau Marie Priester wird heute abend 8 Uhr in der Comenius-Schule, Franckenstraße 10, über „Wie ersetzen wir Fett durch Fettbildner?“ sprechen.

Die kritische Zeit der Berge.

Von Dr. Josef Drazler (Wien).

Seit Beginn der Winter-Touristik hat der Monat März mehr Opfer gefordert als alle anderen Wintermonate zusammen. Man braucht nur an das Lawinenumglück am Ortler, das 15 Mann das Leben kostete, an das Unglück am Schneeberg, das 11 Opfer forderte, an das Unglück am Bruder-

kogel bei Rottenmann, am Hochschwab, am Wilden Kaiser und an die neuesten Unglücksfälle in den Bergen zu denken. Der März ist der Monat der jähen Wetterstürze und daher auch für alle Lagen der gesundheitgefährlichste Monat. Bei ruhigem Sonnenschein entwickelt sich namentlich im Hochgebirge eine große Wärme, die plötzlich von eiskalten Winden abgelöst wird.

Wenn nebst der stehenden Sonnenstrahlung auch die Föhnwinde den Kampf mit dem Winter da oben aufnehmen, so zugleich gerade im März bei uns seit etwa zehn Jahren regelmäßig die stärksten Schneefälle eintreten, so wird im Hochgebirge alles aufrührerisch. Es scheint, als ob die Berge ihre Schneelast nicht mehr ertragen könnten. Eine Unruhe stört in den höchsten Regionen die erhabene Stille. Von den schroffen Zinnen lösen sich die im Winter festgefrorenen Steine und stürzen über die Wände in die Gräben und Schluchten. Der vom Schmelzwasser durchtränkte Schnee gleitet über die steilen Wände und wird unterwegs, alles mitreißend, zur gefährlichsten Lawine. Mit ungeheurer Wucht stürzt dann die stets sich vergrößernde Masse zu Tale. Das Konglomerat von Schnee, Eis, Felsen und abgebrochenen Baumstämmen geht wohl meist seine den Kesseln bekannten Wege, sonst müßten die jährlichen Unfälle so zahlreich werden, daß das Gebirge überhaupt unbewohnbar wäre. Immerhin sind aber Abweichungen von den in Jahrhunderte langer Arbeit selbstgeschaffenen Lawinen-Bahnen häufig genug, um Unheil anzurichten.

Zu den Gefahren der Lawinen kommen im Frühjahr noch die Gefahren der Föhnstürme. Wer auf Zinnen und Graten wandernd vom Föhnsturm überrascht wird, kann leicht in die Tiefe geschleudert werden. Nur sprunghaft, während der Pausen des Sturmes gibt es ein Vorwärts. Sonst ist nur Sicherheit in der Deckung am Boden. Im Gange vergrößert der Sturm die Lawinengefahr außerordentlich. Unter schneefreien Wänden bewirkt der Föhn stärkste Steinschlaggefahr. In der Waldregion, besonders am Rande der Wälder, an Windnarzstellen bedrohen den Hochtouristen die krachenden stürzenden Baumrießen. Außerdem schlägt der Föhnwind oft plötzlich in kalten Schneesturm um und wirbelt dem kühnen Wanderer Eisnadeln ins Gesicht, so daß er kaum die Augen zu öffnen wagen darf.

Allen diesen Gefahren, denen sich sonst wohl nur erprobte Eisfahrer und Hochtouristen ausgesetzt haben, müssen nun im Feldzuge an der Südwestgrenze Tausende von Soldaten standhalten. Dabei sind nur zu viele, die die Gefahren der Berge nie kennen gelernt haben. Dazu gehören insofern auch viele Bergbewohner, als diese der Mehrzahl nach nie Touren in die Fels- und Eisregion unternehmen und insbesondere gerade den Monat März als den gefährlichsten im Hochgebirge in ihren Häusern im Tale verbringen. Es war harte Arbeit, diese Leute auch nur zu einer Abfahrt mit Einsetzen des Bergstodes über ungeschätzliche Schneehalden zu bringen. Die Hochtouristen, die jetzt aktiv dienen und die erprobten Bergsteiger, die sich der Armee als Führer zur Verfügung gestellt haben,

mußten in der Abdriftung für den Gebirgskrieg viel leisten. Allerdings haben sich die Mannschaften aus den Alpenländern und auch viele aus dem Flachlande nach entsprechender Schulung gut bewährt. Hier sei auch daran erinnert, daß die italienische Heeresleitung schon in Friedenszeiten im Jahre 1913 großen Partien von jungen Leuten, Nichtsoldaten, tagelange Übungstouren ins Hochgebirge auf Staatskosten ermöglichte, was wohl nicht ohne Grund geschehen sein dürfte. Bei uns wird das wohl in Friedenszeiten nachgeholt werden. Es steht zu erwarten, daß der Hochtourist, die jetzt im Kriege wertvolle Dienste leistet, auch im Frieden das zugute gehalten wird und ihr manches Hindernis, insbesondere unnötige Wegverbote, aus dem Wege geräumt werden. Die größten Anforderungen an alpinen Können werden an die mit der Südwestarmee kämpfenden Touristen gerade jetzt gestellt. Der März, der gefürchtetste Monat im Hochgebirge, bringt zu den Gefahren der Kämpfe noch die besonderen Gefahren der Berge, in deren Abwendung die hochentwidelte Touristik ein reiches Feld der Betätigung findet.

Krise im Gastgewerbe.

Die Leitung des Reichsverbandes der gastgewerblichen Genossenschaften hat sich in jüngster Zeit sehr eingehend mit der durch die bestehenden Verhältnisse hervorgerufenen Notlage der Gastgewerbetreibenden insbesondere in den Städten befaßt. Es wurde festgestellt, daß insbesondere durch die wiederholte Erhöhung der Bierpreise und durch die Einschränkung der Bierlieferungen sich die Situation sehr kritisch zugespitzt hat, da der Ausfall aus dem Kellernwirtschaftsbetrieb keine anderweitige Deckung finde. Als Ursachen der immer mehr um sich greifenden Notlage des österreichischen Gastwirstandes wurden bezeichnet: Die 100- bis 300prozentige Erhöhung der Einkaufspreise aller Nahrungsmittel und Gebrauchsartikel für Küche und Keller. Die dreimalige Erhöhung des Einkaufspreises der Biere im Gesamtbetrage von 11 Kronen. Die 50- bis 60prozentige Biereinschränkung. In dieser Hinsicht wurde konstatiert, daß gegenwärtig in Wien 1000 Gastwirte täglich nicht mehr als $\frac{1}{4}$ Hektoliter Bier ausshenken, etwas mehr als 1200 Betriebe $\frac{1}{2}$ Hektoliter und 1300 zwischen $\frac{1}{2}$ und 1 Hektoliter. Die Erhöhung der Einkaufspreise für Wein, die zum Teile auf die seit Jahren ungünstige Weinernte, vorwiegend aber auf den Umstand zurückzuführen ist, daß sich die Spekulation des Weinmarktes bemächtigt hat und es dem soliden Käufer ganz unmöglich macht, den Wein aus jenen Gegenden zu beziehen, aus denen er sich seit Jahrzehnten versorgt hat. Ueberdies kommen derzeit Tirol, Istrien und Dalmatien für den Weineinkauf kaum in Betracht. Die Verteuerung der Personalkost, des Hausstrunkes, die Erhöhung der Löhne und der gesamten Regie. Als ein wesentliches Mittel, einen weiteren Niedergang des städtischen Gastgewerbes hintanzuhalten, wurde bezeichnet, daß die derzeitige Biereinschränkung beseitigt werde. Die fortschreitende Verarmung des Gastgewerbes mache aber auch notwendig, daß sofort nach Beendigung des Krieges seitens der Regierung die bereits vor Jahren zugesicherte Förderung einer Entschuldungsaktion des Gastgewerbes in Angriff genommen werde. Der Gesamtbetrag, den die Gastgewerbetreibenden derzeit schulden, wurde auf mehr als 400 Millionen Kronen beziffert.

10. IV. 1916

— (Wenn der Wirt kein Bier auschenken will.) Der Gastwirt Johann Holzmann in der Neustiftgasse hatte sich beim Bezirksgericht Josefstadt wegen Verweigerung eines unentbehrlichen Lebensmittels zu verantworten, weil er einigen Soldaten, die in sein Lokal gekommen waren, erklärt hatte, er schenke ihnen kein Bier mehr ein. Der Richter erkannte den Angeklagten schuldig und verurteilte ihn zu zwanzig Kronen Geldstrafe. Gestern hatte sich ein Appellsenat unter Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Dr. Eschenauer mit der von Dr. Robert Gruber vertretenen Berufung gegen das Urteil zu befassen. Der Gerichtshof hob die Verurteilung auf und sprach den Gastwirt frei. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, Bier könne nicht unter allen Umständen zu den notwendigen Bedarfsartikeln des täglichen Unterhaltes gezählt werden. Insbesondere treffe dies in diesem Falle zu, da für den Unterhalt der Militärpersonen vom Aerar vollkommen gesorgt werde und jeder Soldat seine ausreichende Verpflegung erhalte.

* Aus einer Münchener Speisefarte. Ein Münchener sendet nach Oesterreich die Speisefarte vom 29. März d. J., die in dem Münchener Restaurant „zum Franziskaner“ aufslag. Ihr entnehmen wir, indem wir uns jeder auslegenden Bemerkung als überflüssig enthalten, aufs Geratewohl die nachfolgenden Speisenpreise:

	M a r k
Rostbraten mit Zwiebeln	1.80
Beasteeak mit Ei	1.80
Kalbskotelette mit Spargeln	1.50
Sammelfoteletten mit Bohnen	1.40
Rühreier mit Schinken	1.—
Dunsfuhu mit grünen Erbsen	1.20
Gurkensalat	—40
Aprikosen	—40
Geträffelte Rühreier	1.—
Rühreier mit Spargeln	1.—
Rühreier mit geräuchertem Lachs	1.20
Wiener Schnitzel	1.20
Ein Glas Cognac	—25
Kalter Aufschnitt	1.40
Kalbsbratenbrötchen	—50
Mainzer Käse	—10
Edamer Käse	—40
Eine Flasche Gießhübler	—40

* Die Cafetiers und die Ein-Uhr-Sperrstunde.

Die Gewerbevereinschaft der Budapester Cafetiers hielt heute Nachmittag unter dem Vorstehe des Präsidenten István Székely eine außerordentliche Generalversammlung, deren einziger Gegenstand die Ein-Uhr-Sperrstunde war.

Der Vorsitzende theilte mit, daß die Korporation schon vor mehreren Tagen an maßgebender Stelle auf die schädlichen Wirkungen hingewiesen habe, die in Folge der Sperrstunde für die Cafetiers erwachsen, die unter den gegenwärtigen Umständen gezwungen sind, die Cafés schon um halb 1 Uhr zu sperren, da sich um 1 Uhr in den Kaffeehäusern keine Gäste mehr aufhalten dürfen. Ignaz Góber verglich die in Budapest bezüglich der Sperrstunde bestehenden behördlichen Verfügungen mit den Zuständen in Berlin und Wien und führte aus, daß in Folge der Ein-Uhr-Sperrstunde zahlreiche Personen in ihrer Existenz bedroht sind. Redner meinte, daß die Sperrstunde nach dem ausländischen Muster eingeführt werden müßte. Die Cafetiers sind fortwährend den Sefaturen der Polizei ausgesetzt, welchen ein Ende gemacht werden müsse. Die Strafbestimmungen hält der Redner nicht für angemessen, denn jene Cafetiers, die ihre Lokale einige Minuten nach 1 Uhr schließen, müssen ihre Strafe in Gesellschaft von Vaganten absitzen. Er richtet an das Präsidium das Ersuchen, dahin zu wirken, daß die Cafés an Wochentagen wenigstens bis 2 Uhr, an Sonn- und Feiertagen aber bis 3 Uhr nach Mitternacht geöffnet bleiben dürfen. Er unterbreitete einen diesbezüglichen Beschlusantrag, an den sich eine längere Debatte knüpfte, an der Koloman Rátosi, Victor Jakobovits, Friedrich Singer, Desider Korda, Béla Szántó, Joseph Kovács und Andere theilnahmen, die alle die schweren Schäden schilderten, die die Cafetiers unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu erdulden haben. Hierauf ergriff der Vorsitzende zu einer längeren Rede das Wort, in welcher er das bisherige Verhalten des Präsidiums in der auf der Tagesordnung stehenden Frage schilderte. Gleichzeitig unterbreitete er einen Beschlusantrag, in dem ausgesprochen wird, daß die Ein-Uhr-Sperrstunde die Interessen der Cafetiers schwer verletz und geeignet sei, einen Theil der Cafetiers vollständig zugrunde zu richten. Die Generalversammlung möge den Beschluß fassen, an den Minister des Innern eine Deputation zu entsenden, die dem Minister die Bitte unterbreiten solle, die strengen Verfügungen der bestehenden Maßnahmen zu lindern. Der Beschlusantrag wurde einstimmig angenommen.

Die deutsche Speisekarte.

Das Berliner Gasthaus seit einem Jahr.

1 Berlin, 5. April.

Neben dem militärischen Generalstab auf dem Kriegsschauplatz ist dem wirtschaftlichen Generalstab an der Heimatfront keine kleine Aufgabe zugefallen. Seit einem Zeitraum von nun bald zwei Jahren heißt es mehr als 64 Millionen Menschen mit des Leibes Notdurft zu versorgen und der Abperrung des Deutschen Reiches durch die Feinde alle jene vielfältigen Maßnahmen entgegenzusetzen, die jedem Menschen sein Recht auf Nahrung sichern müssen. Die Literatur, die dereinst über die Lebensmittelversorgung der Völker im Kriege zu berichten haben wird, hat alle Aussicht, ebenso umfassend und vielbändig zu werden wie die Kriegsgeschichte selbst, um so mehr als noch kein vorhergegangener Feldzug weder ein Beispiel noch die Mäßigkeit eines Vergleiches oder einer Lehre bietet und die Schwierigkeiten ganz neuer erstmaliger Verhältnisse bewältigt werden mußten und müssen. Um so rühmenswürdiger ist es, wie die deutschen Stadtverwaltungen sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigen und jedem Gebiet menschlicher und tierischer Ernährung eine bis in die Einzelheit reichende Sorgfalt angedeihen lassen. Die ins riesengroße erweiterte Arbeit beschäftigt eine Armee von Menschen, an Zahl nicht geringer als das Feldheer, denn jede Frage wird mit typischer deutscher Gründlichkeit behandelt. Im Augenblick wird in Berlin die Vereinfachung der deutschen Speisekarte des Gasthauses beraten, und man sollte gar nicht glauben, bis in welche hohe Regierungsstellen hinaus dieser Angelegenheit Aufmerksamkeit geschenkt wird, um eine zweckentsprechende und befriedigende Lösung zu finden.

Tausende und abertausende Menschen sind auf das öffentliche Speisehaus angewiesen. Die Hausfrau wird sich, wenn auch die Frage „Was

soll ich denn heute kochen?“ täglich schwieriger zu beantworten ist, immer noch zu helfen wissen. Was sollen aber jene beginnen, die nicht am familientypischen den Hungrer zu stillen vermögen und im Gasthause leben müssen? Der kleine häusliche Kreis ist leichter befriedigt als der unbegrenzt große von Speisegästen, deren verschiedenstem Geschmack und Appetit der Wirt zu genügen hat. Die „Speisekart'n“ ist das Sorgenkind des Restaurateurs, und es ist darum ein sehr löbliches Beginnen, daß sie nunmehr die Regierung reichsweitlich austuben und verfallen will. Die Uniformierung des deutschen Gasthauses ruft die Befriedigung aller Kreise hervor, zum nicht geringsten Teil der schwergeplagten und ara heimgesuchten Gastwirte selbst, die angesichts der Fleischknappheit und der Fleischpreise schon nicht mehr ein und aus wissen. Seit Kriegsbeginn sind die Preise für Vieh in Deutschland im schnellsten Tempo in die Höhe gegangen. Die Preise zeigen seit Januar 1915 folgende aufsteigende Linie: Schlachtwiech kostete pro Zentner Lebendgewicht Januar 1915 Ochsen 50 Mark, März 1916 165 bis 190 Mark; Kälber Januar 1915 59 bis 83 Mark, März 1916 115 bis 135 Mark; Hammel standen in derselben Preislage; Schafe Januar 1915 49.30 Mark, Januar 1916 83 Mark; Schweine Januar 1915 63.78 Mark, Januar 1916 100 Mark. Zum nicht geringen Teil war die Ursache dieser Preiserhöhung, daß die Konserverfabriken viel Vieh zur Verarbeitung aufkauften. Erst seit dem 4. Februar d. J. ist die Fabrikation in den Konserverfabriken eingeschränkt worden — reichlich spät, denn die Bevölkerung wird bei dem Fleischmangel nachher die teuren Konserven kaufen müssen. Schwere Vorwürfe werden von den Einzelhändlern auch gegen die Viehkommissionäre erhoben, die des Preiswuchers beschuldigt werden. Der Bundesrat hat nunmehr verärgerte Strafbestimmungen gegen den Lebensmittelwucher erlassen, denn bisher stand er in äppiger Blüte. In Freiburg i. B. wurden

auf dem dortigen Viehmarkt vor wenigen Tagen für einen Ochsen 900 Mark, für eine Kuh 700 Mark und für Jungvieh 350 Mark bezahlt. In Sugelheim bei Lorrach erzielte ein dreijähriger, zur Zucht untauglicher Bulle einen Preis von 2010 Mark. Am Bodensee kaufte ein Händler einen jungen Ochsen für 900 Mark und verkaufte ihn wenige Minuten später an einen anderen Händler für 1300 Mark. In Loth bezahlte ein Metzgermeister für ein Paar Schweine 1300 Mark. In der Ostsee, von der Danziger Bucht bis zur pommerischen Küste, werden jetzt riesige Sprottenfänge gemacht. Früher kauften die Bauern einen Eimer voll dieser Fische für 20 Pfennig zur Schweinemast. Jetzt bezahlen sie ein Pfund mit 20 bis 30 Pfennig. Der Hauptfang wird jedoch von einigen Großhändlern aufgekauft und in die Mähdereien gesendet. Von hier kommt die Ware zum Preise von 70 bis 90 Pfennig pro Pfund in den Verkehr. In Köln a. Rh. wurden im Januar 1916 nicht weniger als 400 Lebensmittelwucherer gerichtlich zur Verantwortung gezogen. Unter diesen Zeitgenossen verwerflichster Art befand sich ein Spekulant, dem nachgewiesen wurde, daß er als bloßer Vermittler, ohne ein Krümchen Nahrungsware besessen zu haben, bei einem Umsatz von 700.000 Mark 300.000 Mark Bruttogewinn erzielt hatte. Nun wird gegen diese Volksschädlinge energisch Front gemacht, und es steht zu hoffen, daß dem Wucher ein Riegel vorgeschoben werde.

Es ist nun ganz selbstverständlich, daß die hohen Preise der Lebensmittel im Zusammenhang mit deren Knappheit den größten Einfluß auf die Speisekarte des Gasthauses ausüben. Die goldenen Zeiten, in denen Berlin von allen Großstädten der Welt fast den billigsten Gasthauskaffee hatte, sind durch den Krieg zerstört, vielleicht für immer, denn der Wirt wird nicht so leicht zu den idyllischen Bräuden der Vorkriegszeit zurückkehren wollen. Das Freibrot wird wohl für immer der kulinarischen Geschichte Berlins angehören. Auch die billigsten Speisewirtschaften Berlins werden noch lange nach Friedensschluß nicht in der Lage sein, die ehedem so wohlfeilen Speisekarten wieder einführen zu können. Um 60 Pfennig bekam man ein gut zubereitetes und reichlich sättigendes Mittagessen, bestehend aus Suppe, Fleisch oder Braten mit Gemüse und Kartoffeln und einem Tellerchen Kompott. Jetzt ist der Preis dieser Volksmahlzeit auf 80 Pfennig bis 1 Mark gestiegen, und die Portionen können keinen Vergleich mit den früheren aushalten. Wo aber der Preis von 60 Pfennig noch derselbe geblieben ist, vermag die Mahlzeit einen erwachsenen normalen Esser nicht mehr satt zu machen. Die Verhältnisse in den Bierquellen von Nischinger sind die gleichen. Hier hat der Krieg das gute alte Prinzip, das seinen Begründer vom kleinen Wirt zum großen Millionär gemacht hat, ganz aus den Angeln gehoben. Die belegten Brötchen, deren Einheitspreis früher 10 Pfennig war, kosten jetzt 15 und 20 Pfennig. Sie werden wohl ohne Brotkrume verkauft, sind aber aus Weizenmehl gebacken, das nicht jedermanns Sache ist und das nicht der zehnte Wagen verträgt, um so weniger, als diese Weizenbrötchen sehr bald „aussperren“, altbacken werden und dann zäh, hart und unverdaulich sind. Früher kaufte man bei Nischinger eine in eigener Metzgerei hergestellte, wirklich delikate Bodwurst, der österreichischen „Zervelade“ entsprechend, zu der man eine gute große Portion Kartoffeljalat erholt, erlegte dafür 30 Pfennig und aß dazu knusprige Nischinger-Semmeln oder befömmliches Brot, soviel man wollte, denn es war frei. Jetzt sind seit langem Semmeln und Brot aus ihren Behältern verwunden, die Wurst ist dünner und kürzer geworden; was sie weniger an Fleisch hat, besitzt sie reichlicher an Kartoffeln und Mehlsatz, und der Preis ist von 30 auf 40 Pfennig gestiegen. Mit allen übrigen Speisen, die sich durch ihre Billigkeit auszeichneten, steht es nicht anders. Die Portionen sind erheblich kleiner geworden, und der Preisaufschlag beträgt 20 bis 30 Prozent. Wo immer man die großen

Vollspeiseshallen besucht, den „Franziskaner“ beim Bahnhof Friedrichstraße, den „Bräutchen“ auf dem Alexanderplatz, die auf ein Massenpublikum eingerichteten Gasthäuser der Großbrauereien Schultheiß, Rabenhöfer und Siedchen, überall macht man dieselbe Beobachtung. Wohl zeigt die Speisefarte bisher noch eine gewisse Reichhaltigkeit, aber man muß schon ein sehr schwacher Esser sein, um heute mit einem Fleischgericht sein Auslangen zu finden und nicht Begehrt nach dem zweiten Gang zu tragen, wo man für einen heute soviel bezahlt wie früher für beide. Am deutlichsten zeigt sich die herrschende Teuerung in den Gasthäusern an fleischlosen Tagen. Für 75 Pfennig bis zu einer Mark, je nach der Aufmachung und dem Range des Lokals, bekam man ehemals eine große Portion Nührei, oft noch mit Sardellen, Schinken oder Speck vermischt, während man zurzeit 1 Mark 50 Pfennig für dieses Gericht bezahlt und die Leere im Magen nicht behoben findet. Die Fischgerichte sind ebenfalls um 20 bis sogar 50 Prozent im Preise gestiegen, und merkwürdigerweise auch der ganze Fisch, an dem doch in der Küche nichts gekürzt werden kann, wurde kleiner. Käse ist da und dort gar nicht mehr zu haben oder ist zur Delikatesse geworden, für die man schon einen gewissen Liebhaberpreis bezahlt.

Ganz besonders deutlich aber tritt die Ungunst der Zeit in den Berliner „Spezialrestaurants“ in die Erscheinung. Bei Kempinski in der Leipzigerstraße, dem wohlbekanntesten Speisepalast, gab es von jeher nur zwei Preise: 85 Pfennig und 1 Mark 5 Pfennig, und jede einzelne Portion war für einen rechtschaffenen hungrigen Magen berechnet. Die Preise konnten bei aller Güte und Größe des Gebotenen so verblüffend niedrig sein, weil das große Geschäft im Weinkonsum steckte und bei Kempinski mehr Sekt getrunken wurde als in weniger reichen Städten Dünnbier. Der Sekt ist längst schon kellerlagernd geworden, und die Preise der „guten alten Zeit“ vor anderthalb Jahren haben eine Erhöhung bis zu 1 Mark 30 Pfennig erfahren. Und satt wird man gerade auch nicht mehr von einer Portion. Man greift nach dem ersten Gang aufs neue zur Speisefarte, — aber gar manche Hand läßt sie wieder sinken, und ihr Besitzer „verkneift“ sich das Vergnügen einer verteuerten Mahlzeit.

Im Betrieb des Berliner Gasthauses hat sich im vergangenen Jahre eine mächtige Wandlung zum Schlimmeren vollzogen, und das Eingreifen der Regierung war ein Gebot der Notwendigkeit. Der sozialpolitische Gedanke, für alle zu sorgen und die Gegensätze im Interesse der Allgemeinheit auszugleichen, ist so schön, daß man für seine beste Verwirklichung die ehrlichsten Wünsche hegen muß. Außerdem hat die Regierung voraussehend zu wirken — noch ist der Krieg nicht zu Ende, und viel teurer können die Berliner Wirtschaftshäuser nicht mehr werden...

Die Hotels im Kriege.

Der Vorfrühling der Wiener Fremden.

Zimmer wieder trifft man auf Zeichen, daß der Krieg viel Geld unter die Leute gebracht und Luxusbedürfnisse ausgelöst hat, die früher nicht recht bekannt waren. Eines davon scheint der in der letzten Zeit ziemlich stark aufgeblühte Geschmack am Wohnen im Hotel zu sein. Vor zwei Jahren hätte man keiner Hausfrau anraten dürfen, mit Kind und Kegel ins Hotel zu übersiedeln und sich die Mühe des Wirtschaftens vom Hotelkoch und dem Zimmerkellner abnehmen zu lassen. Die Kühnsten wagten höchstens zwischen einer Uebersiedlung oder dem Wechsel zweier Sommerfrischen einen Ausflug in eine Pension und sahen dann darauf, daß es dort möglichst spießbürgerlich zugeht. Heute ist es anders. Das Wohnen im Hotel hat die bürgerliche Sanktion erhalten. Ja, es gibt sogar Phantasten, die es für billiger erklären als die Führung eines eigenen Haushaltes.

Wie es dazu gekommen ist, daß ganze Familien in die Hotels übersiedelten, hat eine vielverzweigte Geschichte. Vorbildlich dafür scheinen die Wohlhabenden unter den galizischen Flüchtlingen gewesen zu sein. Als sie vor Jahr und Tag in aller Hast nach Wien kamen, öffneten sich ihnen mit begreiflicher Bereitwilligkeit die Hotels. Durch ihre Lore, die damals nur recht wenig andere Gäste passierten, flutete ein breiter Strom von reichen Galizianern, die es sich bequem machten. Sie fanden billige Zimmerpreise, billige Arrangements für die Verpflegung. Was sollte sie da veranlassen, ein festes Heim zu suchen? Warteten sie doch auf den Tag der Heimkehr in die Heimat. Als er kam, fuhr der Vater der Familie als Vorposten voran. Er kehrte zurück und meldete, daß die Gesundheitsverhältnisse in dem heimischen Städtchen noch nicht die besten seien, daß die Russen die Wohnungseinrichtung weggeschleppt, daß es mit der Verpflegung noch nicht klappe. Man hielt Kriegsrat und beschloß, im Hotel zu bleiben. Der Vater ging nach Galizien und half dort Wiederaufbauen, die Dame des Hauses mit den Kindern blieb in Wien. Und so hat denn so ziemlich jedes Wiener Hotel noch seine Flüchtlingsfamilien, obwohl sich der Tag der Maioffensive bald jähren wird. Von diesen Flüchtlingen scheinen die Wiener gelernt zu haben. In vielen tausenden Wiener Familien mußte der Mann ins Feld. Die Frau blieb zurück. Stand sie ohne Kinder in der Welt, so wurde es ihr in den eigenen vier Wänden bald zu öde. Sie übersiedelte ins Hotel. Oder in eine Pension. Und andere folgten dem Beispiel, auch wenn sie eine Schar Kinder mitnehmen mußten. Satten sie sich doch vorher oft ausgerechnet, daß das Essen im Gasthaus billiger sei als zu Hause, besonders wenn man die Plage des Kochens und der Beratungen mit der Köchin abziehe. So gibt es denn viele Wiener Kinder, die täglich mit der Schultasche vom Hotel oder der Pension zur Schule gehen.

Für diese Hotelnomaden brach heuer ein Vorfrühling an, wie man ihn kaum noch gesehen. Er lockte in das vorzeitig hervorgerochene Grün der Wiesen und Wälder, zeigte Ende März eine Baumblüte, wie wir sie sonst immer anfangs Mai mit froher Andacht bestaunen. Und die Nomaden wanderten aus. Nach der Sinterbrühl, ins Selenental, in den Gebirgs- und Natursalon zwischen Wiener-Neustadt und Gloggnitz, auf den Semmering, und sogar hinüber ins Steirische. Und sogar Abmeldungen mit dem Reiseziel Marienbad, Karlsbad waren in den Hotels keine Seltenheit. Es scheint aber, daß der Krieg auf die Menschheit des Sinter-

landes wenig abhärtend gewirkt hat, denn als der Wettersturz kam, sind viele von den Zugvögeln rasch zurückgekehrt, nach achttäglichem Frühjahrsjour, nach einer viertägigen Bade-reise. Ähnliches haben die Hotel Direktoren im April wohl noch nicht erlebt. Warten wir ab, wie das Wetter sich weiter entwickelt.

Im Zusammenhang mit diesen Hotelgästen sei auch der wirklichen Fremden gedacht. Daß Wien an der Wende der Kriegsjahre 1915 und 1916 eine starke ungarische Hotelkolonie hatte und jetzt noch hat, ist hier schon geschildert worden. Zu ihnen hat sich ein ganz ansehnliches Kontingent aus dem Land der bulgarischen Bundesgenossen gesellt. Bulgarische Kaufleute sind jetzt begreiflicherweise viel häufiger in Wien als sonst. Ebenso türkische Herren. Erfreulich ist es, daß viele ihre Familien mitbringen und längeren Aufenthalt nehmen. Manche bringen ihre Kinder in Wien dauernd unter, um sie Deutsch lernen zu lassen. In der allerletzten Zeit haben sich Rumänen eingestellt. Und zwar nicht bloß Kaufleute, die schon während des Krieges ziemlich zahlreich zu uns kamen, sondern rumänische Vergnügungsreisende. Ihr Ziel war in vielen Fällen die Schweiz, Wien nur die Durchzugstadt. Sie scheinen aber an der schönen Windobona Gefallen gefunden zu haben, denn die Weiterreise wird immer mehr hinausgeschoben. Vielleicht haben diese Gäste die in Rumänien vielfach traditionelle französische Reise vorgehabt und sind auf dem Weg darauf gekommen, daß Wien nicht weniger schön und jedenfalls viel sicherer ist als Paris. Auch die internationale Gesellschaft vermiffen sie bei uns nicht. Russen, Franzosen oder Engländer gibt es zwar nicht, dafür aber Amerikaner, dann Holländer, nordische Herren und Schweizer. Bei den Hoteliers sind die letzten drei Kategorien sehr beliebt. Denn sie machen hier sehr gute Geschäfte, und wer gute Geschäfte macht, läßt gewöhnlich auch gern den anderen verdienen.

Gegen die Sommerzeit spricht sich das offizielle Organ des deutschen Gastwirtsverbandes, das „Gasthaus“ aus: Alle Rechen-kunststücke können nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Berliner Gasthausbesucher vom 1. Mai ab eine Stunde früher zu Bett geschickt werden. Allerdings dürfen sie dafür auch am Morgen eine Stunde früher aufstehen und somit auch eine Stunde früher in das Wirtshaus gehen. Daß aber mit dieser Verschiebung der Zeit gerade den Gastwirten sehr gebient sein wird, können wir noch nicht recht einsehen und wir glauben deshalb auch nicht, daß große Gasthäuser die Uenderung der Uhrenzeit mit Genugtuung begrüßen, weil in den weitaus meisten Gastwirtschaften der Betrieb erst mit Einbruch der Dunkelheit, d. h. mit der Zeit der künstlichen Beleuchtung der Lokale beginnt und da die Sonne, wie bisher unterzugehen gewillt ist, so ist tatsächlich die Betriebszeit der Gastwirtschaften vom 1. Mai ab um eine Stunde verkürzt. Also auch diese Verordnung bringt den Gastwirten wieder keinen Segen, sondern die Mehrzahl der Wirte wird von ihr keinen viel geringeren Schaden haben.

Der Badeverkehr in Nord- und Ostsee.

Der Badeverkehr in den deutschen Nord- und Ostseebädern wird im Sommer 1916 nach folgenden Grundsätzen gestattet: a) Nordsee. Vom Verkehr sind grundsätzlich ausgeschlossen die Inseln mit Ausnahme der Insel Föhr, auf der Kurgäste bis zu einer bestimmten Zahl zugelassen werden. Wegen des Kuraufenthaltes ist vorherige Anfrage nötig: bei dem Bürgermeistereiamt Wyl für Wyl, Gemeindeamt Boldizum für Südstrand, Gemeindeamt Niblum für Niblum. Die deutsche Nordseeküste ist für den Verkehr freigegeben mit Ausnahme der Orte im Befehlsbereich der Marinesfestungen Wilhelmshaven, Kuzhaven, Geestemünde. b) Ostsee. Der Badeverkehr ist grundsätzlich verboten auf der Insel Fehmarn, in Osternothafen bei Swinemünde und in Pillau. Der Badeverkehr ist unter Einschränkung gestattet in der Kieler Förde, in der Flensburger und Eckernförder Bucht und an der Südküste von Usen. Für diese Bezirke ist zu einem Aufenthalt über 24 Stunden die vorherige Erlaubnis des zuständigen Garnisonkommandos, in Kiel des Militärpolizeimeisters erforderlich. An der übrigen Ostseeküste in der Badeverkehr gestattet. c) Bestimmungen über Ausweispapiere. Badegästen und Besuchern, die reichsdeutsch sind oder den verbündeten Staaten angehören und in Deutschland wohnen oder sich dauernd aufhalten, wird der Aufenthalt an den freigegebenen Badeorten der Nord- und Ostsee widerrusslich gestattet, wenn sie im Besitze eines von der Polizeibehörde des Wohn- oder dauernden Aufenthaltsortes ausgestellten Ausweises sind, der mit einer Personalbeschreibung, eigenhändiger Unterschrift und einer Photographie des Inhabers aus neuester Zeit, sowie mit einer amtlichen Bescheinigung darüber versehen ist, daß der Inhaber des Ausweises tatsächlich die durch die Photographie dargestellte Person ist und die Unterschrift eigenhändig vollzogen hat. Für Familien genügt ein Familienausweis, der die Personalbeschreibung und Photographie der über zehn Jahre alten Personen (nebst eigenhändiger Unterschrift und Bescheinigung) aufweist. Hauspersonal und nicht zur Familie gehörige Kinder können in den Ausweis der Familie, mit der sie zusammen reisen, mit aufgenommen werden. Volljährige (eigene und fremde) Kinder bedürfen eines besondern Ausweises. Der Ausweis wird stempelfrei erteilt. Die Polizeibehörden dürfen den Ausweis nur ausstellen, wenn die Persönlichkeit des Antragstellers in jeder Hinsicht einwandfrei ist. Ein Ausweis ist nur erforderlich bei Aufenthalt über 24 Stunden. Bei gemeinsam unter Führung reisenden Schulkindern (Ferienkolonie deren Entsendung von Schulen und wohltätigen Vereinen veranlaßt wird, genügt für die minderjährigen Zöglinge an Stelle der Ausweise eine von der Schule oder dem Verein aufgestellte namentliche Liste mit Angabe des Geburtsdatums und Bezeichnung der Eltern oder Vormünder (Name, Wohnort, Wohnung), wenn die Erlaubnis zum Besuch des Badeortes vorher bei der zuständigen militärischen Dienststelle (Generalkommando, Gouvernement, Kommandantur), eingeholt ist. d) Die Zulassung feindlicher und neutraler Ausländer ist verboten.

Bier als „notwendiges Mittel des Unterhalts“!

Der Gastwirt Anton Sokol in der Wallensteinstraße war gestern vor dem Bezirksgericht Leopoldstadt angeklagt, weil er am 7. Jänner, als die Kaffeejüedersgattin Fichtmann um ein Krügel Bier schickte, der Bedienerin das Bier mit den Worten verweigert hat: „Schauen Sie, daß Sie hinauskommen! Für Sie habe ich kein Bier.“ Die Staatsanwaltschaft erklärte, Bier sei eine „Ware, die zu den notwendigen Bedürfnissen des täglichen Unterhalts“ gehöre. Derselben Ansicht war Bezirksrichter Dr. Wüstinger, und er verurteilte deshalb den Wirt zu vierzig Kronen Geldstrafe.

19. IV. 1916

19

170

* Wünsche der Kaffeehausbesitzer. In einer Mitgliederversammlung des „Vereins der Kaffeehausbesitzer von Groß-Berlin“ wiesen verschiedene Mitglieder auf die neuesten tief in das Gewerbe der Kaffeehausbesitzer einschneidenden Bestimmung wie Zeitänderung, Beschlagnahme und Handelseinschränkung von Kaffee hin.

Es kam u. a. zum einmütigen Ausdruck, daß die für das kommende Sommerhalbjahr auf 1 Stunde vorgestellte Zeit für das jetzt in der Kriegszeit besonders hart mitgenommene Kaffeehausgewerbe sehr kurzen Besuchszeit der meisten Kaffees, da die Gäste in der Hauptbetriebsstunde das Kaffee schon verlassen müssen, aber gewöhnlich doch erst mit Einbruch der sommerlichen Dunkelheit oder später das Kaffee betreten. — Der Vorsitzende, Herr Gustav Müller, teilte der Versammlung u. a. mit, daß er im Sinne der gemachten Ausführungen an das Polizeipräsidium eine Eingabe gerichtet und während der kommenden neuen Zeitbestimmung um die Verlängerung der Polizeistunde für die Kaffeehäuser von Berlin um eine Stunde gebeten hätte. Auch sei von ihm der Kriegsausschuß für Kaffee auf die Lage der Kaffeehausbesitzer aufmerksam gemacht und der Vorschlag unterbreitet worden, dem Gewerbe der Kaffeehausbesitzer von Berlin bei der Verteilung des Kaffees eine auskömmliche Menge zu bewilligen, die von einer Zentralstelle aus unter Hinzuziehung eines über den Kaffeeverbrauch in den Kaffeehäusern unterrichteten Vertrauensmannes nach und nach zur Verteilung gelangen kann.

Krise in der Hotelindustrie.

Im Saale des Hotel Metropole fand gestern die Generalversammlung des Reichsverbandes österreichischer Hoteliers statt, in der Präsident Karl Sussküll ein Referat über die durch die Kriegswirren geschaffene Lage der Hotelindustrie erstattete. Schon der Kriegsbeginn führte eine außerordentliche tiefe Schädigung der Interessen der Hotelindustrie herbei, indem eine panikartige Flucht aller ausländischen Gäste hervorgerufen wurde. Durch die plötzliche Stagnation im Fremdenverkehr und die überhäufte Abreise aller anwesenden Fremden wurden insbesondere die sämtlichen österreichischen Kurorte in der schwerwiegendsten Weise betroffen. Auch im zweiten Kriegsjahre erschien das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage vollkommen gestört. Diese ungünstigen Verhältnisse erlitten noch eine weitere wesentliche Verschärfung durch den Ausbruch des Krieges mit Italien, indem infolgedessen die bis dahin noch ziemlich verschonten Gebiete des Südtirols und von Tirol aus dem Fremdenverkehr vollständig ausgeschaltet wurden. Unter den heutigen Verhältnissen ist jedes Hotel von Rang auf den großen internationalen Fremdenverkehr angewiesen. Der internationale Fremdenverkehr stellt große Ansprüche an Komfort und Luxus, und die aus diesen Verhältnissen entspringenden großen Regieauslagen können unmöglich ihre Bedeckung in Einnahmen finden, die aus der Verheerung von Flüchtlingen oder Militärpersonen erzielt werden können. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß erstklassige Hotels unter den bestehenden Umständen auch nur halbwegs auf ihre Rechnung kommen können, weil selbst die gezahlten Anwesenden das sichtliche Bestreben an den Tag legten, alle nicht unbedingt notwendigen Auslagen zu vermeiden. Die ungünstigen Erscheinungen, mit der die Hotelindustrie zu kämpfen hat, sind auch in allen kriegsführenden und nun neutral gebliebenen Staaten zutage getreten. So sah sich Italien genötigt, die weitestgehenden Schutzmaßnahmen für seine noch daniederliegende Hotelindustrie zu treffen. Vollkommen analoge Verhältnisse traten auch in Frankreich zutage. In Deutschland stehen Maßnahmen zum Schutze der Hotelindustrie derzeit in Beratung. Die neutral gebliebene Schweiz ist darauf angewiesen, ihre Hotels durch Schaffung von Kreditvereinigungen am Leben zu erhalten. Die österreichische Hotelindustrie kann es mit großer Freude begrüßen, daß infolge der nachdrücklichen Initiative unseres Reichsverbandes und der wohlwollend werklätigen Förderung dieser Bestrebungen durch den Reichsratsabgeordneten Friedmann, sich sowohl das Ministerium für öffentliche Arbeiten als auch das Justizministerium bewogen gefunden haben, vielfache schützende Maßnahmen zugunsten der österreichischen Hotelindustrie durchzuführen.

**Der Einfluß der neuen Zeitrechnung auf das
Hotelgewerbe.**

Von Direktor Karl Reinert.

Leiter des Kahlenberghotels.

Die Besitzer von Gastwirtschaften in der Umgebung Wiens werden die Tagesverlängerung während der Sommerzeit gern akzeptieren. In die Freude darüber, daß den Großstädtern der Gedanke verlockender gemacht wird, den späten Nachmittag im Grünen zuzubringen, weil sie eine Stunde Sonne gewonnen haben, mischt sich die angenehme Erwartung, daß die insbesondere zur Kriegszeit nicht eben gutgestellten Ausflugstotale davon profitieren könnten. Allzu groß dürfen diese Hoffnungen allerdings nicht sein, wenn sie nicht sehr enttäuscht sein wollen. Es wäre zum Beispiel naheliegend, daß der Wiener, soweit er an regelmäßige geschäftliche Arbeit im Kontor verpflichtet ist, die gewonnene Morgenstunde dazu benützt, um einen der herrlichen Spaziergänge in die nahe Umgebung Wiens zu machen, die besonders in der Gegend von Döbling so schön sind, von denen man allerdings in aller möglichen bekanntgewordenen Büchern zärtliche Schilderungen liest, die aber nur die allerwenigsten Leute persönlich genossen haben. Aber diese Möglichkeit liegt nur theoretisch nahe. Der Wiener ist konservativ und wird sich, ganz besonders jetzt im Kriege, schwerlich dazu verstehen, seine Gewohnheiten zu ändern. Der Morgen wird daher wohl auch weiterhin ungenützt bleiben. Der Wochentagsmorgen nämlich. An Sonntagen und Feiertagen begann der Zug der Ausflügler ja immer schon in den ersten Vormittagsstunden in die Umgebung. Bei uns am Kahlenberg trafen die Leute gewöhnlich um 9 Uhr (alte Sommerzeit) ein. Vielleicht bleiben sie bei Rein. Ob sie aber der fürsorglichen, neuen Zeiteinteilung zuliebe das in Wien schwer empfundene Opfer bringen werden wollen, eine Stunde früher das Bett zu verlassen, bleibt dahin gestellt. Ich bin in dieser Hinsicht skeptisch. Günstiger dürfte sich der Fall in bezug auf den Nachmittag stellen. Hier wird die gewonnene Stunde stark in die Wagtschale fallen, und es wäre möglich, daß der frühe Schluß der Geschäfte und Schulen, die früherer Beendigung des Erwerbslebens in der Stadt überhaupt einen Anreiz abgeben könnte, das Publikum zu veranlassen, den Nachmittag und Abend in einem der grünen Vororte zuzubringen. Auch der Kahlenberg wird durch die neue Tageseinteilung der Stadt nähergerückt. Wenn man bedenkt, daß er zu Fuß aus Rusdorf in einer Stunde, auch in einer Dreiviertelstunde erreicht werden kann, so ist leicht einzusehen, wie wirksam es sein muß, wenn von nun an der Schluß der Geschäfte nicht um 6 Uhr, sondern um 5 Uhr erfolgen wird. Der ermüdete Arbeitsmensch macht seine Fahrt oder seinen Gang ins Grüne noch in strahlender Sonne, kann behaglich sein Abendbrot im Freien verzehren und auch noch einen kleinen Spaziergang machen, ohne allzu spät — vor Einhebung der Sperrgeldgebühr — daheim zu sein. Dieses regelmäßige Verweilen der Familien im Freien, eines der mitbestimmenden Gründe der neuen Tageseinteilung, könnte für die Bevölkerung Wiens eine nicht hoch genug einzuschätzende Förderung der Volksgesundheit bedeuten.

Was die wirtschaftliche Seite anlangt, soweit sie uns, die Besitzer der Hotels und Gastwirtschaften anbetrifft, so wissen wir, daß das Publikum in dieser Zeit sehr sparsam ist und auch sein muß. Die einzelnen Menschen werden daher durch die längere Dauer des Tages — nach der Sonnenzeit — nicht etwa mehr Mahlzeiten einnehmen, wenn sie um die profitiertere Morgenstunde länger außer Bett bleiben. Es wäre nur möglich, daß die Umgebung Wiens ganz neue Wochentagsgäste erhält und daß sich so der Umsatz erhöht. Daß die Leute das Geld, das sie sonst an Sommerabenden in irgend-einer staubigen Umgebung verzehrt haben, nun draußen bei uns verausgaben. Aber es bleibt abzuwarten, ob sich diese Mutmaßung erfüllt. Vielleicht wäre es auch erwünscht, daß der Verkehr in die Umgebung auf die neuen Verhältnisse Rücksicht nehme, daß Straßenbahnwagen zahlreicher abgehen. Die Kahlenbergbahn, die möglicherweise auch profitieren könnte, wird kaum in der Lage sein, die sich ihr bietende Gelegenheit zu nützen. Dazu leidet sie zu sehr an Personal-mangel. Aber vielleicht ist der Eifer der Wiener, die ihnen ge-wordene Wohltat zu benützen, groß genug, um sie zu bewegen, tapfer die Füße zu gebrauchen, um die gepriesene Schönheit der Wiener Umgebung nicht nur vom Hörensagen zu kennen.

An die Besitzer von Sonnenuhren.

Wir erhalten folgende in Verse gefaßte Zuschrift:

Wie schiebt man vor eine Sonnenuhr?
Der Zeiger steht fest und die Schattenspur
Geht unverrückbar — an beider statt
Verändert man einfach — das Bifferblatt.
Dr. Eig.

**Zusammentritt der Fremdenverkehrskonferenz
in Wien.**

Wien, 26. April.

Morgen wird der Gesamtausschuß der deutschen, österreichischen und ungarischen Fremdenverkehrsverbände und Vereine in der Wiener Handelskammer zu seiner ersten Sitzung zusammentreten.

Wie die „Ungarische Post“ meldet, werden bei dieser Beratung die jüngst in Leipzig gefaßten Beschlüsse zur Hebung des gegenseitigen Fremdenverkehrs in den verbündeten Zentralstaaten einer näheren Erörterung unterzogen werden.

Dem Ausschusse gehören an 13 Vertreter aus dem Deutschen Reich, 8 Vertreter Oesterreichs und 3 Ungarns.

Budapest, 25. April.

(Errichtung eines Fremdenverkehrs-
bureaus.) Die Fremdenverkehrskommission hat schon im
Jahre 1912 den Wunsch ausgesprochen, daß in Budapest ein
kommunales Fremdenverkehrsbureau errichtet werde, und die
volkswirtschaftliche Sektion des Magistrats ersucht, einen ent-
sprechenden Plan zur Errichtung einer solchen Institution
auszuarbeiten. Diese Angelegenheit ist jetzt durch die Aktion,
die zur Förderung des Fremdenverkehrs Deutschlands,
Oesterreichs und Ungarns eingeleitet wurde, wieder in den
Vordergrund gerückt worden, was die genannte Sektion ver-
anlaßt hat, dem seinerzeit erhaltenen Auftrage entsprechend
eine Vorlage in dieser Frage auszuarbeiten, die heute nach-
mittag der Fremdenverkehrskommission zur Verhand-
lung unterbreitet wurde. In der Vorlage bean-
tragt die Sektion die Errichtung eines behörd-
lichen Fremdenverkehrsbureaus,
das als selbständiger Betrieb funktionieren soll. Die
Tätigkeit des vom Magistrat zu organisierenden Bureaus
würde sich auf alles erstrecken, was zur Hebung unseres
Fremdenverkehrs geeignet ist; es würde jedem, der sich für
unsere wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen inter-
essiert, mündliche und schriftliche Aufklärungen erteilen, eine
intensive Propaganda zur Förderung des Fremdenverkehrs
entfalten, mit den ausländischen Institutionen ähnlicher Art
in Verbindung treten, den in Budapest weilenden Fremden die
nötigen Auskünfte erteilen und alle jene Maßregeln treffen,
die im Interesse der Aktion gelegen sind. Die Fremden-
verkehrskommission verhandelte die Vorlage sehr eingehend.
Den Vorsitz führte Vizebürgermeister Dr. Franz Déry, der
die anwesenden Vertreter des Ministeriums des Innern, des
Handels- und des Ackerbauministeriums und der königlich
ungarischen Staatsbahnen begrüßte. Magistratsrat Dr. Emil
Vita, Chef der volkswirtschaftlichen Sektion, referierte die
Vorlage, über die sich eine lebhafteste Debatte entwickelte. An
der Debatte beteiligten sich fast alle anwesenden Mitglieder
der Kommission; nachdem der Magistratsrat und der Präsi-
dent auf die Ausführungen der einzelnen Redner reflektiert
hatten, nahm die Kommission die Vorlage einstimmig an.

Die Fremdenverkehrs-Konferenz in Wien.

Heute beginnen in der Handelskammer die Konferenzen des deutsch-österreichisch-ungarischen Arbeitsausschusses zur Förderung des Verkehrs zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn, zu der zahlreiche Vertreter aus Deutschland, Oesterreich und Ungarn hier eingetroffen sind. Den gestrigen Tag haben die Vorbesprechungen der Vertreter der verkehrsfördernden Körperschaften aus den drei verbündeten Staaten in Anspruch genommen. Schon in der Konferenz in Leipzig wurde ein Beschluß angenommen, wonach eine wechselseitige Förderung der Verkehrsbeziehungen der drei verbündeten Länder dringend erforderlich sei. Ein geschlossenes systematisches Vorgehen zur Heranziehung des internationalen Verkehrs und gegenseitige sich ergänzende Maßnahmen zur Hebung des inneren Verkehrs ist als das Hauptziel einer zweckdienlichen Organisation zu betrachten. Zur

Durchführung der gemeinsamen Verkehrswerbung sind die in den drei Ländern zur Belebung des Reiseverkehrs tätigen Kräfte zusammenzufassen. Bei der gemeinsamen Verarbeitung hat sich die Leipziger Besprechung für zwei Gruppen von Maßnahmen entschieden. Während des Krieges kommen in Betracht: Austausch, beziehungsweise gegenseitiger Vertrieb der Werbeschriften, gegenseitige Benützung der schon vorhandenen Verkehrsbüreaux und Auskunftsstellen; Errichtung gemeinsamer Auskunftsstellen, zunächst in Berlin, Wien und Budapest, zum Teil im Anschluß an vorhandene Einrichtungen unter der Mitwirkung der Staatsbahnen, der Schiffsahrtsgesellschaften und anderer großer Verkehrsanstalten; Gedanken-austausch über praktische Verkehrs- und Propagandafragen, Presseangelegenheiten usw. Für die Zeit nach dem Kriege wird unter Führung der Staatsbahnen, der sonstigen großen Verkehrsanstalten usw. ein großes Reisebureau für den Weltverkehr auf geschäftlicher Grundlage errichtet.

Zur Durchführung der in der Leipziger Tagung gefaßten Beschlüsse wurde die Bildung eines Verkehrsausschusses beschlossen, mit drei Unterausschüssen für Deutschland, Oesterreich und Ungarn. Die Geschäftsleitung wurde abwechselnd der Gesamtvereinigung der Verkehrsverbände in Deutschland, Oesterreich und Ungarn übertragen. Zunächst hat der Bund deutscher Verkehrsvereine in Leipzig die geschäftliche Leitung übernommen. Die heutige Tagung ist die erste meritorische Besprechung des engeren Arbeitsausschusses.

Zu Ehren der hier eingetroffenen Vertreter aus Deutschland, aus den österreichischen Kronländern und aus Ungarn veranstaltet die Gemeinde Wien einen Begrüßungsabend, bei dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Gäste empfangen wird.

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs des Landesverbandes für Fremdenverkehr in Niederösterreich Hauptmann Gerendi bezweckt die Konferenz die Neuorientierung des Fremdenverkehrs nach dem Kriege, die sich durch die Ausschaltung des feindlichen Auslandes vom Fremdenverkehr als notwendig erweisen wird. Denn gerade zwischen den Bevölkerungen der Mittelmächte wird ja ein einheitlicher Verkehr stattfinden. Um für diese Neuorientierung gerüstet zu sein, haben Vertreter des Bundes deutscher Verkehrsvereine in Leipzig und des Bundes österreichischer Landesverbände für Fremdenverkehr, dessen Vorsitz augenblicklich Trost führt, Vorverhandlungen eingeleitet zum Abschluß eines deutsch-österreichisch-ungarischen Verkehrsbindnisses. Es wurde ein vorbereitender Ausschuß eingesetzt, dem acht Deutsche, fünf Oesterreicher und drei Ungarn angehören. Dieser soll die Unterlagen für die weitere Organisation dieses neuen Verkehrsbindnisses vorbereiten. Die Verhandlungen finden morgen Freitag um 10 Uhr im großen Saal der Handels- und Gewerbekammer statt. Innerhalb des Verkehrsbindnisses selbst hat sich ein Verkehrsband der Hauptstädte Berlin, Wien, Budapest, Sofia, Konstantinopel gebildet, der besonders den neuen Verkehrsweg Berlin-Konstantinopel propagieren soll.

28. IV 1916

76

Fremdenverkehrskonferenz in Wien.**Gründung der „Vereinigung zur Förderung des Verkehrs zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn“.**

Wien, 28. April.

Heute vormittag begannen in der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer in Wien die Beratungen der Vertreter der Fremdenverkehrsverbände von Deutschland, Oesterreich und Ungarn, zu welchen Beratungen sich aus den drei Ländern 35 Vertreter eingefunden haben.

Abgeordneter Regierungsrat Dr. Kosler hielt die Begrüßungsansprache und begrüßte unter anderen auch im Besonderen die Vertreter der Regierungsstellen, Sektionsrat Doktor Senoch und Ministerialsekretär Dr. Dorniger vom Eisenbahnministerium, Regierungsrat Guisolan vom Tarif-erstellungsbureau des Eisenbahnministeriums sowie Sektionsrat Freiherrn v. Wetschl vom Ministerium für öffentliche Arbeiten. Regierungsrat Dr. Kosler bat den Vorsitzenden des Bundes der deutschen Verkehrsvereine, Gontard, den Vorsitz der Tagung zu übernehmen.

Vorsitzender Gontard übernimmt hierauf den Vorsitz und bittet als Vertreter Oesterreichs Regierungsrat Dr. Kosler und als Vertreter Ungarns Ministerialrat v. Esik, ihn in der Führung der Verhandlungen zu unterstützen. Der Vorsitzende begrüßt des weiteren den Vertreter des bayerischen Verkehrsministeriums Ruckdeschel (München) sowie die Vertreter der ungarischen Regierung Ministerialrat Imre, Sektionsrat Doktor Stampis, Magistratsrat Dr. Vita und die Vertreter der ungarischen Staatseisenbahnen v. Olaszky und Dr. Gall. Vorsitzender Gontard erklärte, daß, wenn in der Zukunft auf dem Gebiete des Weltverkehrs für das Wohl der Volkswirtschaft Ersprießliches geleistet werden soll, der Zusammenschluß der Vertreter der gemeinsamen Interessen aus allen Ländern der Verbündeten geschehen müsse. Zu diesem Zwecke werde heute die „Vereinigung zur Förderung des Verkehrs zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn“ geschaffen, welcher alle angesehenen Fremdenverkehrsverbände beitreten. Es muß das Bestreben aller Beteiligten sein, die leider auch auf dem Gebiete der Fremdenverkehrsbestrebungen herrschende Zersplitterung zu beheben und die zur Erzielung ersprießlicher Wirkung unbedingt erforderliche Einigung herbeizuführen. (Beifall.)

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingegangen. Als erster Redner ergreift Justizrat v. Lebrecht (Leipzig) das Wort.

Die Fremdenverkehrs-Konferenz in Wien.

Heute finden in der Handelskammer in Wien Konferenzen der Vertreter der Fremdenverkehrsverbände von Deutschland, Oesterreich und Ungarn statt, die den Zweck haben, im Sinne der Leipziger Beschlüsse des Bundes deutscher Verkehrsvereine und des Bundes der österreichischen Landesverbände für Fremdenverkehr ein gemeinsames Vorgehen der verbündeten Reiche auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs herbeizuführen. Die österreichischen Mitglieder des Arbeitsausschusses sind: Abgeordneter Regierungsrat Dr. Kofler, Reichsratsabgeordneter Döbernick, Oberkurator Steiner, Bürgermeister Schöttner (Karlsbad) und Dr. Bil (Prag).

Die Vorbereitungen.

Gestern vormittag fand eine Sitzung des Bundes der österreichischen Landesverbände für Fremdenverkehr statt, bei der die Vertreter aller Kronländer von Oesterreich mit Ausnahme Dalmatiens vertreten waren. In der Sitzung wurden zunächst innere Angelegenheiten eingehend erörtert und hierauf eine Vorbereitungsbesprechung gefolgt für die heutige Beratung mit dem Bunde deutscher Verkehrsvereine und den Vertretern Ungarns unter dem Vorsitz des Abgeordneten Regierungsrat Dr. Kofler.

Nachmittags traten die hier eingetroffenen Vertreter des Bundes deutscher Verkehrsvereine zu einer gesonderten Vorbereitungsbesprechung zusammen, worauf abends eine gemeinsame Zusammenkunft der Vertreter aller drei Gruppen, Deutschland, Oesterreich und Ungarn, stattfand, um die Richtlinien für die heutigen Beratungen, die vormittags 10 Uhr in der Handels- und Gewerbekammer in Wien beginnen, festzusetzen.

Aus dem Deutschen Reich sind die folgenden Vertreter der Fremdenverkehrsangelegenheiten eingetroffen: der Vorsitzende des Bundes deutscher Verkehrsvereine Gontand (Leipzig) und der Geschäftsführer des Bundes Direktor Schumacher, ferner Direktor Sidlich aus Berlin, Direktor Landau aus Berlin, Justizrat Lebrecht und Dr. Med. Jäger sowie Professor Roth aus Leipzig, sodann Stadtverordneter Müller aus Magdeburg, Doktor Rudol (Dortmund), Stadtrat Wolf aus Breslau, königlicher Rat Kraus und Kommerzienrat Rosa aus München.

Zur heutigen Besprechung werden des weiteren noch erwartet der Vertreter des bayerischen Verkehrsministeriums Rüdelschel (München) und Oberfinanzrat Bauer von der sächsischen Eisenbahndirektion aus Leipzig.

Von österreichischer Seite werden an der Sitzung teilnehmen der Vorsitzende des Bundes der Landesverbände für Fremdenverkehr Regierungsrat Doktor Kofler, Abg. Döbernick, Oberkurator Steiner, Sekretär Ott aus Karlsbad und Dr. Bil aus Prag als Leitungsmitglieder und deren Stellvertreter Oberbibliothekar Gavalowski (Graz), Direktor Stradner (Triest), Generalsekretär Gereayi (Wien), ferner die Vertreter des Arbeits- und Eisenbahnministeriums Sektionsrat Genoch und Sektionsrat Baron Wetsch.

Heute abend findet ein Empfang beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner statt.

Sommerzeit und Polizeistunde. Die Leipziger Gastwirte fürchten durch die Einführung der neuen Sommerzeit eine Schädigung ihrer Geschäftsbetriebe. Der Verein Leipziger Gastwirte will deshalb bei den in Frage kommenden Behörden um eine Verlängerung der Polizeistunde, die zurzeit auf 1 Uhr nachts angesetzt ist, vom 1. Mai ab einkommen. Das Generalkommando ist ferner gebeten worden, die Altersgrenze für junge Leute, die sich nicht ohne Begleitung Erwachsener in Gastwirtschaften aufhalten dürfen, von 18 auf 17 Jahre herabzusetzen.

Die Fremdenverkehrs-Konferenzen in Wien.

Gestern vormittags 10 Uhr begannen in der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbelammer in Wien die Beratungen der Vertreter der Fremdenverkehrsverbände von Deutschland, Oesterreich und Ungarn, zu welchen Beratungen sich aus den drei Ländern 35 Vertreter eingefunden haben. Abgeordneter Reg.-Rat Dr. Kofler begrüßte im besonderen die Vertreter der Regierungen, Sektionsrat Dr. Senoch und Ministerialsekretär Dr. Dorninger vom Eisenbahnministerium, Reg.-Rat Guisola vom Tarifstellungsbureau des Eisenbahnministeriums sowie Sektionsrat Freiherr v. Welsch vom Ministerium für öffentliche Arbeiten. Reg.-Rat Dr. Kofler hat den Vorsitzenden des Bundes der deutschen Verkehrsvereine Sontard, den Vorsitz der Tagung zu übernehmen.

Vorsitzender Sontard übernimmt hierauf den Vorsitz und bittet, als Vertreter Oesterreichs Reg.-Rat Dr. Kofler und als Vertreter Ungarns Ministerialrat v. Csik, ihn in der Führung der Verhandlungen zu unterstützen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, der Feststellung der Geschäftsordnung der zu gründenden „Vereinigung zur Förderung des Verkehrs zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn“ erstattet der Stellvertreter des Bundes deutscher Verkehrsvereine Justizrat Lebrecht (Leipzig) das Referat und es wird der vorgelegte Entwurf mit geringfügigen Aenderungen nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Paragraph 1 der Geschäftsordnung bestimmt: Die Vereinigung bezweckt die Förderung der gegenseitigen Beziehungen und gemeinsamen Interessen der drei verbündeten Reiche auf dem Gebiete des Verkehrs, insbesondere des Fremdenverkehrs. Die Organe der Vereinigung sind 1. der große Ausschuss, 2. der Arbeitsausschuss, der aus 32 Mitgliedern besteht, davon 16 aus dem Deutschen Reich, 8 aus Oesterreich und 8 aus Ungarn, und 3. der geschäftsführende Ausschuss, der aus den drei Vorsitzenden der Fremdenverkehrsverbände von Deutschland, Oesterreich und Ungarn und aus drei Beisitzern sich zusammensetzt. Die Leitung des Arbeitsausschusses wird abwechselnd an Deutschland, Oesterreich und Ungarn übertragen. Das erste Jahr hat die Leitung der Bund deutscher Verkehrsvereine in Leipzig.

Zu dem Punkte der Tagesordnung „Finanzplan“ berichtete gleichfalls als Referent Justizrat Lebrecht, der die Festlegung einer bestimmten Summe für das erste Jahr zur Deckung der erforderlichen Verwaltungskosten in Vorschlag brachte. Zu diesem Gegenstande sprachen Kommerzienrat Roja, Oberinspektor v. Döbner, Reg.-Rat Kofler und der Präsident der ungarischen Staatsbahnen Lotz, der gleichzeitig die Bildung dieser großen Verkehrsvereinigung im Namen des Präsidenten der ungarischen Staatsbahnen Lotz begrüßte und erklärte, aus dem Erscheinen der ungarischen Delegierten zur Tagung mögen die Vertreter Deutschlands und Oesterreichs entnehmen, welche große Sympathien die ungarische Verwaltung der Aktion der Fremdenverkehrsverbände entgegenbringt. (Beifall.)

Oberkurator Steiner beantwortet aufs wärmste einen bezüglich der Höhe der Summe der Verwaltungskosten gestellten Antrag des Kommerzienrates Roja, und nachdem noch seitens des Vertreters des Ministeriums für öffentliche Arbeiten Sektionsrat Freiherr v. Welsch die Erklärung abgegeben worden war, daß das Ministerium die Aktion der Vereinigung unterstützen werde und Sektionsrat Dr. Senoch namens des Eisenbahnministeriums erklärt hatte, daß das Eisenbahnministerium die Schaffung der neuen Vereinigung mit großer Sympathie begrüße und bezüglich der Jahrbegünstigungen usw. den Wünschen der Vereinigung wohlwollend näher treten werde, wurde der von Kommerzienrat Roja gestellte Antrag einstimmig angenommen.

Zum Punkt „Arbeitsprogramm 1916“ spricht als Referent Direktor Schumacher (Leipzig) über die Frage des Austausches und der wechselseitigen Verbreitung der Werbendruckschichten und der Beschaffung von guten Bildmaterial aus den verbündeten Ländern usw. Zum Schluß erklärte der Referent, inwiefern schon während des Krieges mit diesen Werarbeiten begonnen werden solle, müsse der Entscheidung des geschäftsführenden Ausschusses überlassen bleiben. Der dreiviertelstündige Vortrag des Referenten fand großen Beifall.

Oberkurator Steiner verwies darauf, daß mit Rücksicht auf verschiedene Vorkommnisse die Ansicht aufgetaucht sei, daß eine Umgruppierung des Reise- und Touristenverkehrs eintreten müsse und daß unsere Tätigkeit dahin gerichtet werden müsse. Redner tritt wärmstens dafür ein, daß die miteinander zutage getretenen Gegensätze zwischen den einzelnen Ländern auch auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs verschwinden müssen, was umso leichter sein werde, da wir uns gegenseitig achten und schätzen gelernt haben. Redner verweist auch auf die wichtige Frage der Heranziehung der Schule, deren Jugend das eigene Vaterland zunächst kennen lernen müsse. Nach der Meinung des Redners müßte ein einheitliches Fremdenverkehrsamt geschaffen werden, welches im Kontakt mit der Vereinigung zur Förderung des Fremdenverkehrs stehe. Redner gibt der Ueberzeugung Ausdruck, im Namen aller Oesterreicher zu sprechen, wenn er erklärt, daß sie entschlossen seien, gemeinsam zu arbeiten mit den Vertretern Deutschlands und Ungarns, Schulter an Schulter. Oberkurator Steiner erklärt, als Wiener Vertreter fest zum Bunde zu halten und unsere gemeinsamen Leistungen werden dann eine positive Arbeit schaffen, die Regierung und Presse anerkennen und uns den Dank der Bevölkerung einträgt.

Schließlich wurden die Wahlen für die Aemter der Vereinigung vorgenommen. Es wurden auf Grund der Wahl für die Amtseinführung bestimmt: Vorsitzender Sontard für das Deutsche Reich, Reg.-Rat Dr. Kofler für Oesterreich, als Beisitzer von deutscher Seite königl. Rat Kraus (München) und Direktor Sidlik (Berlin), und als österreichischer Beisitzer Dr. Pilz (Brag). Die ungarischen Vertreter werden ihre Mandatae nachträglich bekanntgeben.

Der Vorsitzende Sontard dankte in seinem Schlussworte allen Erschienenen und schloß die ergebnisreich verlaufene Tagung mit den Worten: „Gott segne unser Vaterland, Deutschland, Oesterreich und Ungarn.“

Der Süden und der Fremdenverkehr.

Von kaiserl. Rat P. F. Kupka, Zentralinspektor
der Nordbahn i. B.

In dem Augenblick, da die große Fremdenverkehrs-Konferenz in Wien tagt, wird man die Zuschrift des in Fachkreisen mit Recht so geschätzten Herrn Verfassers mit um so regerem Interesse lesen, als sie dem Süden unsrer Monarchie gilt. Über dessen wirtschaftliche Zukunft sich vor kurzem Hofrat Professor v. Wettstein eingehend geäußert hat und dessen Anziehungskraft uns jüngst erst wieder von Frau Baronin v. Nidt in so anziehender Weise geschildert wurde.

Nachstehende Zeilen sollen auch nicht der Erörterung großer wirtschaftlicher Fragen dienen, sondern es mag hier nur ebenfalls auf die Frage hingewiesen werden, die hoffentlich bald so akut sein wird, nämlich auf die nötigen Vorbereitungen für den zu erwartenden Fremdenstrom. Es ist kaum zu bezweifeln, daß Italien sowie die Riviera auch nach einem Friedensschluß in den nächsten Jahren von den Deutschen und Oesterreichern gemieden sein werden. Sinnlos wird man uns, bis die Wogen des wahnwitzigen Völkerrasses sich gelegt haben, vielleicht unwillkommene Gäste nennen, und anderseits werden sich österreichische und deutsche Reisende Beschimpfungen und Belästigungen nicht aussetzen wollen. Um so größere Anziehungskraft wird unser sonniger Süden und werden die verschiedenen Kriegsschauplätze in der Monarchie ausüben (das Fionzgebiet, Cattaro, der Dobcner und andre mehr) und so würde diesen schönen Ländern denn endlich doch die gerechte Würdigung zuteil werden. Der Norden sowie der Osten Deutschlands wird voransichtlich über Oberberg, der Westen sowie der Süden über Salzburg oder Tirol in unser Staatsgebiet eintreten, um dasselbe bis zu den Eisenbahn-Endpunkten Triest, Pola und Fiume zu durchqueren. Für den Verkehr auf der blauen Adria wird wohl reichlich durch die großen Schiffsgesellschaften Lloyd, Ungaro-Croata sowie einer Anzahl kleinerer Unternehmungen gesorgt sein — nicht aber in gleichem Maße für den Aufenthalt auf dem Lande. Der Reichsdeutsche stellt, ungleich dem Engländer und Amerikaner, nicht so hohe Anforderungen an die Bequemlichkeiten der Reise, aber ein gewisses Ausmaß er ein sehr guter Rechner ist. Es handelt sich nicht darum, unsern Stammesbrüdern die herrlichen Gegenden nur im Fluge zu zeigen, sondern wir sollen und müssen sie auch festhalten, und zu diesem Besuche müssen wir ihnen überall die entsprechende Unterkunft bieten. Wiederholt wurden nun Anläufe zum Bau großer Hotels in unserm Süden genommen, allein zur Durchführung gelangte man nicht. Auch von dem Plan, Hotelschiffe in den Dienst des Fremdenverkehrs zu stellen, scheint man abgekommen zu sein. Es wäre das immer ein kleiner Behelf zur Unterbringung der Reisenden, bis die in großem Stille zu erbauenden Fremdenherbergen zur Ausführung gelangt sein werden. Ueber den Reiz dieser südlichen Städte mit ihren römischen und venezianischen Bauten sowie den verschiedenen malerischen Volkstrachten ist ja schon so viel gesagt worden. Aber auch die Sonne des Südens, die den Gebrauch von Seebädern durch fast fünf bis sechs Monate im Jahre gestattet, könnte voll ausgenützt werden, wenn auf dem Festlande sowie auf den ihm zahllos vorgelagerten Inseln die nötigen Anlagen vorhanden wären. Und sicherlich wird sich dafür, sobald ein regerer Seeverkehr und eine lebhaftere Handelsstätigkeit in der Adria eingesetzt haben wird, das nötige Kapital finden.

Noch eines! In unserm dalmatinischen Süden gedeiht ein herrlicher Wein und gedeihen auch Oliven, Zitronen, Orangen, Feigen, Mandeln, Kastanien und andre in reichlicher Fülle. Schiffsladungen dalmatinischen Weines gingen zur Zeit, als die Phylloxera die französischen Weingärten verwüstete, und auch später nach Bordeaux, um dort mit andern Weinen verschnitten und durch eine vortreffliche Kellerwirtschaft veredelt, als „Grand vin“ zu wahren Phantasiepreisen auf den Markt gebracht zu werden. Eine Verbesserung unsrer Kellerwirtschaft sowie des Garten- und Landbaues könnte diese Schätze des heimischen Bodens heben. Welchen Wert es besitzt, die Lebensbedürfnisse durch die Erzeugnisse des eigenen Landes decken zu können und wie dies die Gewähr der Unabhängig-

keit vom Ausland bietet, das hat vor einigen Wochen Hofrat v. Wettstein so richtig auseinandergesetzt — und dies hat uns die Gegenwart überhaupt überreich gelehrt. Seien wir auch eingedenk der Millionen, die für Schnittblumen und Biergewächse sowie für Frühgemüse und andre Bodenerzeugnisse jährlich in die Fremde wandern. Könnten nicht ferner auch die Ergebnisse des Fischfanges noch wesentlich gesteigert werden? Es ist der größten Anstrengung wert, die im Heimboden schlummernden Millionen zu wecken, anstatt alljährlich einen Goldstrom zumeist in das feindliche Ausland zu leiten. Hoffen wir also, daß die unvergleichliche Schlagkraft der Monarchie im Felde sich mit gleich segensreichem Erfolg auch in volkswirtschaftlicher Beziehung betätigen wird!

Direktor Landau (Berlin) erhob das Glas auf die drei verbündeten Länder und ihre Hauptstädte.

Bürgermeister Michailoff aus Rußschuk führte aus:

„Es ist vielleicht ein großes Wagnis von mir, in deutscher Sprache eine Rede zu halten, aber es ist mir ein Herzensbedürfnis, Sr. Excellenz dem Herrn Bürgermeister nicht nur für die liebenswürdige Einladung meinen herzlichsten Dank auszusprechen, sondern ihm auch zu danken für die warmen Worte, mit welchen er des Herrschers unseres bescheidenen Volkes gedacht hat. Es ist nicht angebracht, hier politische Reden zu halten und so will ich nur sagen, daß unser kleines Land für viele sicher noch unbekannt ist, wenigstens in politischer Hinsicht, in der so vieles nach außen nicht klar ist.

Aber die Geschichte Bulgariens ist sehr kurz. Nach unserer Befreiung im Jahre 1878 blieb ein großer Teil unserer Brüder unter der Fremdherrschaft und selbstverständlich war es unser nationaler Wunsch, eines Tages diese unsere Brüder mit uns vereinigt zu sehen. Wir wußten aber auch, daß wir zu klein und zu schwach sind, um allein dieses Ziel zu erreichen und dazu eines mächtigen Beschützers oder Bundesgenossen bedürfen. Wer nun die politische Entwicklung unseres Landes seit der Befreiung kennt, wird es als selbstverständlich finden, daß wir unsere Hoffnung anfangs auf unsere Befreier setzten und von ihnen erwarteten, daß sie uns zu unserem Ziele verhelfen.

Diesen Hoffnungen galt auch der Balkankrieg; der aber leider nicht die Erfolge brachte, die wir erwarteten und die wir auch das Recht hatten, zu erwarten. Wir wurden von unseren Bundesgenossen verraten, von unserem Beschützer verlassen. Unser weiser König und seine klugen Ratgeber haben nun rechtzeitig erkannt, daß wir einen falschen Weg gegangen waren und daß unsere nationalen Wünsche nur erfüllt werden können im Anschluß an die Centralmächte, der bis zu einem Bündnisse mit ihnen gedieh. Der glänzende Erfolg der neuen politischen Richtung hat selbst die ärgsten Feinde derselben zur Überzeugung gebracht, daß dies der einzig richtige Weg für Bulgarien war. Das auf den serbischen Schlachtfeldern zusammen vergossene Blut hat unsere Herzen näher gebracht und so wünschen wir, daß dieses Militärbündnis sich später in ein wirtschaftliches und handelspolitisches Bündnis umgestalte. Dieser Zukunft weibe ich mein Glas.“ (Lebhafter Beifall.)

Exzellenz Minister a. D. Dr. G e h m a n n erinnerte daran, daß er als Minister als seine Hauptaufgabe betrachtet habe, den Fremdenverkehr, diesen wichtigen Zweig der Volkswirtschaft zu fördern. Deutschland habe auf diesem Gebiete Hervorragendes geleistet. Er erhebt sein Glas auf den Präsidenten des Verkehrsverbändnisses G o n t a r d.

Zinschwierigkeiten der Wiener Gastwirte.

Wie uns mitgeteilt wird, hat die Vorstehung der Genossenschaft der Gastwirte in Wien an den Hausbesitzerverein das Ersuchen gerichtet, den Mitgliedern der Genossenschaft, insbesondere den Frauen, deren Männer im Felde stehen, in Berücksichtigung der besonders schweren Lage des Gastwirtestandes beim kommenden Zinstermin das größtmögliche Entgegenkommen zu bezeigen, um die gänzliche Vernichtung einzelner Existenzen zu verhindern.

Hotelreformen.

Einer Anregung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten folgend, hat das Handelsministerium eine Verordnung erlassen, die auf eine Verbesserung der Gastgewerbe- und Hotelbetriebe bedacht ist. Es wird darin verfügt, daß die Preise stets ersichtlich gemacht und Nebengebühren separat angeführt werden. Außerdem sind Vorschriften über eine reinliche Instandhaltung der Hotelräumlichkeiten und Gebrauchsgegenstände in die neue Verordnung einbezogen. Auf Passagierzimmer, Küchen, Geschirr und die besonderen Bequemlichkeitseinrichtungen verschiedener Hotels wird in gleicher Weise Bezug genommen. Die Gewerbebehörden sind angewiesen, über die Einhaltung der neuen Verfügungen strengstens zu wachen, und das Publikum wird im eigenen Interesse aufgefordert, eine entsprechende Kontrolle zu üben.

15. / V. 1916

185

* (Die Sommerfrischen in Kärnten und Tirol.) Vom Landespräsidenten in Kärnten wird uns mitgeteilt: Im Einvernehmen mit den militärischen Stellen beehre ich mich mitzuteilen, daß gegen die Zulassung von Sommerfrischlern nach Kärnten keine Einwendungen erhoben werden, soweit die Bezirke Klagenfurt, St. Veit, Völkermarkt und Wolfsberg in Betracht kommen. Dagegen ist der politische Bezirk Hermagor zur Gänze und die Bezirke Spittal a. d. Drau und Villach westlich der Linie St. Peter im Holz und südlich der Drau gesperrt. Selbstverständlich müssen alle Personen, welche zum Sommeraufenthalte nach Kärnten kommen, mit den vorgeschriebenen Reisedokumenten versehen sein. Für den k. k. Landespräsidenten: Im Auftrage: Unterschrift unleserlich. — Der Landesverkehrsrat in Tirol teilt uns mit: Aus vielfachen Anfragen an den Landesverkehrsrat in Tirol konnten Zweifel entstehen, ob Nordtirol zum Sommeraufenthalte besucht werden kann oder nicht. Zur Aufklärung diene, daß in einzelnen Teilen

Nordtirols für die Aufnahme und die Verpflegung von Sommerfrischlern Vorkehrungen getroffen ist. Auskünfte über diese Orte erteilt der Landesverkehrsrat in Tirol, Innsbruck.

17. IV. 1916

186

* Die Vereinfachung der Speisefarte. Wie verlautet, hat die im Reichsamt des Innern stattgehabte Besprechung der Vereinfachung der Speisefarte zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Wie diese Vereinfachung der Speisefarte zu geschehen hat, soll durch eine bald zu erwartende Bundesratsverordnung festgesetzt werden, die die Verhältnisse für das ganze Reich einheitlich regeln soll.

21. V. 1916

M

(Wieviel im Ratskeller getrunken wird.) Der Wiener Ratskeller hat seit seiner feuchtfröhlichen Geburt einen von Jahr zu Jahr steigenden Besuch aufzuweisen. Vom Tage seiner Eröffnung an bildete er den Sammelpunkt nicht nur gewiegter Weinkenner, sondern auch der Fremden. Wer nach Wien kommt, muß mindestens einmal die weiten unterirdischen Hallen im „steinernen Gebicht“ am Burgring betreten und dort den unverfälschten Nebenjaß der weingegneten Gefilde Niederösterreichs verkostet haben. Denn die heimliche Marke dominiert natürlich. Wir lesen in dem Bericht über den Gebärungsabfluß für die Jahre 1914 und 1915, daß unter der verkauften Weinforten die billigen Qualitäten aus heimischen Weinbergen an erster Stelle stehen. Die vertilgten Mengen erreichen im ersten Halbjahr 1914 die respektable Ziffer von 4094 Hektoliter, wobei allein 3000 Hektoliter zum Preise von Kr. 1.12 und Kr. 1.28 per Liter konsumiert wurden; außerdem wurden über 100.000 Flaschen Wein und 44.000 Flaschen Mineralwasser verkauft. Man ersieht daraus, daß der Wiener reichlich Wasser in seinen Wein tut. Naturgemäß zeigen sich die Wirkungen des Krieges durch einen gewaltigen Rückschlag im Konsum. In der Zeit vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1915 wurden 7133 Hektoliter und 168.000 Flaschen Wein abgesetzt. Within betrug der Jahresrückgang rund 1000 Hektoliter Schankwein und 32.000 Flaschen. Während der Konsum in den Vorjahren eine ansteigende Tendenz aufwies, sank er im Kriegsjahre 1914/15 rapid. Trotzdem resultierte noch das nette Sümmechen von 168.000 Kronen Reingewinn. Die harte Zeit leistet erzwungene Nüchternheit Vorschub und was die lebhafteste Abstinenzpropaganda nicht vermochte, das hat der Weltkrieg mit Sorgen, Teuerung und vermindertem Einkommen vollbracht.

22./V. 1916

22

188

Zur Neuordnung des mitteleuropäischen fremdenverkehrs

E. Mitten im Weltkriege werden in den verbündeten Mittelstaaten Europas Friedensarbeiten vorbereitet, die auch für die Schweiz von großem Interesse sind. Eine solche Arbeit ist die kürzlich während einer Tagung in Wien gegründete deutsch-österreichisch-ungarische Fremdenverkehrsvereinigung, eine Folge der im Januar dieses Jahres in Leipzig begonnenen Verhandlungen von Vertretern deutscher und österreichischer Fremdenverkehrsorganisationen. Die Vertreter der verkehrsfördernden Körperschaften aus den drei verbündeten Staaten betrachten als Hauptziel ihrer neuen Organisation die Hebung des inneren Verkehrs zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn und ein geschlossenes, systematisches Vorgehen zur Heranziehung des internationalen Verkehrs. Zunächst sollen gemeinsame Auskunftstellen in den verbündeten Ländern eingerichtet werden, und zwar zum Teil im Anschluß an vorhandene Einrichtungen, unter der Mitwirkung der Staatseisenbahnen, der Schifffahrtsgesellschaften und anderer großer Verkehrsanstalten. Für die Zeit nach dem Kriege ist ein großes Monopol-Reisebureau für den Weltverkehr auf geschäftlicher Grundlage geplant. An der Wiener Tagung nahm als Gast der Bürgermeister Michailow aus Rußschuk teil. Schon vor dem Kriege war ein Führer zur Förderung des bulgarischen Reise- und Fremdenverkehrs in Desterreich-Ungarn ausgearbeitet und soll sofort nach dem Kriege erscheinen.

Wie es nach dem Kriege mit dem viel eintragenden russischen Verkehr in den beiden Mittelmächten aussehen wird, ist heute noch schwer zu sagen. Vor dem Kriege hat Berlin einen viermal größeren Fremdenverkehr aus Rußland gehabt als Wien. In Berlin waren jährlich zirka 100,000 polizeilich gemeldete Russen zu verzeichnen, während in der Donaustadt diese Zahl kaum 25,000 erreichte. Nach dem Kriege kann aber manches anders werden. Eines ist jedoch sicher, daß die Schweiz im russischen Fremdenverkehr eine viel größere Rolle als bis jetzt spielen wird.

Die Einschränkung der Speisekarte.

Zwei Suppen, zwei Fleisch-, zwei Mehlspeisen.

In der Statthalterei fand gestern unter dem Vorsitz des Hofsekretärs Dr. Galban eine Sitzung der Vertreter des Wiener Gastwirts- und Hoteliergewerbes sowie der fleischverarbeitenden Gewerbe statt, die zur Frage der in Aussicht genommenen Einschränkung der Speisefolgen Stellung nahm.

Die im Interesse der Erhaltung des Viehstapels notwendig gewordene Drosselung des Fleischkonsums läßt es auch bei uns angebracht erscheinen, an die Beschränkung der Speisefolgen in den Gastwirtschaften zu schreiten. In der Steiermark und in Salzburg sind die dortigen politischen Landesstellen mit der Einschränkung der Speisekarte bereits vorgegangen. Das Deutsche Reich hat schon vor mehreren Monaten eine radikale Kürzung der Speisefolgen in den Gastwirtschaften in Aussicht genommen und auch bereits zum größten Teil durchgeführt. Während man in Deutschland neben den fleisch- auch fettlose und einen schweinefleischlosen Tag in der Woche einführt, und die Einschränkung in den Gastwirtschaften demnach schärfer einrichtet, dürfte in Wien in der Folge der Rindfleischgenuß in den Gastwirtschaften auf Montag, Donnerstag und Samstag beschränkt werden.

Die tägliche Speisefolge in den Gast- und Hotelwirtschaften soll in Zukunft nur mehr aus zwei Suppen-, zwei Vor-, zwei Fleisch- und zwei warmen Mehlspeisen bestehen. Zur Ersparung von Fettstoffen ist in Aussicht genommen, das Aufstellen von Öl in den Karaffen zu verbieten, eine Maßnahme, die wegen des hohen Ölpreises (bis zu fl. 15 pro Kilogramm) ohnedies schon in den meisten Wiener Restaurants und Gastwirtschaften durchgeführt ist. Ferner werden die beliebten Gerösteten oder wienerisch gesagt, der „Erdäpfelschmarrn“, nicht mehr eine selbstverständliche Alltäglichkeit der Speisekarte bilden, sondern man wird sich daran gewöhnen müssen, mehr mit Salzkartoffeln vorlieb zu nehmen. Auch das Herausbaden von Wiener Schnitzeln, Hühnern und Fischen wird entsprechend eingeschränkt werden. Auch wird es nicht gestattet sein, an einem Tag mehr als zwei Fleischgattungen zu verarbeiten; also neben dem Rind-, einmal Schweine-, einmal Kalb-, einmal Schöpfenfleisch oder aber Kalb- und Schweinefleisch usw.

Die Vertreter des Gastwirtsgewerbes traten dafür ein, daß diese Beschränkungen der Speisefolgen auch auf jene Pensionen ausgedehnt werden, die gewerbsmäßig Gäste verpflegen. Auch wurde die Einschränkung im Verbrauch des Gemüses empfohlen. Die Vertreter der fleischverarbeitenden Gewerbe und auch die der Gastwirtschaft forderten Hand in Hand mit der Kürzung der Speisefolge in den Gastwirtschaften auch eine Beschränkung des privaten Konsums und besonders eine Verschärfung in der Anwendung der Bestimmungen der fleischlosen Tage. Es soll den Privaten die Möglichkeit genommen werden, durch eventuellen Vorkauf von Fleisch die Einrichtung der fleischlosen Tage illusorisch zu machen. Nur auf diese Weise könne der angestrebte Zweck der Drosselung des Fleischverbrauchs erreicht werden. Auch der Einführung der Fleischkarte gegenüber verhielt sich die Versammlung durchaus nicht ablehnend.

Kriegs Sommerfrischen.

Rege Nachfrage, ziemlich reiche Auswahl.

Es gibt doch Leute, die daran denken, auch heuer wieder aufs Land zu gehen, trotz Krieg, trotz Teuerung und Approvisionierungsschwierigkeiten. Viele Leute sogar. Denn die Nachfrage bei den Auskunfts- und Nachweisstellen über Sommerfrischen ist eine äußerst rege. Es werden Sommerwohnungen für kleinere und größere Familien gesucht, ganz wie zu den schönsten Friedenszeiten. Und die Wohnungsuchenden sind nicht etwa Flüchtlinge oder Fremde, die vorübergehend in Wien Aufenthalt genommen haben und denen es gleichgültig ist, ob sie in der Stadt oder auf dem Lande wohnen, sondern Wiener Familien, die auf Sommerfrische gehen wollen.

Zu den sonst üblichen Fragen nach dem Klima der betreffenden Gegend, nach den Ortsverhältnissen und den Räumlichkeiten der zu mietenden Wohnung gesellt sich freilich heute eine aktuelle Frage, die wichtigste Frage, die an der Spitze aller übrigen steht und von deren Beantwortung die Wohnungsaufnahme in der Sommerfrische in erster Linie abhängt: Wie steht es um die Versorgung mit Lebensmitteln?

Der Landesverband für Fremdenverkehr, der seit jeher den Nachweis von Wohnungen in den niederösterreichischen Sommerfrischen führt, hat diese Frage zur wichtigsten auf dem diesjährigen Fragebogen gemacht, der im März an 500 Gemeinden in Niederösterreich versendet wurde. Die fünf Fragen, die der Verband an die Gemeindevorsteher richtete, sind diesmal folgende reine „Kriegsfragen“. Die erste schon heißt Auskunft darüber, ob sich in der Gemeinde ein Konzentrations- oder Kriegsgefangenenlager befindet. Die zweite will wissen, ob eine Einschränkung der Bewirtung in den Gasthäusern des Ortes infolge Inanspruchnahme derselben durch Verwundete und Reservaleszente oder sonst durch Militärpersonen stattfindet. Drittens wird gefragt, ob die Preisforderung für Verpflegung sich in den normalen Grenzen hält. Das heißt natürlich, ob die jetzt usuellen hohen Preise bloß ehrlich eingehalten werden, oder ob sich gewisse Haus- und Gastwirte des Ortes in Preistreibereien gefallen. Weiter wird danach geforscht, welche Lebensmittel und Gebrauchsartikel reichlich oder wenigstens zur Deckung des Bedarfes vorhanden sind und welche fehlen. Ob überhaupt genug Lebensmittel vorhanden sind und die Aussicht besteht, daß die Sommerfrischler entsprechend verköstigt werden können. Diese vierte Frage ist die bedeutendste. Die fünfte Frage verlangt nur noch Aufklärung darüber, ob der Fuhrwerksdienst von und zum Bahnhof geregelt ist, beziehungsweise überhaupt versehen wird.

Das Erfreuliche ist, daß von den 150 Gemeinden, die bisher geantwortet haben, fast alle die vierte Frage in günstigem Sinne beantwortet haben. Eine Reihe von Ortsgemeinden im Semmeringgebiet hat nun mitgeteilt, daß sie bereits seit langem so viele Vormerkungen von Sommergästen haben, daß für weitere, die noch kommen wollen, sich gewisse Schwierigkeiten in der Verpflegung ergeben würden. Andere Orte im dortigen Gebiet, wie Breitenstein, Klamm, Brunn usw., erklären die Approvisionierung für gesichert.

Die Auskunft mancher Ortsvorsteher läßt darauf schließen, daß es im Orte doch gewisse „Unternehmer“ gibt, die sich bei der Ansetzung der Preise nach der Pohlunnsfähigkeit ihrer Gäste richten. Denn die Auskunft meint, es gäbe keine festen Preise.

Die meisten erklären, es seien fast alle notwendigen Lebensmittel im Ort erhältlich, freilich zu Kriegspreisen. Vielfach sind in der betreffenden Rubrik des Fragebogens jene Artikel angeführt, die nicht oder schwer zu bekommen sind, wie Fleisch, Reis, Mehl oder Kaffee usw. Im allgemeinen kann man jedoch aus den Antworten feststellen, daß, wenn auch der eine oder der andere Artikel fehlt, die Hauptnahrungsmittel doch überall vorhanden sind.

Kein Wunder, wenn diese in der Hauptfrage beruhigenden Auskünfte die Wohnungsuchenden ermuntern und ihren raschen Entschluß herbeiführen. Es sind denn auch in den letzten drei oder vier Wochen bereits viele Wohnungen in den niederösterreichischen Sommerfrischen gemietet worden. Es sind überhaupt in der stark überwiegende Mehrzahl niederösterreichische Orte, die heuer zum Sommeraufenthalt gewählt werden. Zum Teil deshalb, weil, wie stets, die möglichst geringe Entfernung von Wien ins Auge gefaßt wird, vor allem aber darum, weil für das niederösterreichische Gebiet keinerlei Passsicherheits- und Beschränkungen bestehen. Dieses gilt übrigens auch für Oberösterreich und das Salzkammergut, während beispielsweise für die Fahrt nach der Steiermark die Grenzüberschreitungsbewilligung notwendig ist. Für die Familienoberhäupter, die an Urkaufs- oder Feiertagen ihre Angehörigen besuchen wollen, ist die jedesmalige Erfüllung der Passformalitäten gewiß eine abschreckende Erscheinung.

Es wurden ja auch im vorigen Kriegsjahre zum größten Teil die Sommerfrischen Nieder- und Oberösterreichs aufgesucht. Gegenwärtig sind die Approvisionierungsverhältnisse in Oberösterreich und im Salzkammergut im allgemeinen ebenso gut wie die in Niederösterreich.

Die nahe Umgehung Wiens spielt auch heuer wieder, wie im Vorjahre, als Sommerfrische eine große Rolle. Familien, deren Erhalter in Wiener Nennern oder Geschäftshäusern angestellt sind, wählen jetzt vielfach die mit der Straßenbahn erreichbaren Vororte-Sommerfrischen, wie Grinzing, Siebering, Dornbach, Neudorf usw. Die meisten Wohnungen in diesen nahen Sommerfrischen sind bereits an Sommerparteien vermietet und der Rest wird

wohl noch im Laufe des nächsten Monats seine Mieter finden.

Vereinfachung der Gasthauskost.**Vorschläge zur Einschränkung der Speisenfolgen.**

Vor kurzem haben wir berichtet, daß geplant sei, in den Wiener Gasthäusern nach dem Vorbild Berlins eine Vereinfachung der Speisenfolgen einzuführen. Die Beratungen, die diesem Zwecke dienen sollen, wurden vorgestern in der Statthalterei sortgesetzt. Es hatten sich Vertreter der Gastwirte- und der Hoteliergenossenschaft und der fleischverarbeitenden Gewerbe eingefunden, um Vorschläge über Einschränkungen der Speisefarte in den Wiener Restaurants zu erstatten.

Der wesentliche Vorschlag geht dahin, den Genuß von Rindfleisch in den Gastwirtschaften auf drei Tage in der Woche zu beschränken. Als solche werden, da der Dienstag und Freitag fleischlos sind, der Montag, Donnerstag und Samstag vorgeschlagen. Schweinefleisch und Kalbfleisch sollen künftighin im Verbrauch nur durch die beiden fleischlosen Tage beschränkt werden; doch mit der Einengung daß die Speisefarte nur zweierlei Fleischarten und von jeder Fleischart nur zwei verschieden zubereitete Gerichte enthalten wird.

Im Laufe der Erörterung wurde auch der schon wiederholt gemachte Vorschlag auf Vermehrung der fleischlosen Tage, auf das Verbot des Wurstverkaufes an fleischlosen Tagen und auf Einführung der Fleischarte erneuert, doch sind nach keiner Richtung hin Beschlüsse gefaßt worden.

Die Vereinfachungsvorschläge der Gastwirtevertreter erstreckten sich auch auf Suppen und Mehlspeisen, von denen gleichfalls nur je

zwei Arten auf der Speisefarte figurieren sollen.

Kriegspreise im Hotelgewerbe

Die Ferienzeit ist nun da und damit die Hochsaison im diesjährigen Besuch der Kurorte und Sommerfrischen. Von „Fremdenverkehr“ kann man ja wohl kaum reden. Nur wenige, ganz besonders bevorzugte Gegenden der Schweiz konnten auch dies Jahr wenigstens einen Teil ihrer ausländischen Stammgäste empfangen. So war z. B. die Frühlingsaison am Genfersee, wenigstens in den bessern Häusern, durchaus annehmbar. Im großen ganzen aber ist die ausländische Kundschaft, wie zum vornherein zu erwarten war, so gut wie gänzlich ausgeblieben. Sozusagen die ganze Hoffnung unserer Kurorte und Hoteliers war dies Jahr auf die einheimischen Gäste, auf die Schweizer-Kundschaft gesetzt. Von ihr allein konnte man sich für einige Gegenden wenigstens eine bescheidene Frequenz versprechen und an Aufmunterungen, trotz dem Kriege die schöne Ferienzeit zur Stärkung und Erholung zu benutzen und unsere vielgeprüften Hotelwirts in ihrem schweren Kampf ums Dasein nach Möglichkeit zu unterstützen, hat es bei uns nicht gefehlt. Auch im „Bund“ ist wiederholt davon die Rede gewesen, daß man sich nicht in falscher Sparsamkeit verkriechen dürfe, sondern daß jeder nach seinem Vermögen zur Belebung von Verkehr und Umsatz beitragen möge.

Leider scheinen aber unsere Hoteliers vielfach gerade mit der einheimischen Kundschaft Enttäuschungen erlebt zu haben, indem manche und oft gerade die vermöglicheren Leute die Gelegenheit zu recht ungenierter Preisdrücke rei benutzten. Wir haben vor uns den Privatbrief eines angesehenen und vielerfahrenen Berner Oberländer Hoteliers, der dies Jahr darauf verzichtet hat, sein Hotel zu eröffnen — einen Brief, der ursprünglich nicht für die Veröffentlichung bestimmt war und daher desto unbefangener die wunden Punkte und den Unverstand mancher Hotelgäste aufdeckt. Wir lesen da unter anderem:

„Daß man, trotz der Notlage der Hoteliers und trotz der stets im Steigen begriffenen Lebensmittelpreise, jedoch bei entsprechender Vereinfachung der Tafel, sich in unseren Kreisen entschloß, die Preise zu reduzieren, ist ja bekannt genug. Aber ebenso bekannt ist, daß unser Schweizer Publikum Anforderungen an uns stellte, die man nicht für möglich halten sollte. Nur um auch einigermaßen den Betrieb aufnehmen zu können, ermäßigte auch ich meine Preise um dreißig Prozent, ja teilweise vierzig Prozent. Aber das genügte unsern guten Schweizern noch nicht. Die Ansprüche waren derart, daß wir unter allen Umständen noch Geld zugesetzt hätten. Die Leute meinen, da wir die Hotels sowieso leer stehen haben, es doch besser sei, jemand darin zu haben, als gar nicht zu öffnen. Sie vergessen, daß jedes Zimmer selbst für den Hotelier einen Selbstkostenpreis hat; sie vergessen, daß außer den Zinsen, jeder Gast, jeder Angestellte versichert sein muß, daß hohe Patentgebühren von uns gefordert werden, daß die Beleuchtung der großen Säle gleichviel kostet und vielerorts pauschal pro ganze Saison und nicht nach „Zähler“ berechnet wird. Das sind alles Auslagen, die in die Tausende von Franken gehen, Ausgaben, mit denen wir zum Voraus zu rechnen haben, ehe ein Gast nur über die Schwelle tritt, vom Hypothekarzins gar nicht zu sprechen. Nun ist es Tatsache, daß selbst gutsituierte, ja reiche Schweizer uns Preise offerierten, nach denen man meinen könnte, die Hotels wären die reinsten Wohlfahrtsanstalten. Es ist geradezu bemühend zu erleben, wie von reichen Leuten versucht wird, die armen Hoteliers noch voll-

ends zu erdrücken. Leider haben von uns nicht alle, ja leider nur wenige, Rückenmark genug, um „Halt“ zu gebieten. Aus Furcht, daß diese Herrschaften beim „Nachbar“ absteigen könnten, wird alles entgegengenommen. Daß dann an allen Enden gelpart werden muß, versteht sich von selbst. Schließlich ist der Gast mit dem Gebotenen selbst nicht zufrieden, hält aber einige Zeit aus. Nachher wird tüchtig geschimpft, man schwört, nie mehr dahin zurückzulehren, „denn das Essen war auch gar miserabel.“ Dieser Spiel-Verderber hütet sich aber wohl, den angelegten Pensionspreis auch nur vorübergehend zu erwähnen. Er sagt auch nicht, daß er in jenem Hotel billiger gelebt, als wenn er zu Hause geblieben wäre. Tatsächlich hat man das Gefühl, diese Art Leute, und deren Zahl ist heuer groß, kommen einzig und allein in die Kurorte, um — zu sparen, da sie zu Hause mehr ausgeben würden. Das sind unsere Landsleute. Ein alter Gast (Nicht-Schweizer) kam neulich zu mir. Auf seine Anfrage, ob er bei mir absteigen könne, erklärte ich ihm die Gründe der Nicht-Eröffnung des Hotels, worauf er ausrief: „Allen Respekt, diese Hotels, die heuer geschlossen halten, verdienen das größte Zutrauen. Ein Eröffnen unter diesen Umständen würde ihrem Renommee nur schaden.“ Er hat entschieden recht, zumal hier in den Bergen, weil auf dem Land alles „nichts kosten soll“.

Daß es auch anderwärts in dieser Beziehung nicht besser bestellt ist, geht aus einer Zuschrift hervor, die ein Gastwirt des bayerischen Oberlandes in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlicht. Da heißt es:

„Das Verlangen nach billigen Kriegspreisen, das von vielen Fremden an die Hoteliers gestellt wird, ist leider eine Erscheinung, über die nicht nur in München, sondern vor allem auch in den Kur- und Sommerfrischeorten lebhaft Klage geführt wird. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Hoteliers im Oberland mehr noch als jene in München im Frühjahr und Herbst mit einem sehr schwachen, ja kaum nennenswerten Besuch zu rechnen haben, daß der an sich kurze Sommer oft genug verregnet wird, daß aber die Hoteliers, die trotz der hohen Selbstkostenpreise und der oftmaligen Schwierigkeiten der Lebensmittelbeschaffung im Gebirge bestrebt sind, ihren Gästen das Beste zu angemessenen Preisen zu bieten, doch auch ihre fortlaufenden Hypothekenzinsen bezahlen müssen. ... Es ist bedauerlich, wenn gutsituierte Fremde, die durch den Krieg keine Einbuße erlitten haben, und die jede Bequemlichkeit auch im Gebirgshotel verlangen, billige Kriegspreise für Zimmer und Verpflegung verlangen. Selbst notorisch reiche Leute sind — wie man aus deren Anfragen ersieht — auf einmal von einer übertriebenen Sparsamkeit befallen worden. Schlechter wohnen will man nicht, aber der um seine Existenz kämpfende Hotelier soll billigere Preise machen. Wenn solche Fremde zum Hotelier sagen: „Aber es ist doch besser, Sie bekommen wenig für Ihre Zimmer, als gar nichts,“ so vergessen sie ganz, daß es auch für Zimmer Selbstkostenpreise gibt, unter die der Hotelier ebenso wie der anständige Kaufmann nicht heruntergehen soll.“

Wie unerfüllbar und ungerechtfertigt das Verlangen nach billigen Kriegspreisen für die Verpflegung ist, dafür möge folgendes als Beweis dienen: Ende März veröffentlichte „Der Bayerische Gastwirt“, das Organ des „Bayerischen Gastwirteverbandes, auf Grund genauer Feststellungen eine Statistik, aus der hervorging, daß seit Beginn des Krieges alle Be-

darfsartikel für die Verpflegung und Beherbergung um den halben, ja in vielen Fällen um den doppelten Betrag ihres Preises vor dem Kriege gestiegen sind. Bei uns in der Schweiz ist die Steigerung zwar nicht ganz so groß, aber doch immerhin auch sehr fühlbar.

Aber nicht nur die Selbstkosten für die Verpflegung der Gäste sind so empfindlich gestiegen, sondern auch für jene der Angestellten, die infolge des stark verringerten Fremdenverkehrs auch entsprechend verminderte Einnahmen an Trinkgeldern haben und die infolgedessen außerdem mehr Lohn erhalten müssen als in Friedenszeiten.

Diese Darlegungen dürften wohl jeden anständigen und einsichtigen Fremden und Sommergast überzeugen, daß die Forderung an Hoteliers nach billigen Kriegspreisen zurzeit ungerechtfertigt und unerfüllbar ist.

Der Fremdenverkehr im Kriege.

Der Wiener Fremdenverkehr im Jahre 1915.
Vom kaiserlichen Rat S. Zehr.

Wien, 29. Januar.

Als im Jahre 1914 die angeordnete Mobilisierung eine Flucht der Fremden aus Oesterreich und der Sturgäste aus den Bädern und Sommerfrischen zur Folge hatte, da hegte man die größten Befürchtungen für den Fremdenverkehr. Es trat wohl plötzlich ein Stillstand ein, jedoch sind die Befürchtungen lange nicht in dem gehegten Maße eingetroffen, und schon nach wenigen Monaten zeigte sich eine Belebung des Verkehrs, die konstant anhält. Wohl haben die großen internationalen Weltkurorte, insbesondere die böhmischen Bäder, durch den Ausfall des internationalen und zahlungskräftigen Publikums wesentlich gelitten. Aber für einzelne Sommerfrischen und Städte hat sich genau so eine Konjunktur im Fremdenverkehr herausgebildet wie in einzelnen Industriezweigen. Die im Interesse der Landesverteidigung getroffenen Maßnahmen, die gewisse Gebiete von dem Fremdenbesuche und der Touristik ausschlossen, hatten zur Folge, daß jene Kurorte und Sommerfrischen besonders bevorzugt wurden, die in der Nähe der großen Städte oder Verkehrszentren liegen. Der Krieg hat naturgemäß folgende Erscheinungen ausgelöst:

1. Ein Zusammenbrängen der Bevölkerung und eine erhöhte Frequenz in den großen Städten, teilweise auch hervorgerufen durch die vielen Flüchtlinge aus evakuierten Gebieten.

2. Eine Verringerung der Frequenz der im Stappenraum gelegenen oder von großen Städten weit entfernten Sommerfrischen und Kurorte.

3. Eine Steigerung der Frequenz in den großen Städten und in den in der Nähe dieser gelegenen Sommerfrischen und Kurorten.

4. Eine Abschwächung des Touristenverkehrs sowie Abnahme des Wintersports, die ja durch die vielen Einrückungen gerade der Sporttreibenden begründet ist.

Es ist begreiflich, daß der Krieg alle jene Nationen ferngehalten hat, die unserer Monarchie gegenüber eine feindselige Stellung eingenommen haben, aber auch die Reisenden aus den neutralen Ländern haben an Zahl eingebüßt, was schon allein durch die Schwierigkeit beim Grenzübertritt erklärlich ist.

Der Verkehr war vorwiegend Inlandverkehr. Dieselben Schwierigkeiten, die dem Ausländer den Besuch Oesterreichs erschwerten, verhielten auch die Reise der Oesterreicher ins Ausland, wodurch diese genötigt waren, inländische Orte aufzusuchen.

Wien hat im Jahre 1915 trotz des Krieges ein Rekordjahr zu verzeichnen, da in den Wiener Hotels 624.977 Gäste, das ist um 63.487 mehr als im Jahre 1914, verzeichnet wurden. Das ist die höchste Fremdenzahl, die je in Wien erreicht wurde und selbst das Rekordjahr 1913 um 11.200 Personen übertrifft. Allerdings hatte das Jahr 1912 den Vorzug, einen ungewöhnlich regen Auslandsbesuch aufzuweisen, ungefähr 21 Prozent, während im Jahre 1915 nur 46.698 Ausländer, das sind etwas mehr als 7 Prozent der Gesamtfrequenz, in den Wiener Hotels abgestiegen sind. Die Zahl der Oesterreicher betrug 457.388, um 88.913 mehr wie im Jahre 1914, und stellt die größte Besuchsziffer dar, die je aus dem Inlande erreicht worden ist. Das Zufließen der Provinzbevölkerung nach der Reichshauptstadt hat seine Ursachen darin, daß Wien-Stadt der

Wegfreiheit.

Freigabe von Wegen in den Salzburger Kalkalpen.

Nach einer am 21. Dezember 1915 zwischen der Generaldirektion der kaiserlichen Privat- und Familienfonds und Vertretern des Hauptausschusses sowie der Sektion Salzburg des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereines stattgehabten Besprechung in Angelegenheiten der Wünsche der Sektion Salzburg betreffend Wegabspernungen im Salzburgerischen ist dem Verwaltungsausschuß ein Bescheid der genannten Direktion zugekommen, wonach der Kaiser kühnvolst gestattet hat, daß den der Direktion in einer Denkschrift vom 31. Mai bekanntgegebenen Wünschen der Sektion das tunlichste Entgegenkommen bewiesen und eine Reihe von Zugeständnissen gemacht werde.

Diese Zugeständnisse bestehen im Folgenden:

1. **Hochlöniggebiet.** Öffnung des Touristensteiges Erichhütte, Birklar, Hochlönig für den Touristenverkehr. — Unter Bezugnahme auf den mit der Sektion Salzburg des Oesterreichischen Touristenklubs geschlossenen Bestandvertrag über das Hochlönig-Schuhhaus wird in Erweiterung der dem touristischen Verkehr in diesem Vertrage freigegebenen beiden Steige auch die Öffnung des Touristensteiges Erichhütte, Birklar, Hochlönig und die Markierung dieses dritten Steiges, insoweit dieser Steig über Fondsgut führt, bewilligt. Gleichzeitig wird die Genehmigung erteilt, daß die in dem Hochlönig-Schuhhaus-Vertrage bedungenen Vorschriften und Verbote in den Führerlegitimationen gestrichen werden können. Ferner wird gestattet, daß die Route von Mitterberg über die sogenannte Geisnase an der Torfsäule vorbei von einzelnen Touristen mit Skiern benützt werden kann.

2. **Anfangend die Markierung im Tennengebirge** erklärt sich die Generaldirektion der kaiserlichen Fonds für desinteressiert.

3. Für folgende Wege wurde von der Ausstellung der begehrten Reversé Umgang genommen: a) von Sulzau bis Tristkopf; b) die neue Fahrstraße von der Bluntau auf das Torrenerjoch; c) von den Salzachöfen zur Kroatenhöhle; d) von der Bluntau über die Grabalpe zur Kennangeralpe; e) vom Purtschellerhaus über den Hohen Göll zum Torrenerjoch, und zwar insoweit diese Wege über Grundeigentum des kaiserlichen Familienfonds führen. Diese Wege werden also dem Touristenverkehr weiterhin offengelassen und es wird ihre Markierung gestattet.

Zedoch müssen auf allen diesen Wegen sowie auf dem später bezeichneten Wege im Blühbachtale Tafeln angebracht werden, auf welchen ersichtlich gemacht wird, daß die Freigabe dieser Wege und die Gestattung der Markierung derselben nur bis auf Widerruf erfolgt ist, und in welchen eine Anforderung an die Touristen enthalten sein wird, von markierten Wegen nicht abzugehen. Das gleiche hat auch für die Steige vom Torrenerjoch zum Schneibstein und zum Hohen Göll zu gelten. Ausgenommen von der Anbringung der vorbezeichneten Tafeln ist selbstredend der öffentliche Weg an der rechten Talseite von Bluntau zum Torrenerjoch. Sämtliche Wegmarkierungen haben im Einvernehmen mit der k. u. k. Gutsverwaltung Blühbach in Werfen zu erfolgen.

4. In der Frage der Torrenerjochhütte erklärt sich die Generaldirektion bereit, den gewünschten 4 Meter breiten Grundstreifen rund um die Hütte, welche der Alpenverein, beziehungsweise dessen Mitglied am Torrenerjoch erworben hat, ferner den Bezug des für diese Hütte erforderlichen Brennholzes

und des zur hygienischen Instandhaltung derselben erforderlichen Holzes zu angemessenem Stockpreise zu überlassen, wogegen die Auflassung des Verkaufsrachtes auf die Hochalpenhütte (Neureither) zu erfolgen hätte.

Die Generaldirektion erklärt sich ferner bereit, dem Deutschen und Oesterreichischen Alpenverein an Stelle des gewünschten Grundstreifens und des Grundstückes, auf dem die Torrenerjochhütte dermalen steht, ein an einem andern geeigneten Punkte gelegenes gleichartiges Grundstück zur Erbauung einer neuen Hütte unentgeltlich zu überlassen, insofern dieser Tausch sich als den Gutsinteressenten nicht abträglich erweisen sollte.

5. Die Öffnung des Weges Concordiahütte-Blühbach-Mauerscharte für den unbeschränkten Touristenverkehr konnte die Generaldirektion dermalen nicht zugestehen, da ein Durchzug des Touristenverkehrs durch das Herz des Jagdgebietes ohne immense Schädigung des derzeit bei Bewirtschaftung des Gutes im Vordergrunde stehenden Jagdbetriebes absolut untunlich erscheint.

Dagegen wird die untere Straße im Blühbachtal bis zum Heustadt in der Wasserbachau (in der Nähe des Blühbachschlosses) dem Touristenverkehr bis auf Widerruf freigegeben und deren Markierung gestattet.

Die Generaldirektion erwartet, daß die gemachten Konzessionen von der Touristik nicht ins Ungebührliche ausgedehnt werden, und behält sich für den ihr selbst unerwartet scheinenden Fall des Eintritts derartiger, insbesondere die jagdlichen Interessen des Fondsgutes Blühbach übermäßig schädigender Ueberschreitungen der gemachten Zugeständnisse den Widerruf einzelner oder aller derselben ausdrücklich vor.

Die Touristen werden dieses Entgegenkommen der kaiserlichen Fondsgutsverwaltung, das einer Weisung des Kaisers selbst entspricht, mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen.

In den Mitteilungen des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereines wird dieser Genehmigung bereits Ausdruck gegeben. Das genannte Blatt kennzeichnet die Bedeutung der gemachten Zugeständnisse wie folgt:

Der Hochlönig kann nunmehr von drei Seiten bestiegen werden: auf dem Wege von Mitterberg über die Torfsäule, dann von Alm über die Torscharte und an dem Hochseiler und den Teufelslöcher vorbei, endlich auf dem nun wieder geöffneten Alpenvereinssteig von der Erichhütte der Sektion Land-Dienten über das Birklar, dem eindrucksvollen aller drei Aufstiege. Für einzelne Skitouristen steht der erstgenannte Aufstieg offen, die beiden anderen kommen des schwierigen Geländes wegen für eine Befahrung mit Skiern ohnehin nicht in Betracht.

Im Sagengebirge, dessen ödes und unwegsames Innere für den Touristen nicht sehr viel Anziehendes bietet, sind die wichtigsten Rand-erhebungen der Tristkopf (2107 Meter), von Sulzau und Golling, der Schneibstein (2275 Meter), vom Torrenerjoch aus, zugänglich.

Der Zugang zum Torrenerjoch durch das Bluntautal kann nunmehr nicht nur auf dem alten öffentlichen Weg an der rechten Talseite, sondern auch auf der ararischen Straße erfolgen.

Für die kleine Torrenerjochhütte der Sektion Salzburg, die durch die Öffnung der Wege in ihrer Umgebung erst recht ihre Bedeutung als Stützpunkt für eine Reihe schöner Touren gewinnt, ist durch die Regelung der Grundverhältnisse die Möglichkeit einer entsprechenden Erweiterung, allenfalls eines Neubaus an einem etwas besser gewählten Standort, gegeben. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß die Abtretung des für eine Hüttenerweiterung notwendigen Grundes unentgeltlich erfolgt.

Der herrliche Gratsweg vom Purtschellerhaus über den Hohen Göll und das Hohe Brett zum Torrenerjoch kann nunmehr jene fürsorgliche Ausgestaltung und Markierung erfahren, die zur Vermeidung von Unfällen, wie sich solche an dieser Stelle infolge Entfernung der Markierung leider zugetragen haben, notwendig ist.

Sinsichtlich der Wegbezeichnungen im Tennengebirge erklärt die Generaldirektion der kaiserlichen Familienfonds, nicht interessiert zu sein, was in den geänderten Verhältnissen begründet erscheint. Auf dem Sidabhang des Tennengebirges besitzt bekanntlich die Sektion Salzburg die reizend gelegene Söldenhütte. Sichtlich gelingt es nunmehr der Sektion, die geplante Markierung der verschiedenen, von der Söldenhütte auslaufenden Begradungen im Tennengebirge vornehmen zu können.

von der österreichisch-ungarischen verständnisvoll

Griff bedeutet und den weiten, den Fenstergriff, einleiten soll, dort endlich arbeitet man gleich mit Gitter und Stacheldraht darauf los.

Was sind das für Leute, die sich derartiges unterfangen? Unter Jagdherren stellt man sich sonst alten, erbeingeerbten Adel vor; aber es wäre ein Irrthum und ein noch größeres Unrecht, diese Art Jagdherren, die sich der rechtlichen Touristik gegenüber bisher mit wenigen Ausnahmen vornehm gezeigt haben, mit der neuen Sorte zusammenzubringen; und wenn noch ein Zweifel darüber besteht, so wird er derstreit, wenn man erfährt, daß einer der würdigen Vertreter der feudalen Jagdherren, Graf Wilesek, die berechtigten Interessen der Touristik offen anerkannt hat. Nein, es sind andere, es sind geschäftstüchtige Jagdherren, Leute, die aus der Jagd ein Geschäft machen und aus dem Geschäft eine Jagd; und wenn man sie aus der Nähe betrachtet, dann findet man unter der feudalen Maske wieder die wohlbekannten, impathischen Gestalten derer, die an der Kriegsnut verdienen.

Wenn der eingeschandelte Berg schweres Geld gekostet hat, dann muß er was tragen, und wenn der frühere Jagdherren so nobel war, daß er Wild, Vieh und Touristen nebeneinander duldete, dann verkauft er eben nicht zu rechnen. Vieh und Touristen müssen heraus, dann kommt ein Stacheldraht um das Ganze und eine Kassa zum Eingang. Herr Willers aus Wochum, ein Napoleon seiner Art, hat den Weg gezeigt und mit kühnem Wagemuth gleich nach dem Glockner gegriffen. Er hat zwar Pech gehabt, der Arme, denn die günstige Zeit ist fast ein Jahr später gekommen; doch sein Name wird fort-

Das Recht auf Gottes freie Natur.

Die würdige Gemeinde derer, denen der Krieg nur Profit ist, an deren fingelicherer Gout Kriegsnot, Hunger und Sorge — der anderen — wirkungslos abprallen, hat einen Zuwachs erfahren. Voraussichtlichende Jagdherren haben sich dem lebensrothen Jage unbefürmert um die öffentliche Meinung angelächelt und stehen im Beariff, eine künstliche Konjunktur auszunützen.

Die alpinen Vereine sind jetzt entvölkert. Ungezählte Tausende ihrer Mitglieder stehen im Felde, denn unter solch witterharten Gestalten gibt es nur wenige, die der Musterungskommission standhalten; und Tausende sind schon gefallen. So glauben denn spekulative Geister, daß die Touristenvereine jetzt nur mehr aus Schwächlingen und Greisen bestünden, die hinter der Ofenbank hocken, und daß man nun zugreifen müsse, che die, die ihre Brust jetzt dem Feinde aufreihen, sich wieder umbrechen.

Hier wird eine Tafel aufgeschlankt mit der verheißungsvollen Aufschrift: Bis auf Widerstand gestatteter Weg, dort wird einem alpinen Verein der Dolch an die Brust geiekt und ein Anerkennungsmins angeordnet, der den ersten

die reineren Packer L. u. H. C. H. U. S. D. S. Ne 16. Auf dem besetzten mehrere Scharen

leben als der eines Bahnbrechers, des Meisters einer neuen Schule, und man wird ihn hochleben lassen einen Arnold Winkelried, der seine Brust (besser: Stirn) offen darbot den drohenden Speeren und eine Gasse brach für alle, die ihm nachdrängen.

Aber man hat sich verrechnet. Die Protellverammlung der alpinen Vereine, die vor kurzem in Wien stattfand und bei der mehr als 120.000 Touristen durch ihre Vereinsausweise vertreten waren, hat gezeigt, daß auch die Zurückgebliebenen sich zu wehren verstehen. Vor allem galt es, denen das Handwerk zu legen, die die Kriegsnot und die Abwesenheit der kampfesfrohen Jünglingsmannschaft der Touristik dazu bemühen wollen, im Trüben zu fischen. Und so hat man in einer einstimmigen Resolution von den Behörden verlanat, daß der Zustand wiederhergestellt werde, wie er zu Beginn des Krieges gewesen. Das ist ein durchaus billiges Verlangen.

Aber eine noch wichtigere Frage ist dabei aufgetroffen worden. Nichts Geringeres steht auf dem Spiele als das Recht derer, die keinen Grundbesitz haben, an Gottes freier Natur. Die Straßen gehören schon lange denen, die sie uns in den schönsten Gegenden mit Arm, Staub und Gestank vererbt haben, jetzt wollen sie uns auch die Fußpfade vererschließen; und daß man selbst vor öffentlichen Gemeindegängen nicht haltmacht, hat jüngst ein Beispiel im Rättnert Oberland gezeigt.

Die Großalpenvereine hat allen die Augen geöffnet, und die Naturfreunde können dem Herrn Willers eigentlich dankbar dafür sein, daß sie jetzt durch ihn wissen, woran sie

Nichts Neues. Oberste Heeresleitung." (B.)

sind: die Touristik, der alpine Fremdenverkehr, dieser wichtige, länderernährnde Volkswirtschaftszweig, war bisher nur geduldet. Wenn es dem Grundbesitzer einfiel, um den Berg einen Baum zu ziehen, dann war er im Recht, und wenn er dazu noch die Armen ankaufte, deren Wegeserweit ihm unbedauerlich war, dann war der Berg einfach aus dem Bäder zu streichen. Daß es bisher in der Praxis nur selten so weit kam, ist ein Beweis für die vornehme Stimmung der Mehrzahl der Grundherren, und die Touristik wird das bei dem nun beginnenden Kampfe um die Beateiligkeit entsprechend zu würdigen wissen und ihre Ziele mit den wohlberathigten Interessen der Jagdherren in Einklang bringen. In erster Linie aber werden die Vereine unter ihren Mitglieedern strenge Recht halten und unerschütterlich gegen jeden Vereinsgenossen vorgehen müssen, der das gute Recht der Jäger aus Bosheit oder Muthwillen mißachtet.

Aber bei der bloßen Andeutung daß es nicht bleiben, denn der Krieg, der nicht der ungetreuen Werberückung auch eine bedeutende Wertvermehrung zur Folge hat, bringt neue Grundbesitzer auf den Plan, Grundherren rüt weniger vornehmer Stimmung, Leute, deren Größe das Eigentum ist, und die darum auch nicht ein Sofa davon ablassen wollen. Und dann lebt wohl ihr Verge, ihr geliebten Triften.

Man stelle sich nur vor, daß unser Wienerwald eines Tages von einem Liebhaber gekauft wird, einem, der das Nichtstuehn in die Lage gesetzt hat, sich dieses Vergnügen zu leisten. Sein Eigentumsgefühl kann ohne den Stachelbraht nicht bestehen. Den Wienern bleiben dann ein

171

Festlicher Empfang im Rathaus.

Am Freitag den 28. April 1916 wurden die Teilnehmer an der Beratung für die Gründung eines deutsch-österreichischen Verkehrsverbändnisses im Rathaus empfangen.

Im Magistrats-Sitzungsaal begrüßte Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Herren und hielt, als die Gesellschaft vollzählig versammelt war, nachstehende Ansprache: „Die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien hat schon seit längerer Zeit den Bestrebungen der Fremdenverkehrsverbände in Erkenntnis der hohen Bedeutung der wirtschaftlichen und kulturellen Zwecke, denen sie dienen, ihre vollste Aufmerksamkeit zugewendet. Mit umso größerer Freude habe ich den Anlaß Ihrer Tagung benützt, um die Herren zu einem gemütlichen Abend im Rathaus einzuladen. Ich bin überzeugt, daß Ihre Tagung von hervorragender Bedeutung für alle Zukunft sein wird, denn die gemeinsame Besprechung ist eine Tat, welche die bisher theoretische Annäherung der Centralmächte praktisch verwirklicht. Es wird gut sein, wenn man unsere Länder besser kennen lernen wird als in früherer Zeit. Auch bei uns gibt es viele schöne Gegenden und man muß weder an die italienische noch an die französische Riviera gehen, und, den Fremdenverkehr in unseren Ländern zu fördern, wird unser stetes Bestreben sein. Wien, ein Bollwerk des Ostens, ist gemeinsam mit der Schwesterstadt Budapest kaum wie eine andere Stadt berufen, die Verbindung zwischen Ost und West herzustellen.“

Die Herren begaben sich sodann in den Stadtrats-Sitzungsaal, wo ein, wie der Bürgermeister sich ausdrückte, kriegsmäßiges Abendessen serviert wurde. In dessen Verlauf brachte der Bürgermeister Dr. Weiskirchner den ersten Toast auf die Monarchen der auf der Tagung vertretenen Länder aus, worauf die deutsche Hymne, die bulgarische Nationalhymne und die österreichische Volkshymne von der Kapelle C. W. Drescher, welche die Tafelmusik besorgte, vorgetragen wurde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner fuhr dann fort: „Man spricht sehr häufig von einer Fremdenverkehrs-Industrie und meint damit eigentlich nur die wirtschaftliche Arbeit, ohne zu bedenken, daß in ihr eine Angelegenheit enthalten ist, welche viel weniger vom wirtschaftlichen als vom kulturellen Standpunkte zu betrachten wäre. Der Kampf, welchen die Centralmächte gegen eine Welt von Feinden zu bestehen haben, hat uns aneinander geschmiedet und ich glaube nicht, daß dieses durch Blut gefittete Band jemals gelockert oder gelöst werden könnte. (Lebhafte Beifall.) Dort in den Karpathen, wo Deutsche, Magyaren

und Österreicher aller Nationen Schulter an Schulter gekämpft haben, um die Feinde abzuhalten vom Vordringen in das Innere des Reiches, aber auch in Belgien, wo auch unsere Mörser gesprochen haben, ist dieses Bündnis für ewige Zeiten geschlossen worden.“

Wenn wir das Bild des 21. Kriegsmonates betrachten, können wir mit Stolz erfüllt sein von den Heldentaten unserer Söhne und Brüder, welche hinter den Heldentaten des klassischen Altertums gewiß nicht zurückstehen. Große Probleme werden nach Kriegsschluß zu lösen sein und ich muß Sie beglückwünschen, daß Sie Zeit gefunden haben, mitten im brausenden Weltkriege Friedensarbeiten vorzubereiten. Eine der wichtigsten ist, nicht unwürdig zu werden der Heldentaten unserer Söhne und Brüder, und nicht nur schlecht und recht, sondern gründlich durchzuhalten, und auch jene Zeit vorzubereiten, die endlich wieder kommen wird. Der erhabenster Zweck muß sein, alles zu fördern, was dazu beitragen kann, einander immer näher kennen zu lernen, die Möglichkeiten zu schaffen, daß wir von Süd und Nord, von West und Ost zusammenkommen, um unsere brüderlichen Gesinnungen auszutauschen, uns die Hände zu reichen und Herz zum Herzen sprechen zu lassen. Das Reisen soll in Zukunft nicht bloß ein Privilegium der Reichen und Wohlhabenden sein, sondern wir müssen auch für die sorgen, die den Drang nach Wissen und Bildung in ihrem Herzen tragen, aber nicht die Mittel zum Reisen besitzen. So wünsche ich denn, daß ein reiches Kulturleben aus Ihren Bestrebungen emporblüht, daß Ihre Vereinigung dazu beiträgt, den Korridor nach dem Osten zu öffnen zu unseren neuen Verbündeten und die wirtschaftliche Annäherung zwischen den Centralmächten zu fördern. Jungfräulich liegt das neue Land des uns verbündeten Südosten vor uns, es soll uns seine Produkte geben, wir werden ihm unsere industriellen und geistigen Errungenschaften vermitteln und es wird eine neue Kultur auferstehen, die Kultur der wahren Nächstenliebe und des Hochhaltens reiner erhabener Menschlichkeit. Die Zukunft unserer Nationen, sie lebe hoch im Zeichen des Friedens!“ (Lebhafte Beifall.)

Der Präsident der Tagung Sontard dankt hierauf für die herzlichen Worte des Bürgermeisters und pries die Gastfreundschaft der Stadt Wien und der Wiener.

Sektionsrat Dr. Kampis erklärt, daß durch den Krieg die ungarische Nation erst Gelegenheit erlangt hat, die Angehörigen des deutschen Volkes und die Österreicher genau kennen zu lernen und schloß mit einem Hoch auf den Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Ober-Kurator Steiner dankte vorerst dem Bürgermeister namens der Teilnehmer der Tagung für die überaus herzliche und liebenswürdige Begrüßung im Wiener Rathaus. „Die Herren werden gesehen haben, sagte er, daß die alte Wiener Gemütlichkeit, sowie sie vor dem Krieg bestand, auch jetzt noch sich erhalten habe und weiter bestehen bleiben wird.“

Der Bürgermeister hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Arbeit des Verkehrsverbändnisses sich auch darauf erstrecken müsse, daß das Reisen nicht mehr ein Vorrecht der mit Glücksgütern Gesegneten bleibe, sondern auch den breiten Schichten der Bevölkerung ermöglicht werden müsse. Das Reisen bildet, schärft den Blick und erweitert das Urteil und diese Möglichkeiten müssen allen zugänglich gemacht werden.“